

Beteiligungsbericht

2012



Vogelsbergkreis

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisausschuss des Vogelsbergkreises
Goldhelg 20
36341 Lauterbach
Telefon 06641 / 977-0

Ansprechpartner: Landrat Manfred Görig

Redaktion: Dr. Eckhard Köhler-Hälbig, Hannelore Greb
Amt für Wirtschaftsförderung und Revision

Druck: Vogelsbergkreis

Stand: 31. Dezember 2011

Vorwort



Der Vogelsbergkreis hat zu Beginn des Jahres 2007 den ersten Beteiligungsbericht nach Änderung der Hessischen Gemeindeordnung im Jahr 2005 erstellt. Entsprechend der gesetzlichen Verpflichtung zur jährlich aktualisierten Vorlage legen wir mit dem siebten Beteiligungsbericht gegenüber den politischen Gremien und der Bevölkerung Rechenschaft über die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Beteiligungen zum Stichtag 31.12.2011 ab. Der Bericht geht dabei wiederum deutlich über den gesetzlich vorgegebenen Umfang hinaus. Es sind alle Beteiligungen aufgenommen und abgebildet worden.

Der politische Steuerungsanspruch gründet letztlich auf umfassenden und zeitnahen Informationsfluss.

Leider lagen bis zum 21. März 2013 die Eröffnungsbilanz 2009 sowie die Jahresabschlüsse 2009 bis 2011 des Wasserverbandes Nidda, die Jahresabschlüsse 2009 bis 2011 des Wasserverbandes Schwalm, der Jahresabschluss 2011 des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis, der Jahresabschluss 2011 der NEUEN ARBEIT Vogelsberg gGmbH und die Jahresabschlüsse 2010 und 2011 des Naturparks Hoher Vogelsberg nicht vor. Um die Vorlage des Beteiligungsberichtes nicht weiter zu verzögern, sind teilweise die Zahlen aus den Vorjahren aufgeführt.

Es wird sichergestellt, dass der Beteiligungsbericht 2013 noch in diesem Jahr fertig gestellt und den Kreisgremien zur Beratung vorgelegt wird.

Ich hoffe, dass auch dieser Beteiligungsbericht großes Interesse findet und als Informationsgrundlage in Sachen Beteiligungen des Kreises genutzt wird.

Der Beteiligungsbericht 2012 wird den Mitgliedern der politischen Gremien des Kreises (auch aus Kostengründen) per email und auf Wunsch auf CD-Rom zur Verfügung gestellt. Wie bisher ist er als PDF-Datei im Internet abrufbar unter www.vogelsbergkreis.de → Sicherheit, Recht, Planung → Beteiligungsberichte.

Für etwaige Rückfragen oder weitergehende Erläuterungen stehen in der Kreisverwaltung Herr Dr. Köhler-Hälbig, Tel.: 06641/977-271 oder Frau Greb, Tel.: 06641/977-270 zur Verfügung. Bei Frau Greb sind ggf. gewünschte Druckversionen abholbar.

A handwritten signature in black ink that reads "Manfred Görig". The signature is written in a cursive, slightly stylized script.

Manfred Görig
Landrat

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Herrn Landrat Görig

Seite

1. Allgemeines (Grundsätzliche Informationen)	1
1.1 Kommunalrechtliche Voraussetzung einer Beteiligung	1
1.2 Beteiligungsbegriff	4
1.3 Rechts- und Organisationsformen	5
1.4 Beteiligungscontrolling	7
1.5 Erklärungen zur Rechnungslegung	8
Übersicht über die Beteiligungen des Vogelsbergkreises	10
Verkehr und Versorgung	
➤ Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	13
➤ Wasserverband Nidda	42
➤ Wasserverband Schwalm	45
➤ Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe	50
➤ Gas- und Wasserversorgung Osthessen (GWV) GmbH	65
Entsorgung	
➤ Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis	75

Soziale Angelegenheiten und Gesundheit

- NEUE ARBEIT Vogelsberg gGmbH 89
- Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH 97

Freizeit, Sport, Erholung, Natur

- Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg 111

Kultur, Bildung, Ausbildung

- Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V. 120

Wirtschaftsförderung, Tourismus, Kreditinstitute

- Vogelsberg Consult - Gesellschaft für Regionalentwicklung und
Wirtschaftsförderung mbH 125
- Region Vogelsberg Touristik GmbH 134
- Sparkasse Oberhessen 149

Sonstige Beteiligungen und Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden 175

Urheberrechte

1. Allgemeines (Grundsätzliche Informationen)

1.1 Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung

Das Grundgesetz sichert im Artikel 28 Abs. 2 den Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht zu, im Rahmen der Gesetze alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung zu regeln. Diese verfassungsrechtlich normierte Garantie der **kommunalen Selbstverwaltung** räumt den Kommunen eigenständige Hoheitsrechte in den Bereichen Personal, Finanzen und Vermögen sowie Organisation ein. Damit haben die Kommunen das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise sie die Erfüllung der Aufgaben sicherstellen wollen.

Mit dem Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) vom 31. Januar 2005 hat der hessische Landtag wichtige Neuregelungen im Bereich der wirtschaftlichen Betätigung beschlossen.

Wesentlich verändert wurden insbesondere die §§ 121/122 HGO.

Weil mit der Novellierung die Grenzen der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen enger gezogen werden, sind beide Paragraphen nachfolgend aufgeführt:

§ 121 Wirtschaftliche Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich wirtschaftlich betätigen, wenn

1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Mit dem Gesetz zur Änderung der HGO vom 16.12.2011 wurde der § 121 HGO reformiert und um den Abs. 1a ergänzt. Die neue Regelung öffnet den Bereich der erneuerbaren Energien für die Kommunen. Bei Beteiligung privater Dritter, einem kommunalen Anteil unter 50 %, der wirtschaftlichen Beteiligung der Einwohner, interkommunaler Zusammenarbeit kann sich die Kommune zukünftig auch im Bereich erneuerbare Energien engagieren.

Soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden, sind sie ohne die in Satz 1 Nr. 3 genannten Einschränkungen zulässig.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung gelten nicht Tätigkeiten

1. zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie
3. zur Deckung des Eigenbedarfs.

Auch diese Unternehmen und Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

- (3) Die für das Kommunalrecht zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Unternehmen und Einrichtungen, die Tätigkeiten nach Abs. 2 wahrnehmen und die nach Art und Umfang eine selbständige Verwaltung und Wirtschaftsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.
- (4) Ist eine Betätigung zulässig, sind verbundene Tätigkeiten, die üblicherweise im Wettbewerb zusammen mit der Haupttätigkeit erbracht werden, ebenfalls zulässig; mit der Ausführung dieser Tätigkeiten sollen private Dritte beauftragt werden, soweit das nicht unwirtschaftlich ist.
- (5) Die Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes ist zulässig, wenn
 1. bei wirtschaftlicher Betätigung die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen und
 2. die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei gesetzlich liberalisierten Tätigkeiten gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den maßgeblichen Vorschriften eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen.
- (6) Vor der Entscheidung über die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung von wirtschaftlichen Unternehmen sowie über eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung ist die Gemeindevertretung auf der Grundlage einer Markterkundung umfassend über die Chancen und Risiken der beabsichtigten unternehmerischen Betätigung sowie über deren zu erwartende Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten.
Vor der Befassung in der Gemeindevertretung ist den örtlichen Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern sowie Verbänden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit ihr Geschäftsbereich betroffen ist.
Die Stellungnahmen sind der Gemeindevertretung zur Kenntnis zu geben.
- (7) Die Gemeinden haben mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.
- (8) Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu bringen ist. Die Erträge jedes Unternehmens sollen mindestens so hoch sein, dass

1. alle Aufwendungen und kalkulatorischen Kosten gedeckt werden,
2. die Zuführungen zum Eigenkapital (Rücklagen) ermöglicht werden, die zur Erhaltung des Vermögens des Unternehmens sowie zu seiner technischen und wirtschaftlichen Fortentwicklung notwendig sind und
3. eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erzielt wird.

Lieferungen und Leistungen von anderen Unternehmen und Verwaltungszweigen der Gemeinde an das Unternehmen sowie Lieferungen und Leistungen des Unternehmens an andere Unternehmen und Verwaltungszweige der Gemeinde sind kostendeckend zu vergüten.

- (9) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.
Für das öffentliche Sparkassenwesen verbleibt es bei den besonderen Vorschriften.

§ 122 Beteiligung an Gesellschaften

- (1) Eine Gemeinde darf eine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn
1. die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 vorliegen,
 2. die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist,
 3. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält,
 4. gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nr. 2 bis 4 in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.

- (2) Abs. 1 gilt mit Ausnahme der Vorschriften der Nr. 1 auch für die Gründung einer Gesellschaft, die nicht auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, und für die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft.

Darüber hinaus ist die Gründung einer solchen Gesellschaft oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft nur zulässig, wenn ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder Beteiligung vorliegt.

- (3) Eine Aktiengesellschaft soll die Gemeinde nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt werden kann.

- (4) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einer Gesellschaft, so hat sie darauf hinzuwirken, dass
1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften
 - a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,
 - b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,
 2. nach den Wirtschaftsgrundsätzen § 121 Abs. 8) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein wirtschaftliches Unternehmen betreibt.
- (5) Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will.
- (6) Die Gemeinde kann einen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftsumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

Nach § 123a HGO besteht nunmehr seitens der Kommune die Verpflichtung jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen vorzulegen zur Unterrichtung der Gemeindevertretung/ des Kreistages und der Öffentlichkeit.

Entgegen den in § 123a Abs. 2 HGO definierten Mindestanforderungen an den Beteiligungsbericht hat der Vogelsbergkreis sich entschlossen, ein bewusst weiten Beteiligungsbegriff zu wählen und einen umfassenden Überblick über alle Beteiligungen zu erarbeiten und vorzulegen.

Der Beteiligungsbericht wird dem Kreisausschuss vorgelegt, in öffentlicher Sitzung des Kreistages erörtert und öffentlich ausgelegt.

1.2 Beteiligungsbegriff

Der rechtliche Beteiligungsbegriff nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften definiert diesen als *„Anteile an anderen Unternehmen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen“*.

Die Hessische Gemeindeordnung (HGO) spricht im § 121 von „Beteiligungen an Unternehmen“. In § 126 HGO sind allerdings bereits Formulierungen zu finden, die den Begriff auf „Beteiligungen an anderen privatwirtschaftlichen Vereinigungen“ ausweitet.

Eine Beschränkung des Beteiligungsbegriffes auf „Unternehmen“ als Grundlage für diesen Bereich hätte u.E. die tatsächliche Dimension des möglichen Steuerungs- und Handlungseinflusses des Kreises nur unzureichend dokumentiert.

In diesem Bericht haben wir deshalb den Beteiligungsbegriff bewusst weit gefasst. Wir haben alle maßgeblichen Unternehmen, Eigenbetriebe, Verbände und Vereine aufgenommen,

die außerhalb des Kreishaushaltes eine eigene Buchführung haben und an denen der Kreis beteiligt ist, ohne dass dies zugleich eine abschließende Aussage zur kreispolitischen Verantwortung oder Einflussnahme zulässt. Das wäre zumeist nur sehr schwierig und im Einzelfall zu beschreiben.

Währenddessen einzelne Beteiligungen durch Gewinnausschüttungen oder Defizitausgleich auf den ersten Blick erkennbar finanzielle Auswirkungen auf den Kreishaushalt haben, basieren andere Beteiligungen mehr auf einer gesellschaftspolitischen Einflussnahme als auf einem vordergründigen tatsächlichen (betriebs-)wirtschaftlichen Nutzen.

Wir wollen mit unserer weit gefassten Darstellung einen ersten umfassenden Überblick über das Spektrum der Beteiligungen des Vogelsbergkreises ermöglichen.

Dieser Bericht richtet sich in erster Linie an die Zielgruppe der Parlamentarier/innen. Wir haben ihn daher bewusst nicht nach Betriebsformen (GmbH, AG, Eigenbetriebe, etc.), sondern nach Politikfeldern gegliedert.

Wir hoffen, hiermit einen besseren Zugang zu ermöglichen.

1.3 Rechts- und Organisationsformen

Die Rechtsordnung stellt den Unternehmungen eine große Anzahl von Rechtsformen (Unternehmensformen) zur Verfügung und überlässt es in der Regel den Eigentümern oder Gründern, die Entscheidung für eine bestimmte Rechtsform nach betriebswirtschaftlichen, steuerlichen oder anderen Gesichtspunkten zu treffen.

Durch den in § 122 HGO geregelten weitgehenden Ausschluss der öffentlichen Hand als **Vollhafter** reduzieren sich die Möglichkeiten auf die Rechts- und Organisationsformen Eigenbetrieb, GmbH, AG, rechtlich selbständige Anstalt, Zweckverband (ZV), Genossenschaft, eingetragener Verein (e.V.).

Eigenbetrieb:

Der Eigenbetrieb ist ein wirtschaftliches Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Grundlage Eigenbetriebsgesetz). Hinsichtlich seiner Organisation und Wirtschaftsführung ist dieses Unternehmen verselbstständigt, d.h. von der übrigen Kreisverwaltung getrennt. Organe des Eigenbetriebs sind Betriebsleitung und Betriebskommission. Finanzwirtschaftlich ist es aus dem Gesamtvermögen des Kreises heraus genommen. Der Kreistag entscheidet über die Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden soll. Ihm obliegt vor allem die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan und die Feststellung des Jahresabschlusses (§ 5 Eigenbetriebsgesetz).

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH):

Die GmbH gehört zur Gruppe der Kapitalgesellschaften. Sie ist eine juristische Person mit einem Stammkapital, das der Summe der Stammeinlagen der Mitglieder (Gesellschafter)

entspricht. Die Gesellschafter haften nicht mit ihrem Gesamtvermögen, sondern nur in Höhe ihres Stammkapitalanteils. Es besteht somit eine auf das Geschäft „beschränkte Haftung“. Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Bildung eines Aufsichtsrates ist fakultativ, bei Gesellschaften mit kommunaler Beteiligung wegen § 122 Abs. 1 Nr. 3 HGO jedoch die Regel.

Im Zuge sog. Outsourcingprozesse (Ausgliederung kommunaler Aufgaben aus der Kernverwaltung) kommt diese Rechtsform im kommunalen Beteiligungsbereich mittlerweile häufig vor, u.a. auch deswegen, weil das GmbH-Recht den Gesellschaftern große Gestaltungsspielräume eröffnet (z.B. Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages).

Aktiengesellschaft (AG):

Die AG ist eine Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit, die ein in Aktien (Anteilscheine) zerlegtes Grundkapital aufweist. Gesellschafter (Aktionär) wird man durch Erwerb eines Aktienstückes (Mitgliedschaftsurkunde). Aktionäre sind also an einem Teil des Grundkapitals beteiligt, ohne persönlich für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften. Organe der AG sind der Vorstand, der Aufsichtsrat (als Repräsentanten der Anteilseigner) und die Hauptversammlung.

Seit dem Inkrafttreten des Bilanzrichtliniengesetzes bestehen keine Unterschiede mehr in den Rechnungslegungs-, Prüfungs- und Publizitätsvorschriften für Kapitalgesellschaften (GmbH, AG). Dies führt u.a. dazu, dass die AG (im Vergleich zur GmbH) sich wachsender „Beliebtheit“ auch bei Betrieben mittlerer Größenordnung erfreut.

Rechtlich selbstständige Anstalt:

Die rechtlich selbstständige Anstalt kann von Kommunen nur auf der Grundlage eines besonderen Gesetzes gebildet werden. Auf kommunaler Ebene hervorzuheben sind Sparkassen, für die neben dem Kreditwesengesetz eine Reihe von Sonderbestimmungen gelten. Organe sind der Vorstand, der die laufenden Geschäfte führt, und der Verwaltungsrat als Kontrollorgan, dessen Vorsitzender der Spitzenbeamte der kommunalen Gebietskörperschaft (Landrat) ist. Die kommunale Gebietskörperschaft haftete in der Vergangenheit als Gewährträger unbeschränkt für alle Verbindlichkeiten der ihr zugehörigen Sparkasse (§ 3 Sparkassengesetz). Dementsprechend wurde die Selbstständigkeit des Vorstandes durch den Verwaltungsrat und die Aufsicht bzw. Einflussnahme des Gewährträgers eingeschränkt.

Durch die von der EU-Kommission ausgelösten Veränderungen (Brüsseler Verständigung über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für Landesbanken und Sparkassen vom 17. Juli 2001) wurde der Vogelsbergkreis von seiner Gewährträgerhaftung befreit; die Sparkasse haftet zukünftig für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen, der Vogelsbergkreis wird sukzessive aus seiner Gewährträgerhaftung entlassen.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 20.12.2002 die Änderung der Satzung beschlossen (KT VIII/145). Sie ist gemäß § 5 Abs. 3 der Hess. Landkreisordnung am 29.12.2002 in Kraft getreten.

Zweckverband:

Der Zweckverband ist ein Zusammenschluss von *Gemeinden* und *Gemeindeverbänden*, der der gemeinsamen Wahrnehmung einzelner/bestimmter kommunaler Aufgaben dient. Er ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts und verwaltet seine Angelegenheit in eigener Verantwortung auf der Basis des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit. Organe sind der Verbandsvorstand und die Verbandsversammlung.

Wasser- und Bodenverbände:

Wasser- und Bodenverbände sind den Zweckverbänden ähnliche Körperschaften des öffentlichen Rechts auf spezialgesetzlicher Grundlage. Im Gegensatz zu den Zweckverbänden, bei denen nur *Gebietskörperschaften* Mitglieder sind, können bei den Wasser- und Bodenverbänden auch natürliche oder juristische Personen des privaten Rechts dazu gehören.

Genossenschaft:

Die *Genossenschaft* ist eine *Gesellschaft*, welche die Förderung des Erwerbs oder der *Wirtschaft* ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs bezweckt. Im Statut der *Genossenschaft* wird geregelt, ob und in welcher Höhe *Genossen* im Insolvenzfall zur Leistung von Nachschüssen verpflichtet sind. Charakteristisch für die *Genossenschaft* ist, dass sie keinen eigenen wirtschaftlichen Zweck verfolgt, sondern den sonstigen *Wirtschaftsbetrieb* ihrer Mitglieder unmittelbar fördern will.

Eingetragener Verein (e.V.):

Der *Verein* ist ein auf Dauer angelegter freiwilliger Zusammenschluss von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes. Organe sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung. Die Rechtsfähigkeit wird durch Eintragung in das Vereinsregister beim zuständigen Amtsgericht erlangt.

1.4 Beteiligungscontrolling

Vor allem ausgelöst durch die Finanzprobleme der öffentlichen Hand war die allgemeine Diskussion über mehr als ein Jahrzehnt auf die Privatisierung öffentlicher Aufgaben fokussiert. Im Zuge der Verwaltungsmodernisierung war ein Trend zur Ausgliederung öffentlicher Aufgaben in selbstständige Betriebs- und Rechtsformen zu verzeichnen, um öffentliche Aufgaben effektiver und effizienter wahrzunehmen. Darüber hinaus gab und gibt es eine lang anhaltende Diskussion, welche Aufgaben „öffentlichen Charakter“ haben, welche „freiwilliger Art“ sind und aus welchen Bereichen sich der Staat zurückziehen und sie dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen sollte. Spätestens mit den weltwirtschaftlichen finanziellen Verwerfungen der letzten Jahre ist eine Zurückbesinnung bei den Bereichen öffentlicher Daseinsvorsorge feststellbar, die Rückführung z.B. von Wasser, Energie in den kommunalen öffentlichen Sektor ist z.T. im vollen Gang. Ob dies nur kurzfristig als Auswirkung der Finanzkrisen oder langfristiger Trend ist, bleibt abzuwarten.

Auch der Vogelsbergkreis hat zahlreiche Beteiligungen, z.T. historisch gewachsen als Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge (Wasser, Energie, Krankenhaus) oder z.T. jüngerem Datums auf der Basis gewollter Einflussnahme in wichtigen Feldern (Touristik, Regionalentwicklung).

Aufgrund seiner Eigentümerstellung und der erheblichen finanziellen Auswirkungen auf den Kreishaushalt ergibt sich für den Vogelsbergkreis die Notwendigkeit zur Steuerung und Kontrolle seiner Beteiligungen sowie der kritischen Reflexion, welche Einzelbeteiligungen dauerhaft als „quasi öffentliche Aufgabe“ anzusehen sind.

Gemäß § 121(7) HGO haben die Gemeinden (der Kreis) mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Aufgaben des § 121(1) HGO erfüllt.

Mit der vom Kreisausschuss am 02.10.2008 beschlossenen „Beteiligungsrichtlinie“ wurden die organisatorischen Voraussetzungen für ein Beteiligungscontrolling geschaffen. Das Beteiligungscontrolling besteht neben der „Politikberatung“ insbesondere in der interdisziplinären Zusammenarbeit beteiligungsrelevanter Querschnittsämter (Hauptamt, Amt für Finanzen, Amt für Wirtschaftsförderung und Revision).

Eine Bündelungsfunktion und damit die Zuständigkeiten für

- Grundsatzfragen der Beteiligungspolitik,
- finanz- und haushaltswirtschaftliche Querschnittsaufgaben,
- Grundsatzangelegenheiten im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Gesellschafterrechten (Beratungsfunktion),
- Grundsatzfragen der Organisation und Struktur der Beteiligungen,
- Beratung und Unterstützung der Fachämter bei der Verwaltung von Beteiligungen

sind im Amt für Wirtschaftsförderung und Revision konzentriert.

1.5 Erklärungen zur Rechnungslegung

Die Zweckverbände, Gesellschaften, etc., an denen der Vogelsbergkreis Beteiligungen hat, erstellen ihren **Jahresabschluss** unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches. Durch die Erfolgs- und Bestandsermittlung soll damit ein Einblick in die wirtschaftliche Lage und vor allem in die Vermögensverhältnisse eines Unternehmens gegeben werden.

Nachfolgend werden einige damit zusammenhängende Begriffe erklärt:

Bilanz:

Die Bilanz ist die Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva). Sie ist zum Schluss des Geschäftsjahres zu erstellen und ist neben der Gewinn- und Verlustrechnung Teil des Jahresabschlusses. Die Bilanz hat eine Gegenüberstellung der aktiven und der passiven Vermögensgegenstände zu liefern. **Aktiva** sind danach die der Leistungserstellung dienenden Wirtschaftsgüter („Wofür wurden die Mittel verwendet?“), **Passiva** sind die hierfür verwendeten Finanzmittel („Woher kamen die Mittel?“).

In dem vorliegenden Beteiligungsbericht ist die Bilanz auf die wichtigsten Bilanzpositionen reduziert. Auf der Aktivseite - Mittelverwendung - befinden sich das Anlage- und Umlaufvermögen. Das **Anlagevermögen** stellt die Vermögensgegenstände eines Unternehmens dar, die diesem langfristig dienen sollen wie beispielsweise Gebäude, Fuhrpark usw.

Zum **Umlaufvermögen** zählen alle Vermögensposten, die nur kurzfristig im Unternehmen verbleiben, weil sie ständig umgesetzt werden wie z.B. Bargeld, Postgiro- und Bankguthaben etc.

Auf der Passivseite - Mittelherkunft - werden die Bilanzpositionen Eigenkapital, Rückstellungen, Verbindlichkeiten dargestellt. Unter der Position **Eigenkapital** sind alle eigenen Mittel eines Unternehmens zusammengefasst wie z.B. das eingebrachte Kapital der Eigentümer bzw. Gesellschafter einer Unternehmung oder der Jahresgewinn oder -verlust des Vorjahres. **Rückstellungen** sind Verbindlichkeiten für Aufwendungen, die am Bilanzstichtag zwar ihrem Grunde nach feststehen, aber nicht in ihrer Höhe und dem Zeitpunkt der Fälligkeit, z.B. Prozesskosten, Pensionsrückstellungen. Sie dienen der periodengerechten Ermittlung des Jahresergebnisses. Unter dem eigentlichen Begriff der **Verbindlichkeiten** werden alle bestehenden Zahlungsverpflichtungen zusammengefasst, deren Grund, Höhe und Fälligkeit bereits bekannt sind, beispielsweise Zahlungsverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten aus Darlehen, aus Lieferung und Leistungen etc.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV):

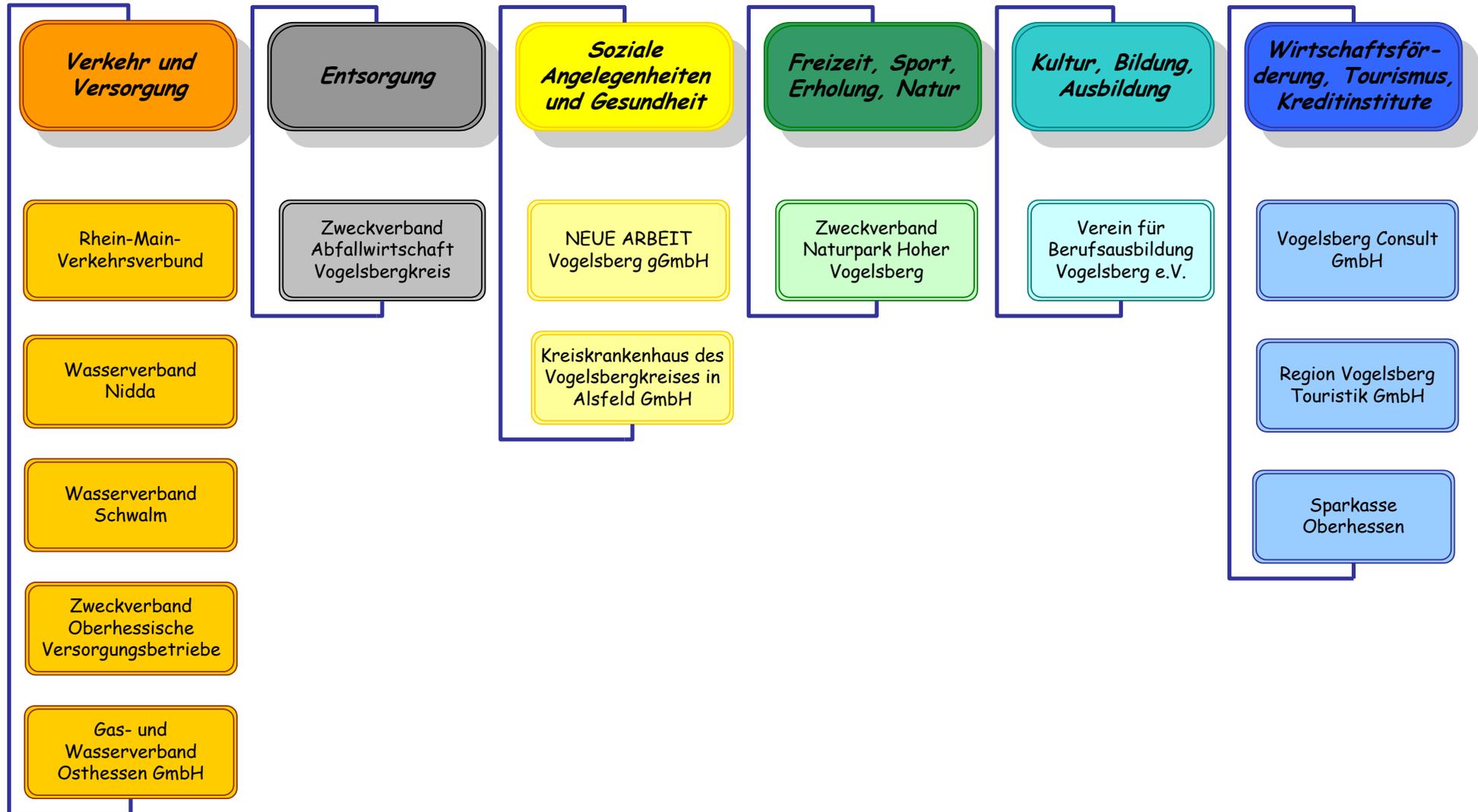
Die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) ermittelt den Unternehmenserfolg. Aus ihr sind alle Aufwendungen und Erträge, die aus der Buchführung gewonnen werden, und damit Ursachen und Zusammensetzung des Erfolgs ersichtlich. Während bei der Bilanz der vollständige Vermögensnachweis - besonders der Schuldennachweis - im Vordergrund steht, stellt der Ausweis des Periodenerfolgs und dessen Zustandekommen das Hauptmotiv der GuV - auch Erfolgsrechnung genannt - dar.

Die Darstellung der GuV erfolgt im vorliegenden Beteiligungsbericht reduziert auf wesentliche Positionen.

Das **Betriebsergebnis** liefert eine Gegenüberstellung der Kosten und Erlöse und gibt somit an, ob das Unternehmen auf seinem Leistungsgebiet erfolgreich war oder nicht. Im **Finanzergebnis** sind die Salden der Beteiligungs-, Zins- oder sonstigen Finanzanlagevermögen eines Unternehmens erfasst. Das **gewöhnliche Geschäftsergebnis** ergibt sich aus dem Betriebs- und Finanzergebnis, während das **außerordentliche Ergebnis** den Saldo von außerordentlichen Erträgen und außerordentlichen Aufwendungen darstellt. Diese stehen

zwar im Zusammenhang mit dem Betriebszweck, dürfen aber bei der Betriebsergebnisermittlung nicht berücksichtigt werden, da sie zufällig, einmalig und i.d.R. ungewöhnlich hoch sind, wie z.B. Schadensfälle durch Hochwasser, Verluste und Gewinne aus dem Verkauf von Anlagen. Das **Jahresergebnis** - Jahresüberschuss oder -fehlbetrag - ergibt sich aus dem Saldo des gewöhnlichen Geschäftsergebnisses und dem außerordentlichen Ergebnis nach Berücksichtigung von Steuern.

Beteiligungen des Vogelsbergkreises



Einrichtung	Straße	PLZ / Ort	Telefon / Fax	Mail/Homepage	Anrede	Vorname	Nachname
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	Alte Bleiche 5	65719 Hofheim am Taunus	06192 / 294-0 06192 / 294-900	rmv@rmv.de www.rmv.de	Herr	Klaus Peter	Güttler
Wasserverband Nidda	Leonhardstr. 7	61169 Friedberg	06031 / 83 7100 06031 / 83-7104	wv-nidda@wetteraukreis.de	Herr	Stefan	Gottbehüt
Wasserverband Schwalm	Parkstr. 6	34576 Homberg / Efze	05681 / 775-205 05681 / 775-207	info@wasserverband-schwalm.de www.wasserverband-schwalm.de	Herr	Peter	Kugler
Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe	Hanauer Str. 9-13	61169 Friedberg	06031 / 82-0 06031 / 82-1306	info@zov.de www.zov.de	Herr	Rainer	Schwarz
Gas- und Wasserversorgung Osthessen (GWV) GmbH	Rangstr. 10	36043 Fulda	0661 / 299-0 0661 / 299-119	post@gwv-fulda.de www.gwv-osthessen.de	Herr	Dipl.Soz.Oec. Martin	Heun
Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis	Eselswörth 23	36341 Lauterbach	06641 / 9671-0 06641 / 9671-20	info@zav-online.de www.zav-online.de	Herr	Dr. Hansjörg	Fuchs
NEUE ARBEIT Vogelsberg GmbH	Altenburger Str. 40	36304 Alsfeld	06631 / 9641-0 06631 / 9641-41	info@neue-arbeit-vb.de www.neue-arbeit-vb.de	Herr	Hans-Ulrich	Merle
Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH	Schwabenröder Str. 81	36304 Alsfeld	06631 / 98-0 06631 / 98-1118	info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de	Herr	Bodo	Assmus

Einrichtung	Straße	PLZ / Ort	Telefon / Fax	Mail/Homepage	Anrede	Vorname	Nachname
Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg	Karl-Weber-Str. 2	63679 Schotten	06044 / 2631 06044 / 987465	naturparkvogelsberg@t-online.de www.natpa.de	Herr	Rudolf	Frischmuth
Verein Berufsausbildung Vogelsberg e.V.	Goldhelg 20	36341 Lauterbach	06641 / 977-331 06641 / 977-5317	vfb@vogelsbergkreis.de	Herr	Erich	Bloch
Vogelsberg Consult GmbH	Am Schlossberg 32	36304 Alsfeld	06631 / 9616-0 06631 / 96 16-16	info@vogelsberg-consult.de www.vogelsberg-consult.de	Herr	Thomas	Schaumberg
Region Vogelsberg Touristik GmbH	Vogelsbergstr. 137a	63679 Schotten	06044 / 964848 06044 / 964849	info@vogelsberg-touristik.de www.vogelsberg-touristik.de	Frau	Uta	Nebe
Sparkasse Oberhessen	Kaiserstr. 155	61169 Friedberg	06031 / 86-0 06031 / 86-128	info@sparkasse-oberhessen.de www.sparkasse-oberhessen.de	Herr	Günter	Sedlak

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH

Alte Bleiche 5, 65719 Hofheim am Taunus
Tel.: 06192 / 294-0 - Fax: 06192 / 294-900
E-Mail: rmv@rmv.de
Internet: www.rmv.de



Rhein-Main-Verkehrsverbund

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft dient dem Zwecke der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie die Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV) und nimmt im Verbundgebiet folgende Aufgaben wahr:

- regionalisierter, regionaler Schienenpersonennahverkehr (SPNV),
- regionaler Buspersonennahverkehr (BPNV),
- Verkehrsplanung, Verkehrskonzeption und technische Standards,
- Rahmenplanung für Produkte,
- Verbundtarif und Beförderungsbedingungen,
- Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgastinformation,
- Vertriebssystem,
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen,
- integriertes Plandatensystem.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

öffentlicher Personennahverkehr

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1994

Anteile in %: 3,704 %

§ 121 (2) 1 Wirtschaftliche Betätigung:

öffentlicher Personennahverkehr

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Petra Roth - Vorsitzende	Klaus Peter Schellhaas (bis 31.08.2011) Christel Fleischmann (ab 01.09.2011)
André Kawai - stellv. Vorsitzender	Bernd Woide
Steffen Saebisch	Siegfried Fricke (bis 09/2011) Anita Schneider (ab 10/2011)
Prof. Dr. Luise Hölscher	Thomas Will (bis 10/2011) Gerald Kummer (ab 11/2011)
Dieter Wenzel (bis 06/2011) Brigitte Lindscheid (ab 10/2011)	Ulrich Krebs
Birgit Simon	Wolfgang Schuster
Prof. Dr.-Ing. Joachim Pös (bis 07.11.2011) Sigrid Möricke (ab 08.11.2011)	Manfred Michel
Michael Korwisi	Berthold R. Gall (bis 30.09.2011) Michael Cyriax (ab 01.10.2011)
Gerhard Möller	Dr. Karsten McGovern
Thomas Rausch (bis 09/2011) Gisela Weigel-Greilich (ab 10/2011)	Dietrich Kübler
Axel Weiss-Thiel	Claudia Jäger
Egon Vaupel	Burkhard Albers
Silke Klinger (bis 17.11.2011) Stefan Gietowski (ab 18.11.2011)	Rudolf Marx
Wolfram Dette	Joachim Arnold

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten seit 15. Juni 1999 eine Aufwandsentschädigung von € 51,13 pro Person und Sitzung. Im Geschäftsjahr 2011 fielen dafür Aufwendungen in Höhe von insgesamt T€ 2,8 an.

Beirat:

Dr. Thomas Kortenhaus	Manfred Sickmann
Wolfgang Holzhausen	Michael Takatsch
Dr. Klaus Vornhusen	Nils Quante
Ernst Kleinwächter	Klaus Gürsch
Veit Salzmann	Karl-Heinz Betz
Stefan Würzbach	Reinhold Bickelhaupt
Bernd Oleynik	Matthias Altenhein
Dr. Frank Wendzinski	Doris Weiland
Dr. Christoph Gelking	Michael Holla
Brigitte Holdinghausen	Armin Klein
Rita Krüsemann	Christian Sommer
Wilfried Staub	Arne Behrends
Peter Bickel	Kira Lampe
Bernhard Gässl	Dirk Plate
Karl-Heinz Holub	Volker Rahm
Doris Weiland	Birgit Hartmann
Dr. Hans-Jörg von Berlepsch	Heinz-Konrad Debus
Gunther Rebahl	Peter Krämer
Volker Lampmann	Andreas Maatz
Astrid Tschann	Thomas Brunke
Stefan Burghardt	Berthold R. Gall - Vorsitz
Horst Freund	Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Rheinland-Pfalz
Norbert Witzel	

Geschäftsführung: Professor Knut Ringat (Sprecher der Geschäftsführung)
Klaus-Peter Güttler (Jurist)

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH
Gründungsdatum: 30.06.1994
Gesellschaftsvertrag: 04.07.1991, geändert am 30.06.1994
Handelsregister: Frankfurt, HRB 34128
Stammkapital: 690.244,04 €
Beteiligungen: Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft GmbH (rms), 100 %
Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma), 100 %
VDV-Kernapplikations GmbH & Co. KG, Köln, 11,561 %
Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen mbH (beka), Köln, 0,65 %
RTW Planungsgesellschaft mbH, 33,33 %

Gesellschafter:

Land Hessen	Stadt Marburg	Landkreis Limburg-Weilburg
Stadt Darmstadt	Stadt Rüsselsheim	Main-Kinzig-Kreis
Stadt Frankfurt am Main	Stadt Wetzlar	Main-Taunus-Kreis
Stadt Offenbach am Main	Landkreis Darmstadt-Dieburg	Landkreis Marburg-Biedenkopf
Stadt Wiesbaden	Landkreis Fulda	Odenwaldkreis
Stadt Bad Homburg v.d.H.	Landkreis Gießen	Landkreis Offenbach
Stadt Fulda	Landkreis Groß-Gerau	Rheingau-Taunus-Kreis
Stadt Gießen	Hochtaunuskreis	Vogelsbergkreis
Stadt Hanau	Lahn-Dill-Kreis	Wetteraukreis

Stammeinlagen:

Die Geschäftsanteile werden mit jeweils 25.564,59 € je Gesellschafter zum Bilanzstichtag gehalten.

Bilanz des Unternehmens

AKTIVA	2011	2010	PASSIVA	2011	2010
	€	€		€	€
<u>A. Anlagevermögen</u>			<u>A. Eigenkapital</u>		
I. Immat. Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	690.244,04	690.244,04
1. EDV-Software	2.315.966,00	1.509.427,00	II. Andere Gewinnrücklagen	1.481.385,80	1.481.385,80
2. Geleistete Anzahlungen	5.391.079,60	4.254.362,77	Summe Eigenkapital	2.171.629,84	2.171.629,84
	7.707.045,60	5.763.789,77			
II. Sachanlagen			<u>B. Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen</u>	9.533.416,02	7.526.739,35
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	799.734,00	723.017,00			
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	12.323,34	25.619,50			
	812.057,34	748.636,50			
III. Finanzanlagen			<u>C. Rückstellungen</u>		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	899.313,08	899.313,08	1. Rückstellungen für Pensionen	6.386.038,80	5.923.698,40
2. Beteiligungen	115.000,00	115.000,00	2. Sonstige Rückstellungen	4.971.307,84	5.098.065,53
	1.014.313,08	1.014.313,08	Summe Rückstellungen	11.357.346,64	11.021.763,93
Summe Anlagevermögen	9.533.416,02	7.526.739,35			
<u>B. Umlaufvermögen</u>			<u>D. Verbindlichkeiten</u>		
I. Vorräte			1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.703.082,64	5.257.305,91
Fertige Erzeugnisse und Waren	88.818,70	0,00	2. Verbindlichkeiten aus Projektfinanzierungen	2.433.941,45	2.536.957,88
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.128.883,69	1.727.085,70
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.216.095,41	896.321,71	4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	54.988,00
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	82.764,44	60.113,88	5. Sonstige Verbindlichkeiten	372.081,71	342.766,09
3. Sonstige Vermögensgegenstände	20.659.469,67	20.886.191,97	Summe Verbindlichkeiten	9.637.989,49	9.919.103,58
	21.958.329,52	21.842.627,56			
III. Sonstige Wertpapiere	709.000,00	709.480,00			
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	250.757,06	339.922,06			
Summe Umlaufvermögen	23.006.905,28	22.892.029,62			
<u>C. Rechnungsabgrenzungsposten</u>	160.060,69	245.683,93	<u>E. Rechnungsabgrenzungsposten</u>	0,00	25.216,20
Summe Aktiva	32.700.381,99	30.664.452,90	Summe Passiva	32.700.381,99	30.664.452,90

Gewinn- und Verlustrechnung

	2011 €	2010 €
1. Erträge aus Beiträgen der kommunalen Aufgabenträger	3.013.636,98	3.066.875,64
2. Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	36.577.215,03	36.999.703,18
3. Zur Aufwandsdeckung verfügbare Zuwendungen	39.590.852,01	40.066.578,82
4. Erträge aus Projektzuwendungen	3.579.385,62	5.122.294,82
5. Sonstige betriebliche Erträge	1.273.925,35	1.106.894,87
6. Zuführung zu Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	-3.591.682,92	-2.352.415,31
7. Materialaufwand Aufwendungen für projektbezogene Leistungen	-25.767.317,46	-27.665.550,40
8. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-7.576.762,76	-7.738.181,65
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen f. Altersversorgung	-1.482.600,45	-2.351.179,36
	-9.059.363,21	-10.089.361,01
9. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.585.006,25	-1.178.117,54
10. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen	1.585.006,25	1.178.118,54
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.179.227,99	-5.982.544,71
12. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	1.095.046,90	761.976,67
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	89.457,75	83.282,86
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	-1,00
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-651.577,65	-672.236,21
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	379.498,40	378.920,40
17. Außerordentliche Aufwendungen	-376.727,40	-376.727,40
18. Sonstige Steuern	-2.771,00	-2.193,00
19. Jahresüberschuss	0,00	0,00

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter:	<u>2011</u>	<u>2010</u>
(Jahresdurchschnitt)	136	132
davon Teilzeitkräfte	21	19

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresüberschuss 0,00 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft</i>	keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Aufgabenwahrnehmung öffentlicher Personennahverkehr

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

1. Geschäftstätigkeit

Grundlage der Geschäftstätigkeit der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH ist der Gesellschaftsvertrag mit dem Gesellschaftszweck der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung zur Organisation und Koordination des öffentlichen Personennahverkehrs seiner Gesellschafter.

Eine starke Zusammenarbeit mit den kommunalen ÖPNV-Aufgabenträgern sowie der Unterstützung mit dem Land Hessen soll den öffentlichen Auftrag der Daseinsvorsorge gewährleisten.

Die Mobilität rückt immer mehr in den Focus des Kunden und stellt ein wichtiges Grundbedürfnis dar. Ziel ist es, die öffentlichen Verkehrsangebote nachhaltig und umweltfreundlich zu verbessern. Neue Medien und Technologien zu einer permanenten Entwicklung des Verkehrsverbundes als Mobilitätsdienstleister tragen hierzu stetig bei. Die Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH soll das Dach sein, zu dem alle Akteure in der Region positiv stehen. Die RMV GmbH ist einer der Akteure.

Mittel- sowie langfristige Ziele der RMV GmbH sind ein qualitativ besserer ÖPNV indem neue Wege beschritten werden müssen. Das Angebot muss in allen Bereichen auf die Wünsche des Kunden ausgerichtet werden. Eine in sich aufeinander abgestimmte Wegeketten muss auf-, sowie die Zugangsbarrieren zum System abgebaut werden.

Weitere ausgewiesene mittel- und langfristige Ziele sind die Qualitätsverbesserung und Schaffung von zusätzlichen Kapazitäten im ÖPNV. Kurzfristiges Ziel muss die Verbesserung der Pünktlichkeit durch Abbau von diversen Schwachstellen sein.

Angesichts der demografischen Entwicklung muss das Zusammenwirken zwischen ÖV und IV durch neue Formen und Wege über neue Pilotprojekte gefunden werden.

Um diese Ziele zu erreichen und die Kundenzufriedenheit maßgeblich zu verbessern, hat sich die RMV GmbH unter anderem besonderen Aufgabenstellungen verschrieben.

- Die RMV GmbH beteiligt sich u.a. mit anderen Partnern an der hessischen Mobilitätsoffensive für die Entwicklung integrierter Mobilitätsdienstleistungen am Projekt HOLM (House of Logistic and Mobility). Das Projekt „Staufreies Hessen 2015“ trägt langfristig zu mobilen Problemlösungen bei. Zur Erreichung höherer Marktreichweite sind Mobilitätspakete mit Verkehrsunternehmen, Taxi, CarSharing, insbesondere auch im ländlichen Raum, als potentielle Entwicklung anzusehen. Im Hinblick der Zukunftsentwicklung stehen weitere alternative Mobilitätsdienste im Fokus.
- Ein deutschlandweites eTicket zum bargeldlosen Zahlungsverkehr wird mit anderen Verbänden und der VDV-Kernapplikations GmbH & Co. KG vorbereitet und zur baldigen Umsetzung realisiert werden. Dies steht im Kontext zur RBL-Entwicklung mit dem Fokus auf Kundeninformation und Steuerung der Verkehre.
- Die RMV GmbH ist bestrebt, ein kundengerechtes Vertriebssystem aufzubauen. Ein Baustein schafft hier die Realisierung eines Elektronischen Fahrgeldmanagement. Im Geschäftsjahr konnte die RMV GmbH hierzu weitere Schritte verfolgen. Eine neue Automatengeneration konnte eingeführt und Mitte des Jahres in Betrieb genommen werden.
- Im Geschäftsjahr erfolgten im Rahmen des Wettbewerbskonzeptes weitere Ausschreibungen von Teilnetzen im Schienen- sowie im Buspersonennahverkehr.

Die Finanzierung der RMV GmbH für Verwaltung sowie die Fremdleistungen für Untersuchungen laut Wirtschaftsplan erfolgt nach Abzug von eigenen Erträgen durch Zuwendungen des Landes Hessen und aus der Umlage der Komplementärfinanzierung der kommunalen Gesellschafter. Der Regiebereich wickelt die Projekte im Rahmen des für ein Kalenderjahr genehmigten Wirtschaftsplanes ab und stellt die personelle und technische Infrastruktur bereit.

2. Beteiligungen

2.1 Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms)

Das wirtschaftliche Umfeld der Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms GmbH) ist geprägt durch sich verschlechternde finanzielle Rahmenbedingungen für den Öffentlichen Personennahverkehr. Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen als wichtigste Kundengruppen der rms GmbH müssen einerseits auf den Rückgang der

finanziellen Förderung des ÖPNV, den demographischen Wandel, die Individualisierung der Gesellschaft, die Entwicklung neuer Technologien und die ökologischen Herausforderungen mit fachlich geänderten Ausrichtungen reagieren. Es entstehen andererseits für die rms GmbH auch neue Chancen im Mobilitätsmarkt. Die rms GmbH hat in 2011 durch gezielte Entwicklung neuer Themen bereits erfolgreich Aufträge akquiriert.

Die Umsatzerlöse sind im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr um etwa 94% von TEUR 4.955 auf TEUR 9.617 gestiegen. Der Umsatz mit Dritten konnte gegenüber 2010 abermals leicht gesteigert werden. Die Umsatzerlöse wurden im Wesentlichen durch die Themenfelder Kundenkommunikation, Verkehrs- und Marktforschung, Datenmanagement sowie Informations- und Vertriebssysteme generiert.

Die Betriebsleistung hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 290 (3 %) verbessert. Die Umsatzerlöse haben sich durch den Abschluss einiger Projekte nahezu verdoppelt. Dies spiegelt sich entsprechend in dem starken Rückgang der Bestandsveränderungen wider. Der Materialaufwand und der direkt den Projekten zurechenbare Aufwand an Fremdleistungen ist entsprechend gestiegen.

Die Liquidität der rms GmbH wird über vertraglich vereinbarte Anzahlungen auf eingehende Aufträge gesichert. Darüber hinaus besteht eine Kreditlinie von TEUR 400.

Trotz Steigerung des Umsatzes mit Dritten im Geschäftsjahr wird es für die rms GmbH weiterhin von Bedeutung sein, dass die RMV GmbH wichtige Dienstleistungen wie Kundenkommunikation, Datenmanagement, eTicket und andere Beratungsleistungen von der rms GmbH erbringen lässt.

Die rms schließt das Geschäftsjahr 2011 mit einem positiven Ergebnis ab. Vor Gewinnabführung weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von TEUR 157 (i. Vj. TEUR 170) aus. Die Zahlungsfähigkeit der rms GmbH war im Geschäftsjahr durchgängig gewährleistet.

2.2 Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma)

Den Schwerpunkt der Tätigkeiten im Geschäftsjahr 2011 bildete bezüglich der Bestandsfahrzeuge der Odenwald- und der Taunusbahn wiederum das Vertrags- und Qualitätsmanagement, die Instandhaltungsoptimierung und die Begleitung und Kontrolle der Abarbeitung aufgetretener Fahrzeugmängel. Grundlage sind weiterhin die Werklieferungsverträge mit der Bombardier Transportation GmbH (BT) vom 16. Dezember 2003 (Odenwaldbahn) bzw. mit der Alstom LHB GmbH (ALHB) vom 15. August 2005 (Taunusbahn) sowie die entsprechenden Zusatzvereinbarungen. Hinzu trat das Vertrags- und Qualitätsmanagement der vier weiteren Fahrzeuge ITINO RMV2 auf der Basis des Werklieferungsvertrages vom 17. September 2007 mit BT.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2011 ist weiterhin geprägt vom Darlehensvertrag Odenwaldbahn mit der Deutschen Verkehrsbank AG (DVB) vom 16.12.2003, vom Darlehensvertrag Taunusbahn mit der DVB vom 05. Juli 2005 sowie den Darlehensverträgen mit der DVB vom 08. Oktober 2007 und vom 14. Dezember 2007 über drei und ein weiteres Fahrzeug für die Odenwaldbahn bzw. die Anbindung Pfungstadt.

In 2011 wurden die zusätzlichen Fahrzeuge Itino RMV Los 2 erstmals ganzjährig im Fahrgastbetrieb eingesetzt, seit Dezember wird auch die Strecke nach Pfungstadt befahren.

Verlauf des Projektes Taunusbahn in 2011

Der Schwerpunkt der Tätigkeiten im Geschäftsjahr 2011 lag im Bereich des Vertrags- und Qualitätsmanagements sowie in der Verfolgung von zwischenzeitlich erkannten Schwachstellen und Mängeln.

Umsatzerlöse

Ausgewiesen werden hier im Wesentlichen die Fahrzeugbereitstellungsentgelte für die Fahrzeuge der Odenwaldbahn (4.262.280,- €) und der Taunusbahn (1.695.000,- €) für das Geschäftsjahr 2011. Hinzu treten 2011 erstmals ganzjährig die Fahrzeugbereitstellungsentgelte für die 4 weiteren Fahrzeuge für die Odenwaldbahn und die Anbindung Pfungstads (904.800 €).

Unter Berücksichtigung der Zinserträge sowie Gegenrechnung der Aufwandspositionen ergibt sich ein Überschuss in Höhe von 938.360,- €, der gemäß des Ergebnisabführungsvertrages an die RMV GmbH abzuführen ist.

Für das Geschäftsjahr 2012 wird derzeit ebenfalls mit einem positiven Ergebnis in Höhe des Wirtschaftsplanansatzes gerechnet.

2.3 Zentrum für integrierte Verkehrssysteme GmbH (ZIV)

Die Anteile der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH am ZIV wurden, wie bereits in 2010 angekündigt, veräußert.

2.4 VDV-Kernapplikations GmbH & Co. Kommanditgesellschaft (VDV KG)

Die Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH ist als Kommanditist mit einem Anteil von 11,56 % an der VDV KG beteiligt was einem Kapitalanteil von TEUR 100 ausmacht. Durch diese Beteiligung erwachsen der RMV GmbH im Rahmen der Einlage keine finanziellen Risiken.

Die Umsatzerlöse nahmen im Geschäftsjahr 2011 um 737 T€ auf 1.580 T€ zu. Die sonstigen betriebliche Erträge gingen hingegen um 514 T€ auf 360 T€ zurück. Das Jahresergebnis verminderte sich um 19 T€ auf -74 T€. Die Liquidität nahm um 200 T€ auf 1.156 T€ ab. Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 510 T€ auf 2.799 T€ erhöht. Im Frühjahr 2011 konnte die fünfmillionste ((e)Ticket-Deutschland-Chipkarte ausgegeben werden.

Mit dem Umsetzungsbeginn 2011 in den einwohnerstarken Regionen wie Berlin (VBB), Hamburg (HVV) und Frankfurt (RMV) wird die Zahl der im Feld befindlichen Chipkarten in absehbarer Zeit weiter signifikant steigen. 2012 wird das eTicket im HNV (Heilbronn), in Münster und Bielefeld eingeführt. Weitere Regionen sind in der Vorbereitung.

2.5 Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH

Die Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH ist an der beka mit einem Geschäftsanteil in Höhe von 2.500 € Gesellschafter. Das Interesse der RMV GmbH, als Gesellschafter in die beka einzutreten, lag in einer einheitlichen Weiterbildungspolitik im Sinne der Gesellschafter von Verkehrsunternehmen und Verbänden in der beka.

Die beka mbH versteht sich als Dienstleister im Rahmen des Ein- und Verkaufs zum Bau, der Erhaltung und den Betrieb von Verkehrsbetrieben und ähnlichen Unternehmungen

erforderlicher Wirtschaftsgüter. Sie ist in den Geschäftsbereichen Handel, Bildung, Verlag und Kooperationen tätig, wobei die primäre Hauptumsatzleistung im Handel zu finden ist.

Der Gesamtumsatzerlös betrug im Geschäftsjahr TEUR 7.026 (i. Vj. 9.095).

Die beka schließt im Geschäftsjahr 2011 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 325 (i. Vj. TEUR 96) ab. Dies entspricht einem Verlust zum Vorjahr von 85 %.

Der RMV wird sich im nächsten Geschäftsjahr im Rahmen von Entflechtungen von den Anteilen an der beka trennen.

2.6 Regionaltangente West Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH)

Gegenstand der Gesellschaft ist die planerische Vorbereitung des Vorhabens „Regionaltangente West“.

Die weiteren Aufgaben bestehen in der Erarbeitung von Grundlagen zur Herbeiführung der Bau- und Finanzierungsbeschlüsse durch die betroffenen Aufgabenträger.

Darunter werden folgende Aufgaben verstanden:

- Vorbereitung und Ausschreibung von Planungsleistungen
- Steuerung von Planungsleistungen
- Koordinierung der Prozesse für die beteiligten Aufgabenträger
- Erarbeitung der Grundlagen für die Herbeiführung der Bau- und Finanzierungsbeschlüsse durch die betroffenen Aufgabenträger

Im Geschäftsjahr wurde das Projekt zur Grundlagenermittlung und Vorplanung der RTW aufgelegt. Besonderes Ziel hierbei ist es, die Vorzugstrasse zu bestimmen.

Die Gesellschaft wurde gemäß Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung und notarieller Beurkundung bis zum 31.12.2012 verlängert.

Die Gesellschaft schließt mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 865 auf TEUR 429 verringert. Die Betriebsaufwendungen haben sich im Wesentlichen aufgrund der geringeren Planungsleistungen im Geschäftsjahr vermindert.

3. Geschäftsentwicklung 2011

Mit dem Land Hessen konnte in Anlehnung an die Finanzierungsvereinbarung 2005 bis 2009 eine neue Finanzierungsvereinbarung für die Jahre 2010 bis 2014 geschlossen werden.

Schwerpunkte sind die Umsetzung von Marketingmaßnahmen bzw. -instrumentarien, die Erarbeitung des Regionalen Nahverkehrsplanes sowie die Einführung des Elektronischen Fahrgeldmanagements, mit dem Ziel, ein automatisches Ticket einzuführen. Die Markteinführung des elektronischen Tickets konnte im Geschäftsjahr erfolgreich umgesetzt werden. Weiteres Ziel ist die Zugangsbarrieren für die Kunden effektiv abzubauen. Gleichzeitig wird der Fokus auf die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Kundenbindung gelegt.

Die weiteren Aufgaben des Geschäftsjahres 2011 lagen wiederum zum einen in den originären Aufgaben der RMV GmbH wie z.B.

- Erstellung des neuen Fahrplanes 2011/2012
- Fahrkarten- u. Vertriebsinfrastrukturstandards
- Einsatz und Betrieb neuer Technologien zum Nutzen des Kunden
- Qualitätserfassung u. -bewertung im SPNV + BPNV
- RMV-Hotline
- Kundenkommunikation
- Mobilitätsgarantie

sowie zum anderen im strategischen Bereich wie z.B.

- Mobilitäts- u. verkehrsplanerische Untersuchungen
- Fortschreibung des Regionalen Nahverkehrsplanes
- Investitionsmaßnahmen
- Konzept und Modellierung Nutzerfinanzierter Tarif
- Regionale Infrastruktur
- EFM

4. Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr 2011

4.1 Ertragslage

Die Betriebsaufwendungen sind im Geschäftsjahr 2011 im Vergleich zu 2010 auf TEUR 44.599 gesunken (i. Vj. TEUR 46.002). Zum Vorjahr lag der Rückgang bei TEUR 1.403. Im Wesentlichen betrifft dies die Aufwendungen für bezogene Leistungen.

Der betriebliche Mehraufwand stieg um TEUR 306 auf TEUR 40.595 (i. Vj. TEUR 40.289).

Die Betriebserträge sind um TEUR 1.709 auf TEUR 4.004 (i. Vj. TEUR 5.713) gesunken.

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen haben sich im Vergleich zum Vorjahr wesentlich gesteigert. Das Ergebnis der fahma TEUR 938 (i. Vj. TEUR 592) verbesserte sich deutlich um 346 T€. Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2011 wird gemäß dem Ergebnisabführungsvertrag mit der RMV GmbH an diese ausgeschüttet.

Das Zinsergebnis 2011 wird durch die Änderungen des Ausweises (BilMoG) der Altersrückstellungen für das Personal mit TEUR 474 (i. Vj. TEUR 432) belastet. Ebenfalls durch das BilMoG bedingt, ergibt sich für 2011 (und bis 2014) ein jährlicher außerordentlicher Aufwand in Höhe von 377 TEUR. Dieser Aufwand resultiert aus dem Bewertungsunterschied der Pensionsrückstellungen HGB a.F. / n.F.

Die Aufwendungen wurden durch die Zuwendungen des Landes Hessen im Rahmen der bestehenden Finanzierungsvereinbarung mit TEUR 36.577 (i. Vj. TEUR 37.000) und durch die Beiträge der kommunalen Aufgabenträger mit TEUR 3.014 (i. Vj. TEUR 3.067) ausgeglichen.

4.2 Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich um TEUR 2.036 auf TEUR 32.700. Durch verstärkte Nettoinvestitionen ist das Anlagenvermögen sowie der korrespondierende Passivsonderposten gegenüber dem Vorjahr um 2.006 T€ gestiegen.

Der Anstieg um TEUR 1.943 gegenüber dem Vorjahr ist bei den immateriellen Vermögensgegenständen durch die in Entwicklung befindliche Software primär für das Projekt eTicketing zu verzeichnen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 227 geringfügig vermindert.

Die Vermögensstruktur hat sich zum Vorjahr sichtbar verändert. Das Anlagevermögen beträgt 29,2 % (i. Vj. 24,4 %) der Bilanzsumme. Entsprechend entfallen 70,8 % (i. Vj. 75,6 %) auf das Umlaufvermögen und den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten. Die Erhöhung der Anlagenintensität liegt in erneut hoher Nettoinvestition im Berichtsjahr begründet.

Die Finanzierung der langfristig gebundenen Vermögensgegenstände durch langfristiges Kapital ist jederzeit sichergestellt, da in Höhe des Anlagevermögens ein Sonderposten für die entsprechenden Zuschüsse passiviert wird.

4.3 Finanzlage

Im Geschäftsjahr haben sich die flüssigen Mittel gegenüber dem Vorjahr um TEUR 89 auf TEUR 250 geringfügig vermindert. Im Rahmen der Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen sind Mittel des nicht verbrauchten Finanzierungszuschusses an den Treuhandbereich zu transferieren. Sie dienen als Liquiditätshilfe und der genehmigte Kreditrahmen muss nicht ausgeschöpft werden.

Die Zahlungsfähigkeit der RMV GmbH war im Geschäftsjahr 2011 jederzeit gewährleistet.

4.4 Personal- und Sozialbereich

Im Personalbereich des Geschäftsjahres waren 3 Zugänge und 6 Abgänge zu verzeichnen. Die Zugänge erfolgten zur Wiederbesetzung freigewordener Stellen durch Kündigung von Arbeitnehmern bzw. ausgelaufene Zeitverträge. Im Geschäftsjahr konnten wieder 2 Auszubildende eingestellt werden. Für das kommende Geschäftsjahr sind bereits wieder 2 Auszubildende eingestellt.

5. Ausblick

5.1 ÖPNV-Gesetz

Das grundlegende Regelwerk für die Aufgaben der hessischen Verkehrsverbände ist das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNVG) vom 1. Dezember 2005, zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 16. September 2011 (GVBl. I S. 402, 406). Das derzeitige Gesetz ist bis 31.12.2012 befristet. Daher arbeitet das zuständige Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung an einer Novelle, die ab 01.01.2013 in Kraft treten soll. Ein Referentenentwurf wurde am 20.03.2012 zur Anhörung an die betroffenen Institutionen und Verbände, u.a. auch an die RMV GmbH versandt.

Der Gesetzentwurf ist geprägt durch das Streben, die interkommunale Zusammenarbeit der Landkreise und Städte als Träger des ÖPNV und die Kooperation der Nahverkehrsorganisationen auszubauen und zu stärken. Gemeinsam müssen in den vor uns liegenden Jahren Synergien gehoben werden, damit der ÖPNV bezahlbar bleibt.

Eine von einer Wirtschaftsberatungsgesellschaft ausgearbeitete Risikoanalyse zeigt im Zeithorizont bis 2020 auf, dass die Kosten des ÖPNV (insbes. Energiekosten, Kosten für Fahr- und Betriebspersonal, Eisenbahninfrastrukturbenutzungskosten) überproportional steigen, während die Fahrgeldeinnahmen und die öffentlichen Mittel nur mäßig oder gar nicht steigen. In der Folge droht eine Finanzierungslücke, zu deren Vermeidung große Anstrengungen zur Effizienzsteigerung in allen Bereichen des ÖPNV gemacht werden müssen.

5.2 Finanzierungsvereinbarung 2010 bis 2014

Die verkehrliche Entwicklung der RMV GmbH ist seit Verbundstart weiterhin positiv. Maßgeblich für diese positive Entwicklung ist u.a. das finanzielle Engagement des Landes Hessen, wodurch die Ausweitung und Verbesserung des ÖPNV-Angebotes, insbesondere in den ländlichen Regionen, sowie die Neustrukturierung des SPNV möglich wurde. Zukünftig müssen allerdings auch Wege gefunden werden, um diesen Trend weiter fortsetzen zu können. Insbesondere die sich ständig verschlechternde Finanzsituation in den öffentlichen Haushalten sowie die Kostensteigerung bei der Erstellung der Leistung führen zu diesen negativen finanziellen Auswirkungen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es bedeutsame Kostenkomponenten gibt, deren Entwicklung vollständig außerhalb der Einflussmöglichkeiten des RMV liegen, wie Energiepreise oder die Infrastrukturkosten im SPNV.

Die in der Koalitionsvereinbarung für die Legislaturperiode 2009 bis 2014 vereinbarte vollständige Durchleitung der Regionalisierungsmittel an die Hessischen Verbünde ist ein wesentliches Element zur Finanzierbarkeit des ÖPNV in Hessen. Dies gilt gleichermaßen für die Finanzierbarkeit des regionalen wie auch des lokalen Verkehrs.

Bereits mit dem Jahr 2000 wird die Finanzierung im Rahmen einer einheitlichen pauschalen Mittelzuweisung des Landes an die Verkehrsverbünde somit auch für die Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH neu strukturiert. Zur Erreichung einer größeren Flexibilität und zum effizienteren Mitteleinsatz wurde die Förderung der ÖPNV-Maßnahmen gemäß § 11 ÖPNV-Gesetz auf eine vereinfachte und vereinheitlichte Basis gestellt. Grundlage bleiben die bewährten Finanzierungsinstrumente des Verbundes. Die pauschale Mittelzuweisung mündete seit 2000 in Finanzierungsvereinbarungen zwischen dem Land Hessen und der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH mit einer Laufzeit von jeweils fünf Jahren.

Die Basis der derzeit gültigen pauschalierten Zuweisung der Landesmittel aufbauend auf der vereinbarten Finanzierungssystematik bilden u.a. folgende Grundsätze:

Die Auszahlung erfolgt jeweils zum fünfzehnten eines Monats in zwölf gleichen Raten.

Die Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH erhält den Betrag zu einer flexibilisierten Anwendung im Rahmen der Förderinstrumentarien mit einer zielorientierten Verwendung entsprechend den gesetzlichen Regelungen.

Der Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung der Landesmittel erfolgt über ein Testat des jeweiligen Wirtschaftsprüfers der RMV GmbH. Eckpunkte dieser Finanzierungsvereinbarung für die Jahre 2010 bis 2014 sind:

1. Finanzierungsbedarf

Solange die Effekte aus dem Wettbewerb im SPNV noch nicht voll greifen und gleichzeitig überproportionale Preissteigerungen zu verkraften sind, birgt dies erhebliche Risiken für einen steigenden Finanzierungsbedarf. Aus diesem Grund wurde der Mittelmehrbedarf in der Finanzierungsvereinbarung 2010 bis 2014 berücksichtigt.

Für wichtige investive Vorhaben und Leistungserweiterungen liegen Gremienbeschlüsse und/oder Verträge vor. Bereits getätigte Investitionen in Streckenertüchtigungen und Fahrzeuge in der Vergangenheit bzw. geplante, zwingend erforderliche infrastrukturelle Maßnahmen erzwingen die Bestellung zusätzlicher betrieblicher Leistungen einschließlich der damit verbundenen Steigerung des betrieblichen Aufwandes und der Infrastrukturkosten in Gegenwart und Zukunft, um „Investitionsruinen“ zu vermeiden.

Über den Bestand und die als zwingend notwendig erachteten Vorhaben hinaus ergeben sich aus der Koalitionsvereinbarung für die Legislaturperiode 2009 bis 2014 heraus weitere Maßnahmen, die mit zusätzlichem Mittelbedarf für den dann aufzunehmenden Betrieb verbunden sind.

Aus diesen Anforderungen heraus ergab sich aus den Verhandlungen mit dem Land ein Ergebnis von ca. 2,5 Mrd. € über die Laufzeit der Finanzierungsvereinbarung. Dies bedeutet eine Mehrung von ungefähr 10 % mit folgenden Rahmenbedingungen:

- Umsetzung aller wesentlichen Vorhaben im RMV sind grundsätzlich möglich
- Sicherung der Umlagenstabilität im RBNV und SPNV gemäß Aufsichtsratsbeschluss
- Volle Durchreichung der Regionalisierungsmittel wird bis 2012 erreicht
- § 45a-Pauschale dauerhaft gesichert
- Querdeckungsfähigkeit / Übertragbarkeit weiterhin möglich
- Optionale Erweiterung um 5 Jahre nach Revision Regionalisierungsgesetz

2. Laufzeit

Im Hinblick auf eine Vielzahl von wichtigen vertraglichen Verpflichtungen ist eine längerfristige Planungssicherheit für die Gesamtheit der Aufgabenträger zwingend erforderlich. Als Konsequenz daraus erfolgte eine Vereinbarung über eine Laufzeit von fünf Jahren (2010 bis 2014).

3. Zielwerte

Das Anreizsystem zur Finanzierungsvereinbarung mit den vereinbarten Zielwerten und Kriterien wie

- Marktreichweite
- Leistungen für den Kunden
- Effizienz
- Wettbewerb

wurde insgesamt als erfolgreich bewertet, so dass methodisch nur geringe Anpassungen und Modifikationen notwendig waren. Wie in der Finanzierungsvereinbarung 2005 bis 2009 wird neben dem Fixum jährlich ein definierter Betrag der Landesförderung dem Zielsystem als flexibler Betrag zugeordnet. Die RMV GmbH erhält die Verfügung über den Anteil

des definierten Betrages in Höhe von 10 Mio. Euro, dies entspricht etwa 2% des vorgeschlagenen Gesamtbudgets.

Intention des Landes ist es weiterhin, eine zielorientierte Förderung beizubehalten. Durch die Vereinbarung der Ziel(wert)vorgaben soll das Budget für eine an den Mobilitätsbedürfnissen des Kunden ausgerichteten Verkehrsbedienungs im ÖPNV mit entsprechendem Service sorgen. Die Umsetzung der mit dem Land vereinbarten Ziele liegt weitestgehend bei den Verbänden.

4. Schwerpunktprojekte

Mit der Geschäftsführung der RMV GmbH wurden seitens des Landes inhaltliche Schwerpunkte zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV-Gesamtsystems definiert, die in folgenden Zukunftsprojekten mit dem Land fixiert wurden:

- **Investitionen in die Infrastruktur und Fahrzeuge**
Eine intelligente Infrastruktur- und Fahrzeugfinanzierung soll wesentliche Schritte vorankommen und das Verfahren für Kleininvestitionen vereinfachen.
- **Leistungsangebot und Integration**
Durch Maßnahmen zur Steigerung der Pünktlichkeit und den intensivierten Einsatz eines rechnergestützten Betriebsleitsystems (RBL) zur Anschlusssicherung soll das Angebot in Ballungsraum und Region gestärkt werden.
- **Tarifgestaltung und Vertrieb**
Ziel ist die weitere Entwicklung der Nutzerfinanzierung. Der bestehende Tarif kann durch eine Tarifstrukturreform in Richtung auf ein Elektronisches Fahrgeldmanagement (EFM) ausgebaut werden.
- **Kundenservice und Information**
Der Kunde soll durch Maßnahmen zur Erhöhung der subjektiven Sicherheit, von Sauberkeit und Kundeninformation noch stärker im Mittelpunkt der Überlegungen stehen. Das Marketing in den Segmenten Gelegenheitsverkehr und Tourismus soll ausgebaut werden.
- **Dynamisches Intermodales Verkehrsinformationssystem (DIVIS)**
Durch die Verwendung der aus dem RBL gewonnenen Ist- und Echtzeitdaten sollen die Dispositions- und Kommunikationsmöglichkeiten erweitert werden, um die Qualität der Verkehrsdienstleistungen weiter zu steigern.
- **House of Logistics and Mobility (HOLM)**
Die gemeinsame Initiative aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in Hessen zur Aus- und Weiterbildung in den Sektoren Logistik und Mobilität soll Innovationsimpulse in die Rhein-Main-Region und darüber hinaus geben. Zur Attraktivität des ÖPNV-Gesamtsystems ist es notwendig, die für die Aufgabenerfüllung notwendigen Rahmenbedingungen für die Gesamtheit aller Aufgabenträger zu schaffen.

5.3 EU-weite Ausschreibungen von Verkehrsdienstleistungen im SPNV und RBNV

5.3.1 Wettbewerbliche Vergaben im SPNV

Der Verkehrsmarkt im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) befindet sich im Berichtsjahr nach wie vor in der wettbewerblichen Übergangsphase.

Bis zum Stand 31. Dezember 2011 konnten nunmehr insgesamt 21 Teilnetze (TN) einschließlich der S-Bahn Rhein-Main mit ca. 33,4 Millionen Zugkilometer (Zkm) nach wettbewerblichen Grundsätzen vergeben werden. Dies entspricht einem Anteil von ca. 83 % der gesamten Verkehrsdienstleistungen im SPNV, bezogen auf den Umfang der Verkehrs-Service-Verträge mit den Alt-Betreibern.

Vergabeverfahren RMV-Teilnetz 17.3 Niddertal

Die Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV) hat als zuständige Vergabestelle die Verkehrsdienstleistungen der Stadtexpress-Linie 32 (Frankfurt (Main) Hbf. - Bad Vilbel - Friedberg - Nidda) und der Regionalbahn- und Stadtexpress-Linie 34 (Frankfurt (Main) Hbf. - Bad Vilbel - Glauburg-Stockheim) mit jährlich insgesamt ca. 0,6 Millionen Zkm - gemeinsam mit den Teilnetzen 9 „Main-Weser“ und 12 „Kinzigtal“ - ausgeschrieben. Hierüber wurde bereits im Berichtsjahr 2010 berichtet. Das Vergabeverfahren über das Teilnetz „Niddertal“ musste 2010 aufgehoben werden, da zunächst kein wirtschaftliches Angebot vorlag. Das Vergabeverfahren wurde im Verhandlungsverfahren fortgesetzt. Am 14.02.2011 wurde das Vergabeverfahren erfolgreich abgeschlossen und der Auftrag an den Ausschreibungsgewinner DB Regio Hessen GmbH, eine hundertprozentige Tochter der DB Regio AG, erteilt. Betriebsstart ist am 09. Dezember 2012 zum Fahrplanwechsel 2013. Die Vertragslaufzeit beträgt 15 Jahre und endet am 11. Dezember 2027 zum Fahrplanwechsel 2028.

Vergabeverfahren RMV-Teilnetz 27 Dieselnetz Südwest

Der Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd (ZSPNV) hat als zuständige Vergabestelle gemeinsam mit der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH und vier weiteren Aufgabenträgern die Vergabe des „Dieselnetzes Südwest“ mit jährlichen Fahrleistungen von 11,9 Mio. Zkm in zwei Losen am 27.07.2010 europaweit bekannt gemacht. Das Dieselnetz Südwest umfasst Teile der Regionalexpress-Linie 80 (RMV-Teilnetz 27 Rhein-Main-Nahe), die im RMV-Verbundraum Frankfurt (Main) Hbf mit Mainz Hbf verbunden. Das Vergabeverfahren musste im Berichtsjahr aufgehoben werden, da zunächst kein wirtschaftliches Angebot vorlag. Das Vergabeverfahren wurde im Verhandlungsverfahren fortgesetzt und konnte im Berichtsjahr noch nicht abgeschlossen werden. Betriebsstart ist am 14. Dezember 2014 zum Fahrplanwechsel 2015. Die Vertragslaufzeit beträgt 15 Jahre und endet am 08. Dezember 2029 zum Fahrplanwechsel 2030. Als Nebenangebot wird die Abgabe eines Angebotes über 22,5 Jahre zugelassen. Der Abschluss des Verfahrens erfolgte mit Zuschlag im Los 2 (nur hier sind Leistungen im RMV-Gebiet betroffen) am 12.03.2012 an den Ausschreibungsgewinner Regentalbahn AG - Die Länderbahn. Der Zuschlag wurde auf das wirtschaftlichste Nebenangebot mit einer Laufzeit von 22,5 Jahren unter Gewährung einer sogenannten Kapitaldienstgarantie für die Fahrzeugfinanzierung erteilt.

Vergabeverfahren RMV-Teilnetz 27 RE-Netz Südwest

Der Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Nord hat als zuständige Vergabestelle gemeinsam mit der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH und drei weiteren Aufgabenträgern die Vergabe des „RE-Netzes Südwest“ mit jährlichen Fahrleistungen von 5,8 Mio. Zkm in zwei Losen am 03.11.2010 europaweit bekannt gemacht. Das „RE-Netz Südwest“ umfasst Teile der Regionalexpress- und Stadtexpress-Linie 80 (RMV-Teilnetz

27 Rhein-Main-Nahe), die im RMV-Verbundraum Frankfurt (Main) Hbf mit Mainz Hbf verbindet. Betriebsstart ist am 14. Dezember 2014 zum Fahrplanwechsel 2015. Die Vertragslaufzeit beträgt 15 Jahre und endet am 08. Dezember 2029 zum Fahrplanwechsel 2030. Am 04.07.2011 wurde das Vergabeverfahren erfolgreich abgeschlossen und der Auftrag an den Ausschreibungsgewinner DB Regio AG Region Südwest erteilt.

Vergabeverfahren S-Bahn Rhein-Main - Teilnetze „Gallus“, „Kleyer“ und „S2“

Die Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH hat als zuständige Vergabestelle die Vergabe der S-Bahn Rhein-Main mit jährlichen Fahrleistungen von insgesamt ca. 14,7 Mio. Zkm ab dem Fahrplanwechsel 2015 in drei eigenständigen Vergabeverfahren mit den Teilnetzen „Kleyer“, „Gallus“ und „S2“ jeweils am 23.08.2010 europaweit bekanntgemacht. Das Vergabeverfahren für das Teilnetz „Kleyer“ wurde gemeinsam mit dem Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd (ZSPNV) durchgeführt, auf den ca. 0,2 Mio. Zkm der Verkehrsleistungen entfallen. Das Teilnetz „Gallus“ umfasst die S-Bahn-Linien S3 bis S6, das Teilnetz „Kleyer“ die S-Bahn-Linien S1, S7 bis S9 und das Teilnetz „S2“ die S-Bahn-Linie S2. Die Ausschreibung der S-Bahn Rhein-Main erfolgte im Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb. Am 16.11.2011 bzw. am 28.11.2011 wurden die Vergabeverfahren der S-Bahn Rhein-Main mit den Teilnetzen „Gallus“ und „S2“ bzw. „Kleyer“ erfolgreich beendet und die Aufträge an den Ausschreibungsgewinner DB Regio AG Region Hessen erteilt. Betriebsstart für alle Teilnetze ist der 14.12.2014 zum Fahrplanwechsel 2015. Die Vertragslaufzeit beträgt für das Teilnetz „Kleyer“ 22,5 Jahre und für die Teilnetze „Gallus“ und „S2“ 15 Jahre. Sie endet für das Teilnetz „Kleyer“ am 14. Dezember 2036 zum Fahrplanwechsel 2037 und für die Teilnetze „Gallus“ und „S2“ am 08. Dezember 2029 zum Fahrplanwechsel 2030.

Vergabeverfahren RMV-Teilnetze im Eifel-Westerwald-Sieg-Netz (EWS)

Der Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Nord hat als zuständige Vergabestelle gemeinsam mit der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH und einem weiteren Aufgabenträger die Vergabe des „Eifel-Westerwald-Sieg-Netzes“ im Verhandlungsverfahren mit jährlichen Fahrleistungen von 5,8 Mio. Zkm in zwei Losen am 21.09.2011 europaweit bekannt gemacht. Das „Eifel-Westerwald-Sieg-Netzes“ umfasst u.a. die RMV-Teilnetze „Westerwald“, „Drei-Länder-Eck“ und „Hellertal“ mit der Regionalexpress-Linie RE 25, die im RMV-Verbundraum Gießen mit Koblenz verbindet, die Regionalbahn-Linien RB 28 (Limburg - Altenkirchen - Siegen - Kreuztal) und RB 29 (Limburg - Montabauer - Siershahn). Als Betriebsstart ist aus vergaberechtlichen Gründen unterjährig der 01. August 2015 vorgesehen. Dem zukünftigen Betreiber ist es gestattet - soweit die Fahrzeugbeschaffungsfristen dies erlauben - bereits zum Fahrplanwechsel 2015 am 14. Dezember 2014 den Betrieb aufzunehmen. Die Vertragslaufzeit beträgt 15 Jahre und endet am 08. Dezember 2029 zum Fahrplanwechsel 2030. Das Vergabeverfahren soll planmäßig im Jahr 2012 Berichtsjahr abgeschlossen werden.

Teilnetzverschiebungen / Direktvergaben

Im Berichtsjahr wurde aufgrund unterschiedlicher Sachverhalte, wie beispielsweise der Harmonisierung von Vertragslaufzeiten, ausstehender infrastruktureller Ausbau- und Anpassungsmaßnahmen sowie fehlender Erlösprognosen auf Teilnetzen mit Beteiligung Dritter Aufgabenträger außerhalb des Rhein-Main-Verkehrsbundes, die Verschiebung von

Ausschreibungsverfahren erforderlich. Im RMV-Aufsichtsrat im November 2011 wurde hierüber berichtet. Die beabsichtigten Verschiebungen stellen vergaberechtlich eine Direktbeauftragung (Freihändige Vergabe) dar und wurden dementsprechend im EU-Amtsblatt am 13.12.2011 veröffentlicht.

Betroffen hiervon sind nachfolgende Teilnetze (TN):

- TN 19.3 „Dreieich“ um 4 Jahre
- TN 16 „Taunus“ um 5 Jahre
- TN 13 „Main-Spessart“ um 3 Jahre (RE 55) bzw. um 6 Jahre (RB 55)
- TN 14.1 und 14.2 „Main-Neckar“ und „Ried“ jeweils um 3 Jahre

5.3.2 Wettbewerbliche Vergaben im BPNV

Der Verkehrsmarkt im Buspersonennahverkehr (BPNV) befindet sich in der Wettbewerbsphase, d.h. sämtliche Verkehrsdienstleistungen im regionalen Buspersonennahverkehr wurden bereits mindestens einmal nach wettbewerblichen Grundsätzen vergeben.

Ausschreibungsgewinner BPNV

Im Berichtszeitraum wurde in Abstimmung mit der betroffenen Genehmigungsbehörde und nach Abschluss des vorausgehenden kommerziellen Genehmigungsverfahrens das Linienbündel „LGI-Südost“ im Gebiet der Stadt und des Landkreises Gießen mit insgesamt ca. 0,8 Mio. Nwkm wettbewerblich vergeben. Am 08.06.2011 wurden das Vergabeverfahren erfolgreich beendet und der Auftrag an den Ausschreibungsgewinner, die Bietergemeinschaft Verkehrsbetrieb Weber GmbH, Franke Reisen, Verkehrsbetrieb Dieter Schwalb und Erletz Reisen GmbH, erteilt.

5.4 Regionaler Nahverkehrsplan 2010-2019

Mit Beschluss vom 07. Juli 2009 hat der Aufsichtsrat der RMV GmbH die Geschäftsführung beauftragt, den Regionalen Nahverkehrsplan (RNVP) für den Zeitraum 2010 bis 2019 fortzuschreiben. Basierend auf dieser Entscheidung wird der RNVP von den Geschäftsbereichen der RMV GmbH unter Federführung des Geschäftsbereichs Verkehrs- und Mobilitätsplanung in Zusammenarbeit mit den Lokalen Nahverkehrsorganisationen (LNO) erarbeitet.

Im Jahr 2011 wurde die Zusammenarbeit bei der Erstellung des RNVP mit den Lokalen Nahverkehrsorganisationen und dem Fahrgastbeirat sowie dem Arbeitskreis Barrierefreiheit, aber auch mit den Verkehrsunternehmen, IHKs und Regierungspräsidien fortgeführt. Zentraler Bestandteil der Zusammenarbeit mit den LNOs waren die Sitzungen des Lenkungskreises sowie der Arbeitskreise „Ballungsraum“, „Region“ und „Verzahnung/Integration“. In diesen Gremien wurden die jeweils aktuellen Erkenntnisse vorgestellt, diskutiert und abgestimmt bzw. weiterer Untersuchungsbedarf identifiziert. Insgesamt tagten die genannten Gremien 2011 sechs Mal.

In zwei weiteren gemeinsamen Workshops mit dem Fahrgastbeirat und dem Arbeitskreis Barrierefreiheit wurden die Themenfelder Stationen und Haltestellen, Fahrgastinformation, regionales Busnetz, Bedienungsstandards Schienenverkehr sowie Sicherheit und Service besprochen.

Im Rahmen des vorgezogenen Beteiligungsverfahrens wurden die Verkehrsunternehmen, IHKs und benachbarten Aufgabenträger bezüglich der Erstellung des RNVP informiert. Es wurde abgefragt, welche Themen von besonderem Interesse sind. Darauf aufbauend wurden die benannten Themen mit den Verkehrsunternehmen in einer weiteren Sitzung vertiefend diskutiert. Außerdem wurden Abstimmungsgespräche mit den zuständigen Regierungspräsidien geführt.

Im Jahr 2011 wurden - teilweise mit Unterstützung von Gutachtern - insbesondere folgende Themen bearbeitet

- Untersuchung der Erreichbarkeit in den einzelnen Teilräumen und Regionen sowie Identifizierung von Schwachstellen
- Bedienungsstandards für den Schienenpersonennahverkehr
- Fahrplankonzepte für den Zielzustand 2019, z. B. für die Dreieichbahn und die Taunusbahn.
- Kostenschätzungen für mögliche Maßnahmen
- Einordnung von Großprojekten für die SPNV-Infrastruktur
- Überarbeitung des Busnetzes mit Schwerpunkt auf
Erarbeitung eines abgestuften Gesamtkonzepts für den Linienverkehr
Identifikation von Achsen mit regionalem Verkehrsbedarf
- Definition von Standards für die flexiblen Betriebsweisen
- Erarbeitung des Stationsrahmenplans mit Schwerpunkt auf
Entwicklung einer Typologie für die SPNV-Stationen im RMV
Definition von Ausstattungsstandards für die einzelnen Typen
- Vorbereitung der Datenbasis für die Bewertung von Maßnahmen
- Aufbereitung der Nachfragedaten aus der EAV-Erhebung 2010 für die Verwendung im RNVP

Mit den zahlreichen Mitwirkungs- und Beteiligungsveranstaltungen konnten Inhalte und Methodik der Fortschreibung des RNVP breit abgestimmt werden, so dass mit Bereitstellung der Daten aus der EAV-Erhebung 2010 (Ende des Jahres 2011) die noch ausstehenden inhaltlichen Arbeiten in 2012 zügig angegangen werden können.

Ausblick:

5.5 Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Der Wirtschaftsplan der RMV GmbH für das Jahr 2012 hat folgende wesentlichen Eckdaten:

Finanzplan

Mittelherkunft	2012	2011	Veränder. %
Komplementärmittel	3.027	3.017	0,33
Landeszuwendung	20.218	24.400	-20,68
Mittelverwendung			
Regie	11.343	12.067	-6,38
Kernaufgaben + Strategische Projekte	9.189	12.096	-31,64
Investitionen	1.590	1.945	-22,33
USt	1.123	1.308	-16,47

nachrichtliche Maßnahmen *	2012	2011	Veränder. %
C/D/E/SV-Projekte	17.119	22.585	-31,93

* Werden außerhalb des Wirtschaftsplanes des RMV finanziert.

Ab dem Geschäftsjahr 2011 werden die operativen Projekte in Kernaufgaben zusammengeführt. Dem-zufolge wird die Anzahl der Projekte reduziert. Gleichzeitig kommt die RMV GmbH dem Hinweis des Landesrechnungshofes nach, zu viele Projekte zu führen. Die seit 2008 vorgenommene Splittung des Budget in Netto und Brutto gibt den tatsächlichen Verbrauch der Mittel wieder.

Im Wirtschaftsplanansatz 2012 ist die deutliche Budgetreduzierung der Mittelansätze zu 2011 erkennbar. Die RMV GmbH setzt damit die Mittelkürzung des Landes um.

Der Budgetansatz verhält sich - gemessen an den Aufgaben - als gerade noch ausreichend.

Der Wirtschaftsplan 2012 schließt systembedingt mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab.

Gegenwärtig sind für die RMV GmbH keine Risiken für den Fortbestand erkennbar.

6. Nachweis zur Verwendung der Landesmittel

Marketing

Die Entwicklung des Marketing in seiner Konzeption sowie der Umsetzung von Marketingmaßnahmen beziehungsweise des Einsatzes des Marketinginstrumentariums standen im Jahr 2011 unter dem Zeichen der Entwicklung und Umsetzung.

Arbeitsschwerpunkt des Bereiches „Marktforschung und Marktbearbeitung“ war eine verstärkte Ausrichtung auf klassische Marktforschungsuntersuchungen, um das Angebot in

allen Bereichen auf die Wünsche des Kunden besser ausrichten zu können. Dabei stand die Erhebung und Auswertung soziodemografischer Daten und Mobilitätsdaten im Rahmen von Grundsatzuntersuchungen neben aktuellen Fragestellungen einzelner Fachbereiche wie zum Beispiel zu Chancen und Risiken eines RMV-Seniorentickets. Weiterhin wurden verschiedene Kundenbindungsmaßnahmen umgesetzt, wobei das Projekt „RMV Mobi-Partner“ hervorgehoben werden soll, was auf die Zielgruppe ehrenamtlich tätiger Senioren zugeschnitten ist.

Hauptbestandteil der Tätigkeiten des Bereiches Innovation und Mobilitätsmanagement war die Vorbereitung und Einführung des Vertriebsverfahrens „Touch&Travel“ in Teilen des Verbundgebietes im Rahmen eines Kooperationsprojektes mit der Deutschen Bahn AG. Daneben wurden die RMV-App und das RMV-HandyPortal weiterentwickelt.

Im Mobilitätsmanagement wurden verschiedene Projekte/ Investitionen zur Optimierung der Kundeninformation in den verschiedenen Informationskanälen durchgeführt. Weiterhin gab es Arbeiten, die sich mit der objektiven und subjektiven Sicherheit der Fahrgäste beschäftigen.

Zugangsbarrieren auf Grund mangelnder oder unklarer Informationen abzubauen ist ein wesentliches Ziel der Projekte bei Werbung und Marktauftritt. Die Überarbeitung der Inhalte bei den verschiedensten Broschüren und auch die Verteilung dieser war dabei ein wichtiger Baustein. Einfach, klar und verständlich sollen die Ansprachen und Texte sein, weshalb viele Inhalte einer kritischen Prüfung unterzogen und teilweise komplett neu aufgesetzt wurden - unter Einbindung der Lokalen Partner.

Die Vermarktung des SchnupperTickets mit seinem ungewöhnlichen Blümchenmotiv war eine wichtige Maßnahme, um Aufmerksamkeit für die Zeitkartenangebote des RMV zu generieren. Dabei wurde auf besondere Werbemittel gesetzt, wie Floorminder in Bahnhöfen oder Verteilaktionen von Infos und Blumen, die von konzentrierten Medienaktionen begleitet wurden.

Die Einführung des eTickets zum Fahrplanwechsel wurde als Beginn eines neuen Zeitalters im ÖPNV aus verschiedenen Gründen zurückhaltender als geplant beworben, wird aber seitdem kontinuierlich und zu verschiedenen Anlässen aufgegriffen und soll auch weiter fortgesetzt werden.

Nachfolgend werden einige Schwerpunkte gesondert dargestellt.

Vertriebsentwicklung im RMV

Den Vertrieb im RMV betreffend konzentrierte sich die Entwicklung und Umsetzung schwerpunktmäßig auf die Arbeiten zur Einführung eines Elektronischen Fahrgeldmanagements im RMV (EFM). Hierbei wurde der Aspekt einer deutschlandweiten Interoperabilität als wesentliches Nutzenkriterium für den Kunden berücksichtigt. Aber auch im Bereich des konventionellen Vertriebes wurden geräte-/ system-technische Entwicklungen - insbesondere vor dem Hintergrund der EFM-Einführung - intensiviert und umgesetzt.

Vertriebsentwicklung im konventionellen Bereich bedeutet und bedingt nach 16 Jahren RMV eine notwendige Weiterentwicklung und Erneuerung der bisherigen Verkaufsgerätageneration - insbesondere vor dem Hintergrund der EFM-Einführung sowie der tariflichen Weiterentwicklung. Gemeinsam mit den Lokalen Nahverkehrsorganisationen, den Verkehrsunternehmen und der Industrie wurden Vorgaben und Rahmenbedingungen für zeitgerechte Verkaufsgeräte abgestimmt und zum Teil eingeführt. Dies betraf vor allem die vom Kunden zu bedienende neue Automatengeneration mit zeitgerechter Touchscreen-

Benutzeroberfläche, die in Funktion und Design den Auftritt eines modernen Mobilitätsverbundes unterstützt. Leistungsstärker und einfacher in der Bedienung sollen diese Automaten zu einem einfachen Zugang zum Öffentlichen Personennahverkehr beitragen, Vertriebsprozesse bzgl. EFM übernehmen und die Ziele mehr Fahrten und Fahrgeldeinnahmen unterstützen.

Im SPNV wurden bis Ende 2011 alle alten stationären Automaten der DB AG gegen neue Touchscreen-Automaten ausgetauscht und in Betrieb genommen.

Elektronisches Fahrgeldmanagement EFM

Es ist die Absicht der Partner im RMV, das Vertriebssystem kundengerechter und effizienter zu gestalten. Die Realisierung eines Elektronischen Fahrgeldmanagements (EFM) schafft hierfür die Voraussetzungen. Die folgenden Ziele können mit der Realisierung eines EFM-Systems erreicht werden:

Ziel

	Kundenorientierung	Mehreinnahmen	Kostenreduktion
1. Imageverbesserung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2. Attraktives Leistungsangebot	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3. Vereinfachung der Systemnutzung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4. Aufbau von Kundenbeziehungen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5. Attraktives (optimiertes) Tarifangebot	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6. Reduzierung von Betrug / Fälschungen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7. Minimierung von Bargeld	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
8. Optimierung des Betriebsablaufs	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
9. Effizienter Vertrieb	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
10. Zeitnahe Tarifanpassungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Abb. 1: EFM-Ziele

Die Realisierung eines EFM-Systems weist das größte Potenzial für die Zielerreichung eines effizienten Vertriebs auf. Die Erhöhung der Effizienz wird durch die Vereinheitlichung von bislang redundanten Vertriebsprozessen und die Zusammenführung von heute noch heterogenen Vertriebsstrukturen erreicht. Die Nutzung der VDV-Kernapplikation (VDV-KA, s. u.) ermöglicht eine gemeinsame Vertriebsplattform auf der Basis standardisierter Abläufe und technischer Schnittstellen. Diese Vertriebsplattform integriert alle ÖPNV-Partner im Verbund.

Durch eine vollständige verbundweite Markteinführung (vor allem einer VDV-Stufe 3) wird gewährleistet, dass eine Vereinfachung des Systemzugangs für alle Zielgruppen besteht bzw. der Aufbau von Kundenbeziehungen (mit dem Unterziel der Steigerung des Kunden-

wertes) auch für Zielgruppen möglich ist, die den ÖPNV lediglich selten oder gelegentlich nutzen.

Die Nutzung von elektronischen Kundenmedien und die Verwendung des VDV-Sicherheitsverfahrens ermöglichen die Reduzierung von Betrug, Fälschungen und Manipulationen.

Die vollständige Integration aller Nutzergruppen in einem EFM-System bietet die größten Potenziale für eine nachhaltige Optimierung des Betriebsablaufs.

Die flächendeckende, verbundweite Erfassung von Nutzungsdaten in der VDV-Stufe 3 liefert die Grundlage für eine kundenorientierte Nahverkehrsplanung und ein attraktives Leistungsangebot.

Insbesondere für die Realisierung eines Tarifs, der die tatsächliche Angebotsnachfrage bepreist, ist die Umsetzung der VDV-Stufe 3 zwingend erforderlich. Die Erfassung von Nutzungsdaten ist die Voraussetzung dafür, dass die Finanzierung des ÖPNV in Zukunft stärker bezogen auf die Inanspruchnahme des einzelnen Nutzers („Nutzerfinanzierung“) erfolgen kann. Die Etablierung eines solchen Tarifs setzt voraus, dass eine Tarifvorauswahl durch den Kunden entfallen kann. Andererseits ist es aber auch möglich, unterjährig bspw. Sondertickets verbundweit über alle Endgeräte zu vertreiben bzw. Tarife zeitnah anzupassen.

Das Maß, in dem der Einsatz moderner und kundenfreundlicher Technologien zu einer kundenseitigen Vereinfachung der Nutzung der RMV-Angebote führt, wird schließlich ausschlaggebend für die Erreichung des Ziels der Imageverbesserung sein. Die Vereinfachung der Bezahlvorgänge und die damit zusammenhängende Minimierung von Bargeld, kommen dabei den Kunden und den Unternehmen zugute.

Durch die gemeinsamen Bemühungen von Verkehrsunternehmen, Verkehrsverbänden und Industrie ist es unter der Federführung des VDV und der Förderung durch die Bundesregierung gelungen, einen einheitlichen Kommunikationsstandard für die interoperable Zusammenarbeit in Deutschland zu entwickeln. Dieser Standard, die sogenannte VDV-Kernapplikation (VDV-KA), vereinheitlicht die Vertriebsabläufe an der Kundenschnittstelle, wie z. B. den Erwerb und das Bezahlen von Fahrtberechtigungen. Dies schafft eine Kompatibilität zwischen allen in einem Raum eingesetzten Vertriebsgeräten unterschiedlicher Hersteller (Fahrscheindruckern, mobile und stationäre Kontrollgeräte). Perspektivisch ermöglicht sie die deutschlandweite, durchgängige Nutzung von Bussen und Bahnen und kann hierdurch die Zugangshemmnisse zum ÖPNV senken. Die wesentlichen deutschen Verkehrsverbände sowie die Deutsche Bahn AG haben sich in der sogenannten Wiesbadener Erklärung im Mai 2010 auf diese deutschlandweite Zusammenarbeit und Erzielung einer Interoperabilität verständigt. Gleichzeitig eröffnen sich neue Marketingmöglichkeiten im Vertrieb, in der Tarifierung und in der Kundenkommunikation, aber auch bei der Prozessoptimierung in den Verkehrsorganisationen.



Abb. 2: Das Logo der VDV-Kernapplikation

Die Einführung des EFM im RMV folgt einem schrittweisen Vorgehen entlang eines verabredeten Fahrplanes („roadmap EFM“) der im Jahr 2008 vom Aufsichtsrat der RMV GmbH beschlossen wurde. Die Schritte bauen funktional aufeinander auf, wodurch die zukunftsgerichtete Verwendbarkeit einzelner Komponenten sichergestellt wird.

Realisierungsschritt: Aufbau der Basis-Komponenten für ein EFM-System und Umstellung der Zeitkarten als eTicket RheinMain (VDV-Stufe 2). Die unterstützende Software, das verbundweite mandantenfähige Hintergrundsystem (vHGS) wurde im Dezember 2011 vorab einem ausgewählten Kundenkreis zur Verfügung gestellt. Die Kontrollinfrastruktur ist zum großen Teil einsetzbar. Online-Bestellungen, d. h. über den RMV-TicketShop getätigte Bestellungen von Jahreskarten, werden seit Dezember 2011 in das vHGS übertragen und somit als Chipkarte dem Kunden zugestellt. Die Bestellungen werden dabei dem Kundenvertragspartner (VU) zugeordnet, der nach dem Kriterium des Wohnortes des Kunden, verantwortlich ist.

Ergänzend werden die Funktionalitäten unter „meinRMV“ - und damit auch im Angebot „RMV-TicketShop“ - ausgebaut, damit sie als Online-Kundenschnittstelle für den Zugriff auf Servicefunktionen für die elektronischen Fahrausweise genutzt werden können. Zu diesem Service zählt u. a. auch die Registrierung von Nutzermedien (Chipkarten), damit die auf der Chipkarte gespeicherten Fahrt-berechtigungen durch den Kunden von zu Hause aus eingesehen und verwaltet werden können.

Schwerpunkt der Arbeiten in 2012 werden die Konsolidierung des vHGS sowie die Komplettierung der Kontrollinfrastruktur verbundweit sein.

Realisierungsschritt: Weiterentwicklung zu einer automatisierten Fahrtenerfassung und Fahrpreis-ermittlung (VDV-Stufe 3) für den Kunden auf Grundlage der dann vorhandenen und erprobten Basis-Komponenten.

Im Rahmen des Projektes „Einführung EFM“ waren im Wirtschaftsplan 2010 rd. 8 Mio. € eingestellt worden. Diese Mittel sollten u. a. für die Beschaffung der zugehörigen Infrastruktur (Kontrollgeräte, Chipkarten und Software u. ä.) verwandt werden. Die Mittel für die Kontrollgeräte aus dem Budget C4-Projekt EFM (ca. 5,5 Mio. €) sind durch Verträge über die Bezuschussung bzw. Beistellung mit den Lokalen Nahverkehrsorganisationen (LNO) in 2010 gebunden worden. Jedoch erfolgte durch diverse Verzögerungen, beispielsweise bei der Erstellung der Mengengerüste und bei den Abstimmungsprozessen mit den lokalen Partnern in 15 Landkreisen und elf Städten kein Mittelabfluss in 2010 und nur zum Teil in 2011.

Mittel in Höhe von 3.3 Mio. € werden allerdings im Jahr 2012 benötigt, um die Finanzierung der Kontrollinfrastruktur zu gewährleisten. Andernfalls herrscht eine Unterdeckung in eben dieser Höhe.

Ticketing und Trägermedium „Mobiles Endgerät“

Das RMV-HandyTicket hat sich als zukunftsweisender Baustein des Vertriebs etabliert. Die Nutzeranzahl stieg von knapp 13.000 Ende 2010 auf knapp 34.000 Ende Dezember 2011 an. Der monatliche Umsatz wuchs von rund 95 T€ im Januar 2011 auf über 214 T€ im Monat Dezember 2011 an. Diese überdurchschnittlich hohen Zuwachsraten bestätigen die Gesamtstrategie der RMV GmbH für die Nutzung Mobiler Endgeräte.

Im Jahr 2011 wurde die RMV-App, die das RMV-HandyTicket und das RMV-HandyPortal verknüpft, für zwei weitere Smartphone-Plattformen den Kunden bereitgestellt. Die RMV-App steht seit Anfang 2011 auch für Smartphones auf Android-Basis und für Geräte des Herstellers RIM (Markenname „Blackberry“) zur Verfügung.

Um die im Rahmen des Kooperationsprojektes zur Einführung von Touch&Travel im Verbundgebiet angepasster RMV-Kontaktpunkte nutzen zu können, wurde die RMV-App angepasst. Dabei wurde u. a. ein Reader zum Auslesen der QR-Codes integriert. Telefone mit NFC-Schnittstelle können die Informationen aus dem NFC-Chip des Kontaktpunktes auslesen. Dadurch wird den Kunden die Eingabe der Starthaltestelle abgenommen und der Ticketkauf bzw. die Abfrage der Verbindungsauskunft beschleunigt.

Auch das RMV-HandyPortal konnte im Jahr 2011 eine deutliche Steigerung der Nutzerzahlen erreichen. Neben kleineren Anpassungen konnten u. a. in Zusammenarbeit mit der Stadt Frankfurt die intermodalen Dienste „Parken und Verkehr Frankfurt“ und „Freizeit und Kultur Frankfurt“ realisiert werden.

Touch&Travel im RMV

Im Jahr 2011 wurden im Rahmen eines Kooperationsprojektes mit der Deutschen Bahn AG die Grundlagen für die Einführung Touch&Travel im RMV gelegt. Touch&Travel kann, wie geplant, seit November 2011 in Frankfurt sowie auf allen Linien des SPNV im RMV genutzt werden.

Dafür wurden die existierenden Hintergrundsysteme und Geschäftsprozesse so angepasst, dass die getätigten Fahrten bepreist und von Touch&Travel gegenüber den Kunden und der RMV GmbH abgerechnet werden können. Um eine Kontrolle der Touch&Travel-Fahrtberechtigungen im RMV-Gebiet zu ermöglichen, wurde die Anzeige der Fahrkarten in der Touch&Travel-App angepasst. Daneben konnte die elektronische Kontrolle des Touch&Travel-Fahrausweises im RMV-Gebiet im Gültigkeitsbereich des Verfahrens systemseitig umgesetzt werden.

An allen Haltestellen und Bahnhöfen in Frankfurt und an allen SPNV-Halten im Gebiet des Rhein-Main-Verkehrsverbundes fand eine Anpassung der bestehenden passiven Kontaktpunktinfrastruktur statt, so dass diese für Touch&Travel, für das RMV-HandyTicket und für das RMV-HandyPortal nutzbar ist. Die RMV-Kontaktpunkte mit den Bestandteilen NFC-Chip, QR-Code und Kontaktpunktnummer sind somit interoperabel. Im Rahmen des Projektes wurde der Nachweis der technischen und vertriebskonformen Realisierbarkeit von Touch&Travel im RMV erbracht und der Grundstein für die Ausweitung von Touch&Travel in das gesamte Verbundgebiet gelegt. Im Rahmen einer Online-Gruppendiskussion konnte auch gezeigt werden, dass Touch&Travel von den RMV-Kunden akzeptiert wird.

Freizeit und Tourismus im RMV

Der Marktanteil des ÖPNV liegt deutschlandweit bei Fahrten zu Freizeit Zwecken weit unter 10 Prozent. Das Potenzial ist erkennbar, wenn man in Ansatz bringt, dass rund 30 Prozent der Fahrten zu Freizeit-zwecken angetreten werden. Die Region bietet viele attraktive Freizeit- und Ausflugsziele, zu denen es eine Vielzahl von Angeboten unterschiedlicher Dienstleister gibt. Den ÖPNV als wahrnehmbare Alternative zur An- und Abreise zu positionieren ist daher ein wichtiges Ziel für den Bereich Freizeit im RMV. Dazu wurde beispielhaft für die Taunusbahn ein neuer Intermodalplan entwickelt, der touristische Ziele in der

Nähe der Stationen integriert und auf die für den Freizeitbereich relevanten RMV-Medien verweist.

Diese Medien - wie die Rhein-Main-Vergnügen-Karten, die XtraTour-Broschüren oder die Flyer zu besonderen Freizeitlinien (Weitalbus, Blaue Linie) werden regelmäßig aktualisiert und offensiv vertrieben. Darüber hinaus pflegt der RMV Kooperationen mit verschiedenen Multiplikatoren für diesen Bereich, wie z. B. mit der Hessen-Agentur.

Neben verschiedenen Marketingmaßnahmen für die ErlebnisCard 2011, ein zielgruppenorientiertes Produkt zur Verknüpfung von Freizeitaktivitäten mit der RMV GmbH, und die Betreuung der Partner sowie der Persönlichen Jahreskartenkunden wurden neue Partner in den Bereichen Handel, Gastronomie, Kultur und Freizeit akquiriert. Diese Partner bieten den Kunden der RMV-ErlebnisCard attraktive Nutzer-Konditionen.

Ein weiterer Schwerpunkt bildete eine Kooperation mit der Hessischen Staatskanzlei im Rahmen der Einführung der Hessischen Familienkarte. Hier wurden Partner mit attraktiven Rabatten aus dem Bereich „Freizeit & Tourismus“ akquiriert und im Rahmen der Kooperation zusammengestellt.

Der RMV ist Premium-Partner der Familienkarte Hessen. Mit der ErlebnisCard als Teil der Familienkarte Hessen können Familien gemeinsam bei ausgesuchten Partnern Angebote im Bereich Freizeit und Tourismus zu besonderen Konditionen nutzen.

Im Jahre 2011 wurde der Beschluss gefasst, den Ansatz der ErlebnisCard in ein näher am Kerngeschäft des RMV gerücktes Bonuspunkteprogramm zu migrieren.

Kundenservice

Im Rahmen der verbesserten Beratung der Kunden wurden zwei neue MobiInfo´s bzw. -zentralen in Nidda und Mörfelden eröffnet, für den Rheingau-Taunus-Kreis wurden zwei Einrichtungen geplant. Alle Mitarbeiter wurden vom RMV im Rahmen seines Ausbildungsprogrammes für Mobilitätsberater und Busfahrer für die neuen Aufgaben geschult. Im Mittelpunkt dieser Schulungen stand neben der fachlichen Qualifikation insbesondere der Bereich Kundenbetreuung. Dieser Kundenservice wurde durch die Fahrgastbegleitung in Frankfurt und durch ein Pilotprojekt zum Testen von Infoscreens ergänzt. Diese Aktivitäten konnten im Rahmen des EU-Projektes BAPTS kofinanziert werden.

Sicherheit

Personaleinsatz bildet die Basis für ein sicherheitsrelevantes Handeln. Der RMV hat in 2011 in den Abendstunden zusätzlich zu den an die S-Bahn gebundenen Sicherheitskräften (jeder der 100 S-Bahn-Züge wird ab 21:00 Uhr von Sicherheitskräften begleitet) Sicherheitspersonal im S-Bahnssystem Rhein-Main eingesetzt. Diese verstärkte Personalpräsenz in Form von Doppelstreifen hat das Ziel, das subjektive Sicherheitsempfinden der Kunden in der S-Bahn und an den Verkehrsstationen zu stärken.

Im Rahmen einer Steuerungsgruppe fand zu sicherheitsrelevanten Fragestellungen ein regelmäßiger Austausch mit Bundespolizei und DB statt.

Einnahmensicherung; zusätzliche Fahrausweiskontrollen

Auch im Jahr 2011 wurde das zielführende RMV-Projekt „zusätzliche RMV-Fahrausweiskontrollen“ zum Zwecke der Einnahmensicherung und frühzeitigen Erkennung von insbesondere tariflichen und vertrieblichen Missständen durchgeführt. Neben den mit den LNO abgestimmten Unterstützungen im lokalen Bus-Bereich wurden im regionalen

Bus- und SPNV-Bereich über die Fahrausweisprüfungen hinaus auch weiterführende Qualitäts- und Leistungsüberprüfungen realisiert. Dabei standen insbesondere die in den regionalen Ausschreibungen geforderten vertrieblichen und tariflichen Leistungen im Fokus.

Elektromobilität

Elektromobilität ist ein zentrales Entwicklungsthema und wesentlicher Baustein der nachhaltigen Sicherung von Mobilität in der Region Frankfurt RheinMain. Große Teile des schienegebundenen ÖPNV werden bereits elektrisch angetrieben, wie S-Bahnen, Regionalbahnen auf elektrifizierten Strecken sowie lokale Straßenbahnen und U-Bahnen.

Speziell im Bereich der Anschlussmobilität bietet die Elektromobilität ein großes Potenzial als Ergänzung zum Öffentlichen Verkehr. Der RMV möchte auf Basis erster Erfahrungen im Umgang mit der Elektromobilität einen zukunftsweisenden Mobilitätsansatz entwickeln, der die gesamte Wegekette unter Einschluss aller Verkehrsmittel erfasst.

Aus diesem Grund beteiligte sich die RMV GmbH an einem Forschungsprojekt zur Elektromobilität. Die Region Frankfurt RheinMain war eine der Modellregionen für Elektromobilität in Deutschland. Gemeinsam mit den lokalen Partnern Offenbacher Verkehrsbetriebe (OVb) und Nahverkehr in Offenbach (NiO) wurde im Rahmen des Projektes „Linie 103“ und mit Hilfe einer Förderung des Bundesministerium für Verkehr, Bauwesen und Stadtentwicklung (BMVBS) eine eMobil-Station aufgebaut. Diese befindet sich am zentralen Umsteigepunkt Offenbachs, dem Marktplatz. Für zwei eCars (Elektroauto auf Mietbasis) und 15 Pedelecs (Fahrrad mit elektrischem Unterstützungsantrieb) wurden geeignete Abstellmöglichkeiten und eine Ladeinfrastruktur realisiert. Zwischen Mai und Dezember 2011 standen die eMobile zur Ausleihe bereit. Das Angebot wurde sehr gut angenommen und wird in den Regelbetrieb überführt.

Im Rahmen des Projektes wurden die Integrationsmöglichkeiten komplementärer Mobilitätsangebote erfolgreich untersucht und Ansätze für eine Vermarktung von E-Mobilitätslösungen getestet. Diese Erfahrungen bilden die Basis für die weitere Integration der Elektromobilität des RMV-Portfolio.

Kooperation mit dem House of Logistics & Mobility (HOLM)

Die RMV GmbH ist Mitglied der Gründungsinitiative HOLM e. V., ein Verein der Logistik- und Mobilitätswirtschaft, der wissenschaftlichen Einrichtungen in Hessen und zahlreicher Gebietskörperschaften der Region Frankfurt RheinMain.

Der Verein (kurz: HOLM e. V.) ist eine breit getragene Unterstützung für das House of Logistics & Mobility (HOLM) einer Initiative aus Wirtschaft und Wissenschaft zur Stärkung des Logistik- und Mobilitätsstandortes Hessen. Durch eine Vernetzung der Akteure auf einer neutralen Plattform werden ein branchen- und disziplinenübergreifender Austausch, eine interdisziplinäre Projektarbeit, anwendungsorientierte Forschung sowie Aus- und Weiterbildung im Bereich Mobilität und Logistik ermöglicht.

Die RMV GmbH hat ein starkes Interesse an einer integrierten Gesamtmobilitätsbetrachtung. Die Leistungen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sind dabei integraler Bestandteil eines Gesamtmobilitätsangebotes. Dieses soll mehr noch als bisher den Bedürfnissen der Mobilität entsprechen. In einer Kooperation mit der HOLM GmbH verfügen die Akteure am Mobilitätsmarkt über eine neutrale in Wissenschaft und Wirtschaft vernetzte Institution, die eine allgemeine Akzeptanz für eine Moderations- und Koordina-

tionsrolle besitzt. Ein integriertes und marktorientiertes Angebot entlang einer Wegeketten ist durch eine systeminterne Optimierung nicht zu erreichen. Hier müssen die Mobilitätsakteure zu strategischen Partnerschaften aus Planung, Bau und Bewirtschaftung von Infrastruktur, Dienstleistern im Individualverkehr und öffentlichem Verkehr, Systemanbietern im Bereich Information und Kommunikation, Bezahl- und Finanzdienstleistern sowie öffentlichen Aufgabenträgern zusammenfinden. Das HOLM bietet hier eine Plattform und das Netzwerkmanagement.

In dem Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit der HOLM GmbH zur Stärkung der Mobilität am Standort Frankfurt RheinMain und zum Aufbau eines MobilitätsClusters sowie dem Schwerpunkt der Integrierten Wegeketten sieht die RMV GmbH die Basis einer strategischen Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Gebietskörperschaften Land Hessen, Landkreisen und Städten zur Stärkung des ÖPNV in einem Integrierten Verkehrsmarkt.

7. Sonstige Angaben

Die Aufsichtsgremien der RMV GmbH - Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung - tagten turnusmäßig. Die entsprechenden Beschlussfassungen zum Leistungsangebot, zum Jahresabschluss und zur zweckentsprechenden Verwendung der Landesmittel mit der Einnahmenaufteilung/Abrechnung (EAV/ABR) sowie zum Tarif erfolgten mit den erforderlichen Mehrheiten.

Wasserverband Nidda

Leonhardstr. 7, 61169 Friedberg/H.

Tel.: 06031 / 83-7100 - Fax: 06031 / 83-7104

E-Mail: info@wasserverband-nidda.de

Internet: www.wasserverband-nidda.de

Unternehmenszweck

Verbandszweck:

Aufgabe ist es, entsprechend den Vorgaben des Hessischen Wassergesetzes in seiner jeweils gültigen Fassung folgende Gewässer auszubauen und einschließlich ihrer Uferlandstreifen, soweit sie im Eigentum des Verbandes oder einer Gemeinde stehen, zu unterhalten, insbesondere unter Beachtung des Hochwasserschutzes den naturnahen Gewässerzustand zu erhalten oder wieder herzustellen (Renaturierung).

- Die Nidda (ca. 75 km) von der oberen Bebauungsgrenze Schotten - Rudingshain bis zum Eschersheimer Wehr im Stadtgebiet Frankfurt/Main. In der Ortslage Rudingshain ist der Graswiesenbach / Streitbach (ca. 1 km) ebenfalls in der Unterhaltung des Wasserverbandes.
- Den Flutgraben (ca. 4 km) in Nidda. Die Ulfa (ca. 5 km) von der Eselsbrücke bei Ulfa bis zur Mündung in Unter Schmitten in die Nidda
- Die Wetter (ca. 54 km) von der Gemarkungsgrenze Lich - Ober-Bessingen /Laubach - Münster bis zur Mündung in die Nidda in Niddatal - Assenheim
- Den Eichelbach ab 01.01.2012 (ca. 18 km) von der unteren Bebauungsgrenze Schotten (OT Breungeshain) bis zur Mündung in Eichelsdorf in die Nidda.

Weitere Hauptaufgaben sind das Erstellen, Betreiben und Unterhalten von Talsperren und Hochwasserrückhalteanlagen. Ebenso sind wir für die Errichtung und Unterhaltung von Bauwerken in und an den Gewässern zuständig. Die schließt vorhandene Bauwerke ein, sofern es nicht Aufgabe von Triebwerksbesitzern oder von sonstigen Verpflichteten ist. Als Talsperre betreiben wir die Niddatalsperre in Schotten-Rainrod. Unsere Hochwasserrückhaltebecken stehen in Lich, Nidda-Ulfa und Nidda-Eichelsdorf. In unserer Talsperre und den Hochwasserrückhaltebecken stellen wir einen Speicherraum für über 11 Mio. cbm Wasser zum Schutz von Hab und Gut der Bevölkerung des Verbandsgebietes bereit.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Hochwasserschutz und Gewässerunterhaltung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1966

Anteile in %: 5,55 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Hochwasserschutz und Gewässerunterhaltung

Organe des Unternehmens

Verbandsvorstand:

Oswin Veith - Vorsitzender (Bardo Bayer)	Herbert Unger (Manfred Wetz)	Dr. Bernhard Hertel (Kurt Meisinger)
Siegfried Fricke - stellv. Vors. (Andrea Kaup)	Peter Ziebarth (Michael Keller)	Cäcilia Reichert-Dietzel (Helmut Krailing)
Werner Kristeller (Dr. Holger Krier)	Guido Rahn (Adolf Koch)	Bernd Klein (Barbara Kröger)
Armin Häuser (Michael Merle)	Hans-Peter Seum (Reimund Becker)	S. Schaab-Madeisky (Heide Förschner)
Dr. Thomas Stöhr (Jörg Frank)	Ulrich Madeisky (Uwe Mayer)	

Verbandsversammlung:

Elke Högy (Manfred Paul)	Manfred Schütz (Karl Heinrich Schmidt)	Dieter Eisenberg (Oliver Seuss)
Kurt Stiehler (Otto Heinrich Winter)	Hans-Peter Lang (Ralf Eichelmann)	Christian Dietzel (Roswitha Petzold)
Hubertus Ellerhusen (Rudolf Henrich)	Reinhard Henrich Huth (Herbert Wellenberg)	Theo Pauly (Pia Rolly)
Ernst Appel (Michael Rockstroh)	Otmar Stein (Jürgen Hintz)	Alfons Götz (Heinz Arnold)
Manfred Gründer (Jürgen Patscha)	Hans Jürgen Zeiß (Manfred Müller)	Reiner Dern (Josefine Lischka)
Albrecht Kliem (Christian Brück)	Hans Gotthard Lorch (Thomas Repp)	Barbara Steffani-Velden (Michael Mohles)

Geschäftsführer: Stefan Gottbehüt

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts
Gründungsdatum: 24.05.1961
Verbandssatzung : 29.11.1999
Beteiligungen: keine

Mitglieder und Anteile: (je 5,55 %)

Landkreis Gießen	Gemeinde Florstadt	Stadt Nidda
Vogelsbergkreis	Stadt Frankfurt am Main	Stadt Niddatal
Wetteraukreis	Stadt Friedberg (Hessen)	Gemeinde Ranstadt
Stadt Bad Nauheim	Stadt Karben	Gemeinde Rockenberg
Stadt Bad Vilbel	Stadt Lich	Stadt Schotten
Stadt Butzbach	Stadt Münzenberg	Gemeinde Wöllstadt

Hauswirtschaftliche Eckdaten:

Die Eröffnungsbilanz 2009 sowie die Abschlüsse 2010 und 2011 lagen zum Abschluss des Beteiligungsberichtes 2012 noch nicht vor.

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter:

Beim Wasserverband NIDDA sind insgesamt sechs Personen hauptamtlich angestellt. Es wird mit dem Nachbarverband NIDDER-SEEMENBACH eine Geschäftsstelle betrieben und Personal und Sachmittel gemeinsam und wirtschaftlich eingesetzt. Im Büro der Geschäftsstelle in der Leonhardstraße 7 in Friedberg sind der Geschäftsführer, zwei Verbandsingenieure und eine teilzeitbeschäftigte Verwaltungskraft tätig. Drei Arbeiter führen ihren Dienst an der Niddatalsperrre in Schotten-Rainrod aus.

Gegen Entschädigung werden der Verbandsvorsteher, die beiden Verbandskassenverwalterinnen und ein Stauwärter beschäftigt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Ertragslage des Unternehmens: ausgeglichener Haushalt

Kreditaufnahmen: keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : keine
Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die
Haushaltswirtschaft

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Gewässerunterhaltung, Hochwasserschutz

Wasserverband Schwalm

Parkstr. 6, 34576 Homberg (Efze)

Tel.: 05681 / 775-206 - Fax: 05681 / 775-207

E-Mail: info@wasserverband-schwalm.de

Internet: www.wasserverband-schwalm.de



Unternehmenszweck

Verbandszweck:

Der Verband hat zur Aufgabe im Gebiet seiner Mitgliedsgemeinden (Verbandsgebiet)

1. im Sinne des regionalen und überregionalen Hochwasserschutzes den Abfluss der Verbandsgewässer zu regeln und dazu die notwendigen Anlagen zu bauen, zu unterhalten und zu betreiben.
Hierzu zählen drei Hochwasserrückhaltebecken (Treysa-Ziegenhain, Heidelbach und Antrifftalsperre) mit einem Stauvolumen von insgesamt 16,8 Mio. Kubikmeter sowie 10 Pegelstationen, 5 Niederschlagsstationen und zahlreichen Nebenanlagen (Stauklappen und Pumpwerke).
2. Gewässerunterhaltung der Verbandsgewässer mit einer Länge von insgesamt 221 km: Schwalm, Antreff (Antrift), Grenff, Steina, Grenzebach, Wiera, Eifa, Berfa, Efze, Gilsa, Urff, Klingelbach (Homberg-Mardorf), Katterbach, Leimbach, Olmes, Ransbach, Baumbach, Ittersbach, Schlierbach, Ascheröderbach ab einem Niederschlagsgebiet von 5 km².

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Hochwasserschutz, Gewässerunterhaltung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1962 (Gründungsjahr)

Anteil: 2,0499 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Hochwasserschutz, Gewässerunterhaltung

Organe des Unternehmens

Verbandsversammlung:

- Winfried Becker - Vorsitzender
 Günter Jung - stellv. Vorsitzender
 Mitglieder - die von den jeweiligen Mitgliedern gewählten Vertreter sind
 entsprechend dem Beitrag stimmberechtigt

Verbandsvorstand:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------------|
| Winfried Becker - Vorsitzender | Klemens Olbrich - Stellvertreter |
| Günter Jung - stellv. Vorsitzender | Rudolf Marx - Stellvertreter |
| Johannes Averdung - Mitglied | Michael Köhler - Stellvertreter |
| Ralf Becker - Mitglied | Günter Schlemmer - Stellvertreter |
| Erich Diehl - Mitglied (verstorben) | Volker Steinmetz - Stellvertreter |
| Bernd Heßler - Mitglied | Kai Knöpfer - Stellvertreter |
| Wilhelm Kröll - Mitglied | Jürgen Kaufmann - Stellvertreter |
| Heinrich Vesper - Mitglied | |

Betriebsleitung: Dipl.-Ing. Peter Kugler

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts
Gründungsdatum: 1962
Verbandssatzung: 15.03.1996, zuletzt geändert 18.01.2010

Mitglieder und Anteile:

Kreis/Stadt/Gemeinde	%	Kreis/Stadt/Gemeinde	%
Gemeinde Antrifftal	1,8466	Stadt Borken (Hessen)	10,8447
Gemeinde Bad Zwesten	5,5299	Stadt Felsberg	2,7377
Gemeinde Jesberg	2,0798	Stadt Homberg (Efze)	6,2752
Gemeinde Knüllwald	2,3751	Stadt Kirtorf	0,6821
Gemeinde Neuental	6,7255	Stadt Neukirchen	3,0788
Gemeinde Schrecksbach	3,8577	Stadt Schwalmstadt	14,6568
Gemeinde Wabern	9,0203	Stadt Schwarzenborn	0,2517
Gemeinde Willingshausen	5,9335	Schwalm-Eder-Kreis	13,3045
Stadt Alsfeld	8,7502	Vogelsbergkreis	2,0499

<i>Beiträge</i>	<u>2010 / €</u>	<u>2011 / €</u>
der Landkreise von insgesamt	95.100,00	0,00
der Verbandsgemeinden von insgesamt	260.000,00	0,00

Die im Beitragsbuch festgesetzten Beiträge wurden vollständig und in der richtigen Höhe erhoben.

Hauswirtschaftliche Eckdaten:

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Beteiligungsberichtes lagen die geprüften Jahresabschlüsse der Haushaltsjahre 2009 bis 2011 noch nicht vor.

Der nachfolgend dargestellte geprüfte Jahresabschluss 2008 des Wasserverbandes Schwalm wurde am 06. Dezember 2012 durch die Verbandsversammlung festgestellt.

Im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz wurden die Anteile der Mitgliedskommunen am Wasserverband Schwalm festgelegt, sowie deren Anteile in Euro ermittelt. Die Berechnung erfolgte anhand des durchschnittlichen Beitrages der vergangenen fünf Jahre (2003-2007). Daraus ergab sich der prozentuale Anteil der jeweiligen Mitgliedskommune am Wasserverband Schwalm. Gemessen am Eigenkapital des Verbandes wurden die Anteile in Euro ermittelt.

Die Jahresabschlüsse 2009 bis 2011 lagen zum Abschluss des Beteiligungsberichtes 2012 noch nicht vor.

Bilanz des Unternehmens	Eröffnungsbilanz			Eröffnungsbilanz	
AKTIVA	31.12.2008	01.01.2008	PASSIVA	31.12.2008	01.01.2008
	€	€		€	€
1 Anlagevermögen	8.684.104,88	9.305.804,23	1 Eigenkapital	2.491.558,49	2.405.488,17
1.1. Immat. Vermögensgegenstände	3.474,00	5.457,00	1.1 Nettoposition	1.197.578,45	1.197.578,45
1.1.1. Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	3.474,00	5.457,00	1.2 Rücklagen und Sonderrücklagen	1.207.909,72	1.207.909,72
			1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	1.207.909,72	1.207.909,72
1.2 Sachanlagen	8.680.630,88	9.300.347,23	1.3 Ergebnisverwendung	86.070,32	0,00
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	442.666,10	442.666,10	2 Sonderposten	7.303.476,97	7.828.930,97
1.2.2 Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	198.659,04	212.333,04	2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge	7.303.476,97	7.828.930,97
1.2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	7.998.823,09	8.593.586,09			
1.2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	40.482,65	51.762,00	2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	7.303.476,97	7.828.930,97
2 Umlaufvermögen	1.288.446,37	1.210.688,76	4 Verbindlichkeiten	177.902,77	282.460,88
2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.716,28	554,21	4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme	168.255,10	204.953,51
2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	170,97	103,50	4.2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	168.255,10	204.542,73
2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.545,31	439,71	4.2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	0,00	379,80
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	11,00	4.2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	0,00	30,98
2.4 Flüssige Mittel	1.285.730,09	1.210.134,55	4.4 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	0,00	61.065,12
3 Rechnungsabgrenzungsposten	514,80	514,85	4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.159,75	13.632,46
4 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00	4.8 Sonstige Verbindlichkeiten	3.487,92	2.809,79
			5 Rechnungsabgrenzungsposten	127,82	127,82
Summe Aktiva	9.973.006,05	10.517.007,84	Summe Passiva	9.973.066,05	10.517.007,84

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 5 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Allgemeines:

Im Haushaltsjahr 2011 wurde weder eine Erhebung der Mitgliedsbeiträge von den Gemeinden, noch eine Erhebung der Beiträge (für die Verwaltungskosten) von den Landkreisen vorgenommen. Der dadurch entstandene Jahresfehlbetrag wurde durch eine Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses (ehemals kameral gebildete Allgemeine Rücklage) gedeckt.

Kreditaufnahmen:

Die Aufnahme von Krediten war und ist in den Haushaltssatzungen der Jahre 2010 bis einschließlich 2011 nicht vorgesehen.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite gem. § 4 der Haushaltssatzung in Höhe von 100.000 € wurde nicht in Anspruch genommen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Gewässerunterhaltung, Hochwasserschutz

Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV)

Hanauer Str. 9-13, 61169 Friedberg
Tel.: 06031 / 82-0 - Fax: 06031 / 82-1306
E-Mail: info@zov.de
Internet: www.zov.de



Unternehmenszweck

Versorgung der Bevölkerung des Verbandsgebietes und benachbarter Gebiete mit Energie und Wasser und Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs; Förderung gemeinnütziger Bestrebungen des oberhessischen Raums.

Die Geschäftsfelder des ZOV

Der ZOV hat sich zum Ziel gesetzt, Aufgaben der Wasserversorgung sowie der Abwasserbeseitigung aus kommunaler Hand zu übernehmen. Hierzu wurde ein gleichermaßen anspruchsvolles wie verantwortungsvolles Contracting-Modell entwickelt.

Sehr umfangreich sind die Bemühungen des ZOV auch auf dem Gebiet des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).

Durch eine Bündelung von Interessen und Maßnahmen ist es gelungen, den Bus- und Schienenverkehr in der Region weitgehend zu optimieren; zum Nutzen der Bürger und Kunden, die auch in Zukunft vom Angebot eines umfangreichen und bezahlbaren Nahverkehrsangebotes profitieren sollen. Die administrative Betreuung auf dem Sektor der öffentlichen Nahverkehrsplanung wird im Verbandsgebiet durch den ZOV gewährleistet. Es werden verkehrspolitische Grundsatzentscheidungen vorbereitet und wichtige Weichenstellungen für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vorgenommen. Die praktische Durchführung des öffentlichen Nahverkehrs wird durch die Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO) organisiert.

Nach wie vor steht die Umsetzung des regionalen Nahverkehrskonzeptes dabei in der Trägerschaft der OVVG (Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH).

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

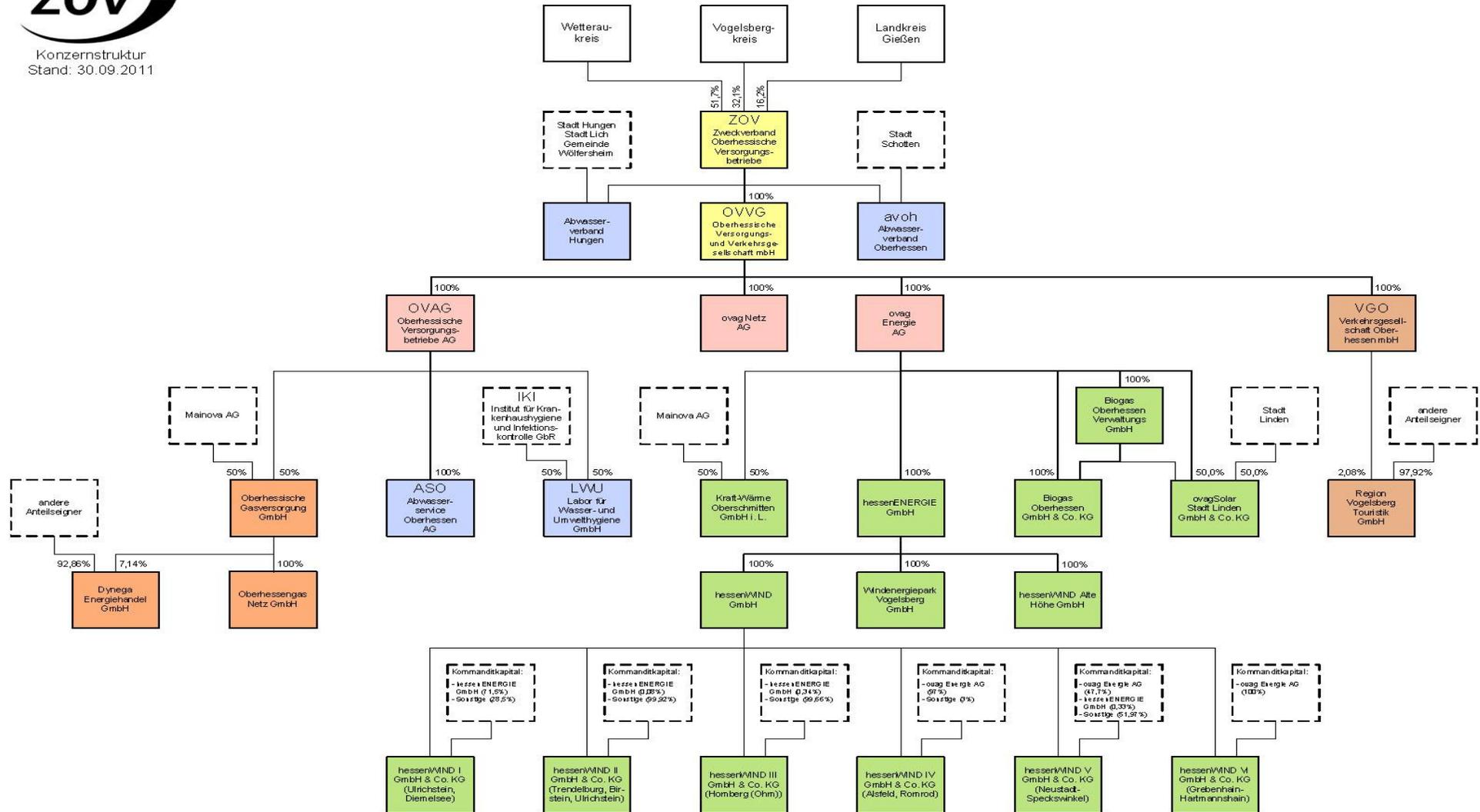
Ver- und Entsorgung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1972

Anteile in %: 32,1 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung: Ver- und Entsorgung



Verbandsgebiet und Mitglieder

Im ZOV, ein er öffentlich-rechtlichen Körperschaft mit Sitz in Friedberg (Hessen), haben sich die nachfolgend genannten Mitglieder zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben der Daseinsvorsorge zusammengeschlossen:

Landkreis Gießen



Vogelsbergkreis



Wetteraukreis



Die Vermögens- und Stimmanteile verteilen sich wie folgt:

Landkreis	Vermögensanteile	Stimmenverteilung
Landkreis Gießen	16,2 %	8 Stimmen
Vogelsbergkreis	32,1 %	16 Stimmen
Wetteraukreis	51,7 %	20 Stimmen
Gesamt	100,0 %	44 Stimmen

Verbandsvorstand: (bis 27.03.2011)

Silvia Lübbers

Oswin Veith

Siegfried Fricke

Rudolf Marx - stellv. Verbandsvors.

Prof. Dr. M. Göldenboth

Hans-Jürgen Herbst

Wolfgang Schleiter

Diethardt Stamm

Bernfried Wieland

Karl-Heinz Schneider - Verbandsvors.

Joachim Arnold

Ekkehard Kehm

Verbandsvorstand: (ab 28.03.2011)

Joachim Arnold

Eva Goldbach

Hans-Jürgen Herbst

Ottmar Lich

Silvia Lübbers

Rudolf Marx

Walter Pöllmann

Hans-Jürgen Schäfer

Dr. Christiane Schmahl

Anita Schneider

Karl-Heinz Schneider - Verbandsvors.

Claus Spandau - stellv. Vorsitzender

Sitzungsgelder

25.773,42 €

Fahrtkostenerstattung

5.321,44 €

Verbandsversammlung:

Landkreis Gießen	Vogelsbergkreis	Wetteraukreis
Heike Habermann	Swen Bastian	Rosa Maria Bey - Vorsitzende
Elke Högy	Lothar Bott	Lisa Gnadl
Matthias Körner	Manfred Dickert	Gerd Gries
Dr. Ulrich Lenz	Johannes-Georg Gückel	Christine Jäger
Karl-Heinz Schäfer	Dr. Hans Heuser	Alexander Kartmann
Günther Semmler	Elisabeth Hillebrand	Michael Keller
Dr. Sven Simon	Gerhard Immel	Adolf Ludwig
Alexander Wright	Margret Jöckel	Stefan Lux
	Friedel Kopp	Rainer Michel
	Ulrich Künz	Brigitta Nell-Düvel
	Rudolf Marek	Wolfgang Patzak
	Uwe Meyer	Kristina Paulenz
	Dr. Udo Ornik - stellv. Vorsitzender	Guido Rahn
	Dietmar Schnell	Beate Roth
	Matthias Weitzel	Karl-Peter Schäfer
	Kurt Wiegel	Oliver von Massow
		Gerhard Weber
		Christian Weiße
		Almut Wilser
		Bernd Witzel

Für Vergütungen an Mitglieder der Verbandsversammlung wurden gezahlt	69.120,00 €
Für Verdienstausfallentschädigungen sind entstanden	2.295,00 €
Fahrtkostenerstattungen wurden insgesamt geleistet in Höhe von	16.426,66 €
Den Fraktionen im ZOV wurden insgesamt Haushaltsmittel gewährt von	3.893,15 €

Ausschüsse der Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung hat zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse und zur fachlichen Unterstützung ihrer Parlamentsarbeit folgende Ausschüsse gebildet:

Hauptausschuss	Verkehrsausschuss	Umweltausschuss
Kristina Paulenz - Vorsitzende	Karl-Peter Schäfer - Vorsitzender	Dr. Udo Ornik - Vorsitzender
Lothar Bott - stellv. Vorsitzender	Sven Bastian - stellv. Vorsitzender	Dr. Sven Simon - stellv. Vorsitzender
Manfred Dickert	Manfred Dickert	Manfred Dickert
Gerd Gries	Dr. Hans Heuser	Elisabeth Hillebrand
Hans Georg Gückel	Gerhard Immel	Elke Högy
Alexander Kartmann	Christine Jäger	Margret Jöckel
Dr. Ulrich Lenz	Michael Keller	Adolf Ludwig
Stefan Lux	Matthias Körner	Oliver von Massow
Uwe Meyer	Rainer Michel	Rainer Michel
Brigitta Nell-Düvel	Guido Rahn	Bernd Witzel
Karl-Heinz Schäfer	Günther Semmler	Kurt Wiegel
Matthias Weitzel	Alexander Wright	Almut Wilser

Geschäftsführung: Rainer Schwarz, Dipl.-Finanzwirt
 Rolf Gnadt, Dipl.-Verwaltungswirt

Die beiden Geschäftsführer des ZOV üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Zweckverband
Gründungsdatum: 1972
Satzung: 16.12.1994 (letzte Änderung vom 10.12.2010)
Stammkapital: 133.911.686,55 €
Beteiligungen: Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OVVG), Friedberg/Hessen 100 %

Bilanz des Unternehmens
AKTIVA
A. Anlagevermögen
I. Immat. Vermögensgegenstände

1. Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

2011	2010
€	€
621.048,00	653.312,00

II. Sachanlagen

1. Technische Anlagen und Maschinen
-
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung
-
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

32.005.697,00	32.456.335,00
11.660,00	17.092,00
3.912.300,55	1.544.814,43
35.929.657,55	34.018.241,43

III. Finanzanlagen

- Anteile an verbundenen Unternehmen

133.418.531,87	133.418.531,87
169.969.237,42	168.090.085,30

B. Umlaufvermögen
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
-
2. Forderungen geg. Verbandsmitglieder
-
3. Sonstige Vermögensgegenstände

795.898,35	852.687,41
246.000,00	246.000,00
4.389.568,35	2.560.648,48
5.431.466,70	3.659.335,89

II. Guthaben bei Kreditinstituten

450.589,62	1.241.610,75
5.882.056,32	4.900.946,64

C. Rechnungsabgrenzungsposten

17.594,67	20.088,13
175.868.888,41	173.011.120,07

PASSIVA
A. Eigenkapital
I. Stammkapital
II. Zweckgebundene Rücklagen
III. Bilanzgewinn/-verlust(-)

- Verlustvortrag(-)
-
- Entnahme aus zweckgebundenen Rücklagen
-
- Einstellung in zweckgebundene Rücklagen
-
- Vorabausschüttung
-
- Jahresüberschuss

2011	2010
€	€
133.911.686,55	133.911.686,55
1.940.096,49	2.252.547,75
-809.117,58	-1.781.691,92
524.943,22	0,00
-212.491,96	-470.855,83
-2.292.978,29	-605.815,34
4.162.108,31	2.049.245,51
1.372.463,70	-809.117,58
137.224.246,74	135.355.116,72

B. Sonderposten für Investitionszuschüsse

5.934.228,00	6.116.623,00
---------------------	---------------------

C. Empfangene Ertragszuschüsse

4.809.244,00	4.705.336,00
---------------------	---------------------

D. Rückstellungen

1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
-
2. Sonstige Rückstellungen

37.743,40	37.637,57
4.805.342,42	2.758.574,50
4.843.085,82	2.796.212,07

E. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
-
2. Erhaltene Anzahlungen
-
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
-
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen
-
5. Sonstige Verbindlichkeiten

9.900.396,58	10.567.383,89
280,36	2.448,08
486.895,29	265.001,52
238.172,08	269.530,62
12.432.339,58	12.863.626,01
23.058.083,89	23.967.990,12

F. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

0,00	69.842,16
175.868.888,41	173.011.120,07

Gewinn- und Verlustrechnung

	2011 €	2010 €
1. Umsatzerlöse	17.542.983,15	15.864.414,41
2. Sonstige betriebliche Erträge	693.250,42	632.904,60
	18.236.233,57	16.497.319,01
3. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	78.505,90	76.437,78
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	18.342.177,50	16.393.112,64
	18.420.683,40	16.469.550,42
4. Personalaufwand:		
a) Entgelte	254.145,53	242.050,88
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	61.106,25	60.576,19
	315.251,78	302.627,07
5. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	920.283,77	919.192,38
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	363.606,19	633.035,87
	-1.783.591,57	-1.827.086,73
7. Erträge aus Beteiligungen	6.889.526,60	4.800.980,72
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16.276,69	13.818,07
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	960.029,41	936.401,15
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4.162.182,31	2.051.310,91
11. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	1.749,40
12. Sonstige Steuern	74,00	316,00
13. Jahresfehlbetrag(-)/überschuss	4.162.108,31	2.049.245,51
14. Verlustvortrag	-809.117,58	-1.781.691,92
15. Entnahme aus aus zweckgebundenen Rücklagen	524.943,22	0,00
16. Einstellung in zweckgebundene Rücklagen	-212.491,96	-470.855,83
17. Vorabausschüttung	-2.292.978,29	-605.815,34
18. Bilanzgewinn/-verlust(-)	1.372.463,70	-809.117,58

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 4 (durchschnittlich) + 2 Teilzeitkräfte

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht

Ertragslage des Unternehmens: Jahresüberschuss 4.162.108,31

€

Kreditaufnahmen: keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft: Dividende: 111.445,54 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Ver- und Entsorgung

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Seit dem 1. Januar 2004 sind auf die Wirtschaftsführung des Zweckverbandes Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) die Vorschriften über Eigenbetriebe sinngemäß anzuwenden. Damit ist der ZOV nach § 26 EigBGes verpflichtet, einen Lagebericht aufzustellen.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Im Jahr 2011 befand sich die deutsche Wirtschaft in einer sehr robusten Verfassung. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg nach ersten Berechnungen im Vergleich zum Vorjahr um 3,0 %. Damit vollzog sich der konjunkturelle Aufholprozess auch im zweiten Jahr nach der Wirtschaftskrise.

Die Anzahl der inländischen Erwerbspersonen stieg um 541.000 auf 41,1 Mio. (Anstieg um 1,3 %) und stellt somit den höchsten jemals erreichten Stand an Erwerbstätigen in Deutschland dar. Das Gesamtarbeitsvolumen stieg sogar um 1,8 %, da sich die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen durchschnittlich um 0,4 % gegenüber dem Vorjahr erhöhte. Die Zahl der Erwerbslosen verringerte sich in 2011 nach Schätzung auf

Basis der Arbeitskräfteerhebung um 446.000 auf 2,5 Mio., was ein Rückgang von 15,1 % im Vergleich zu 2010 ist. Die Arbeitsproduktivität (gemessen als BIP je Erwerbstätigen) stieg im Jahr 2011 um 1,6 %.

Die Erholung der realen Bruttowertschöpfung vollzog sich mit 6,0 % besonders deutlich im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe). Der Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe trug mit einer Steigerung von 3,7 % auch wesentlich zur Gesamtsteigerung des BIP bei. Auf der Verwendungsseite des BIP erwiesen sich insbesondere die privaten Konsumausgaben als Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie legten preisbereinigt mit +1,5 % so stark zu wie zuletzt vor 5 Jahren.

Auch im Wetteraukreis, Landkreis Gießen und Vogelsbergkreis setzten die zuvor skizzierten Trends ein. So sank die Arbeitslosenquote im Bezirk der Arbeitsagentur Gießen auf 5,6 % gegenüber 6,0 % in 2010. Im Vogelsbergkreis lag die Quote bei 4,6 % (Vorjahr 5,3 %) und im Wetteraukreis erzielt die Region Friedberg eine Quote von 4,7 % gegenüber 5,1 % im Vorjahr.

Unternehmensentwicklung

Nachfolgend ist die Entwicklung der Sparten im ZOV kurz dargestellt:

Verwaltung:

Die Verwaltung des ZOV umfasst die Koordination der Verbandsorgane, die allgemeine Verwaltung sowie die Vermögensverwaltung. Bestimmende Größe für das Jahresergebnis des Verbandes war auch im Jahr 2011 die in der Sparte Vermögensverwaltung vereinnahmte Ausschüttung der Oberhessischen Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OVVG) von rund 6,9 Mio. €.

Verkehr:

Der Bereich Verkehr führt die ihm durch die EU-Verordnung 1370/07 und das Hessische ÖPNV-Gesetz zugeordneten Aufgaben durch. ZOV-Verkehr ist demnach zuständige Behörde für die Begründung von gemeinwirtschaftlichen Pflichten für den lokalen Linienverkehr im Verbandsgebiet sowie die Gewährung von ausschließlichen Rechten und/ oder finanziellen Ausgleichsleistungen für die Erfüllung dieser Pflichten. In 2011 hat der ZOV als Aufgabenträger keine gemeinwirtschaftlichen Ausschreibungen für auslaufende Konzessionen vorgenommen. Das konzerneigene Dienstleistungsunternehmen VGO ist bis Ende 2018 mit der Durchführung und Finanzierung des lokalen Busverkehrs im Verbandsgebiet betraut. Gemäß aktueller verbindlicher Auskunft scheint die Einbeziehung der Erträge und Aufwendungen der VGO in den ertragsteuerlichen Querverbund der OVVG unproblematisch.

Die Ergebnisse der verbundweiten Fahrgast- und Verkehrserhebung des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV) 2010 sollen erstmalig für die Einnahmeverteilung für das Jahr 2011 zur Anwendung kommen. Gegenüber der letzten Erhebung ist mit erheblichen Veränderungen in der Einnahmezuscheidung zwischen den lokalen Nahverkehrsorganisationen und dem Regionalverkehr zu rechnen. Die Risiken aus dem für 2011 zu erwartenden Einnahmeverteilungsverfahren wurden über entsprechende Abgrenzungen abgedeckt, welche teilweise an die VGO weiterbelastet werden konnten.

Frischwasser und Abwasser

Gemeinde Hirzenhain:

Seit dem 1. Juli 2004 ist der ZOV für die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung in der Gemeinde Hirzenhain zuständig. Nach der Anpassung zum 1. Januar 2010 betrug die Abwassergebühr 6,00 € je cbm Frischwasserverbrauch, die Frischwassergebühr 2,40 € je cbm. In 2011 wurde die Sanierung der Leitungen in der Ortsdurchfahrt von Glashütten begonnen, die Maßnahme wird im Jahr 2012 fortgesetzt.

Stadt Nidda:

Zum 1. Juli 2005 hat der ZOV die Abwasserbeseitigung der Stadt Nidda im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung bzw. per Kauf- und Übertragungsvertrag übernommen. Die Benutzungsgebühren für den Bereich Abwasserbeseitigung Nidda beträgt unverändert 4,20 € pro cbm Frischwasserverbrauch. In 2011 wurde die Sanierung der Ortsdurchfahrt in Ulfa fortgesetzt sowie die Arbeiten in „Unter Schmitten, Am Hinterhof“ beendet. In 2012 wird der Schwerpunkt der Arbeiten in der Sanierung der Kanäle in der „Abellstraße“ und im „Pflanzgarten“ in der Kernstadt Nidda liegen.

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des ZOV im Berichtsjahr ist als ausgeglichen zu bezeichnen. Das Jahresergebnis des ZOV wird wesentlich durch das Ergebnis der Sparte ZOV-Verkehr sowie die Ausschüttung der OWG geprägt.

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,9 Mio.€ auf 175,9 Mio.€.

Der Bestand an Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen erhöhte sich von 34,7 Mio.€ um 1,9 Mio.€ auf 36,6 Mio.€. Der Ausweis der Finanzanlagen betrifft ausschließlich die Beteiligung an der OVVG und beträgt unverändert 133,4 Mio.€.

Die Entwicklung der Anlagen im Bau in 2011 zeigt die folgende Tabelle (Werte in €):

Maßnahme	Stand 1.1.2011	Zugang	Umbuchung in fertige Anlagen	Stand 31.12.2011
Ulfa, Abtrennung Außengebietswaser(RW)	600.299,96	420.198,26	0,00	1.020.498,22
Unter Schmitten, Am Hinterhof-Kanal	282.759,06	342.523,26	0,00	625.282,32
Ober Lais, Glashütter Str. - RÜ1	7.185,36	12.784,32	0,00	19.969,68
Fauerbach, Deckmannsgasse - Kanal	7.158,16	553,05	0,00	7.711,21
Fauerbach, Mittulgasse - Kanal	3.057,57	808,31	0,00	3.865,88
Fauerbach, Wenzelgasse - Kanal	2.915,62	765,77	0,00	3.681,39
Ulfa, Hinterstr., Ernstgasse - MW-Kanal	304.501,43	639.516,29	0,00	944.017,72
Unter Schmitten, Am Hinterhof-RÜ17	12.615,84	75.072,16	0,00	87.688,00
Glashütten, Ortsdurchfahrt - Kanal	25.503,29	710.290,32	0,00	735.793,61
Glashütten, Ortsdurchfahrt - Wasserleitg.	8.726,85	86.406,71	0,00	95.133,56
Ulfa, Zimmerstraße - Mischwasserkanal	211.656,54	23.226,47	0,00	234.883,01
Nidda, Abellstraße/Pflanzgarten - Kanal	26.624,77	37.454,39	0,00	64.079,16
Glashütten, Inlinersanierung	47.000,00	0,00	47.000,00	0,00
Unter Schmitten, Am Hinterhof-Kanal	4.809,98	2.498,51	0,00	7.308,49
Nidda, Neubau Drosselschacht Johanniteheim	0,00	5.771,50	0,00	5.771,50
Merkenfritz, Liebfrauenstr. – Wasserleitg.	0,00	463,10	0,00	463,10
Hausanschlüsse - Wasser	0,00	799,47	0,00	799,47
Hausanschlüsse - Kanal	0,00	55.354,23	0,00	55.354,23
	1.544.814,43	2.414.486,12	47.000,00	3.912.300,55

Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,8 Mio. € auf 5,4 Mio. €. Der Bestand an flüssigen Mitteln ging im Vergleich zum Vorjahr von 1.242 T€ auf 451 T€ zurück.

Das Eigenkapital des ZOV erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 1.869 T€ auf 137.224 T€. Die für Investitionen in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung gewährten Zuschüsse und Beiträge hatten zum Bilanzstichtag noch einen Restbuchwert von 10.743 T€, wobei der Zuführung von 229 T€ eine zeitanteilige Auflösung von 308 T€ in 2011 gegenüber stand. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betreffen ausschließlich den Anteil am ZVK-Sanierungsgeld. Die sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Rückstellungen für ausstehende Rechnungen betreffend erbrachte Verkehrsleistungen (4.777 T€) sowie Kosten für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (17 T€). Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 667 T€ auf 9.900 T€ vermindert, während die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 222 T€ auf 487 T€ anstiegen. Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen in erster Linie die nicht auf den ZOV übertragenen Darlehen (12.039 T€), für die die Übernahme der Zins- und Tilgungsleistungen durch den ZOV mit den ursprünglichen Darlehensnehmern, der Stadt Nidda bzw. in einem Fall der Gemeinde Hirzenhain, vereinbart wurde.

Zusammenfassende Darstellung		2011	2010
Bilanzsumme	Mio. €	175,87	173,01
Anlagevermögen	Mio. €	169,97	168,09
Umlaufvermögen inkl. ARAP	Mio. €	5,90	4,92
Eigenkapital	Mio. €	137,22	135,36
Deckungsgrad des Anlagevermögens	%	80,73	80,53
Eigenkapitalquote (Grad der finanziellen Unabhängigkeit)	%	78,03	78,23

Die Entwicklung der Umsatzerlöse im Ver- und Entsorgungsgebiet der Gemeinde Hirzenhain sowie im Entsorgungsgebiet der Stadt Nidda ist innerhalb der Parameter wie Witterung und Veränderung der Einwohnerzahlen anzusiedeln.

Umsatzerlöse	2011		2010
	Menge cbm	Erlöse T€	Erlöse T€
ZOV-Verkehr	-	12.900	11.082
Wasserversorgung Hirzenhain	117.442	310	302
Abwasserbeseitigung Hirzenhain	111.751	766	735
Abwasserbeseitigung Nidda	732.990	3.567	3.745
Summe		17.543	15.864

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren vor allem aus der erfolgswirksamen Auflösung der Zuschüsse und Anschlussbeiträge für Wasser- und Abwasseranlagen und den Avalprovisionen für übernommene Bürgschaften.

Im Materialaufwand von 18,4 Mio. € sind neben den Aufwendungen für die vom ZOV bestellten Verkehrsleistungen (15,8 Mio. €) die Aufwendungen für die Instandhaltung der Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen sowie die Aufwendungen der Sparte „Allgemeine Verwaltung“ erfasst.

Der Personalaufwand umfasst die Aufwendungen für die Mitarbeiter der Sparten ZOV-Verkehr, allgemeine Verwaltung sowie Wasser/Abwasser und betrug im Berichtsjahr 315 T€.

Die Abschreibungen betreffen die planmäßigen Abschreibungen des Anlagevermögens der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und der Verkehrssparte und betragen 920 T€. Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 364 T€ sind im Wesentlichen Verwaltungsaufwendungen des ZOV und Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder der Gremien des ZOV ausgewiesen.

Erträge aus Beteiligungen betreffen nur die Ausschüttung der OVVG in Höhe von 6.890 T€.

Der ausgewiesene Bilanzgewinn soll vorbehaltlich eines noch ausstehenden Beschlusses der Verbandsversammlung auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Die zweckgebundenen Rücklagen verringerten sich um die Entnahmen von per Saldo 313 T€.

Beitrag der Sparten zum Gesamtergebnis	2011	2010
	T€	T€
Allgemeine Verwaltung	-12,9	-138,8
Vermögensverwaltung	+6.889,5	+4.801,0
Verkehr	-2.927,0	-2.901,7
Trinkwasserversorgung	+39,5	+71,3
Abwasserentsorgung	+173,0	+217,5
Jahresüberschuss ZOV	+4.162,1	+2.049,2

Zusammenfassende Darstellung	2011	2010
	T€	T€
Umsatzerlöse	17.543,0	15.864,4
Betriebsergebnis	-1.783,6	-1.827,1
Finanzergebnis	+5.945,8	3.878,4
davon Beteiligungserträge 6.890 T€ (Vorjahr 4.800 T€)		
Außerordentliche Aufwendungen	0,0	-1,7
Jahresüberschuss ZOV	+4.162,1	+2.049,2

Personal

Am 31. Dezember 2011 waren im Bereich ZOV-Verkehr zwei Mitarbeiter, im Bereich Wasser/ Abwasser Allgemein ein Mitarbeiter und im Bereich Abwasser Nidda ein weiterer Mitarbeiter und zwei geringfügig Beschäftigte tätig.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres

Solche Vorgänge haben sich nicht ereignet.

Risikobericht

Der ZOV ist in Folge seiner Tätigkeit neben dem zunehmenden Wettbewerb, den schwer kalkulierbaren politischen Motiven und dem sich beständig ändernden Rechtsrahmen einer Vielzahl weiterer Risiken ausgesetzt und daher in das Risikomanagementsystem der OVVG integriert.

Risiken werden systematisch erfasst und in die Entscheidungsprozesse einbezogen. Für den ZOV spezifische Risiken aus der technischen Geschäftstätigkeit werden durch individuelle Prozesse berücksichtigt, sind jedoch nicht Teil des Risikomanagementsystems und dementsprechend nicht umfassend dokumentiert. Den Fortbestand des Unternehmens gefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Im Bereich Verkehr können für die Wahrnehmung neu hinzugekommener Aufgaben und Zuständigkeiten künftig die dafür erforderlichen Personal- und Sachaufwendungen steigen.

Die Betriebszweige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind durch den jeweils in der Satzung festgeschriebenen Anschluss- und Benutzungszwang derzeit keinen direkten Marktrisiken ausgesetzt.

In allen Betriebszweigen entstehen Risiken durch den Einsatz von Technik und Personal sowie in Folge höhere Gewalt, wie z.B. Wettereinflüsse. Diesen wird begegnet durch die permanente Aus- und Weiterbildung des Personals sowie hohe Sicherheitsstandards und permanente Prüf-, Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten. In wirtschaftlich sinnvollem Rahmen werden die Betriebsrisiken durch Versicherungen begrenzt.

Durch den Betrieb der IT zur Unterstützung der Geschäftsprozesse entstehen weitere Risiken. Diesen wird durch betriebsinterne Sicherheitsmaßnahmen und den Einsatz aktueller Software sowie durch entsprechende Schulungen des Personals entgegengewirkt.

Wegen des Kapitaleinsatzes und der langfristigen Kapitalbindung sind Investitionsprojekte mit Chancen und Risiken verbunden. Vorbereitung und Umsetzung solcher Projekte folgen daher einem internen Genehmigungsprozess.

Ausblick:

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

In seinen Geschäftsfeldern ist der ZOV speziellen Risiken und Chancen ausgesetzt: Vorgaben des Gesetzgebers zur Kontrolle und Sanierung der Kanalnetze im Rahmen der EKVO bedeuten auch über die derzeit laufenden Maßnahmen hinaus für die Zukunft erheblichen Mittelbedarf für die Sanierung.

In den Bereichen Wasser und Abwasser ergibt sich nach den beiden erfolgreich verlaufenen Projekten Hirzenhain und Nidda die Möglichkeit, mit weiteren Kommunen in aussichtsreiche Gespräche zu treten und diese Bereiche in Zukunft stärker auszubauen.

Vor dem Hintergrund nach wie vor knapper kommunaler Finanzen sind die Kooperationsangebote des ZOV für die Sparten Wasser, Abwasser und Verkehr für Kommunen sicher interessant.

Nach der Etablierung des ZOV als Partner der Kommunen wird hier die Möglichkeit zum Wachstum in neue dienstleistungsorientierte Geschäftsfelder gesehen.

Noch immer nicht erfolgt sind im Bereich des ÖPNV die Novellierungen des Personenbeförderungsgesetzes auf nationaler Ebene und des Hessischen ÖPNV-Gesetzes auf Landesebene. Dies führt zu rechtlichen Unsicherheiten. Ob die den ZOV belastenden Ergebnisse der verbundweit erfolgten Fahrgast- und Verkehrserhebung des RMV und deren Folgen für die künftigen Einnahmeaufteilungen zum Teil abgefedert werden können, ist noch nicht absehbar.

Ausblick

Die Entwicklung der von den Kommunen auf den ZOV übertragenen Aufgabengebiete bestätigt bisher die Zielsetzung des ZOV-Modells, durch Bildung von größeren Einheiten Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung effizient anbieten zu können.

Im Bereich der Gemeinde Hirzenhain und der Stadt Nidda werden auch in den kommenden Jahren zahlreiche Baumaßnahmen umgesetzt. Neben den anstehenden Sanierungsarbeiten zur Erfüllung der Vorgaben der EKVO werden in Absprache mit den Partnerkommunen Baugebiete erschlossen und Anlagen ausgetauscht.

Im Jahr 2012 wird der Schwerpunkt der Arbeiten in den Bereichen Wasser und Abwasser in der Fortsetzung der Sanierung der Leitungen in den Ortsdurchfahrt in Glashütten (Gemeinde Hirzenhain) und der Abellstrasse bzw. dem Pflanzgarten (Kernstadt Nidda) liegen.

Im Wirtschaftsplan 2012 des ZOV sind über alle Sparten Investitionen von insgesamt 2,7 Mio € veranschlagt.

Für folgende Baumaßnahmen sind Investitionen im Jahr 2012 geplant (Werte in €):

Glashütten, Ortsdurchfahrt Wasserleitung	300.000
Glashütten Ortsdurchfahrt Abwasserkanal	600.000
Nidda, Kanal "Abellstraße / Pflanzgarten"	1.230.000
Inlinersanierung verschiedene Stadtteile	200.000
Nidda, Neubau Drosselschacht Regenüberlaufbecken	270.000
Nidda, Hochwasserschutz Nidda	110.000
Bad Salzhausen, Erneuerung Kanal „Liebigstraße“	25.000
Nidda, Drosselschacht RÜ „Talstraße“	10.000

In den Sparten Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sollen auch in den Folgejahren entsprechend der Kalkulation der Benutzungsgebühren nach dem Kostendeckungsprinzip ausgeglichene Ergebnisse erzielt werden. In 2012 wird die Einführung der getrennten Abwassergebühren zum 1. Januar 2013 vorbereitet.

Voraussichtlich zum Jahreswechsel 2012/13 wird der ZOV, sofern bis dahin keine Liniengenehmigungen auf eigenwirtschaftlicher Basis erfolgen, Ausschreibungen für die Vergabe von fünf lokalen Linienbündeln durchführen. Aufgrund der derzeitigen Marktlage ist im Einzelfall mit deutlichen Kostensteigerungen zu rechnen. Für die folgende Ausschreibungsrunde im lokalen Busnahverkehr (Betriebsstart Ende 2014) erfolgen seit Jahresbeginn 2012 vorbereitende Arbeiten. Dies gilt auch für die Fortschreibung des Nahverkehrsplans

(2014 bis 2018), der erstmalig in Kooperation mit dem benachbarten Aufgabenträger Stadt Gießen (gesamtplanerischer Ansatz) erfolgen soll.
Für 2012 und 2013 werden weitgehend stabile Umsatzerlöse und Ergebnisse erwartet.

Angesichts der in der Vergangenheit geführten politischen Diskussionen um Themen wie den Fortbestand des steuerlichen Querverbunds, die Ausschreibung von Verkehrsleistungen und zunehmenden Dirigismus im Energiesektor ergeben sich für die Zukunft des ZOV nach wie vor zahlreiche offene Fragen. Abhängig von den Ergebnissen der aktuellen Diskussionen und deren Umsetzung können wesentliche Auswirkungen auf das Ergebnis des ZOV und die Ausschüttung an die Anteilseigner entstehen.

Gas- und Wasserversorgung Osthessen GmbH

Rangstr. 10, 36043 Fulda
Tel.: 0661 / 299-0 - Fax: 0661 / 299-119
E-Mail: post@gwv-fulda.de
Internet: www.gwv-osthessen.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung kommunaler, industrieller und privater Kunden im osthessischen Raum, insbesondere im Gebiet des Landkreises Fulda, des Vogelsbergkreises und des Main-Kinzig-Kreises, mit Ausnahme der Stadt Fulda und der Gemeinden westlich der Gemeinde Steinau, mit Gas, Wasser sowie die Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung der hierfür erforderlichen Anlagen. Das Unternehmen kann auch Gasgeräte vertreiben sowie Gas jeder Art kaufen und verkaufen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die unmittelbar oder mittelbar dem Gegenstand des Unternehmens dienen, ihn fördern oder wirtschaftlich betreffen. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben, pachten oder verpachten sowie Interessengemeinschafts- und Unternehmensverträge schließen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Versorgung der Region mit Gas/Wasser

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 11/1966

Anteile in %: 6,20 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Versorgung der Region mit Gas/Wasser

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Dr. rer. pol. Wolfgang Dippel - Vorsitzender
Dipl.-Ing. Günter Bury - stellv. Vorsitzender
Günter Frenz (bis 31.10.2011)
Erich Pipa (ab 01.11.2011)
Bernd Woide

Rudolf Marx
Dipl.-Kfm. Ralf-Stefan Stöppler
Reiner Görg (bis 13.06.2011)
Uwe Marohn (ab 14.06.2011)

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden Bezüge von insgesamt 28 T€ gewährt.

Geschäftsführung: Dipl. Soz. Oec. Martin Heun

Auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird nach § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH
Gründungsdatum: 18.01.1967
Gesellschaftsvertrag: 10.11.1996, letzte Änderung 08.12.2010
Handelsregister: Fulda, HRB 84
Stammkapital: 7.420.000 €
Beteiligungen: Biothan GmbH 50 %

Gesellschafter:

Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH	Überlandwerk Fulda AG
Vogelsbergkreis	Landkreis Fulda
Stadt Alsfeld	Stadtwerke Lauterbach GmbH
Stadt Schlüchtern	Gemeinde Neuhof
Stadt Steinau an der Straße	Gemeinde Großenlüder
Mainz-Kinzig-Kreis	Gemeinde Bad Salzschlirf
Gemeinde Eichenzell	

Stammeinlagen:

	€	in %
Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH	2.730.000,00	36,79
Überlandwerk Fulda AG	2.730.000,00	36,79
Vogelsbergkreis	460.350,00	6,20
Landkreis Fulda	448.050,00	6,04
Stadt Alsfeld	204.600,00	2,76
Stadtwerke Lauterbach GmbH	179.050,00	2,41
Stadt Schlüchtern	158.950,00	2,14
Gemeinde Neuhof	127.900,00	1,72
Stadt Steinau an der Straße	104.200,00	1,41
Gemeinde Großenlüder	88.300,00	1,19
Main-Kinzig-Kreis	68.900,00	0,93
Gemeinde Bad Salzschlirf	59.850,00	0,81
Gemeinde Eichenzell	59.850,00	0,81
	<u>7.420.000,00</u>	<u>100,00</u>

Bilanz des Unternehmens

AKTIVA	2011	2010	PASSIVA	2011	2010
	€	€		€	€
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immat. Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	7.420.000,00	7.420.000,00
Entgeltlich erworbt. Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte u. ähnl. Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	237.266,00	267.838,00	II. Kapitalrücklage	2.347.906,68	2.347.906,68
			III. Gewinnrücklagen		
			1. satzungsmäßige Rücklagen	742.000,00	742.000,00
			2. andere Gewinnrücklagen	1.885.000,00	1.800.000,00
			2.627.000,00	2.542.000,00	
II. Sachanlagen			IV. Gewinn-/Verlustvortrag	262.633,61	216.735,59
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	205.246,00	230.802,00	V. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1.499.409,95	1.330.898,02
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	1.512.220,00	1.661.652,00	14.156.950,24	13.857.540,29	
3. Verteilungsanlagen	18.393.319,00	18.874.169,00	B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	5.345.586,00	5.547.976,00
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.363,00	28.128,00	C. Rückstellungen		
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	404.507,00	30.094,00	1. Rückstellungen für Pensionen	104.481,00	109.550,00
	20.530.655,00	20.824.845,00	2. Steuerrückstellungen	374.843,38	260.606,93
			3. Sonstige Rückstellungen	2.541.643,00	3.382.609,61
III. Finanzanlagen			3.020.967,38	3.752.766,54	
Beteiligungen	2.000.000,00	2.000.000,00	D. Verbindlichkeiten		
	22.767.941,00	23.092.683,00	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.512.840,00	2.720.586,00
			2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	596.202,83	634.599,81
B. Umlaufvermögen			3. Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel	0,00	35.853,08
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	2.813.194,09	3.634.291,11
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.417.271,27	8.655.465,26	5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	1.500.000,00
2. Forderungen gegen Gesellschafter	101.793,98	197.512,27	6. Sonstige Verbindlichkeiten	3.152.665,05	2.970.601,83
3. Sonstige Vermögensgegenstände	998.483,17	1.019.335,42	11.074.901,97	11.495.931,83	
	8.517.548,42	9.872.312,95	E. Rechnungsabgrenzungsposten	66.653,00	72.204,00
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Scheck	2.375.831,35	1.741.567,59	33.665.058,59	34.726.418,66	
	10.893.379,77	11.613.880,54			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3.737,82	19.855,12			
	33.665.058,59	34.726.418,66			

Gewinn- und Verlustrechnung

	2011 €	2010 €
1. Umsatzerlöse	37.679.528,88	39.081.918,61
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.354.056,62	1.858.948,95
	39.033.585,50	40.940.867,56
3. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-28.612.717,10	-29.522.285,99
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-3.029.162,91	-2.676.323,33
	-31.641.880,01	-32.198.609,32
4. Personalaufwand:		
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-5.235,98	-11.919,19
5. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-2.275.540,00	-2.402.504,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.809.795,43	-4.269.737,76
	2.301.134,08	2.058.097,29
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	31.686,78	123.179,89
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-278.541,58	-188.637,88
	-246.854,80	-65.457,99
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.054.279,28	1.992.639,30
10. Außerordentliche Erträge	0,00	40.055,00
11. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	-12.895,00
12. Außerordentliches Ergebnis	0,00	27.160,00
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-554.802,05	-688.835,49
14. Sonstige Steuern	-67,28	-65,79
12. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1.499.409,95	1.330.898,02

Ausgewählte Kennzahlen

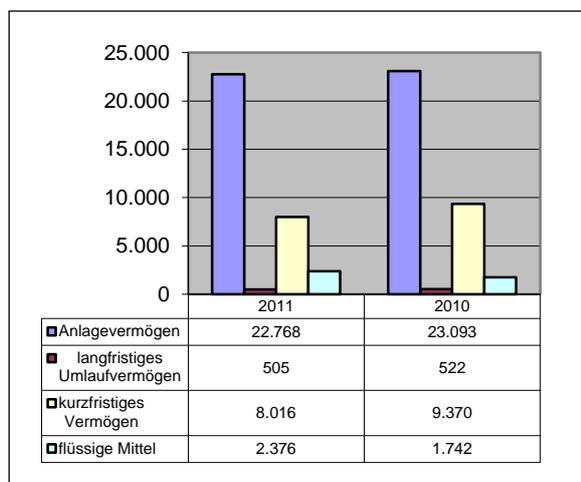
Anzahl der Mitarbeiter:

Von der Berichtsgesellschaft werden keine Arbeitnehmer beschäftigt.
Die Betriebsführung nimmt die Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH wahr.

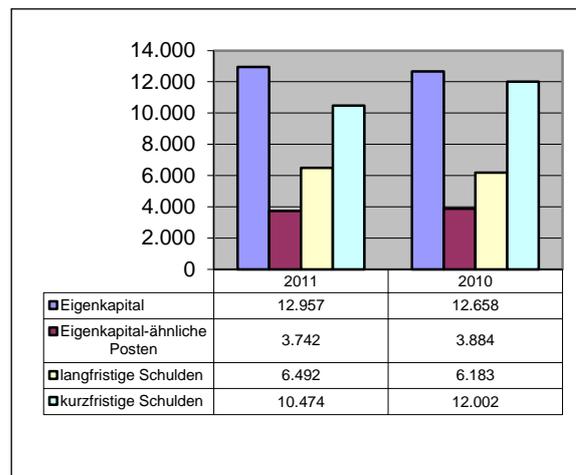
Größe der Gesellschaft:

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 i.V.m. 4 HGB.

Vermögensstruktur



Kapitalstruktur



Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Siehe Lagebericht

Ertragslage des Unternehmens:

Dividende 1.200.000,00 €
Anteil VBK 6,2 % 74.450,13 €
abzgl. Steuern = 62.668,40 €

Kreditaufnahmen:

keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:

keine

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft

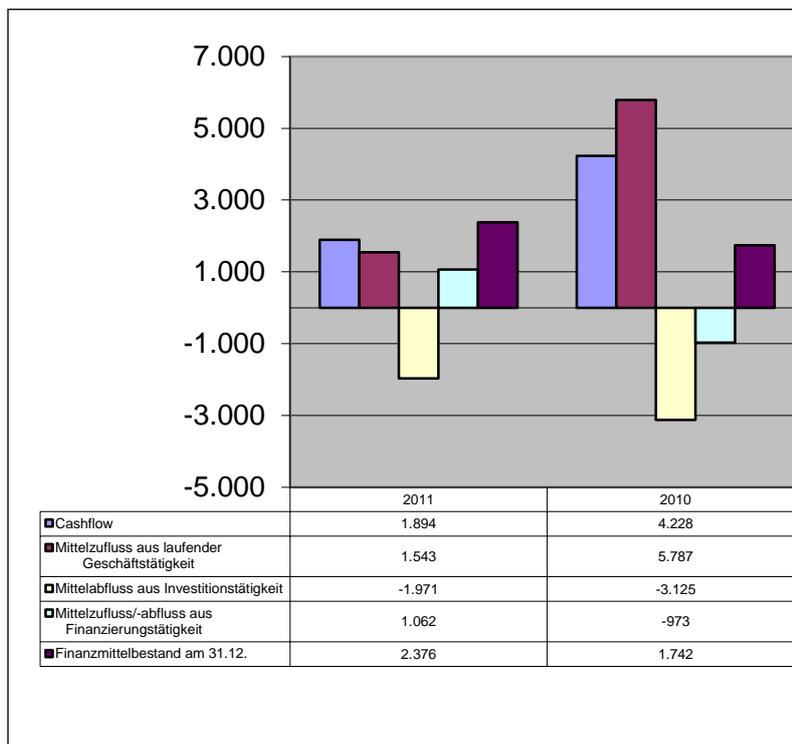
Stammeinlage 6,2 % = 460.350 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Die Gesellschaft dient der regionalen Versorgung mit Gas/Wasser.

Finanzlage des Unternehmens:



Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Wirtschaftliche Entwicklung

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verbesserte sich leicht von 2,0 Mio. EUR auf 2,1 Mio. EUR. Rückläufige Ergebnisse beim Gasvertrieb aufgrund der sich verschärfenden Wettbewerbssituation, konnten durch Kostensenkungen beim Betriebsaufwand sowie durch geringeren Rückstellungsbedarf beim Regulierungskonto im Bereich Gasnetz, ausgeglichen werden. Die Wertschöpfung unseres Unternehmens lag wie im Vorjahr bei 2,5 Mio. EUR.

Gasvertrieb- und -beschaffung

Im Jahresverlauf wurde ein neues Preissystem für Haushalts- und Gewerbekunden entwickelt, das am 01.10.2011 produktiv gesetzt wurde. Mit zunächst zwei Laufzeit-Produkten soll die Kundenbindung und die Planbarkeit der Bezugsmengen stabilisiert werden. Bis zum Jahresende hat circa 65 % der relevanten Kundengruppe das Angebot angenommen. Parallel

zur Einführung des Preissystems mussten wir eine Preiserhöhung in Höhe von durchschnittlich 21 % durchführen, um den stark gestiegenen Bezugskosten Rechnung zu tragen. Der sich weiter stark verschärfende Gas-zu-Gas-Wettbewerb hat zu einem signifikanten Anstieg von Wechselkunden geführt.

Der Gasvertrieb erzielte einen Gasabsatz von 953,1 Mio. kWh (-8,3 %). Die Mengenentwicklung ist in den einzelnen Kundensegmenten unterschiedlich. Das Jahr 2011 war gemessen an den Gradtagszahlen das mildeste Jahr seit 2000. Diesem überdurchschnittlich milden Jahr steht das Jahr 2010 als das kälteste Jahr seit über 20 Jahren gegenüber. Im Wesentlichen durch diese Witterungseinflüsse ergab sich bei den Tarifkunden ein Absatzrückgang von 19,3 %. Bei den Großkunden sind Absatzrückgänge teils witterungsbedingt, teils durch die rückläufige Produktion bei einzelnen Unternehmen sowie durch Wechselkunden zu verzeichnen. Die Mengenverluste konnten durch Kundenrückgewinnung und Neukundenakquise im eigenen Versorgungsgebiet (45,1 % höhere Neuanschlüsse als im Vorjahr) sowie durch die verstärkte Akquisition von Gewerbe- und Industriekunden außerhalb des angestammten Versorgungsgebietes teilweise ausgeglichen werden. Insgesamt sank der Absatz im Großkundensegment um 4,6 %. Der Betriebsverbrauch, der überwiegend die innerbetrieblichen Lieferungen an die Wärme- und Contractingsparte enthält, verzeichnet ein Minus von 4,8 %. Die witterungsbedingten Rückgänge konnten nur zum Teil durch neu akquirierte Anlagen ausgeglichen werden.

Beim Absatz von Erdgas als Treibstoff an unseren öffentlichen Erdgastankstellen in Alsfeld und Lauterbach konnte ein leichter Zuwachs von 1,4 % erzielt werden.

Die Umsatzerlöse aus dem Gasgeschäft liegen - im Wesentlichen infolge der Mengenentwicklung - mit 39,4 Mio. EUR um 7,2 % unter dem Vorjahr.

Die früher bei der Gasbeschaffung üblichen Lieferverträge mit Ölpreiskopplung verlieren im Markt immer mehr an Bedeutung. Der Trend zu neuen Preis- und Produktstrukturen bei Gasbeschaffung und -vertrieb hat sich in 2011 fortgesetzt. Um die damit verbundenen Chancen zu nutzen und die Risiken zu managen, hat GWV bereits in 2010 begonnen, ein Portfoliomanagement sowie das dazugehörige Risikomanagementsystem für Gasbeschaffung und -vertrieb aufzubauen.

Erste Mengen konnten so im Jahresverlauf bereits am Markt beschafft werden und haben dazu beigetragen, weiterhin wettbewerbsfähige Verkaufspreise zu bieten. Die Ausgestaltung der Prozesse für eine strukturierte Beschaffung und die dazu erforderlichen Risikosysteme werden vollständig im Laufe des Jahres 2012 implementiert sein.

Gasnetz

Die transportierte Menge sank im Wesentlichen witterungsbedingt auf 1.070 Mio. kWh (-8,1 %). Die abgerechneten Netzentgelte lagen dadurch unter der genehmigten Erlösobergrenze, sodass die Netzentgelte durch Entnahme aus den Rückstellungen des Regulierungskontos ausgeglichen werden mussten. Der Anteil der Kunden, die im GWVNetz durch fremde Händler beliefert wurden, stieg durch den zunehmenden Wettbewerb deutlich an und lag Ende 2011 bei 12,7 % (Vorjahr 4,8 %).

In 2011 konnten mit drei Kommunen im Anschluss an die auslaufenden Konzessionsverträge neue Verträge mit einer Laufzeit von 20 Jahren abgeschlossen werden.

Wasserversorgung

Seit 2004 führen wir den technischen Betrieb der Trinkwasseranlagen für die Stadt Gersfeld (Rhön) durch. Für die Gemeinde Poppenhausen (Wasserkuppe) erfolgt die Betriebsführung der Wassergewinnung, -aufbereitung und -speicherung seit 2008. Neben dem Betriebsführungsentgelt, wurden für projektbezogene Leistungen Nebengeschäftserlöse erzielt. Diese lagen 19,6 % über Vorjahr.

Wärmeversorgung und Contracting

Die witterungsbedingten Mengenverluste konnten zum Teil durch die erfolgreiche Akquisition neuer Contractingkunden ausgeglichen werden, der Wärmeabsatz sank auf 6.420 MWh therm. (-7,9 %). Der Umsatz für Wärme und Contractingentgelte stieg um 14,8 % auf 0,8 Mio. EUR.

Beim Stromabsatz ergab sich durch technische Störungen bei einer Anlage ein Rückgang von 30,2 %, die Stromerlöse stiegen durch höhere Einspeisevergütungen um 2,9 %.

Investitionen

Das Investitionsvolumen ging von 3,1 Mio. EUR auf 2,0 Mio. EUR zurück. Hauptursache hierfür sind die im Vorjahr getätigten Finanzanlagen in Höhe von 2,0 Mio. EUR zur Beteiligung an der Biothan GmbH. Die Investitionen in Sachanlagen stiegen, unter anderem durch den Netzausbau infolge der erfolgreichen Akquisition neuer Hausanschlüsse, um 0,8 Mio. EUR. Die Investitionen „Sachanlagen“ setzen sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- Verlegung einer Transportleitung zur Einspeisung von Biogas in das Erdgasnetz: 0,3 Mio. EUR
- Ausbau des Gasverteilungsnetzes: 0,8 Mio. EUR
- neue Gashausanschlüsse inklusive Zähler und Regler: 0,6 Mio. EUR
- neue Contractinganlagen: 0,1 Mio. EUR

Die Investitionen konnten vollständig (im Vorjahr zu 76,9 %) aus Abschreibungen finanziert werden.

Vermögens- und Finanzlage

Durch die geringere Bilanzsumme stieg der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen auf 67,6 % (Vorjahr 66,5 %). Das Anlagevermögen ist vollständig mit langfristigem Kapital gedeckt (Vorjahr 98,4 %). Das kurzfristige Vermögen sank insbesondere durch geringere Forderungen aus der Verkaufsabrechnung an Tarifkunden auf 23,8 % (Vorjahr 27,0 %). Der Anteil an liquiden Mitteln stieg von 5,0 % auf 7,1 %.

Die Eigenkapitalquote liegt - unter Einbeziehung der eigenkapitalähnlichen Posten - bei 49,6 % (Vorjahr 47,6 %). Der Cashflow sinkt, im Wesentlichen durch den Rückgang der langfristigen Rückstellungen, von 4,2 Mio. EUR auf 1,9 Mio. EUR.

Risikofrüherkennung

Das bestehende Risikomanagementsystem wurde 2011 systematisch weitergeführt und das Risikohandbuch aktualisiert. Dazu wurden die bestehenden Risiken überprüft und neue

Risiken identifiziert. Insbesondere wurden die Auswirkungen sich ändernder Preis- und Beschaffungsstrukturen beachtet. Nach den in der Riskmap dokumentierten Ergebnissen der Risikobewertung, sind neben den branchen- und marktüblichen Risiken keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

Das Risiko aus dem Einsatz von Finanzinstrumenten zur Absicherung von wichtigen Transaktionen, begrenzen wir weitestgehend durch korrespondierende Vertragsgestaltung auf der Bezugs- und Vertriebsseite.

Beim Betrieb der Gas- und Wasserversorgungsanlagen erfüllen wir die Anforderungen an die Qualifikation und Organisation des technischen Betriebs gemäß DVGW-Arbeitsblatt G1000 (Gas) und W1000 (Wasser). Das DVGW-Zertifikat zum "geprüften Sicherheitsmanagement (TSM)" wurde uns bereits 2002 erteilt und im Rahmen einer Wiederholungsprüfung 2007 erneut bestätigt.

Ausblick, Chancen und Risiken

Unser Gasabsatz bis Ende Februar 2012 liegt 5,0 % unter dem Vorjahr. Im Vergleich zur Planung haben wir beim Gasabsatz einen Anstieg von 8,5 % zu verzeichnen. Entsprechend dem Wirtschaftsplan, erwarten wir für das Geschäftsjahr 2012 gegenüber dem Vorjahr insgesamt einen Absatzzrückgang von 3,9 %.

Unsere Gaseinkaufspreise basieren noch zum überwiegenden Teil auf langfristigen Verträgen, die an die Entwicklung des Heizölpreises gebunden sind und ihm zeitverzögert folgen. Daneben gewinnt, sowohl für uns als auch für unsere Kunden, die kurzfristige Beschaffung über die meist nicht an den Ölpreis gebundenen Handelsmärkte, zunehmend an Bedeutung. Diese Tendenz zur kurzfristigen Beschaffung in den Märkten führt bei uns, infolge der noch bis 2013 laufenden Bezugsverträge mit Heizölbindung, zu steigendem Margendruck. Die vollständige Implementierung des Portfolio-/Risikomanagementsystems für Gasbeschaffung und -vertrieb in 2012, ist eine wesentliche Voraussetzung, um unser Portfolio für 2013 rechtzeitig auf die neuen Preis- und Beschaffungsstrukturen auszurichten und dem Margendruck entgegenzuwirken.

Der Gas-zu-Gas-Wettbewerb wird auch 2012 weiter zunehmen. Mit gutem Service, konsequenter Kundenorientierung und Beratungsleistungen zu effizientem Energieeinsatz, positionieren wir uns gegenüber den Wettbewerbern. Darüber hinaus bieten wir ab Mai 2012 mit "GWV DirektGas" unseren Kunden auch eine Internet-basierte Vertragsvariante an.

Um den Gasabsatz steigern zu können, werden wir unser Versorgungsnetz noch punktuell ausbauen und neue Kunden akquirieren. Die Beratung von Gewerbekunden zum ökologisch und wirtschaftlich sinnvollen Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung sowie von Erdgas als Treibstoff für Fahrzeuge, setzen wir fort. Darüber hinaus bieten sich neue Chancen zur Erschließung von weiteren Absatzpotenzialen im Haushaltsbereich, durch die sich in der Markteinführung befindlichen Strom erzeugenden Heizungen (Mikro-BHKWs). Wir unterstützen die Markteinführung mit Pilotanlagen, die wir in Kooperation mit dem örtlichen Fachhandwerk bereits im Markt platziert haben. Neben diesen Aktivitäten im bestehenden Versorgungsgebiet, werden wir auch den überregionalen Gasvertrieb ausbauen.

Im Bereich des Gasnetzes werden von uns die Chancen und Risiken der Anreizregulierung weiterhin analysiert und die erforderlichen Maßnahmen rechtzeitig eingeleitet. In 2012 ist insbesondere das Anhörungsverfahren der Regulierungsbehörde zur Bestimmung des Ausgangsniveaus für die zweite Regulierungsperiode ab 2013 von Bedeutung. Wesentliche Basis für die Neufestsetzung unseres Effizienzwertes und der Erlösbergrenze sind die Daten von 2010. Um den steigenden regulatorischen Anforderungen gerecht zu werden, wird der Bereich Asset Management neu strukturiert und personell verstärkt.

In 2012 können voraussichtlich drei auslaufende Konzessionsverträge neu abgeschlossen werden. Die Gespräche hierzu wurden bereits im Vorjahr aufgenommen. Insgesamt halten wir die erkennbaren mittelfristigen Risiken für unseren wirtschaftlichen Erfolg im Netzbereich für beherrschbar.

Der Wärmeabsatz liegt derzeit 16,3 % unter Vorjahr. Für das Geschäftsjahr planen wir einen Absatzrückgang gegenüber dem Vorjahr von 3,1 %.

Die Aktivitäten im Contractingbereich werden fortgesetzt. Neben "relaxWärme", dem "Rundum-Sorglos-Paket" für den Heizungsbetrieb in Wohngebäuden, werden Kunden individuelle Energielösungen bei Industrie, Gewerbe und Kommunen angeboten.

Beim Beteiligungsunternehmen Biothan GmbH wird die erste Ausbaustufe zur Erzeugung von Biogas auf Basis von biogenen Reststoffen, die Aufbereitung auf Erdgasqualität und die Einspeisung in das Erdgasnetz im ersten Halbjahr 2012 fertig gestellt. Die Inbetriebnahme erfolgt voraussichtlich Mitte 2012. Darüber hinaus hat die Biothan GmbH auch den Zuschlag für die Verwertung der Biotonne des Landkreises Fulda ab 01.01.2013 erhalten, so dass kurzfristig mit dem Bau der zweiten Ausbaustufe begonnen wird. Zur Finanzierung der zweiten Ausbaustufe wird GWV sich im Rahmen einer Kapitalerhöhung wiederum anteilig beteiligen. Außerdem hat GWV zur Absicherung der Gesamtfinanzierung der Biothan GmbH eine anteilige Kapitaldienstgarantie gegenüber den finanzierenden Banken zugesagt. Der Abschluss der entsprechenden Verträge wird in Kürze erfolgen.

Für Investitionen ist ein Gesamtbudget von 5,1 Mio. EUR vorgesehen. Der deutliche Anstieg gegenüber dem Vorjahr ergibt sich im Wesentlichen aus dem Biogasprojekt. Hierfür sind 2,2 Mio. EUR für den Bau der Station zum Einspeisen des Biogases in das Versorgungsnetz, sowie 1,0 Mio. EUR für die vorgesehene Kapitalaufstockung, geplant. Der Planansatz für die sonstigen Investitionen im Gasbereich liegt 0,2 Mio. EUR unter dem Vorjahr. Für Wärme und Contracting wurde das Budget um 0,5 Mio. EUR angehoben.

Für die konjunkturelle Entwicklung sehen wir, insbesondere aufgrund der noch nicht gelösten Finanz- und Eurokrise, weiterhin Risiken. Auch die sich weiter verändernden energie-wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der weiter zunehmende Gas-zu-Gas-Wettbewerb, erfordern im laufenden Geschäftsjahr weiterhin besondere Aufmerksamkeit in unserer Unternehmenssteuerung. Bei einer unterstellten relativ stabilen Konjunkturlage sind wir für das Jahr 2012 zuversichtlich und rechnen mit einem zufriedenstellenden Unternehmensergebnis.

Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis

Am Graben 96, 36341 Lauterbach
Tel.: 06641 / 9671-0 - Fax: 06641 / 9671-20
E-Mail: info@zav-online.de
Internet: www.zav-online.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

Einsammeln und Befördern der Abfälle im Gebiet des Vogelsbergkreises (gemäß Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (HAKA) § 4 Absatz 3 bis 5.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Aufgabe lt. § 2 der Satzung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 01.08.1987

Anteile in %: 37,50 % (Kreistag entsendet 15 von 40 Mitgliedern)

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Der ZAV ist auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung tätig, daher keine wirtschaftliche Betätigung gegeben.

Organe des Unternehmens

Verbandsvorstand (2011):

Dieter Boss	Prof. Bèla Dören
Angelika Förster	Helmut Freudenreich
Manfred Görig	Gerhard Herchenröder
Friedel Kopp - Verbandsvorsteher	Hans Günther Linker
Dr. Erik Siefert	

Mitglieder:

Vogelsbergkreis und alle 19 Städte und Gemeinden des Vogelsbergkreises

Verbandsversammlung (2011):

Jürgen Ackermann	Willy Kreuzer
Johannes Averdung - Vorsitzender	Gerhard Kuntz
Harald Bartel	Ulrich Künz
Cornelia Bothe	Ulrich Madeisky
Lothar Bott	Rosemarie Müller
Manfred Dickel	Harald Nahrgang
Manfred Dickert	Volker Orth
Kerstin Dietrich	Karl Pitzer
Mario Döweling	Michael Refflinghaus
Werner Funk	Mike Riedner
Jörg Gaudl	Michael Riese
Heinz Geißel	Anita Schlorke
Eva Goldbach	Dietmar Schlosser
Irma Greb	Iris Schmidt
Joachim Hannig	Joachim Schönfeld
Horst Hennenberg	Peter Schwan
Dr. Hans Heuser	Kurt Stiehler
Ulrich Höhn	Anja Stein
Kurt Karpf	Helmut Weppler
Erwin Koch	Felix Wohlfahrt

Geschäftsführung: Dr. Hansjörg Fuchs

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts
Gründungsdatum: 01.08.1987
Satzung: 13.03.1987, zuletzt geändert am 16.02.2009
Handelsregister: kein Eintrag
Stammkapital: kein Stammkapital
Beteiligungen: Neue Energien Vogelsbergkreis GmbH - 100 %
 AbfallEntsorgungGesellschaft Vogelsbergkreis mbH -
 AEGV - 95,55 %

Bilanz des Unternehmens					
AKTIVA				PASSIVA	
	2010	2009		2010	2009
	€	€		€	€
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital	
I. Immat. Vermögensgegenstände	199.029,26	95.579,02		I. Rücklage	1.372.525,79
				II. Gewinn/Verlust	
II. Sachanlagen				Gewinn/Verlust des Vorjahres	-1.693.786,95
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	1.805.763,21	2.059.419,48		Jahresgewinn/-verlust	-1.035.847,53
					-2.729.634,48
2. Technische Anlagen und Maschinen	3.119,92	5.446,04			-1.357.108,69
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	490.450,66	444.476,18			-321.261,16
	2.299.333,79	2.509.341,70			
III. Finanzanlagen				B. Rückstellungen	
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	122.707,87	25.000,00		1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	285.345,14
2. Ausleihungen an verbund. Unternehmen	596.494,57	661.531,38		2. Sonstige Rückstellungen	8.419.506,00
3. Beteiligungen	0,00	47.601,27			8.704.851,14
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	258.775,04			8.461.509,53
	719.202,44	992.907,69		C. Verbindlichkeiten	
				1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.185.381,82
B. Umlaufvermögen				2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	50.106,60
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				3. Sonstige Verbindlichkeiten	1.583.194,82
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.293.987,39	449.176,68			2.818.683,24
2. Forderungen gegen verb. Unternehmen	2.684,47	23.153,60			650.524,08
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	124.216,84			
4. Sonstige Vermögensgegenstände	19.730,57	192.734,33			
	1.316.402,43	789.281,45			
II. Schecks, Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	5.632.457,77	4.402.562,61			
	10.166.425,69	8.790.772,45		10.166.425,69	8.790.772,45

Gewinn- und Verlustrechnung

	2010 €	2009 €
1. Umsatzerlöse	8.198.736,09	9.624.124,21
2. Sonstige betriebliche Erträge	5.631,72	967,10
	8.204.367,81	9.625.091,31
3. Materialaufwand: Aufwendungen für bezogene Leistungen	7.109.915,14	9.239.898,99
4. Rohergebnis	1.094.452,67	385.192,32
5. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	800.891,94	672.244,37
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	216.282,48	178.871,47
6. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	353.327,68	278.952,26
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	663.185,87	614.389,26
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	191.455,42	239.609,51
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	278.069,14	34,36
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.025.849,02	-1.119.689,89
11. Außerordentliche Aufwendungen	9.861,00	0,00
12. Sonstige Steuern	137,51	137,50
13. Jahresgewinn/-verlust	-1.035.847,53	-1.119.827,39

Der Jahresabschluss 2011 lag zum Abschluss des Beteiligungsberichtes 2012 noch nicht vor.

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter (2010):

20 (durchschnittlich)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises (2010)

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresfehlbetrag 1.035.847,53 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:</i>	keine

Auszug aus dem Lagebericht (2010):

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

I. Beschreibung der Geschäftstätigkeit

DerZAV ist ausschließlich im Bereich des Vogelsbergkreises tätig und ihm sind als zuständiger öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger die Aufgaben als Einsammelpflichtiger und Entsorgungspflichtiger gemäß § 4 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (HAKA) übertragen. Ihm obliegen die Sammlung, der Transport, die Verwertung und/oder die Beseitigung der dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger angedienten oder überlassenen Abfälle. Er erlässt die hierzu notwendigen Satzungen, in denen u.a. der Anschluss der Grundstücke an die Sammelsysteme, die Zuweisung zu den Einrichtungen und Anlagen zur Abfallentsorgung und deren Benutzung geregelt sind. Er regelt ferner durch Satzung, unter welchen Voraussetzungen, in welcher Weise, an welchem Ort und zu welcher Zeit ihm die Abfälle zu überlassen sind.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben besitzt er u.a. die Deponie Bastwald als Anlage zur Beseitigung deponiefähiger Abfälle, die von der AEGV GmbH betrieben wird. Für die anderen angedienten Abfallfraktionen nutzt er vertraglich gebundene und hierfür geeignete Abfallbehandlungs-, Sortier- und Aufbereitungsanlagen oder im Falle der Grünabfallsammlung eigene Sammelstellen und Kompostierungsanlagen. Für die Durchführung der Sammlungen der Abfälle und teilweise zur Verwertung und/oder Entsorgung sind Dritte gemäß § 16 Abs. 1 KrW-/AbfG beauftragt.

Für Abfälle, die dem ZAV zuzuordnen sind, arbeitet die AEGV als Dienstleister, der diese Abfälle ggf. deponiert oder aber im Regelfall nach Aufbereitung, Sortierung und Sichtung in den Anlagen der AEGV zum Transport in externe Anlagen umlädt. Für alle direkt angedienten Abfälle nicht privater Herkunft ist die AEGV unmittelbar als nach § 16 Abs. 2 KrW-/AbfG beliehener Dritter in eigener Verantwortlichkeit zuständig.

Der ZAV betreibt keine Akquisition von Abfällen oder erhält Aufträge von privaten Kunden. Die Auftragsvolumina werden hauptsächlich von den nach den Regelungen der Satzung bestimmten anschlusspflichtigen Grundstücken und z. T. von den Anlieferungen an die

Deponie Bastwald oder anderen Sammelstellen bestimmt, die im Rahmen von kommunalen Sammlungen erfolgen. Die Einnahmeentwicklung wird weit überwiegend von den satzungsgemäß erhobenen Gebühren, sowie vertraglichen und/oder rechtlich gebotenen Vergütungen, wie z. B. den Dualen Systemen oder Vermarktung von Wertstoffen aus der kommunalen Sammlung bestimmt. Die Gebühren sind aufgrund der Satzung fest vorgegeben. Die Rahmenbedingungen der Tätigkeit werden von den einschlägigen Rechtsvorschriften und den Regelungen der Satzungen des ZAV vorgegeben.

Der ZAV führt seit dem 01.01.2008 seine Bücher nach den Regeln der kaufmännischen Buchführung. Das Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

II. Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Die kommunale Abfallentsorgung insgesamt befindet sich nur in geringer Abhängigkeit von der Gesamtkonjunktur. Eine Ausnahme bildet teilweise der Bereich der Gewerbeabfallentsorgung. Weitaus größeren Einfluss auf die Entwicklung haben dagegen umweltpolitische Entscheidungen und Vorschriften sowie System- oder Satzungsänderungen. Somit sind auch die Einnahmeseite und die Einnahmeerwartungen relativ genau planbar.

Auf der anderen Seite stehen auch für kommunale Einrichtungen die Kostenentwicklungen auf dem Entsorgungsmarkt, an dem der ZAV als öffentlicher Nachfrager für Entsorgungsdienstleistungen ebenfalls, wenngleich eingeschränkt, teilnimmt. Hauptsächliche Konjunktur- und Wachstumsfaktoren waren in den letzten Jahren, bedingt durch das Deponierungsende in 2005, die stabile Konjunktur, hohe Preise für die Entsorgung und Vorbehandlung, eine wachsende Nachfrage nach Sekundärrohstoffen durch hohe Rohstoffpreise sowie die zunächst mangelnden Behandlungskapazitäten für Gewerbeabfall. Allerdings hat in 2008 die Finanz- und Wirtschaftskrise gegen Ende des Jahres zu erheblichen Einbrüchen bei den Rohstoffpreisen geführt und ebenso eine Verringerung der gewerblichen Abfallanlieferungen zur Folge. In diesem Kontext fielen auch in manchen Bereichen die Entsorgungspreise. In 2009 erfolgte eine erstaunlich rasche Erholung, so dass gegen Ende des Jahres wieder deutlich mehr Gewerbeabfälle entsorgt werden mussten. Diese Entwicklung hat sich in 2010 weiter fortgesetzt und z. T. wurden sogar die Werte von vor 2008 bereits wieder überschritten. Die in 2010 beginnende Euro-Krise hatte bis dato noch keine größeren Auswirkungen auf die Branche, allerdings sind in 2011 die Erlöse nicht weiter angestiegen.

Im in Frage stehenden Geschäftsjahr war die Entwicklung der Abfallwirtschaft nicht mehr von den Kapazitätsengpässen des Umbruchs nach TASI bestimmt, da sich neue Wege eingespielt und neue Kapazitäten und Anlagen am Markt etabliert haben. Da am 31.05.2005 die Ablagerung von unvorbehandelten Abfällen eingestellt werden musste, sind zwar die bis dahin nutzbaren Entsorgungswege auf Deponien versperrt, aber dies wurde jetzt durch andere Möglichkeiten fast komplett ausgeglichen. Diese Mengen, insbesondere an Gewerbeabfall, sind seitdem auf dem Markt neu verteilt und untergebracht worden. Es herrscht insgesamt eine seit ca. 2008/9 stabile Situation auf dem Markt.

Aufgrund dessen gibt es auch weiterhin einen hohen, am Preis orientierten Verdrängungswettbewerb, der durch den Konjunkturunbruch 2008/2009 verschärft wurde und sich seitdem nicht abgeflacht hat. Es gerieten infolgedessen einige Firmen unter Druck. Entsorgungsdienstleistungen bieten derzeit sehr geringe Gewinnmargen und viele kapital-schwache Unternehmen haben erhebliche Finanzierungsprobleme, zumal seit Ende 2010 aufgrund der Euro-Krise die Versorgung mit Krediten wieder schwerer möglich ist. Dies wird sich in 2011 nicht verbessern.

Auf die öffentlich-rechtlichen Entsorger hat dies nur mittelbaren Einfluss, da zumeist eigene Anlagen bestehen oder langfristige Verträge existieren. Allerdings sind bei neuen Vertragsabschlüssen mit privaten Entsorgungsfirmen auch die kommunalen Partner dem allgemeinen Konjunktugeschehen ausgesetzt.

Es befinden sich trotz allem immer noch zahlreiche kleine, regional tätige Unternehmen auf dem Markt, die diesem Verdrängungswettbewerb Stand gehalten haben. Hoher Kostendruck führt aber zu vielfältigen Konsolidierungen.

Bei anderen, oft Großunternehmen, die über eigene Anlagen verfügen und gleichzeitig in der Abfalllogistik und im Recycling tätig sind, stiegen die Umsätze, einige konnten bis ca. 2008 Gewinne verbuchen und ihre Marktmacht ausbauen. Seit Ende 2008 sind diese Tendenzen aber beendet und auch die neuen Großkonzerne machen teilweise deutliche Verluste, denn der Markt ist umkämpft. Fusionen haben zu einer teilweisen Oligopolisierung des Marktes geführt. In 2010 hat sich die Lage, nach nur leichter Entspannung in 2009, wieder verschärft.

Wesentliche Differenzierungsmerkmale sind der Preis für die Abfall(behandlungs)dienstleistungen sowie die regionale Positionierung der Dienstleister und der Anlagen.

Für den ZAV, der als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger ohne eigene in größerem Umfang nutzbare Beseitigungsanlagen agiert, zugleich aber über langfristige Entsorgungsverträge verfügt, machte sich dies nur indirekt bemerkbar, indem die AEGV als beauftragter Dritter hohe Kosten bei der Entsorgung im Rahmen der Regiekosten an den ZAV weitergeben muss. Diese Kosten mussten gezwungenermaßen aufgrund der Annahmepreise ab Mitte 2005 drastisch nach oben korrigiert werden, da das Korrektiv der Deponien weggefallen ist. Es ergab sich aber seit 2009 eine Stabilisierung der Kosten bei den direkt abgerechneten Mengen, die in den Wetteraukreis gingen, wenngleich auf hohem Niveau. Es konnten zudem durch Umstellungen bei den Entsorgungsstrukturen weitere Steigerungen abgefangen werden.

Die Sammlungs- und Entsorgungsverträge mit kommunalen Partnern hingegen blieben preisstabil, da selbst die vorhandenen Preisgleitklauseln kaum Veränderung zugelassen haben.

Insgesamt unterlagen die spezifischen Entsorgungskosten in 2010 nur geringen Schwankungen.

Alles in allem gilt für den ZA V, dass er sowohl bei der Einnahmesituation als auch bei den Ausgaben nur wenig kurzfristigen Schwankungen unterliegt, aber strukturelle Fehlentwicklungen oder fehlende Gebühreneinnahmen ebenfalls nur längerfristig korrigieren kann. Ende 2009 liefen die Sammlungsverträge für Restabfall, Papier, Sperrmüll und Sonderabfall aus. Die ab 01.01.2010 geltenden neuen Verträge sind deutlich kostengünstiger. Dies hat sich in 2010 durch eine drastische Reduktion der Sammlungskosten bemerkbar gemacht.

Darüber hinaus werden die grundsätzlichen Beschlüsse über die Abfallkonzeption, die Gestaltung der Entsorgung und die prinzipielle Ausrichtung durch die politischen Gremien bestimmt, so dass nicht ausschließlich betriebswirtschaftliche oder ökonomische Faktoren zum Tragen kommen. Die operative Geschäftsführung kann hierbei nur die getroffenen Beschlüsse umsetzen, unabhängig von Kosten und/oder Nutzenbetrachtungen. Ab 2010 greift hier ebenfalls eine gravierende Änderung des Sammelsystems und der Gebührenabrechnung.

In 2008/9 liefen hierfür die Vorbereitungen an, die sich aber durch die späten Beschlussfassungen der o.g. Gremien und der extrem ungenauen und lückenhaften Datenlage bei Einwohnerzahlen und Gebührenschildnerangaben soweit verzögerten, dass die Umstellung in 2009 nicht abgeschlossen werden konnte. Zudem ergeben sich durch nachträgliche, erneute Änderungen der Satzungen in 2009 eine Flut von Ausnahmeanträgen und erhebliche Mehrarbeiten, die nicht vorgesehen waren.

Dies führte dazu, dass das Jahr 2010, in dem die neue Struktur erstmals genutzt werden sollte, eine ganz besondere Entwicklung genommen hat. Bedingt durch die o.g. Probleme und Beschlüsse, mit denen die Umstellung befrachtet wurde, war das Jahr 2010 durch teilweise dramatische Zustände zu Beginn der Umstellung gekennzeichnet.

- Der 1. Gefäßtausch (75.000 Gefäße) konnte nur mit erheblichem Zeitverzug erfolgen. Zudem war der Umtausch in eine witterungsbedingte Extremwinterlage hinein verschoben, was weitere Logistikprobleme erzeugte.
- Die Datenlage war weitaus ungenauer, als erwartet und vorher bekannt, was zu mehreren tausend Fehlern bei der Gefäßstellung und Berechnung der Gebühren führte.
- Dies hatte zwangsläufig eine 2. große Gefäßtauschaktion zur Folge, die nicht vorgesehen war.
- Durch die nachträglichen Änderungen im System wurden 13.000 Ausnahmeanträge gestellt, statt der ursprünglich erwarteten Zahl von rd. 1.000. Dies verschärfte und verzögerte die 2. Tauschaktion erheblich und führte zu erheblichem Unmut.
- Durch die v.g. Probleme wurde zugleich der ZA V per Mail, Fax, Telefon oder Vorsprache mit tausenden von Beschwerden, Widersprüchen und Einwendungen überschüttet, was mit dem vorhandenen Personal nicht mehr zu bewältigen war und zeitweise die Arbeitsfähigkeit stark einschränkte.

- Der ZAV musste im Zuge der Übernahme feststellen, dass in vielen Bereichen, insbesondere im nicht privaten Bereich, sehr viele Anschlüsse nicht, nichtzureichend oder nicht satzungskonform waren, so dass hier ein (noch immer andauernder) großer Aufwand getrieben werden musste, um die satzungskonforme Umsetzung des Anschluss- und Benutzungszwangs durchzusetzen, mit allen Folgen hinsichtlich Beschwerden etc.
- Aufgrund der Verzögerungen musste sehr lange ein „duales System“ der Sammlung betrieben werden, was zu hohem Mehraufwand bei der Einsammlung führte und zugleich die Leerungsregistrierung unmöglich machte, so dass sie in 2010 ausgesetzt wurde, mit erheblichen finanziellen Folgen.

III. Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Geschäftsjahr

III a. Umsatz und Auftragsentwicklung

Da der ZAV ausschließlich im Bereich des Vogelsbergkreises tätig ist und zudem nur die Sammlung, Verwertung und Beseitigung der dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger angeordneten Abfälle betreibt, ist der Umsatz stets durch die Gebühreneinnahmen und die Mengenentwicklung an Haus-, Sperr-, Bio- und Sondermüll sowie Altpapier im Kreis vorgegeben. Es ergaben sich in 2010 gegenüber dem Vorjahr Mengensteigerungen bei Hausmüll und Sperrmüll. Die Bioabfallsammlung wurde zum 31.12.2009 eingestellt, da die Ausschreibungen für die Folgejahre ergeben haben, dass eine Fortführung unwirtschaftlich ist. Diese Mengen und die durch die Systemänderungen bedingten deutlich höheren Gefäßvolumina führten zu den erwähnten Steigerungen bei der Restabfallmenge. Dies lag aber in dem prognostizierten und im Wirtschaftsplan 2010 abgebildeten Rahmen. Es war sogar so, dass der Planansatz in 2010, der auf den worst-case ausgerichtet war, zum Glück nicht erreicht wurde. Mengen von Außerhalb des Kreises wurden nicht mehr angedient.

Die Auftragsentwicklung kann aufgrund der besonderen Situation des ZAV als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger nicht aktiv beeinflusst werden, da er keine klassische Akquisition betreibt, sondern aufgrund der bundes- und landesrechtlichen Vorgaben Sammel- und Entsorgungspflicht für den kommunalen Bereich besteht. Die Auftragszahl und die Einnahmeentwicklung werden von den satzungsmäßigen Sammlungen im Hol- und/oder Bring-system bestimmt. Zudem sind die Gebühren fest vorgegeben. Eine Steigerung des Umsatzes und der Aufträge durch Verträge oder Aufträge außerhalb des Gebietes des Vogelsbergkreises erfolgt nicht.

Durch die umstellungsbedingten Sonderfälle in 2010 ergaben sich in einigen Bereichen deutlich von den ursprünglich erwartet und geplanten Werten abweichende Kosten, weil die Bewältigung der Probleme Mehrkosten verursachte und zugleich das tatsächliche Gebührenaufkommen permanent korrigiert werden musste, da die zugrunde liegenden Daten unzureichend gewesen waren. Zudem führte die hohe Fehlerquote dazu, dass nicht alle Gebührenforderungen in 2010 auch zeitnah gestellt werden konnten.

Im Jahr 2010 lagen die tatsächlich erzielten Umsatzerlöse bei rund 8.392 TEUR, die damit rd. 1.008 TEUR unter dem Planansatzlagen (allerdings waren zum Rechnungsabschluss

noch viele Gebührenbescheide nicht abgewickelt). Das Jahr 2010 schloss insgesamt mit einem Verlust, von 1.036 TEUR ab, was 117 TEUR Ober dem Planansatz lag (2009: 421 TEUR, bei einem Verlust von 1.120 TEUR). Dieser Oberplanmäßige Verlust bewegt sich in viel geringerer Höhe wie in 2009, trotz deutlich geringerer Gebühreneinnahmen, vollständiger Leerungsrückvergütung und umstellungsbedingter ungeplanter Mehrkosten.

Dem stehen ein Materialaufwand von nur noch 7.150 TEUR (2009: 9.240 TEUR) und ein Personalaufwand von 1.017 TEUR gegenüber. Hier machen sich u.a. die drastische Senkung der Sammlungskosten und der trotz Personalausweitung nur mäßig erhöhte Personalkostenanteil bemerkbar.

Der ZAV schloss damit das dritte Betriebsjahr mit kaufmännischer Buchführung mit einem Verlust von 1.036 TEUR (2009: 1.120 TEUR Verlust) ab. Der Zweckverband ist damit zum 31.12.2010 bilanziell deutlich überschuldet. Das Eigenkapital weist einen Fehlbetrag von 1.357 TEUR (2009: 321 TEUR) aus. Diese Fehlbeträge werden in der Kalkulationsperiode 2010-2012 ab 2011 ausgeglichen werden können. Sollte dies wider Erwarten nicht erfolgen, kann der ZAV gemäß der Satzung eine Umlage von den Mitgliedern zur Deckung des Finanzbedarfs erheben, da der ZAV ein öffentlich-rechtlicher Zweckverband ist.

III b. Entwicklung des Tätigkeitsfeldes

Der ZAV wurde im Herbst 1987 gegründet. Seitdem wurde das kommunale Haushaltsrecht angewandt. Aufgrund der geforderten Umstellung im Rechnungswesen wurde der ZAV gemäß dem Beschluss der Verbandsversammlung ab 2008 auf kaufmännische Buchführung, die für Zweckverbände zulässig ist, umgestellt. Das Jahr 2010 war das dritte Geschäftsjahr mit kaufmännischer Buchführung.

Der ZAV hat sukzessive alle Aufgaben vom Landkreis und den kreisangehörigen Kommunen, zuletzt ab 01.01.2008 von der Gemeinde Wartenberg, übernommen und regelt alle Aufgaben, die nach § 4 des Hessischen Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (HAKA) dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger zukommen. Seit 1998 bedient er sich für einige Teilbereiche einer Tochtergesellschaft, der AEGV, und seit 2007 für den Bereich der regenerativen Energieerzeugung einer weiteren Tochtergesellschaft, der NEV. Hinzu kommen die Nachsorge für die Altdeponie in Mücke Ober-Ohmen und teilweise die Stilllegung und Nachsorge der Deponie Bastwald nach Betriebsende.

Darüber hinaus werden Kooperationen im Bereich Abfallverwertung oder die Übernahme weiterer Tätigkeiten, die sich aus rechtlichen Vorgaben ergeben, angestrebt.

Die Haupttätigkeiten werden sich mittelfristig auf Contracting und Vertragsabwicklung bei Sammlung, Vorbehandlung, Umladung, Transport, Verwertung und Entsorgung etc., beschränken. Die operativen Aufgaben werden daher mittelfristig weitgehend durch beauftragte Dritte erledigt. Eine erneute Prüfung der Kommunalisierung könnte bei erfolgreichem Ausgang erst ab 2016/7 umgesetzt werden. Dieser Zeitvorlauf wäre aber auch notwendig.

Die Verwaltung und das Gebührenwesen erfolgt direkt durch den ZAV, wobei die Gebührenerhebung und Bescheidung seit 2010 zentral durch den ZAV selbst erfolgt.

III c. Investitionen

In 2010 erfolgten einige Folgeinvestitionen durch den ZAV hinsichtlich der geplanten Sammlungsumstellung, insbesondere durch Beschaffung von Hard- und Software und bei der Gefäßinfrastruktur, insbesondere wurden Investitionen in Softwarelösungen für die notwendigen zusätzlichen, nicht in der Ursprungsplanung und somit auch nicht in der Ausschreibung enthaltenen Änderungen notwendig. Da Investitionen auf dem Gelände des EZV durch die AEGV ausgeführt werden, erfolgt dort keine direkte Investitionstätigkeit.

III d. Personal- und Sozialbereich

Es ergaben sich einige Änderungen in diesem Bereich, da das benötigte Personal des Zweckverbands Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis aufgrund der in 2010 anfallenden ungeplanten Mehrarbeiten erheblich aufgestockt werden musste. Allerdings wurden die aufgrund der durch die nachträglichen Veränderungen und dem hohen Korrekturbedarf an den übernommenen Daten unplanmäßig gestiegenen Verwaltungsaufwendungen in 2010 eingestellten Mitarbeiter befristet beschäftigt, um die Arbeitsspitzen abzufangen. Dies setzte sich in 2011 fort.

B. Darstellung der Lage der Gesellschaft

I. Vermögens- und Finanzlage

Der ZAV besitzt kein klassisches Stammkapital einer Gesellschaft, da es sich um einen kommunalen Zweckverband handelt. Das Eigenkapital ergibt sich aus der zum 01.01.2008 erstellten Eröffnungsbilanz und betrug 1.373 TEUR. Das Eigenkapital verminderte sich in 2008 auf rund 799 TEUR. In 2009 ergab sich ebenfalls eine drastische Abnahme auf -321 TEUR (Betriebsverlust 2009: 1.120 TEUR). Dies war in 2010 ebenso der Fall. Es ergab sich eine deutliche Verringerung auf nunmehr -1.357 TEUR (Betriebsverlust 2010: 1.036 TEUR). Die Eigenkapitalquote betrug -13,3 %.

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Urlaubs- und Überstundenrückstellungen (TEUR 81), ausstehende Bescheide (TEUR 163), Deponienachsorge Mucke-Nieder Ohmen (TEUR 112) sowie Deponienachsorge Bastwald (TEUR 8.203, in 2009: 7.801; Zuführung 402 TEUR). Die langfristigen Rückstellungen zur Deponienachsorge wurden aufgrund der gutachterlich durch ein Fachbüro berechneten Parameter für Stilllegung und Nachsorgeaufwendungen, sowie veränderten Berechnung nach BILMOG auf 8.203 TEUR aufgestockt. Damit sind die für diesen Zeitpunkt nachzuweisenden Rückstellungen für die Nachsorge vorhanden. Der Bestand an flüssigen Mitteln betrug 5.632 TEUR.

Die Barliquidität verringerte sich um 0,966 Mio. EUR auf 2,7 Mio. EUR, auch alle anderen Liquiditätsstufen waren positiv. Die Finanzlage ist geordnet.

II. Ertragslage

In 2010 wurde ein Fehlbetrag von 1.036 TEUR erzielt. Der Umsatzerlös lag um 1.232 TEUR unter dem des Vorjahres, was hauptsächlich auf die erzielten Kostenverringerungen und daher niedrigere Gebühren zurückzuführen war.

Diesem Erlös steht ein Gesamtaufwand von 9,625 Mio. EUR gegenüber. Hauptfaktoren waren Kostenerstattung an AEGV von 950 TEUR (2009: 4.291 TEUR), Entsorgung Hausmüll 3.254 TEUR, Grünabfall 152 TEUR (2009: 577 TEUR), Bioabfall 0 EUR (in 2009: 442 TEUR).

Wie zu erwarten, zeigt sich, dass neben den Umsatzerlösen (meist Gebühreneinnahmen) der Materialaufwand (Entsorgung in der Wetterau und Deponierückstellungen) den Haupteinfluss auf das Jahresergebnis haben.

Ausblick:

C. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

I. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

Die weitere Entwicklung der Abfallentsorgung im Vogelsbergkreis ist, mit Ausnahme des Bereiches der gewerblichen Abfälle, nach Überwindung der Umstellungsschwierigkeiten und -kosten, die sich in 2010 erheblich und in 2011 noch teilweise auswirken, von relativer Konstanz geprägt, denn bereits seit 2011 zeigt sich, dass das System sich in den prognostizierten Korridoren bewegen wird und in den Folgejahren keine großen Änderungen hierbei mehr zu erwarten sein werden, sofern keine System- oder Satzungsänderungen zum Tragen kommen bzw. rechtliche Änderungen Kostenverursachen.

Die Kosten für die Sammlung und Entsorgung der Abfälle sind aufgrund der neuen Verträge ab 2010 sehr viel niedriger geworden und liegen z. T. unter den derzeit von den Entsorgern und Verwertern sonst erzielbaren Erlösen. Der ZAV zahlt deshalb aufgrund dieser neuen Verträge sehr günstige Sammlungspreise. Gleiches gilt für die neue Struktur bei den Gefäßen.

Ab 2010 hat sich durch den vorgenommenen Umbruch in der Abfallkonzeption des ZAV eine deutliche Veränderung und Verbesserung ergeben. Die Sammlungskosten sind in 2010 deutlich gesunken, die Entsorgungskosten werden ab 2011 folgen. Damit werden auch die Kosten für Mehrmengen, die sich durch die gewollte Rückführung von Abfällen in die richtigen kommunalen Sammelsysteme ergeben, weit überkompensiert.

Hier zeichnet sich aber mittelfristig eine sehr positive Entwicklung ab, da ab Anfang 2011 deutliche Änderungen erfolgt sind.

E.s ist weiter notwendig, die Deponie Bastwald so bereit zu halten, dass die Kapazitäten dort so günstig wie möglich zu verwerten sind, da hierdurch eine gewisse Kostendämpfung

erzielt werden kann. Zugleich ist mit den Veränderungen durch das neue System absehbar mittelfristig eine deutliche Verbesserung des Ergebnisses möglich.

Die Entsorgung andererseits ist durch diese Verträge bis mindestens 2016 gesichert.

II: Ergebnisprognose

Die Umsatz- und Erlösentwicklung ist, wie bereits gesagt, fast nicht von konjunkturellen Schwankungen abhängig, sondern durch die aktuellen Satzungen und kommunalen Verträge bestimmt. Für das Jahr 2011 geht der ZAV bereits von einem deutlich positiven Ergebnis aus, wobei die Verzögerung der Umsetzung und die deutlich größeren Anpassungen sowie vor allem, die nicht einsetzbare Leerungsregistrierung die Kosten in 2010 nach oben und die bereinigten Einnahmen nach unten drückten. Dies wird in 2011 deutlich besser. Für die Jahre 2012 und 2013 werden mit positiven Ergebnissen gerechnet, die ausreichen sollen, die Verluste der Vorjahre abzudecken. Die erwarteten Ergebnisse 2010-12 ergeben sich aus der Planung einer dreijährigen Gebührenkalkulationsperiode, die die hohe Kostenspitze des Umstellungsjahres 2010 abfangen wird.

D. Risiken und Chancen der voraussichtlichen Entwicklung

Das Hauptrisiko des ZAV besteht in evtl. schwankenden Abfallmengen und extern initiierten Änderungen. Als kommunaler öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger unterliegt der ZAV keinen konjunkturellen Schwankungen oder Konkurrenzsituationen.

Veränderungen erfolgen daher auch nicht plötzlich, da alle Rahmenbedingungen langfristig fest gelegt sind und i.d.R. auf Rechtsbeziehungen (Anschlusspflicht etc.) basieren.

Andererseits bietet sich auch nur bei Neuausschreibungen oder Auslaufen von Altverträgen die Chance, grundlegende Dinge zu ändern und ggf. deutliche Verbesserungen zu erreichen, da der ZAV nicht wie ein privates Unternehmen agieren kann.

Gegenwärtig sieht insbesondere die rechtliche Situation so aus, dass eine Änderung der Geschäftsgrundlagen durch das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz oder andere Rechtsänderungen erfolgen könnte. Diese Auswirkungen sind noch nicht absehbar, aber werden auch erst mittelfristig erfolgen. Es können sich hieraus aber finanzielle Risiken ergeben. Erneute Satzungsänderungen nach 2011 sind möglich. Es besteht jedoch auch das Risiko, dass durch Rechtsverordnungen aufgrund des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes Aufgabenveränderungen entstehen können.

Aufgrund der Ende 2009 ausgelaufenen Verträge hinsichtlich der Einsammlung von Abfällen und der erfolgten Neuausschreibung mit einem Identensystem und Leerungsregistrierung sowie einem personenbezogenen Tarif, ist gesichert, dass dieser Bereich seit 2010 zu deutlich besseren Konditionen weiter geführt werden kann. Die neu abgeschlossenen Verträge beinhalten wesentlich geringere Kosten und sind erheblich besser. Mittlerweile wird

die Vertragsabwicklung in diesem Bereich wieder direkt durch den ZAV übernommen. Die getrennte Bioabfallsammlung entfällt seit 2010 aus Kostengründen. Seit 2011 ergeben sich im Entsorgungs- und Verwertungsbereich ebenfalls erhebliche Kostensenkungen.

Allerdings ergab sich für 2010, entgegen den Planungen, eine deutlich höhere Kostenspitze aufgrund zusätzlicher Aufwendungen zur Bewältigung der nachgeschobenen Änderungen, dem weit über das erwartete Maß hinaus gehenden Korrekturbedarf bei den übernommenen Daten, der Änderungen, die sich aus rund 13.000 zusätzlichen Ausnahmeanträgen und den Mehraufwendungen für Umsetzungsverzögerungen ergaben. Hinzu kommen die geringeren Gebühreneinnahmen durch erhöhte Rückerstattungen wegen des Ausfalls der Leerungsregistrierung und Gebührenreduktionen durch die o.g. Ausnahmen.

Auf der anderen Seite stehen seit 2010 geringere Aufwendungen für die Entsorgung und deutlich erhöhte Einnahmen bei der Wertstoffvermarktung, so dass hierdurch teilweise ein Ausgleich geschaffen wird. In 2011 werden die umstellungsbedingten Unwägbarkeiten weitgehend abgearbeitet werden und danach die angestoßenen positiven Entwicklungen sich verstetigen können.

Da der ZAV nur im Bereich des Vogelsbergkreises tätig ist und zudem ausschließlich die Beseitigung der dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger angedienten Abfälle obliegt, ist der Umsatz durch die Mengenentwicklung im Kreis und durch die Festlegungen der ZAV-Satzungen vorgegeben.

Zugleich ist aber dadurch eine Abdeckung des Risikos und der Finanzierungssicherstellung gegeben, da die Kosten aus dem Gebührenaufkommen finanziert werden. Aus derzeitiger Sicht sind daher keine bestandsgefährdenden bzw. die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigenden Risiken erkennbar. Durch das neue Gebührenmodell können sich aber noch positive oder negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben. Dies ist aber erst ab 2012/2013 absehbar. Änderungen an den Satzungen oder neue Vorgaben seitens der Verbandsgremien haben dabei erhebliche Auswirkungen auf das System und somit auf die finanzielle Lage des ZAV.

Es bleibt zu berücksichtigen, dass der ZAV trotz kaufmännischer Buchführung weiterhin eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes ist, hoheitlich tätig bleibt, die Tätigkeiten durch Rechtsvorgaben bestimmt sind und die Erfüllung von Aufgaben der Daseinsvorsorge zum Ziel haben. Die Steuerung erfolgt normalerweise unternehmerisch, aber nicht gewinnorientiert, sondern nach den Regelungen des KAG etc.

NEUE ARBEIT Vogelsberg gGmbH

- Kirchlich-kommunale Gesellschaft
für berufliche Integration -

Altenburger Str. 40, 36304 Alsfeld
Tel.: 06631 / 9641-0 - Fax: 06631 / 9641-41
E-Mail: info@neue-arbeit-vb.de
Internet: www.neue-arbeit-vb.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

Die qualifizierte Beschäftigung sowie die berufliche und persönliche Aus-, Fort- und Weiterbildung mit dem Ziel der Eingliederung bzw. Wiedereingliederung ins Erwerbsleben von Langzeitarbeitslosen, Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung und sonstigen schwer vermittelbaren Arbeitslosen, insbesondere Empfängern von Sozial- und Jugendhilfe im Vogelsbergkreis.

Betriebsgrundlage ist die Teilnahme an öffentlich geförderten Maßnahmen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Zweck der Gesellschaft ist die allgemeine und berufsbezogene Volksbildung sowie die Wohlfahrtspflege für die genannten Personen mit dem Ziel, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ihnen die Sicherung ihrer Existenz aus eigener Kraft möglich wird. Die Gesellschaft wird damit in praktischer Ausübung christlicher Nächstenliebe im Sinne der Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der evangelischen Kirche tätig.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1999

Anteile in %: 40 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, mildtätige und kirchliche Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Da der Jahresbericht 2011 bis zum Abschluss des Beteiligungsberichtes am 21.03.2013 nicht vorlag, können nur die Daten aus dem Vorjahr (Abschluss 2010) dargestellt werden.

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Landrat Rudolf Marx - Vorsitzender

Otto Bäuscher - Geschäftsführer

Inge Herchenröder - Architektin

Magdalena Pitzer - Kreisbeigeordneter

Horst Schopbach - Präses

Geschäftsführung: Pfarrer Christoph Geist
 Hans-Ulrich Merle

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: gGmbH
Gründungsdatum: 26.01.1999
Gesellschaftsvertrag: 26.01.1999
Handelsregister: Gießen, HRB 5161
Stammkapital: 127.822,97 €
Beteiligungen: Neue Dienste Vogelsberg NDV GmbH, Alsfeld - 100 %

Gesellschafter und Stammeinlagen:

	€	in %
Vogelsbergkreis, Lauterbach	51.129,18	40
VAU Verbund für Ausbildung und Umwelt e.V., Alsfeld	25.564,59	20
Dekanat Alsfeld	12.782,30	10
Dekanat Homberg/Ohm	12.782,30	10
Dekanat Vogelsberg	12.782,30	10
Dekanat Schotten	12.782,30	10
	<u>127.822,97</u>	<u>100,0</u>

Bilanz des Unternehmens

AKTIVA

	2010 €	2009 €
A. Anlagevermögen		
I. Immat. Vermögensgegenstände	3.150,53	2.474,55
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke mit Betriebsbauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	891.429,14	883.658,14
2. Technische Anlagen	20.648,00	24.238,00
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	137.449,22	133.686,29
	1.049.526,36	1.041.582,43
III. Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	50.000,00	50.000,00
	1.102.676,89	1.094.056,98
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	187.031,11	150.039,57
2. Forderungen gegen Gesellschafter	332.711,08	332.711,08
3. Forderungen geg. verbund. Unternehmen	0,00	103.356,54
4. Sonstige Vermögensgegenstände	165.590,03	16.391,65
	685.332,22	602.498,84
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	353.828,36	402.255,77
	1.039.160,58	1.004.754,61
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.963,60	259,10
	2.144.801,07	2.099.070,69

PASSIVA

	2010 €	2009 €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	127.822,97	127.822,97
II. Gewinnrücklagen	148.247,87	148.247,87
III. Verlustvortrag	38.556,38	83.386,76
IV. Jahresfehlbetrag(-) / Jahresüberschuss	-64.208,56	44.830,38
	173.305,90	237.514,46
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	567.746,70	463.850,63
C. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	284.564,86	297.500,22
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Darlehensgebern	869.242,28	934.335,52
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	20.987,38	7.959,22
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	76.463,40	0,00
4. Sonstige Verbindlichkeiten	149.49,56	157.910,64
	1.116.142,62	1.100.205,38
E. Rechnungsabgrenzungsposten	3.040,99	0,00
	2.144.801,07	2.099.070,69

Gewinn- und Verlustrechnung

	2010	2009
	€	€
1. Umsatzerlöse	763.852,56	779.275,36
2. Betriebskostenzuschüsse	2.060.558,67	2.043.964,21
3. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	16.103,93	14.306,44
4. Sonstige betriebliche Erträge	117.567,26	92.190,77
	2.958.082,42	2.929.736,78
5. Materialaufwand: Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	307.142,27	376.672,36
	2.650.940,15	2.553.064,42
6. Personalaufwand: a) Löhne und Gehälter b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.743.964,26 465.473,31	1.618.048,37 399.025,56
	2.209.437,57	2.017.073,93
7. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	70.811,30	63.388,96
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	425.364,55	420.542,35
	2.705.613,42	2.501.005,24
Zwischenergebnis	-54.673,27	52.059,18
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.653,69	3.529,71
10. Erträge aus Investitionszuschüssen	120.000,00	0,00
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.282,44	7.575,39
12. Aufwendungen aus der Zuführung von Investitionszuschüssen zu Sonderposten	120.000,00	0,00
	-5.628,75	-4.045,68
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-60.302,02	48.013,50
14. Sonstige Steuern	3.906,54	3.183,12
15. Jahresfehlbetrag (-)/Jahresüberschuss	-64.208,56	44.830,38

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 99 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht

Ertragslage des Unternehmens: Jahresfehlbetrag 64.208,56 €

Kreditaufnahmen: keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft: keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

gemeinnützige GmbH auf dem Gebiet Bildungs- und Sozialwesen

Auszug aus dem Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufes und der Lage der Gesellschaft

1.1 Allgemeine Ausführungen zu gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Entwicklungen in der Branche sowie Darstellung der eigenen Geschäftstätigkeit

Das Geschäftsjahr 2010 musste mit einem nicht geringen Fehlbetrag abgeschlossen werden. Nach dem Auslaufen des Vertrages mit dem Vogelsbergkreis zum 30.06.2010 wurden die zugesagten 117 Stellen für Arbeitsgelegenheiten durch Zuweisungen der kommunalen Vermittlungsagentur nur zu durchschnittlich 53% ausgelastet. Da das Personal vorgehalten werden musste, aber die Regiekosten nur für die tatsächliche Auslastung der Stellen bezahlt wurden, entstand eine erhebliche Deckungslücke. Durch den hohen Einsatz der Stammebelegschaft gelang es, trotz dieser erschwerten Bedingungen die Erlöse gegenüber dem Vorjahr fast zu halten. Ansonsten wäre der Fehlbetrag noch höher ausgefallen.

Das Sofortprogramm der Werkakademie konnte im Berichtsjahr erfolgreich weiter geführt werden. Die Ausschreibung für das Folgejahr 2011 ging allerdings an einen anderen Anbieter.

Für das Landesprogramm „Passgenau-in-Arbeit“ (PiA) konnte die kommunale Vermittlungsagentur leider erst in der zweiten Jahreshälfte Teilnehmer zuweisen.

Das EU-Programm XENOS wurde 2010 weiter geführt und leistete einen wichtigen Beitrag zur angestrebten Inklusion. Im Programm „Ausbildung in der Migration“ konnten drei Plätze besetzt werden.

Mit dem Projekt „Gute Arbeit für Alleinerziehende“ (GAfA) fand diese besondere Zielgruppe stärkere Berücksichtigung in der Arbeit. Die vorgesehene Ergänzung durch das Programm „Betriebliche Ausbildung für Alleinerziehende“ ließ sich leider nur in sehr geringem Umfang realisieren, weil die Bereitschaft der Betriebe, sich dieser Zielgruppe zu öffnen und Ausbildungsplätze anzubieten trotz verschiedener Anstrengungen in der Vorlaufphase (vom 01.04. - 31.08.10) sehr gering blieb und keine Ausbildung realisiert werden konnte.

Im Geschäftsjahr 2010 befanden sich 40 junge erwachsene Menschen bei uns in Ausbildung. Acht Auszubildende schlossen die Abschlussprüfung erfolgreich ab, davon wurden 5 Auszubildende erfolgreich vermittelt, einer entschied sich für den Besuch der Fachoberschule und zwei Gärtnerinnen wurden saisonal bedingt arbeitslos. Acht Auszubildende beendeten die Ausbildung vorzeitig aus verschiedenen Gründen: Zwei wurden in betriebliche Ausbildungsverhältnisse auf dem ersten Arbeitsmarkt übernommen, ein Auszubildender verbüßt eine Freiheitsstrafe und ein Auszubildender schied krankheitsbedingt aus, ein Auszubildender wurde wegen nicht ausreichender Voraussetzungen in eine AGH 16d Maßnahme zurückgeführt, eine Alleinerziehende konnte auch trotz aller durch uns mögliche Unterstützung die Betreuung ihres Kindes nicht mehr sicherstellen, zwei Auszubildende brachen die Ausbildung vor der Prüfung ab, weil sich die psychischen Blockaden gegenüber der Prüfung nicht auflösen ließen.

Im Geschäftsjahr betreute die NEUE ARBEIT insgesamt 302 TeilnehmerInnen (ohne die 70 TeilnehmerInnen des Programms Sofortangebot in der Werkakademie für Unter-25-jährige, die auch in den folgenden Zahlen nicht berücksichtigt sind); davon hatten 59 TeilnehmerInnen Migrationshintergrund, insgesamt wurden 100 Frauen und 202 Männer beschäftigt.

Inklusive aller, beendeten im Berichtszeitraum 254 TeilnehmerInnen die zugewiesene Maßnahme. 17 davon als REHA- oder Krankheitsfälle). 25 konnten in Arbeit vermittelt werden, 6 mündeten in Ausbildung (intern oder extern) und 5 in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach §16e SGBII bei der NEUE ARBEIT Vogelsberg ein.

Aus dem Sofortprogramm wurden 15 Teilnehmer/innen in Arbeit vermittelt, 8 gingen in Ausbildung, 1 in Weiterbildung und 5 in weiter führende Maßnahmen bei der NEUEN ARBEIT. 3 waren Reha- oder Krankheitsfälle. 39 Personen wurden an die Kommunale Vermittlungsagentur zurück verwiesen.

1.2 Darstellung der Vermögens- Finanz- und Ertragslage

Die Zahlungsfähigkeit der NEUEN ARBEIT war im Geschäftsjahr nur auf Grund sehr planvoller und ausgewogener Liquiditätsüberwachung jederzeit gegeben. Externe Dispositionskredite mussten nicht in Anspruch genommen werden.

Das Auslaufen der Verträge mit dem Vogelsbergkreis über die Eingliederungsleistungen und insbesondere die bundespolitische Auseinandersetzung über die zukünftige Aufstellung und sozialpolitische Orientierung der Arbeit mit dem SGB II machten in der zweiten

Hälfte des Berichtsjahres eine kontinuierliche und planvolle Zusammenarbeit mit der kommunalen Vermittlungsagentur sehr schwer.

Inzwischen ist zwar die Frage der Trägerschaft für die Anwendung und Ausführung des SGB II geklärt und der Vogelsbergkreis konnte seinen Status als Optionskommune erhalten. Die tatsächlichen Möglichkeiten sind allerdings weiter eingeschränkt. Die Vorgaben der Bundesanstalt für Arbeit und des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung sind immer rigider und die Spielräume vor Ort immer geringer geworden.

Die anziehende Konjunktur liefert zwar nur vordergründig, aber leider nichts desto weniger sehr öffentlichkeitswirksam einer Politik Vorschub, die die Probleme der Langzeitarbeitslosen und psychosozial benachteiligter und beeinträchtigter Menschen auf arbeitsmarktpolitische Fragen beschränkt und zumindest faktisch die sozialpolitischen Probleme ausklammert. Auch Menschen, die noch viel zu weit von den Anforderungen des Arbeitsmarktes entfernt sind und für die eine Eingliederung in diesen Arbeitsmarkt erst relevant werden kann, wenn viel elementarere Probleme gelöst sind, werden ausschließlich arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen unterworfen. Eine nicht marktgängige Arbeit als den Selbstwert und diese sozialen Bezüge des Menschen stabilisierendes Element und der damit verbundene Anspruch, durch sinnstiftende Arbeit Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, haben in diesen Konzepten kaum mehr einen Platz.

Dadurch, dass schon in den letzten Jahren so gut wie keine Überschüsse mehr erzielt werden konnten, aus denen die Rückzahlungen der laufenden Darlehen hätte erfolgen können, musste dafür auf liquide Mittel der Substanz zurückgegriffen werden. Die damit immer stärker belastete Liquidität bietet mittlerweile für die Zukunft keine ausreichenden Sicherheiten mehr, weil das - von seinem Wert her betrachtete durchaus ausreichende - Kapital des Betriebes zu immer größeren Anteilen in Sachanlagen gebunden ist.

Die Ertragslage des Unternehmens ist durch eine ambivalente Struktur geprägt. Da ein nicht unerheblicher Teil Anteil der Erträge durch Erlöse aus Verkäufen von Produkten und Dienstleistungen resultiert, wird die größte Teilgruppe des Personals, die Fachanleiter/innen nicht nur über Regiekostenerstattungen verschiedener Programme refinanziert, sondern eben auch über Erlöse. Personalkostenreduzierungen durch Personalabbau bei der Fachanleitung führen deshalb zu deutlichen Mindereinnahmen bei den Erlösen.

1.3 Ergänzenden Darstellungen

Zur flexibleren und ökonomischeren Nutzung der Arbeitszeit kann das Stammpersonal unterschiedliche Modelle von variablen Arbeitszeiten und auch Teilzeitarbeit nutzen. Im Geschäftsjahr 2010 wurden keine Veränderungen der Rechtsform, der Gesellschaftsstruktur und auch keine anderen unternehmensrelevanten Änderungen vorgenommen.

Die jährliche Überprüfung der Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb erbrachte keine Beanstandungen. Die Zertifizierung wurde 2010 bestätigt.

Nach erfolgreicher Implementierung eines Qualitätsmanagement-Systems im Gesamtbetrieb und der Zertifizierung durch den TÜV nach DIN EN ISO 9001 - 2000 im Jahre 2006, konnte nach erneuter Zertifizierung - jetzt nach DIN EN ISO 9001 - 2008 - im Jahr 2009 im Geschäftsjahr 2010 die erforderliche Bestätigung erreicht werden. Parallel dazu konnte im November 2010 die NEUE ARBEIT Vogelsberg mit ihrem Managementsystem erstmals auch als zugelassener Träger für die Förderung der beruflichen Weiterbildung nach AZWV § 84 SGB III zertifiziert werden

2. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Außer den im Geschäftsverlauf und im Prognosebericht erwähnten Veränderungen der politischen und strukturellen Rahmenbedingungen gab es derartige Vorgänge nicht.

Ausblick:

3. Prognosebericht

Für das Jahr 2011 zeichnet sich eine ähnliche Konstellation bei der Maßnahmebesetzung ab. Die mit der kommunalen Vermittlungsagentur vereinbarten und vorgehaltenen Stellen werden nur sehr schleppend und in deutlich reduziertem Umfang besetzt. Dadurch entsteht nicht nur eine Deckungslücke bei den Regiekosten (speziell den Personalkosten für Anleitungspersonal), sondern auch ein weiterer Rückgang der Erlöse infolge reduzierter Arbeitskapazität.

Angesichts der oben geschilderten immer angespannteren Liquiditätssituation muss versucht werden, eine Stornierung oder besser einen Erlass der Darlehensverpflichtungen zu erreichen, um die Liquidität nicht noch mehr zu belasten.

Um überhaupt weitere Erlöse zu erzielen, wird es erforderlich sein, neben den neuen diensten weitere Integrationsbetriebe in Form von Tochtergesellschaften zu gründen, die dann unbegrenzt am Markt tätig sein können. In dieser Neuausrichtung liegt die Chance, ein von der SGB II-Finanzierung unabhängiges zusätzliches Standbein zu entwickeln und zumindest einen Teil der Möglichkeiten, Erlöse zu erzielen, besser abzusichern.

Weil die Möglichkeiten, anderweitige zusätzliche Programme und Maßnahmen zu aquirieren, sehr beschränkt sind, sind auch die Risiken nicht wirklich zu begrenzen, die in der immer stärker werdenden Tendenz liegen, Maßnahmen über Ausschreibungen zu vergeben. Dazu kommen die Risiken, die sich daraus ergeben, dass das Arbeitsfeld oft sehr kurzfristigen politischen Veränderungen unterliegt.

Kreiskrankenhaus des Vogelsberg- kreises in Alsfeld GmbH

Schwabenröder Str. 81, 36304 Alsfeld
Tel.: 06631 / 98-0- Fax: 06631 / 98-1118
E-Mail: info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de
Internet: www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

Betrieb des Kreiskrankenhauses des Vogelsbergkreises in Alsfeld einschließlich zugehöriger Ausbildungsstätten, Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben als Krankenhaussträger. Ferner ist Gegenstand der Betrieb der Sozialstation Alsfeld/Romrod.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Gesundheitswesen

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1999

Anteile in %: 100 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 52, 55 bis 57 der Abgabenordnung (AO).

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Aufsichtsratsvorsitzender	Landrat Rudolf Marx
stellv. Vorsitzender	Dr. Arno Wettlaufer
Mitglieder des Kreistages	Friedel Kopp (bis 21.06.2011) Jürgen Ackermann Ingeborg Beckmann-Launer (bis 21.06.2011) Dr. Bernd Stumpf (bis 21.06.2011) Ulf Immo Bovensmann (ab 22.06.2011) Dr. Hans Heuser (ab 22.06.2011) Edith Köhn-Müller (ab 22.06.2011)
Sachkundige Personen	Christian Kujawa (bis 21.06.2011) Matthias Gorsler (bis 21.06.2011) Ernst Heidelberg (bis 21.06.2011) Gerhard Kühnl (ab 22.06.2011) Helmut Euler (ab 22.06.2011) Ralf A. Becker (ab 22.06.2011)
Mitglieder des Betriebsrates	Karin Heipel Horst Wlodarczyk-Götz (bis 30.09.2011) Elona Kaiser (ab 01.10.2011)

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates entstanden im Wirtschaftsjahr 2011 Aufwendungen in Höhe von 2.141,62 € (Vorjahr 1.999,00 €).

Geschäftsführung: **Henner Häfner, Dipl. Krankenhaus-Betriebswirt (DKI)**
(bis 30.04.2011)
Bodo Assmus, Dipl.-Betriebswirt (BA) (ab 01.05.2011)

Auf die Angabe der Bezüge für aktive und frühere Mitglieder der Geschäftsleitung nach § 314 Abs. 6 a) und b) HGB wurde verzichtet, da hiermit die Schutzwirkung nach § 286 Abs. 4 HGB für Angaben nach § 285 Nr. 9 a) und b) HGB aufgehoben würde.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	GmbH
<i>Gründungsdatum:</i>	16.08.1999
<i>Gesellschaftsvertrag:</i>	16.08.1999, geänderte Fassung vom 17.01.2001
<i>Handelsregister:</i>	Gießen, HRB 5326
<i>Stammkapital:</i>	6.000.000 €
<i>Beteiligungen:</i>	<ol style="list-style-type: none">1. Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD GmbH) mit 51 % - Stammkapital 25.000 €2. AMANDUS Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (AMANDUS) mit 100 % - Stammkapital 25.000 €3. Gesundheits- und Pflegezentrum Alsfeld gemeinnützige GmbH (GuPA) mit 100 % (gegründet im Dezember 2011)
<i>Gesellschafter:</i>	Vogelsbergkreis

Bilanz des Unternehmens (Konzern)

AKTIVA	2011	2010	PASSIVA	2011	2010
	€	€		€	€
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immat. Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	6.000.000,00	6.000.000,00
Entgeltlich erw. Konzessionen, gew. Schutzrechte u. ähnl. Rechte u. Werte s. Lizenzen an sol. Rechten u. Werten	202.233,00	54.202,00	II. Gewinnrücklagen/And. Gew.Rüchl.	4.381.424,54	4.381.424,54
II. Sachanlagen			III. Verlustvortrag	-1.815.156,59	-776.906,15
1. Grundstücke, grundstücksgl. Rechte u. Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	19.873.663,09	20.571.589,09	IV. Konzernergebnis	-2.676.409,73	-1.038.250,44
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.799.058,00	332.914,00	V. Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	78.868,18	65.487,09
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.357.207,00	2.573.172,48		5.968.726,40	8.631.755,04
4. Gel. Anzahlungen u. Anlagen i. Bau	2.987.217,53	1.687.392,00	B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		
	27.017.145,62	25.165.067,57	1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	13.993.245,97	14.757.236,23
III. Finanzanlagen			2. Sonderposten aus Zuwendungen und Zuschüssen der öffentl. Hand	1.350.000,00	200.000,00
Beteiligungen	30.500,00	5.500,00		15.343.245,97	14.957.236,23
B. Umlaufvermögen			C. Rückstellungen		
I. Vorräte			1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	0,00	603.257,83
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	177.324,27	206.906,75	2. Steuerrückstellungen	12.942,39	12.879,00
2. Unfertige Leistungen	319.042,57	247.023,60	3. Sonstige Rückstellungen	2.215.598,60	983.679,75
3. Geleistete Anzahlungen	155.809,04	155.809,04		2.228.540,99	1.599.816,58
	652.175,88	609.739,39	D. Verbindlichkeiten		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.261.868,30	2.804.086,52
1. Ford. a. Lieferungen u. Leistungen	3.824.404,70	3.620.453,42	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	858.691,44	840.442,70
2. Forderungen nach dem Krankenhaus- finanzierungsrecht	0,00	287.255,07	3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter	456.122,14	519.071,46
3. Sonstige Vermögensgegenstände	408.236,27	416.677,75	4. Verbindlichkeiten nach dem Kranken- hausfinanzierungsrecht	107.564,19	27.749,36
	4.232.640,97	4.324.386,24	5. Sonstige Verbindlichkeiten	2.445.595,86	1.613.605,60
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	537.709,82	636.939,03		9.129.841,93	5.804.955,64
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	5.729,93	E. Rechnungsabgrenzungsposten	2.040,00	7.800,67
	32.672.395,29	30.801.564,16		32.672.395,29	30.801.564,16

Gewinn- und Verlustrechnung (Konzern)

	2011 €	2010 €
1. Umsatzerlöse	26.374.766,87	26.153.731,49
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	72.018,97	-141.831,03
3. Sonstige betriebliche Erträge	3.988.993,07	2.342.749,41
	30.435.778,91	28.354.649,87
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	4.867.561,88	4.478.436,90
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	960.826,33	943.909,95
	5.828.388,21	5.422.346,85
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	16.024.825,79	16.024.454,45
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.933.446,87	3.957.591,36
	19.958.272,66	19.982.045,81
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.740.544,05	1.872.336,31
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.366.748,13	1.980.559,36
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.076,07	4.582,53
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	173.629,51	86.474,24
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.626.727,58	-984.530,17
11. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	23.963,61
12. Außerordentliches Ergebnis	0,00	23.963,61
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag	12.889,84	15.259,24
14. Sonstige Steuern	23.411,22	4.200,00
15. Jahresfehlbetrag	-2.663.028,64	-1.027.953,62
16. Auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn	13.381,09	10.296,82
17 Konzernergebnis	-2.676.409,73	-1.038.250,44

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter:

	2010 (Jahresdurchschnitt)	2011 (Jahresdurchschnitt)
KKH GmbH	429,28	391,68
KAD GmbH	83,00	88,75
AMANDUS GmbH	87,78	74,75

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Siehe Lagebericht

Stammeinlage 6.000.000 €

Ertragslage des Unternehmens:

Jahresfehlbetrag 2.676.409,73 €

Kreditaufnahmen:

siehe unten

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:

*) Bürgschaft

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den :

**)

Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft

*) Bürgschaft des Vogelsbergkreises über 8 Mio €, genehmigt durch RP am 16.03.2011

Bürgschaft über 4 Mio €, genehmigt durch RP am 26.02.2013

Altersteilzeitvereinbarung über 543.478,71 €, KT-Beschluss am 27.01.2011

***) Verlustausgleich für die Jahre 2009 bis 2011 über 4.640.510,98 €, Haushalt 2013

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Gesundheitsversorgung der Region

Auszug aus dem Lagebericht

1. Vorbemerkungen

1.1 Rechtsgrundlagen

Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine Eigengesellschaft des Landkreises (§ 52 HKO, § 122 HGO). Die kommunalrechtlichen Organisationspflichten und Regelungen zur Wirtschaftsführung wurden erfüllt.

Vom Wahlrecht der Zusammenfassung von Lagebericht und Konzernlagebericht gemäß § 315 Abs. 3 i. V. m. § 298 Abs. 3 HGB machen wir Gebrauch.

Der Lagebericht hat nach der Gesetzesvorgabe, soweit erforderlich, den Jahresabschluss weiter zu erläutern, um einen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für die Adressaten sicherzustellen. Darüber hinaus werden im Lagebericht die Gesamtverhältnisse, die Marktstellung, die Entwicklungsmöglichkeiten sowie deren Chancen und Risiken dargestellt.

Gemäß § 316 Abs. 1 und 2 HGB unterliegen der (Konzern-) Jahresabschluss und der (Konzern-) Lagebericht der Gesellschaft der Prüfung. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat mit der Durchführung dieser Prüfung die Schüllermann und Partner AG, Dreieich beauftragt.

1.2 Konzernstruktur

Die "Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH" (Muttergesellschaft des Konzerns) ist durch Ausgliederung des ehemaligen Eigenbetriebes "Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld" zum 01.01.1999 entstanden.

Wie das Vorgängerunternehmen in der Rechtsform des Eigenbetriebs verfolgt die Gesellschaft ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Das Kreiskrankenhaus ist im Krankenhausplan des Landes Hessen als Akutkrankenhaus mit 188 Betten ausgewiesen und nimmt an der bedarfsgerechten stationären Krankenhausversorgung der Bevölkerung sowie an der Notfallversorgung teil.

Die Gesellschaft verfügt über drei „Töchter“, nämlich die im Dezember 2000 gegründete „Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD-GmbH)“, die Ende 2001 errichtete „AMANDUS Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (AMANDUS)“ sowie die im Dezember 2011 gegründete Gesundheit- und Pflegezentrum Alsfeld gemeinnützige GmbH (GuPA). AMANDUS und GuPA befinden sich im Alleinbesitz der Muttergesellschaft, während sie bei der KAD über einen Gesellschaftsanteil von 51% verfügt; die restlichen Anteile (49%) liegen bei der Fa. Gies Dienstleistungen GmbH.

1.3 Allgemeine Situation

Die allgemeine Situation der Krankenhäuser in der Bundesrepublik ist seit Jahren durch große Unsicherheiten und Unwägbarkeiten gekennzeichnet. Die Finanzierung der Krankenhäuser ist nicht ausreichend und nur durch kontinuierliche Leistungsausweitung können Krankenhäuser noch wirtschaftlich arbeiten.

Dies stellt sich für kleinere Krankenhäuser in gering besiedelten Gebieten besonders problematisch dar. Durch Zunahme der ambulanten Behandlungen werden stationäre Behandlungen ersetzt und auch die zunehmende Mobilisierung der Patienten sowie das Bedürfnis auch bei der Behandlung leichter bis mittlerer Schwierigkeitsgraden den „Spezialisten“ aufsuchen zu wollen, reduziert die potentielle Patientenzahl.

Nehmen die Leistungen in einem Bundesland zu, sinkt der Landesbasisfallwert als Preiskomponente der Krankenhausvergütung. Krankenhäuser, die selbst keine Leistungsausweitung haben, finanzieren somit die Ausweitung in andere Krankenhäuser mit.

Es wird zunehmend schwieriger adäquates Personal insbesondere Ärzte und Pflegekräfte zu gewinnen, wobei Krankenhäuser in ländlichen Regionen gegenüber den großen Ballungsgebieten noch einmal vor besonderen Schwierigkeiten stehen.

Eine weitere Belastung stellt die unzureichende Investitionsförderung dar, wovon ebenfalls wieder die kleineren Krankenhäuser überdurchschnittlich betroffen sind. Sie müssen einen höheren Anteil der verfügbaren Investitionsmittel in ihre haus- und betriebstechnische Infrastruktur stecken (Gebäudeinfrastruktur, Informationstechnologie, Energieversorgung). Daher bleibt weniger übrig, um Investitionen in die Medizintechnik vorzunehmen, was dazu führt, dass die medizinische Attraktivität im Zeitverlauf sinkt.

2. Lagebericht

2.1 Geschäftsverlauf / Geschäftliche Entwicklung

2.1.1 Medizinische Struktur

Die Klinik verfügt über die Hauptabteilungen „Chirurgie“, „Innere Medizin“ einschließlich „Geriatric“ und „Anästhesie“. Als Belegabteilungen werden die Disziplinen „Frauenheilkunde und Geburten“ sowie „Hals-Nasen-Ohrenheilkunde“ vorgehalten. Die „Intensivmedizin“ wird fachübergreifend geführt.

Die Chirurgie wird im Rahmen eines kollegialen Systems von zwei Leitenden Abteilungsärzten geführt, die für die Disziplinen „Unfall- und Wiederherstellungschirurgie“ einerseits und „Allgemein-, Visceral- und Gefäßchirurgie“ andererseits verantwortlich sind. Seit 01.09.2009 wurde die Unfall- und Wiederherstellungschirurgie um die Sektion „Wirbelsäulenchirurgie“ erweitert.

In den Hauptabteilungen arbeiten Fachärzte bzw. Ärzte mit Zusatzbezeichnungen folgender Disziplinen: Allgemein-, Visceral- und Gefäßchirurgie, Herz- und Thoraxchirurgie, Unfall- und Wiederherstellungschirurgie, Orthopädie, Innere Medizin, Palliativmedizin, Proktologie, Geriatric, Magen- und Darmerkrankungen (Gastroenterologie) sowie Schmerztherapie.

Zum 01.07.2011 übernahm der Chefarzt Dr. Klotz einen chirurgischen Sitz, den er zusammen mit dem internistischen Sitz von Frau Simon-Becker zum 01.01.2012 in das neu gegründete Medizinische Versorgungszentrum einbrachte.

2.1.2 Wirtschaftliche Lage des Krankenhauses und des Konzerns

Im Jahr 2011 wurden insgesamt 7.505 (Vorjahr 7.982) Patienten stationär aufgenommen. Dies entspricht einem Rückgang von 5,98%. Dieser Rückgang konnte durch die Erhöhung des durchschnittlichen Schweregrades (Casemix-Index CMI) ausgeglichen werden. Der CMI stieg von 0,8919 (2010) auf 0,9415 (2011) und damit um ca. 5,6%. Der Casemix fiel leicht von 7113 (2010) auf 7058 (2011). Etwa 93% aller Patienten kommen aus dem Vogelsbergkreis und dem benachbarten Schwalm-Eder-Kreis.

Der Auslastungsgrad des Krankenhauses lag bei 77,29% (Vorjahr 80,84%). Die durchschnittliche Verweildauer belief sich auf 7,07 Tage (Vorjahr: 6,95 Tage).

Das Geschäftsjahr 2011 gestaltete sich erneut außerordentlich schwierig.

Neben den hohen Instandhaltungsaufwendungen trägt besonders die Entwicklung beim Personalaufwand dazu bei. Die nicht refinanzierten Kosten vergangener Tarifsteigerungen belasten das Ergebnis des Krankenhauses mittlerweile in einer Größenordnung von rd. T€ 900.

2.1.3 Investitionen

Im Geschäftsjahr 2011 wurden von der Muttergesellschaft Investitionen in Höhe von T€ 3.628 vorgenommen. Dabei entfielen jeweils gerundet T€ 356 auf die Anschaffung von Gegenständen des medizinischen Bedarfs, T€ 2.193 auf „im Bau befindliche Anlagen“ und T€ 833 auf Technische Anlagen. Im EDV-Bereich wurden Investitionen in Höhe von rund T€ 116 vorgenommen.

Konzernweit beliefen sich die Investitionen auf T€ 3.651. Förderzuschüsse sind mit insgesamt T€ 1.817 zugeflossen. In der Amandus GmbH wurden keine nennenswerten Investitionen getätigt. In der KAD GmbH wurden T€ 22 für die Ausstattung der Cafeteria investiert.

2.1.4. Finanzierung

Die Finanzierung der Investitionen erfolgte durch die pauschale Förderung des Landes (§ 9.3 KHG), Einzelförderung (Konjunkturprogramm II) und durch Eigenmittel.

2.1.5 Vermögens- und Finanzlage

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beläuft sich in der Muttergesellschaft auf 82,5% (Vorjahr 82%). Für den Konzern beträgt die Quote 83,5% (Vorjahr: 82%).

Das im Eigentum der GmbH stehende Krankenhaus steht dabei zum 31.12.2011 mit einem Wert von T€ 19.691 (Vorjahr T€ 20.373) zu Buche.

Die Eigenkapitalausstattung der Muttergesellschaft ist weiter rückläufig und beläuft sich zum 31.12.2011 auf 5,82 Mio. € (Vorjahr: 8,52 Mio. €) = 17,8% (Vorjahr: 28%) des Bilanzvolumens. Das Eigenkapital im Konzern beläuft sich auf 5,97 Mio. € (Vorjahr: 8,63 Mio. €) = 18,3% (Vorjahr: 28%).

Das langfristig gebundene Vermögen (Anlagevermögen zuzüglich Mindestbestand an Vorräten und Leitungsforderungen) ist in vollem Umfang durch Eigenmittel unter Hinzuziehung des Sonderpostens nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz finanziert.

Liquidität und Zahlungsbereitschaft waren im Berichtszeitraum aufgrund der Bürgschaft des Vogelsbergkreises vom Januar 2011 gegeben.

2.1.6 Ertragslage für die Muttergesellschaft

Für das abgelaufene Geschäftsjahr sanken im Vergleich mit dem Jahresabschluss 2010 die Leistungserlöse um T€ 26 (= 0,10%). Die Sonstigen Erlöse stiegen um T€ 165 (= 14,73%). Gleichzeitig sanken die Personalaufwendungen um T€ 91 (= 0,54%). Im Materialbereich und bei den bezogenen Leistungen stiegen die Aufwendungen um T€ 429 (= 5,42%). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken um T€ 1.393 (= 75,41%), insgesamt führte dies mit einer Ergebnisverschlechterung um rd. T€ 1.650 zu einem Verlust von T€ 2.698.

2.1.7 Personal- und Sozialbereich

Der Personalaufwand betrug beim Krankenhaus im Berichtsjahr T€ 15.740 (Vorjahr: T€ 15.962).

Im Betriebsteil Sozialstation bewegte sich der Aufwand für das Personal in Höhe von T€ 1.032 (Vorjahr: T€ 875).

Konzernweit sind Personalaufwendungen in Höhe von T€ 19.993 (Vorjahr T€ 19.982) entstanden. In der Gesellschaft wurden im Berichtsjahr 392 (Vorjahr: 425), in der KAD 89 (Vorjahr: 86) und bei AMANDUS 75 (Vorjahr: 99) Personen beschäftigt, so dass der Konzern insgesamt 555 (Vorjahr: 610) Arbeitsplätze bietet.

Das Kreiskrankenhaus betreibt eine Krankenpflegeschule mit 60 Ausbildungsplätzen. Ausbildungsträger sind zu gleichen Teilen die Krankenhäuser *Eichhof* in Lauterbach und das *Kreiskrankenhaus* in Alsfeld. Im Jahr 2011 wurden für Lauterbach 31 Schülerinnen und Schüler und für Alsfeld 27 Schülerinnen und Schüler ausgebildet, so dass im Jahresdurchschnitt 58 Ausbildungsplätze besetzt waren.

Die Personal- und Sachkosten für die Krankenpflegeschule werden von beiden Krankenhäusern entsprechend der jeweiligen Schülerzahl gemeinsam getragen.

2.1.8 Tochtergesellschaft KAD

Die im Dezember 2000 gegründete Tochtergesellschaft mit dem Namen „Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD GmbH)“ arbeitet erfolgreich. Nachdem Mitte des Jahres 2007 die Fa. Gies Dienstleistungen GmbH mit 49 Prozent an der Gesellschaft beteiligt wurde, hält die Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH mit 51 Prozent die Mehrheitsbeteiligung. Durch den Mitgesellschafter ist die Entwicklung der KAD am Marktgeschehen ausgerichtet. Die KAD erbringt für das Krankenhaus Dienstleistungen in den Bereichen Verwaltung & Medizincontrolling, hauswirtschaftliche und sonstige Dienste.

Im Geschäftsjahr 2011 konnte ein Jahresüberschuss in Höhe von € 27.308,35 erzielt werden.

2.1.9 Tochtergesellschaft AMANDUS

Ende 2001 wurde die „AMANDUS Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (AMANDUS)“ als 100 %ige Tochtergesellschaft gegründet.

In Trägerschaft von AMANDUS wird eine Kurzzeitpflegeeinrichtung mit siebzehn Betten in den Räumen des Krankenhauses betrieben.

Die Kurzzeitpflegestation ist ein strategisches Instrument, das es dem Krankenhaus ermöglicht, Patienten unmittelbar nach Abschluss der stationären Behandlungsbedürftigkeit zu entlassen und diese ohne besondere Wartezeiten in eine geeignete Pflegeeinrichtung (Kurzzeitpflege) zu überführen.

Um dieses Angebot weiter abzurunden und zusätzliche Erlöse zu erzielen wurde zum 01.12.2008 ein Versorgungsvertrag mit den Kostenträgern über drei integrierte Tagespflegeplätze abgeschlossen. Grundlage für diesen Entschluss bildete das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz vom 01.07.2008. Für die Inanspruchnahme von Tagespflege

steht für jeden Pflegebedürftigen ein zusätzlicher Betrag über die Pflegeversicherung zu Verfügung. Die Tagespflege bildet somit das zweite Standbein der Solitäreinrichtung „Kurzzeitpflege“.

Zum 01.01.2012 wird AMANDUS eine eigenständige Physiotherapiepraxis betreiben und übernimmt die bisherige Physiotherapie des Krankenhauses.

Das Geschäftsergebnis schließt mit einem Gewinn in Höhe von € 7.854,14 ab (Vorjahr: Verlust von € 1.039,01).

2.1.10 Beurteilung der Entwicklung durch die Geschäftsführung

Das Konzernbetriebsergebnis ist im Berichtsjahr stark negativ (T€ 2.663) und zwar mit rund T€ 2.698 im Teilbereich Krankenhaus, einem Gewinn in Höhe von T€ 27 in der KAD und ebenfalls einem Gewinn bei AMANDUS (T€ 8). Voraussichtlich wird das Konzernbetriebsergebnis 2012 bei ca. T€ -1.715 und 2013 bei ca. T€ -1.400 liegen.

Dabei ist die seit langem bestehende angespannte wirtschaftliche Situation des Kreiskrankenhauses zu einem ganz erheblichen Teil der „Kleinheit“ dieser Klinik geschuldet. Der Status eines „Notfallkrankenhauses“ bedeutet zwar in hohem Maße Bestandsschutz, belastet aber das wirtschaftliche Ergebnis durch die außergewöhnlich hohen Fixkosten.

Dies macht es erforderlich größere und damit wirtschaftlichere Klinikeinheiten zu schaffen. Ein solcher Verbund würde den Klinikstandort Alsfeld stärken und die Versorgungsqualität in der Region erhöhen.

Das Jahresergebnis macht die schwierige Situation deutlich, in der sich der Krankenhausbetrieb befindet.

Neben der kontinuierlichen Verbesserung der innerbetrieblichen Strukturen und Abläufe ist es vor allem erforderlich die strukturellen Beschränkungen zu beheben. Hierzu gehören zum einen die Beseitigung der baulichen und technischen Defizite, die Entwicklung von weiteren medizinischen Leistungsangeboten durch eine enge Zusammenarbeit mit einem größeren Krankenhaus sowie die Einbindung in einen größeren Verbund.

Ausblick:

3. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

3.1 Chancen der künftigen Entwicklung

Das Kreiskrankenhaus ist im Krankenhausplan des Landes Hessen als Standort für die Notfallversorgung enthalten. Damit und bedingt durch die Lage der Klinik in einem dünn besiedelten Raum dürfte eine Bestandssicherung für das Krankenhaus dauerhaft gewährleistet sein.

Davon losgelöst ist die Frage der Trägerschaft zu bewerten. Das Krankenhaus als alleiniges Krankenhaus in kommunaler Trägerschaft wird nicht in der Lage sein, die strukturellen Defizite zu lösen. Auch die Mitgliedschaft als Gesellschafter im Klinikverbund Hessen

reicht nicht aus, um weiterhin als selbständiges Krankenhaus bestehen zu können. Es ist zu hoffen, dass die derzeitigen Sondierungsgespräche zur gesellschaftsrechtlichen Verflechtung mit anderen Krankenhäusern erfolgreich verlaufen, um Strukturen zu legen, die das Krankenhaus auch wirtschaftlich wieder auf einen erfolgreichen Kurs bringen.

Dem Versorgungsauftrag und -umfang entsprechend ist das Krankenhaus „gut aufgestellt“. Die medizinischen Abteilungen bieten ein breites Leistungsspektrum an, das von der Bevölkerung auch nachgefragt wird.

Darüber hinaus präsentiert sich das Kreiskrankenhaus als Anbieter umfassender Dienstleistungen. Durch ambulante Sprechstunden, dem Medizinischen Versorgungszentrum Alsfeld, der Sozialstation sowie dem Engagement im Palliativen Netzwerk Waldhessen ist das Krankenhaus weit über die eigentliche stationäre Versorgung als Krankenhaus der Grund- und Regelversorgung engagiert.

Zur Unterstützung der hausärztlichen Struktur im Vogelsbergkreis besteht ein Weiterbildungsverbund und kontinuierlich werden Ärzte im Fachbereich Allgemeinmedizin weitergebildet

3.2 Risiken der künftigen Entwicklung

In der Gesellschaft bestehen organisatorische Regelungen und Maßnahmen, damit den Fortbestand des Krankenhauses gefährdende und sonstige wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung früh erkannt werden. Nach den vorliegenden Informationen aus diesem System ist über folgende Risiken zu berichten:

3.2.1 Bestandsgefährdende Risiken

Akute bestandsgefährdende Risiken bestehen in der unzureichenden Finanz- und Vermögenslage, da die Liquidität nur noch durch eine Bürgschaft gesichert ist. Ohne Erhöhung dieser Bürgschaft und erfolgreiche Sanierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen ist die Gesellschaft in ihrem Bestand gefährdet.

3.2.2 Sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die künftige Betrachtung steht in engem Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung der Gesundheitspolitik. Davon ist die Ertragslage des Krankenhauses entscheidend abhängig.

Auf der Kostenseite ist ein weiterer Schub bei den Personalaufwendungen eingetreten. Auch die kommenden Jahre werden zusätzliche Belastungen bringen, weil aufgrund steigender Nachfrage nach qualifiziertem Personal auch der „Preis“, das Lohnkostenniveau, ansteigen wird.

Die gesetzgeberischen Aktivitäten haben bereits zu einer tiefgreifenden Umstrukturierung im Gesundheitswesen und insbesondere auch im Krankenhauswesen geführt. Ein Risiko für das Krankenhaus entsteht, wenn die vom Krankenhaus nicht oder nicht hinreichend zu beeinflussenden maßgeblichen Parameter sich weiterhin zu Ungunsten der Klinik

entwickeln. Beispielhaft seien hier die fehlende Koppelung der Preise an die allgemeine Kostensteigerung einschließlich der Tarifsteigerungen, Abschläge zur Sanierung der Krankenkassen sowie die Preisreduzierung bei Mehrleistungen auf Landes- und Einrichtungsebene genannt.

Nicht zu unterschätzen ist die prekäre Situation auf dem Arbeitsmarkt für qualifizierte Fachkräfte. Im ärztlichen Bereich wird es zunehmend schwierig, geeignetes Personal zu finden. Oberarzt- und Assistenzarztstellen bleiben immer häufiger und länger unbesetzt. Zur Überbrückung dieser Vakanzen müssen Konsiliarärzte (Freiberufler) beschäftigt werden, deren Kosten etwa doppelt so hoch wie bei angestellten Ärztinnen und Ärzten sind. In den anderen Berufsgruppen zeichnet sich für die kommenden Jahre ein ähnliches Bild ab.

Nach wie vor sind die in öffentlicher Trägerschaft stehenden Kliniken aufgrund ihrer ungünstigen Personalkostenstruktur am stärksten gefährdet. Wenn man sich zur öffentlich-rechtlichen Trägerschaft wirklich bekennen will, muss man die Tarifstruktur einschließlich der Zusatzversorgung an die Gegebenheiten privater, aber auch frei gemeinnütziger Träger anpassen; das ist auch mit dem TVöD noch nicht erfolgt. Der Wettbewerbsnachteil öffentlicher Kliniken gegenüber der Konkurrenz besteht immer noch und erschwert die Bemühungen um eine dauerhafte Überlebensfähigkeit dieser Krankenhäuser.

Die wirtschaftliche Situation des Kreiskrankenhauses auf die kommenden Jahre gesehen bleibt also problematisch. Ein großer Nachteil des Kreiskrankenhauses liegt in der geringen Betriebsgröße. Die sich hieraus ergebenden tendenziell zu hohen Fixkosten stellen einen echten Wettbewerbsnachteil dar und sind existenzgefährdend. Keine Klinik wird auf Dauer „noch alles selber machen“ können. Wenn es aber zu Spezialisierungen und Schwerpunktbildungen kommt, müssen diese der Bevölkerung in der gesamten Region dienlich sein; denn ein ausgewogenes Angebot gut ausgestatteter und medizinisch-/pflegerisch auf hohem Niveau arbeitender Krankenhäuser ist für die kommunale Infrastruktur unerlässlich. Die Zusammenarbeit mit einem oder mehreren anderen Krankenhäusern, ggf. auch in Form gemeinsam betriebener Gesellschaften, ist ein Weg, der beschritten werden muss. Von größerer Durchschlagskraft wären allerdings sinnvolle Zusammenschlüsse mehrerer Kliniken unterschiedlicher Größe und Versorgungsstruktur zu einem öffentlichen Klinikverbund. Ausgestattet mit einem konkurrenzfähigen Krankenhaustarifvertrag könnte ein echtes Gegengewicht zu privaten Trägerschaften gebildet werden.

Ein zwar nicht bestandsgefährdendes aber doch nicht zu unterschätzendes Risiko ist in der Bestrebung zu sehen, bestimmte medizinische Leistungen nur noch dann zuzulassen, wenn diese in einer bestimmten Menge erbracht werden. Das kann zwar bei bestimmten Behandlungen insbesondere aus Qualitätsgesichtspunkten sinnvoll sein, führt aber vielfach auch zu einer Aushöhlung des Leistungsgeschehens in kleineren und mittleren Krankenhäusern z. B. mit der Folge, dass es noch schwieriger würde qualifizierte Kräfte insbesondere Ärztinnen und Ärzte für diese Kliniken zu finden.

4. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Zum 01.01.2012 haben sowohl das Medizinische Versorgungszentrum wie auch die physikalische Praxis ihre Zulassung erhalten.

In der Krankenhausleitung ist die Stelle der Pflegedienstleitung neu zu besetzen.

5. Voraussichtliche Entwicklung

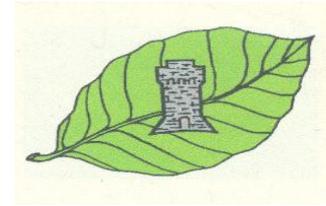
Das DRG-System hat sich etabliert und bietet den Kliniken sowohl Chancen als auch Risiken. In der jährlichen Neubewertung der Bewertungsrelationen ist bereits seit Jahren ein Trend zu beobachten, dass Fälle der Grund- und Regelversorgung abgewertet und hochspezialisierte Behandlungen aufgewertet werden. Dies stellt für das Kreiskrankenhaus eine zusätzliche Belastung dar, da sich bei gleicher Patientenstruktur die Einnahmen reduzieren und auf der anderen Seite die kostenintensive Notfallversorgung nicht adäquat abgebildet ist und vergütet wird.

Der Qualitätswettbewerb der Kliniken untereinander wird zunehmen. Das Kreiskrankenhaus nimmt bereits über den Klinikverbund an einem regelmäßigen Benchmark teil um sich kontinuierlich zu verbessern. Ein grundlegendes Problem bleibt die Auswertung auf der Basis von geringen Fallzahlen, die regelmäßig zu besonderen Sprüngen in der Auswertung führen.

Die bauliche Zielplanung wird derzeit überarbeitet. Das Kreiskrankenhaus hat einen erheblichen baulichen und technischen Investitionsbedarf, den es nicht aus Eigenmitteln bestreiten kann. Für die weitere Entwicklung ist es von großer Bedeutung, ob dieser Investitionsstau noch durch geförderte Einzelprojekte abgearbeitet werden kann bzw. ab wann und in welcher Höhe die vom Land geplante Umstellung auf Baupauschalen erfolgen wird.

Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg

Karl-Weber-Str. 2, 63679 Schotten
Tel.: 06044 / 2631 - Fax: 06044 / 987465
E-Mail: naturparkvogelsberg@t-online.de
Internet: www.naturpark-hoher-vogelsberg.de



Unternehmenszweck

Aufgabe:

- Förderung des Natur- und Landschaftsschutzes im „Naturpark Hoher Vogelsberg“
- Erschließung dieses Erholungsgebietes
- Förderung des Fremdenverkehrs, um eine naturgemäße Erholung zu ermöglichen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Erholung, Naturschutz, Tourismus

Der Naturpark Hoher Vogelsberg umfasst das Gebiet der folgenden Kommunen: Freiensteinau, Grebenhain, Herbstein, Lautertal, Schotten und Ulrichstein im Vogelsbergkreis, Laubach im Landkreis Gießen, Gedern, Hirzenhain und Nidda im Wetteraukreis. Die Gemeinde Birstein aus dem Main-Kinzig-Kreis wurde zu Beginn des Jahres 2004 in den Naturpark eingegliedert. Zentraler Teil aber ist der weitgehend unbesiedelte 'Oberwald'.



Naturpark Hoher Vogelsberg: Städte und Gemeinden

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1957

Anteile in %: 42,1 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Erholung, Naturschutz, Tourismus

Organe des Unternehmens

Verbandsvorstand:

Rudolf Marx - Vorsitzender

Susanne Schaab - stellv. Vorsitzender

Sieglinde Schnell

Joachim Arnold

Erwin Horst

Verbandsversammlung:

Kurt Wiegel - Vorsitzender

Claudia Blum

Angelika Hönsch

Manfred Hofmann

Peter Popplow

Wolfgang Schleiter

Hans-Ulrich Schmidt

Mario Döweling

Christa Launspach

Ingrid Albert

Edwin Gottlieb

Lisa Gnadl

Otfried Würtz

Manfred Dickert

Erwin Momberger

Stefan Betz

Norbert Ostermüller

Wolfgang Kasper

Thomas Repp

Erwin Roth

Bernhard Ziegler

Rudolf Schlintz

Wolfgang Gottlieb

Beirat:

Vogelsberger Höhen Club

Naturschutzverbände/Nabu Kreisverband

Hessisches Forstamt Schotten

JLU, Inst. F. Tierökologie u. Allg. Zoologie

Region Vogelsberg Touristik GmbH

Fachdienst f. Kreis- und Regionalentwicklung

Deutsche Vulkanologische Gesellschaft (DVG)

- Sektion Vogelsberg

Jürgen Klein

Walter Kreß

Dr. Bernd Ott

Prof. Dr. Volkmar Wolters

Uta Nebe

Nicole Schirmer

Gerold Beckmann

Geschäftsführer:

Forstamtsrat Rudolf Frischmuth

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts
Gründungsdatum: 1957
Verbandssatzung : Neufassung 16.01.2008
Beteiligungen: keine

Mitglieder und Beiträge:

Mitglied	%	Verbands- Umlage €	Bismarck- turm €	Licht- loipe €
Vogelsbergkreis	42,1	50.646	615	
Landkreis Gießen	11,1	13.344		60
Wetteraukreis	10,4	12.459		60
Stadt Schotten	13,3	16.015	615	340
Gemeinde Grebenhain	5,1	6.006		60
Stadt Ulrichstein	4,4	5.282		120
Stadt Laubach	4,0	4.771		
Stadt Gedern	3,0	3.619		
Stadt Herbstein	2,1	2.515		60
Gemeinde Lautertal	2,0	2.428		
Gemeinde Freiensteinau	0,6	768		
Stadt Nidda	0,6	682		
Gemeinde Hirzenhain	0,4	512		
Gemeinde Birstein	0,9	1.126		
Gesamt	100	120.172	1.230	700

Beiträge von Vereinen:

Verein	Bismarck- turm €	Licht- loipe €
VHC	615	0
Gesamt	615	0

Bilanz des Unternehmens

AKTIVA

	31.12.2009	01.01.2009
	€	€
1 Anlagevermögen	187.517,68	192.401,80
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	74.126,25	76.518,75
1.1.2 geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	74.126,25	76.518,75
1.2 Sachanlagen	113.391,43	115.883,05
1.2.2 Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	25.649,83	16.095,69
1.2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	87.741,60	99.787,36
1.3 Finanzanlagen	0,00	0,00
2 Umlaufvermögen	99.771,92	101.389,17
2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	84.464,96	82.514,32
2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	80.361,72	80.361,72
2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0,00	2.152,60
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	4.103,24	0,00
2.4 Flüssige Mittel	15.306,96	18.874,85
3 Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
4 Nicht durch Eigenkapital ged. Fehlbetrag	0,00	0,00
	287.289,60	293.790,97

PASSIVA

	31.12.2009	01.01.2009
	€	€
1 Eigenkapital	162.268,92	166.353,77
1.1 Netto-Position	169.242,77	166.353,77
1.2 Rücklagen und Sonderrücklagen	0,00	0,00
1.3 Ergebnisverwendung	-6.973,85	0,00
1.3.2 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-6.973,85	0,00
1.3.2.1 Ordentlicher Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-7.593,85	0,00
1.3.2.2 Außerordentlicher Jahresüberschuss/-fehlbetrag	620,00	0,00
2 Sonderposten	36.651,79	41.763,53
2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge	36.651,79	41.763,52
2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	36.651,79	41.763,53
3 Rückstellungen	0,00	0,00
4 Verbindlichkeiten	88.368,89	85.673,67
4.4 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	80.361,72	80.361,72
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00	3.230,15
4.8 Sonstige Verbindlichkeiten	8.007,17	2.081,80
5 Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
	287.289,60	293.790,07

Leider lagen die doppelten Abschlüsse der Jahre 2010 und 2011 zum Abschluss des Beteiligungsberichtes noch nicht vor.

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 1,0 Geschäftsführer (Kosten werden durch Land getragen)
2,5 Vollzeit (1/2 Büro, 2 Arbeiter Pflegetrupps)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht
Ertragslage des Unternehmens: Jahresfehlbetrag 6.973,85 €
Kreditaufnahmen: keine
Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine
Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft: keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Erholung, Naturschutz, Tourismus

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Naturschutz- und Landschaftspflege

Wie in den zurückliegenden Jahren, wurden auch im Jahr 2011 die Mitarbeiter des Naturparks für Pflegearbeiten in den Naturschutzgebieten eingesetzt. Der Einsatz der Arbeitskräfte erfolgte durch den zuständigen Funktionsbeamten für Naturschutz, Herr Forstamtsrat Reiner Koch, der zum Ende des Jahres 2011 in den Ruhestand gegangen ist. Er war neben dieser Funktion auch offizieller Vertreter des Geschäftsführers. Eine Nachfolgeregelung wird für das Jahr 2012 erwartet.

Durch die Übernahme dieser Arbeiten ergaben sich Einnahmen für den Zweckverband in Höhe von 36.500,-€ Diese Einnahmen sind zusammen mit der institutionellen Landesförderung und der Verbandsumlage die wichtigsten Einnahmepositionen im Haushalt des Zweckverbandes.

In Abhängigkeit von der Wettersituation bei der Pflege der Naturschutzgebiete im Sommer und Herbst kann es zu deutlichen Schwankungen bei der Arbeitsintensität kommen. Daraus resultierend schwanken auch die Einnahmen. Zum Vergleich: Die Einnahmen im Jahr 2010 lagen hier bei 35.000,- €.

Im Jahr 2011 wurden weiterhin Arbeiten im Auftrag der Oberen Naturschutzbehörde beim RP Gießen durchgeführt. Im Wesentlichen handelte es sich dabei um den Bau und die Montage von Orientierungstafeln und Hinweisschildern für FFH- und Natura 2000 Gebiete in Mittelhessen.

Zusammenarbeit mit den Kommunen und Hessen - Forst

Der Naturpark - Pflgetrup hat auch im Haushaltsjahr 2011 an der qualitativen Verbesserung der zahlreichen Anlagen in seiner Zuständigkeit gearbeitet. Die Tendenz, wenig genutzte Anlagen abzubauen und die Qualität der verbliebenen Anlagen zu steigern, wurde auch 2011 weiter verfolgt.

Das Arbeitsjahr 2011 war geprägt vom Umzug der Naturpark-Werkstatt in die neuen Räumlichkeiten am Hoherodskopf. Einen erheblichen Teil der Arbeiten beim Innenausbau haben die Mitarbeiter des Naturparks erbracht. Im Rahmen des Umzuges wurden auch einige Holzbearbeitungsmaschinen erneuert.

Die Neu- und Ersatzmarkierung von Wanderwegen, insbesondere des Höhenrundweges wurde im Jahr 2011 mit erheblichem Arbeitsaufwand betrieben und abgeschlossen.

Die Pflege- und Unterhaltung der zahlreichen Wanderparkplätze waren in 2011 ebenfalls ein Arbeitsschwerpunkt der Naturparkmitarbeiter. Die Ausbesserung von Schäden sowie die Erneuerung von Absperrungen standen hier im Mittelpunkt. Der Wechsel von Holzabsperrungen zu Randbegrenzungen aus Naturstein - Findlingen verursachte zunächst einen höheren Aufwand, wird die Kosten in der Zukunft aber senken.

Weitere Arbeitsschwerpunkte waren:

- Qualitative Verbesserungen am Loipensystem im Bereich Oberwald
- Beseitigung des erheblichen Müllaufkommens im Verbandsgebiet
- Pflegearbeiten im Bereich des Vogelsberggartens in Ulrichstein
- Anbau eines Werkstatttraumes an das Infozentrum Hoherodskopf

Nur mit Unterstützung durch die Bauhöfe und Verwaltungen einiger Kommunen war die Fülle der Aufgaben zu erledigen. Besonderer Dank an dieser Stelle an die Bauhöfe von Ulrichstein und Schotten, die durch den Einsatz von Heckenschneidern und anderen Großgeräten bei der Pflege der Naturparkanlagen erheblichen Beistand geleistet haben. Gleicher Dank gilt auch der Forstverwaltung, insbesondere dem Heimatforstamt Schotten für die zahlreichen Hilfestellungen. In Kooperation mit dem örtlichen Forstamt Schotten wurde im Jahr 2011 das „Luchsprojekt - Vogelsberg“ fortgeführt. Gemeinsame Veranstaltungen ergaben sich auch im Rahmen des „Jahres der Wälder 2011“. Unter Leitung des Forstamtes beteiligt sich die Geschäftsstelle an den entsprechenden Aktivitäten, darunter auch Vortragsveranstaltungen im Rahmen des Schottener Forums.

Personalstand

Neben den beiden Stammarbeitern im Pflegetrupps des Naturparks und der Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle werden seit vielen Jahren weitere Mitarbeiter auf der Basis „geringfügiger Beschäftigung“ eingesetzt. Es handelt sich hierbei vorwiegend um Rentner, die im Verbandsgebiet für die Müllentsorgung und die Pflege kleinerer Anlagen eingesetzt werden. Die gesetzlichen Regelungen dieser Beschäftigungsverhältnisse bringen einen hohen Verwaltungsaufwand mit sich. Auch die Antragsstellung und Abwicklung von Landes- und EU- Zuschüssen ist bürokratisch sehr aufwändig.

Wir danken an dieser Stelle der Stadt Schotten und ihren Mitarbeitern für die Übernahme von Verwaltungstätigkeiten bei der Bearbeitung der Löhne.

Ein weiterer Dank muss auch dem Leiter der Kreiskasse des Vogelsbergkreises, Herrn Braun, ausgesprochen werden. Bei der haushaltstechnischen Abwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Naturparks sowie bei der Erstellung des jährlichen Haushaltsplanes leistet er wichtige Hilfestellungen, darüber hinaus trägt er die Hauptlast der Umstellung von der kameralen auf die doppische Buchführung.

Für das Projekt „Vogelsberg-Garten“ in Ulrichstein waren in den zurückliegenden Jahren zahlreiche ehrenamtliche Helfer für die Pflege der Anlagen aktiv. Aus verschiedenen Gründen stehen diese Arbeitskräfte seit geraumer Zeit nicht mehr zur Verfügung. In Abstimmung mit dem Förderverein des Vogelsberggartens wurde deshalb die Einstellung einer Teilzeitarbeitskraft beschlossen. Die anfallenden Lohnkosten werden nach Abschluss des Jahres vom Naturpark dem Förderverein in Rechnung gestellt. Die Maßnahme ist somit für den Naturpark kostenneutral. Der Förderverein erhielt im Jahr 2011 den mit 5000,- € dotierten Umweltpreis der OVAG:

Neuregelungen für das Naturschutz - Informationszentrum Hoherodskopf (NIZ)

Seit Beginn des Haushaltsjahres 2008 liegt die Bewirtschaftung der Mittel für den Betrieb des NIZ in den Händen der Geschäftsstelle des NP. Das Personal wurde im Wesentlichen aus den Reihen der Naturparkführer rekrutiert. Damit ist eine umfassende und kompetente Beratung der Gäste und Besucher sichergestellt. Die Einrichtung wird in Kooperation mit der Gesellschaft für Tourismus und Stadtmarketing Schotten geführt und erfreut sich wegen der großzügigen Öffnungszeiten steigender Beliebtheit.

Die Mittel zum Betrieb der Einrichtung werden ab dem Jahr 2009 ebenfalls im Rahmen der institutionellen Förderung vom Land Hessen bereitgestellt. Durch die Übernahme dieser Einrichtung fließen der Zweckverbandkasse zusätzliche Fördermittel in Höhe von ca. 33.000,- € zu.

Die Attraktivität der Einrichtung wird durch häufig wechselnde Zusatzausstellungen gesteigert.

Im Jahr 2011 gab es wieder zahlreiche naturkundliche und künstlerische Sonderausstellungen.

Der Eintritt in die Ausstellungen ist für die jährlich über 30.000 Besucher frei.

Im Jahr 2011 wurde im Rahmen einer EU-Förderung ein weiterer Anbau an die bestehenden Gebäude durchgeführt. Der Abschluss der Arbeit wird noch bis zum Sommer 2012 dauern.

Naturparkführer

Die vom Naturpark Hoher Vogelsberg ausgebildeten Naturparkführer/innen haben ein weiteres erfolgreiches Jahr vorzuweisen. Die Nachfrage nach geführten Wanderungen, Radwanderungen und anderen Ausflügen ist zu einem festen Bestandteil im touristischen Spektrum unserer Region geworden.

Für das Jahr 2012 werden von der Naturparkbroschüre wieder insgesamt 20.000 Stück gedruckt und weit über das Verbandsgebiet hinaus verteilt. Inzwischen ist es zu mehreren Kooperationen zwischen den Naturparkführern und anderen touristischen Anbietern, Hotels und Gastronomie gekommen.

Das erweiterte Angebot hat zu spürbar besserer Nachfrage und einer längeren Aufenthaltsdauer bei den Gästen der Region geführt.

Der größte Teil der Naturparkführer/innen wurde durch das ausgebaute und personell verstärkte Infozentrum Hoherodskopf vermittelt. Wir beabsichtigen die Angebotspalette weiter zu entwickeln und bewerben diese durch attraktive Faltblätter und Broschüren. Der Geschäftsführer des Zweckverbandes ist an der für 2012 geplanten Ausbildung neuer Kultur- und Naturführer im Wetteraukreis beteiligt und unterstützt das Vorhaben.

Neuregelung für den Betrieb des Bismarckturmes

Der Bismarckturm auf dem Taufstein dient seit vielen Jahren als touristischer Aussichtsturm und wird auf der Basis eines Vertrages zwischen dem Vogelsbergkreis, der Stadt Schotten und dem Vogelsberger Höhen Club betrieben. Die von diesen 3 Institutionen bereitgestellten Mittel wurden bisher durch den Naturpark bewirtschaftet. Ungenutzte Mittel flossen vertragsgemäß einer Rücklage zu.

Aus verwaltungstechnischen Gründen wird diese Rücklage seit dem Jahr 2008 durch die Stadt Schotten verwaltet. Die Höhe der Rücklage beträgt 11.216,68 € (Stand Jan.2012). Die praktischen Unterhaltungsarbeiten sowie die jährliche Sicherheitsüberprüfung werden weiterhin vom Naturpark übernommen. Der Bismarckturm feierte im Jahr 2010 seinen 100. Geburtstag.

Eröffnungsbilanz

Gemäß den gesetzlichen Vorgaben, wurde in 2011 mit der Aufstellung der Eröffnungsbilanz (Stichtag 01.01.2009) begonnen. Diese Aufgabe wurde wesentlich durch den Leiter der Kreiskasse, Herrn Reinhold Braun, in Abstimmung mit dem zuständigen Revisionsamt geleistet. Die geprüfte Eröffnungsbilanz liegt seit Anfang Januar 2012 vor und hat zu keinerlei Einwendung seitens des Revisionsamtes geführt.

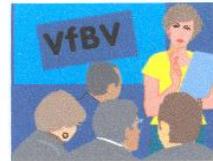
Weitere Arbeiten der Geschäftsstelle im Jahr 2011

- Betrieb des Naturschutz-Informationszentrums Hoherodskopf und Organisation wechselnder Ausstellungen
- Exkursionen verschiedener Gruppen
- Unterstützung der touristischen Veranstaltungen rund um den 1. Mai am Hoherodskopf
- Mitarbeit im Naturschutzbeirat des Vogelsbergkreises

- Umfangreiche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Beteiligung an zahlreichen regionalen Entwicklungsgruppen im Bereich Tourismus und Naturschutz
- Mitarbeit bei der Vortragsreihe „Schottener Forum“
- Organisation der Vermietung der Vulkan - Velos
- Planungsarbeiten für den Bau einer Extratour in Freiensteinau und der Erweiterung des Baumwipfelpfades Hoherodskopf, sowie Verlegung und Zertifizierung des Vulkanring-Wanderweges
- Beteiligung an der Kampagne - Internationales Jahr der Wälder
- Beteiligung am Projekt „Ehrensache Naturpark“ mit Sponsor Generali Versicherung

Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V.

Goldhelg 20, 36341 Lauterbach
Tel.: 06641 / 977-331 - Fax: 06641 / 977-5317
E-Mail: vfb@vogelsbergkreis.de



Unternehmenszweck

Aufgaben sind:

- Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes
- Aus-, Fort- und Weiterbildung von Altenpfleger/innen
- Ausbildung von Altenpflegehelfer/innen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Öffentliche Aufgabe ist es, aus Gründen der Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik für angemessene Ausbildungsmöglichkeiten der Jugendlichen zu sorgen. Partiiell erfüllt der Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V. dieser Zielsetzung.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Der Vogelsbergkreis ist Mitglied des Vereins für Berufsausbildung ohne besondere Stellung hinsichtlich Willensbildung (Vertretung in den Organen) und Finanzen. Für den Fall der Auflösung des Vereins für Berufsausbildung regelt § 13 der Satzung: Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall des Vereinszweck fällt das gesamte Vereinsvermögen nach Begleichung etwaig bestehender Schulden dem Vogelsbergkreis zu, der es ausschließlich und unmittelbar für Zwecke der Wirtschaftsförderung zu verwenden hat.

Beteiligung seit: 1984

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Wirtschaftliche Betätigung auf dem Gebiet der Ausbildung. Wirtschaftliche Betätigung ist nur defizitär möglich, wenn eine qualifizierte Ausbildung angeboten wird (Personal- und Sachaufwand sind grenzwertig errechnet). Siehe auch u. a. Ausführungen zu Landesbeteiligung.

Organe des Unternehmens

Mitglieder:

Vogelsbergkreis	Stadt Lauterbach
Kreishandwerkerschaft Vogelsbergkreis	Vogelsberg Consult GmbH
Deutscher Gewerkschaftsbund Vogelsberg	Bildungszentrum für Elektrotechnik e.V.
Stadt Alsfeld	

Vorstand:

Rudolf Marx - Vorstandsvorsitzender

Thomas Schaumberg - Beisitzer

Ernst Richter - Beisitzer

Beratend sind vertreten:

Agentur für Arbeit
Staatliches Schulamt
Kreisberufsschulen Alsfeld und Lauterbach
Arbeiterwohlfahrt
Amt für Volkshochschule

Geschäftsführung:

Hauptamt des Vogelsbergkreises

Kassenführung/Buchhaltung:

Verein für Berufsausbildung

Rechnungsprüfung:

Revisionsamt des Vogelsbergkreises

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	eingetragener Verein
<i>Gründungsdatum:</i>	1984
<i>Satzung:</i>	04.07.1984
<i>Handelsregister:</i>	Gießen, VR. 3654
<i>Stammkapital:</i>	0 €
<i>Beteiligungen:</i>	keine

Hauswirtschaftliche Eckdaten:

	2011 €	2010 €
Einnahmen	1.254.211,94	1.054.416,10
abzügl. Übertrag aus Vorjahr	633.076,43	585.652,40
= Bereinigte Einnahme (Ifd. Betrieb)	621.135,51	468.763,70
Ausgaben (Ifd. Betrieb)	461.667,27	421.339,67
Differenz	159.468,24	47.424,03
Übertrag Folgejahre	792.544,67	633.076,43

Die Einnahmesituation auf die einzelnen Wirtschaftsjahre kann nicht ohne Korrektur verglichen werden. Hintergrund ist, dass die Landeszuweisungen aus den Vorjahren Abrechnungsbeträge enthalten bzw. die Vorauszahlung für die laufenden Maßnahmen in unterschiedlicher Höhe in einem Wirtschaftsjahr eingehen.

Der Übertrag aus Vorjahren resultiert aus positiven Abschlüssen seit der Vereinsgründung. Die Mittel sind als Rücklagen geführt und werden für die Deckung von Defiziten der wirtschaftlichen Betätigung (Lehranstalt für Altenpflege) eingesetzt. Die Finanzierung der Lehranstalt für Altenpflege erfordert im Durchschnitt eine Bezuschussung, da die Einnahmen den Aufwand nicht voll abdecken.

Die jährlichen Abschlüsse zeigen unterschiedliche Ergebnisse da der Landesanteil (Schulgeld) überlappend, d.h. über den Jahreswechsel hinaus abgerechnet werden.

Die Einnahmesituation ist nicht stabil, da die Landesbeteiligung abhängig ist von den Schülerzahlen. Diese sind abhängig von den Ausbildungsplätzen, die die Altenpflegeeinrichtungen anbieten und besetzen. Stabilität könnte dadurch erreicht werden, dass die Landesbeteiligung unabhängig von den tatsächlichen Schülerzahlen bemessen wird.

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 4 Vollzeitkräfte
 3 Teilzeitkräfte
 ca. 6 Honorarkräfte (Lehrauftrag)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Entgegen früheren finanziellen Beteiligungen durch den Vogelsbergkreis gewährt der Vogelsbergkreis in den letzten Jahren keine Zuschüsse mehr für den Betrieb Verein für Berufsausbildung. Wie vorstehend erwähnt, werden z. Zt. die Defizite aus Überschüssen der Vorjahre gedeckt. Soweit Überschüsse in der Zukunft verbraucht sind, erfordert der Betrieb Verein für Berufsausbildung - Lehranstalt für Altenpflege eine Kreisbeteiligung. Der Vogelsbergkreis verrechnet keine Kostenanteile für Geschäftsführung und Rechnungsprüfung vom Revisionsamt, so dass hierüber eine Kreisbeteiligung festzustellen ist.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht

Kreditaufnahmen: keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft: keine

In früheren Jahren konnte bei Beendigung von Ausbildungsbereichen vorhandene Investitionsgüter (Einrichtungen, Möbel) dem Vogelsbergkreis kostenfrei zur Nutzung überlassen werden. Diese Investitionsgüter verblieben in den jeweiligen Schulen (Kreisberufsschule Alsfeld und Lauterbach).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Der Verein für Berufsausbildung bietet jährlich durchschnittlich 20 Schulplätze für die qualifizierte Ausbildung in der Altenpflegeschule an. Fast jährlich kann auch für die Altenpflegehelfer/innen Ausbildung angeboten werden. Damit wird sichergestellt, dass Ausbildungsplätze in den Einrichtungen angeboten werden können. Hinzu kommt, dass Nachfrage nach qualifiziertem Personal durch die Altenpflegeeinrichtung gedeckt werden kann. Zusätzlich bietet die Altenpflegeschule Weiterbildung an, so dass vorhandenes Personal der Einrichtungen nachqualifiziert wird. Qualität in der Altenpflege wird damit sichergestellt.

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Aufgrund geringer Fördermöglichkeiten vom Land Hessen können Ausbildungen in gewerblichen Bereichen nicht mehr stattfinden. Der Verein für Berufsausbildung führt somit nur noch die Altenpflegeschule - Lehranstalt für Altenpflege zur Ausbildung von Altenpflegehelfer/innen (1-jährig) und Altenpfleger/innen (3-jährig). Zusätzlich werden Fort- und Weiterbildungskurse angeboten.

Der durchschnittliche Finanzbedarf des Vereins für Berufsausbildung (jährliche Ausgaben) liegt bei rund 420.000,00 €. Die Finanzierung erfolgt im Wesentlichen aus Schulgeldzahlungen des Landes. Der Verein ist zur Zeit noch in der Lage, die jährliche Restfinanzierung aus Rücklagen sicher zu stellen.

Die Lehranstalt für Altenpflege hatte zu Beginn des Jahres 2010 noch 80 Auszubildende Altenpfleger/innen und 24 Auszubildende Altenpflegehelfer/innen in Ausbildung.

Inzwischen sind 6 Altenpfleger/innen und 3 Altenpflegehelfer/in aus dem Ausbildungsverhältnis ausgeschieden.

17 Teilnehmer/innen haben Ende September 2011 die einjährige Ausbildung zur Altenpflegehilfe erfolgreich beendet. Ebenfalls Ende September 2011 beendeten 10 Altenpfleger/innen die dreijährige Ausbildung erfolgreich. Darunter sind 4 Teilnehmer/innen, die vorher die Ausbildung zur Altenpflegehelfer/in absolvierten.

Im Oktober 2011 wurde in den laufenden dreijährigen Kurs 6 Altenpflegehelfer/innen aufgenommen, die die Ausbildung zur Altenpfleger/in fortsetzen.

Anfang Oktober 2011 startete ein neuer Kurs bei der Lehranstalt für Altenpflege. 34 Teilnehmer/innen begannen die 3-jährige Ausbildung zur Altenpfleger/in und 22 Teilnehmer/innen starten die 1-jährige Ausbildung zur Altenpflegehelfer/in.

Im März 2011 begann ein Kurs Qualifikation „Alltagsbegleiter/in mit 23 Teilnehmer/innen. Ein weiterer Kurs konnte im Oktober 2011 mit 16 Teilnehmer/innen starten.

Ausblick:

Obwohl die Schülerzahlen jährlich variieren, ist ein Bedarf an Schulplätzen deutlich erkennbar. Ebenfalls ist die Nachfrage nach Weiterbildung uneingeschränkt vorhanden.

Vogelsberg Consult

Gesellschaft für Regionalentwicklung
und Wirtschaftsförderung mbH

Am Schlossberg 32, 36304 Alsfeld
Tel.: 06631 / 9616-0 - Fax: 06631 / 9616-16
E-Mail: info@vogelsberg-consult.de
Internet: www.vogelsberg-consult.de

Vogelsberg Consult [Gesellschaft für
Regionalentwicklung und
Wirtschaftsförderung mbH]

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Initiierung und Durchführung von Projekten, die durch die Europäische Union gemäß dem LEADER-Programm sowie das Land Hessen durch ergänzende Mittel unterstützt werden, in eigener Regie oder durch Beauftragung von fachkundigen Institutionen und Personen,
- die Initiierung und Begleitung von Innovationsprozessen,
- die Förderung von Existenzgründungen,
- die Förderung und Sicherung des Bestandes an Unternehmen,
- die Förderung von Wachstumsbranchen,
- die Steigerung der Zahl der Ausbildungsplätze,
- die Steigerung der kommunalen Wirtschaftskraft,
- die Mitwirkung am effizienten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente,
- die Erstellung regionaler Analysen und Gutachten,
- die Entwicklung und den Vertrieb von Softwareprodukten

Regionaler Schwerpunkt des Unternehmens ist der Vogelsbergkreis

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Wirtschaftsförderung/Regionalentwicklung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 01/1999 (Verschmelzung DIVO/LEADER)

Anteile in %: 33,0 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Wirtschaftsförderung/Regionalentwicklung

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Landrat Rudolf Marx - stellv. Vorsitzender	Werner Braun - Vorsitzender
Heinz Geißel	Bernd Dickel
Michael Refflinghaus	Günter Sedlak
Matthias Weitzel	Jürgen Akcermann
Dr. Bernd Stumpf	

Die Aufsichtsratsmitglieder erhielten im Geschäftsjahr keine Aufwandsentschädigungen.

Beirat:

Landrat Rudolf Marx (Vors.)	J. Ackermann	Gudrun Huber
Klaus Schönfeld	Bernd Dickel	E. Fauß (stellv. Vors.)
Eva Goldbach	Peter Pilger / Ernst Richter	Hildegard Pollak
Dieter Boß	Erwin Mönning	Kurt Wiegel
Gerda Krömmelbein	Ulrich Roth	Dr. Frank Wendzinski
Margret Jöckel	Dr. Wolfgang Denhöfer	
R.-H. Vollmöller	Armin Müller	

Geschäftsführung: Dipl.-Ing. Thomas Schaumberg

Die Angabe der Bezüge des Geschäftsführers unterbleibt gem. § 286 Abs. 4 HGB.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH
Gründungsdatum: 18.06.1999
Gesellschaftsvertrag: 15.06.1993, zuletzt geändert am 25.06.2007
Handelsregister: Gießen, HRB 5341
Stammkapital: 250.650 €
Beteiligungen: keine

Gesellschafter:

Sparkasse Oberhessen	VR Bank HessenLand eG
Volksbank Lauterbach-Schlitz eG	Volksbank Ulrichstein eG
Volksbank Grebenhain-Crainfeld eG	Spar- und Darlehenskasse Stockhausen eG
Vogelsbergkreis	Wirtschaftsförderung Vogelsberg-Region e.V.
Stadt Alsfeld	Gemeinde Antrifftal
Gemeinde Feldatal	Gemeinde Freiensteinau
Gemeinde Gemünden (Felda)	Stadt Grebenau
Gemeinde Grebenhain	Stadt Herbstein
Stadt Homberg (Ohm)	Stadt Kirtorf
Stadt Lauterbach	Gemeinde Lautertal
Gemeinde Mücke	Stadt Romrod
Stadt Schlitz	Stadt Schotten
Gemeinde Schwalmtal	Stadt Ulrichstein
Gemeinde Wartenberg	

Stammeinlagen

	€	in %
Vogelsbergkreis	82.700,00	33,0
Sparkasse Oberhessen	62.250,00	24,8
Wirtschaftsförderung Vogelsberg-Region e.V.	37.500,00	15,0
VR Bank HessenLand eG	36.500,00	14,6
Volksbank Lauterbach Schlitz eG	19.750,00	7,9
Volksbank Ulrichstein eG	2.500,00	1,0
Volksbank Grebenhain-Crainfeld eG	2.500,00	1,0
Spar- und Darlehenskasse Stockhausen eG	1.000,00	0,4
Stadt Alsfeld	900,00	0,4
Kreisstadt Lauterbach	750,00	0,3
Stadt Schotten	550,00	0,2
Gemeinde Mücke	500,00	0,2
Stadt Schlitz	500,00	0,2
Stadt Homberg/Ohm	400,00	0,2
Gemeinde Grebenhain	250,00	0,1
Stadt Herbstein	250,00	0,1
Gemeinde Freiensteinau	200,00	0,1
Stadt Kirtorf	200,00	0,1
Gemeinde Schwalmtal	200,00	0,1
Stadt Ulrichstein	200,00	0,1
Gemeinde Wartenberg	200,00	0,1
Gemeinde Feldatal	150,00	0,1
Gemeinde Gemünden (Felda)	150,00	0,1
Stadt Grebenau	150,00	0,1
Gemeinde Lautertal	150,00	0,1
Stadt Romrod	150,00	0,1
Gemeinde Antrifftal	100,00	0,0
	<u>250.650,00</u>	<u>100,0</u>

Bilanz des Unternehmens
AKTIVA
PASSIVA

	2011 €	2010 €		2011 €	2010 €
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immat. Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	250.650,00	250.650,00
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	39.775,00	45.742,00	II. Kapitalrücklage	256.163,41	256.163,41
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	36.459,00	42.709,00	III. Verlustvortrag	-159.449,42	-64.414,76
	76.234,00	88.451,00	IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	20.281,09	-95.034,66
II. Sachanlagen				367.645,08	347.363,99
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	24.770,00	28.651,00	B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	115,30	482,02
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.837,00	22.331,00	C. Rückstellungen		
	40.607,00	50.982,00	1. Sonstige Rückstellungen	20.328,41	27.023,70
B. Umlaufvermögen			D. Verbindlichkeiten		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	12.563,47	7.473,19
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	38.804,19	90.791,18	2. Sonstige Verbindlichkeiten	21.943,78	25.664,63
2. Sonstige Vermögensgegenstände	13.184,78	15.863,82		34.507,25	33.137,82
	51.988,97	106.655,00	E. Pass. Rechnungsabgrenzungsposten	11.365,26	13.860,61
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	276.360,01	187.296,56	F. Passive latente Steuern	12.017,00	13.772,60
C. Rechnungsabgrenzungsposten	788,32	1.158,97		445.978,30	435.590,74
D. Aktive latente Steuern	0,00	1.047,21			
	445.978,30	435.590,74			

Gewinn- und Verlustrechnung

	2011 €	2010 €
1. Umsatzerlöse	512.179,49	440.329,67
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	47.731,16
3. Sonstige betriebliche Erträge	3.614,19	8.143,78
- davon Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen: € 366,72 (i.V. € 435,77)		
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	95.027,90	73.809,45
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	421.213,67	469.815,41
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	91.147,34	105.967,37
- davon für Altersversorgung € 243,12 (i.V. € 486,24)		
	512.361,01	575.782,78
6. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	25.561,36	22.374,72
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	196.724,04	238.970,77
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.680,40	776,09
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	677,07	903,43
	828.670,98	911.065,06
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-312.877,30	-414.860,45
11. außerordentliche Erträge	332.500,00	332.500,00
12. außerordentliches Ergebnis	332.500,00	332.500,00
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-658,39	12.674,21
14. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	20.281,09	-95.034,66

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 10,5 Vollzeitstellen (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Dienstleistungsvertrag November 2004 bis 31.12.2011:

jährlicher Zuschuss 332.500 €

Zusatzvertrag DSL November 2011, Laufzeit 01.01.2011 bis 31.12.2012:

jährliche Kosten 75.000 €

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Siehe Lagebericht

Ertragslage des Unternehmens:

Jahresüberschuss 20.281,09 €

Kreditaufnahmen:

keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:

keine

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:

Stammeinlage VBK 33 % =
82.700 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Die Vogelsberg Consult ist in den im Unternehmensgegenstand genannten Bereichen erfolgreich tätig.

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011

Die Vogelsberg Consult GmbH behielt auch im abgelaufenen Jahr ihre strategische Ausrichtung bei. Im Bereich Regionalmanagement setzt sie auf Partizipation und Einbindung regionaler Akteure, während sie im Bereich Wirtschaftsförderung unternehmensnahe Dienstleistungen ins Zentrum stellt. Beide Linien haben sich bewährt.

Das Jahresergebnis und das Budget 2011

Das Budget der Vogelsberg Consult GmbH (Personal- und Materialaufwand, sonstige betriebliche Aufwendungen, Abschreibungen und Steuern) betrug im Jahr 2011 rd. 829.693 € (Vorjahr: 924.515 €). Darin enthalten sind Leistungen des Gesellschafters Vogelsbergkreis

im Jahr 2011 in Höhe von 332.500 € (Vorjahresbetrag: 332.500 €), die zur Abdeckung des negativen Betriebsergebnisses geleistet worden sind. Nahezu 512.179 € (Vorjahr: 440.329 €) hat die Vogelsberg Consult GmbH durch Unternehmensberatungen, Projektaufträge sowie akquirierte Projektmittel selbst erbracht. Im Geschäftsjahr 2011 ist ein Gewinn von 20.281 € ausgewiesen.

Die Gesamtleistung konnte im Vergleich zum Vorjahr um rd. 24.200 € (= + 5,0 %) gesteigert, der Personalaufwand um 63.400 € (= - 11,0 %) gesenkt werden. Auch der sonstige betriebliche Aufwand konnte von rd. 239.000 € auf 197.000 € reduziert werden. Die Liquidität des Unternehmens war in 2011 durchgehend sichergestellt.

Aus den Leistungen des Gesellschafters Vogelsbergkreis, die vertraglich bis Ende 2015 vereinbart worden sind, bestreitet die Vogelsberg Consult GmbH die Finanzierung der entgeltfreien Grundberatung für GründerInnen und Unternehmen, der Veranstaltungskosten (Informationsveranstaltungen, Tagungen), die Kofinanzierung für Qualifizierungsmaßnahmen, die Fördermittelakquise für die Region Vogelsberg sowie Projektentwicklungen und -umsetzung der Vorhaben aus dem Regionalen Entwicklungskonzept. Die Art der Dienstleistungen der Vogelsberg Consult GmbH ist im Vertrag mit dem Vogelsbergkreis beschrieben.

Ausblick:

Der Blick in die Zukunft

Die Auftragslage für 2012/2013 ist aufgrund der laufenden durch das HMWVL kofinanzierten Projekte Qualifizierungsoffensive VI, Fit² und Verpackungscluster Mittelhessen gut. Hinzu kommt der Auftrag des Vogelsbergkreises (Laufzeit bis Ende 2012), die Breitbandgrundversorgung der Bürgerinnen und Bürger zu koordinieren sowie den Ausbau eines Hochleistungsnetzes zu planen.

Die für 2012 geplanten Umsatzerlöse aus input+ werden wir nach derzeitigem Stand erreichen. Derzeit stehen wir in Verhandlungen mit zwei größeren Kunden. Wenn es gelingt, diese beiden Projekte in 2012/2013 erfolgreich zum Abschluss zu bringen, ist mit einem weiteren positiven Deckungsbeitrag für 2012 zu rechnen.

Insgesamt rechnen wir daher mit einem positiven Jahresergebnis 2012. Nach derzeitigem Stand gehen wir zudem davon aus, dass es gelingen wird, die Vorhaben Qualifizierungsoffensive VII und Verpackungscluster Mittelhessen - kofinanziert durch das Wirtschaftsministerium - um weitere zwei bzw. drei Jahre (bis 12/2014 bzw. 7/2015) fortzuführen. Der Vertrag mit dem Vogelsbergkreis wurde im Verlauf des Jahres 2011 überarbeitet und im November 2011 für den Zeitraum 2012 bis 2015 verlängert. Darüber hinaus beauftragte der Vogelsbergkreis die Vogelsberg Consult GmbH mit den Projekten „Breitbandgrundversorgung für die Vogelsberger Bevölkerung“ und Planung für den kabelgebundenen Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur (Next Generation Access).

Beratungsangebot

Das Beratungsangebot der Vogelsberg Consult GmbH umfasst Existenzgründungsberatung und -coaching, Finanzierungs- und Fördermittelberatung, Unternehmenssicherungsberatung sowie Ausbildungs- und Qualifizierungsberatung. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Rückgang bei den Existenzgründungsberatungen zu verzeichnen; der Grund dafür dürfte in der Erholung des Arbeitsmarktes liegen.

Qualifizierungsoffensive Vogelsberg - Aktivitäten der Vogelsberg Consult GmbH im Förderprogramm QuIT - Qualifizierungsbeauftragte 2011

Im Rahmen des Programms „Verbesserung der Qualität, Information und Transparenz in der beruflichen Bildung (QuIT) - Qualifizierungsbeauftragte“ sollen kleine und mittlere Unternehmen und deren Beschäftigte für den Nutzen und die Möglichkeiten der kontinuierlichen beruflichen Weiterbildung sensibilisiert werden.

Die Finanzierung basiert auf Mitteln der Europäischen Union, des HMWVL und der Vogelsberg Consult GmbH.

Mit Bewilligungsbescheid vom 2. September 2010 wurde der Folgeantrag der Vogelsberg Consult GmbH für den Zeitraum 01.07.2010 bis 31.12.2012 positiv beschieden. Inhaltlich wurde die Arbeit im Anschluss an die erste Jahreshälfte fortgeführt.

Sicherung des Fachkräftenachwuchses: „Fit²“

Das von der Vogelsberg Consult GmbH entwickelte Konzept Ausbildungsförderung in regionaler Verantwortung hat das Leitziel „Sicherung des Fachkräftenachwuchses der heimischen Wirtschaft“. Für die Laufzeit 10/2010 bis 9/2014 werden wir uns in einem Modellvorhaben des Hess. Wirtschaftsministeriums folgender Fragestellung widmen: Der demografische Wandel bewirkt, dass sich eine zunehmende Anzahl von KMU im ländlichen Raum der Ausbildung „schwieriger“ Jugendlicher stellen muss. Darauf sind sie nur unzureichend vorbereitet. KMU sollen in die Lage versetzt werden, mit hauseigener Kompetenz „schwierige“ Jugendliche sicher zum erfolgreichen Abschluss der beruflichen Erstausbildung zu führen.

Verpackungscluster Mittelhessen

Der Vogelsbergkreis und die Region Mittelhessen verfügen über eine außergewöhnliche Konzentration von Unternehmen rund um das Thema Verpackung. Das Spektrum reicht von ganz kleinen Betrieben bis zu „Global Players“. Durch die Initiierung und den Aufbau eines Clusters in diesem für Mittelhessen wichtigen Industriezweig kann die Wertschöpfung in den zugehörigen Unternehmen erhöht werden, die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und letztlich mehr Beschäftigung aufgebaut werden. Die Vogelsberg Consult GmbH hat sich mit dem Verpackungscluster am 1. Hessischen Clusterwettbewerb beteiligt und ist für ihren Beitrag vom Hessischen Wirtschaftsminister ausgezeichnet worden. Im Rahmen der Umsetzungsphase (9/2009 bis 8/2012) sind bereits über 15 Unternehmen der Initiative beigetreten.

Hessenweite Einbindung

Die Vogelsberg Consult GmbH arbeitet in verschiedenen Arbeitsgruppen des Vereins Mittelhessen mit (AG der mittelhessischen Wirtschaftsfördereinrichtungen, AK Bildung). Darüber hinaus vertritt sie die Hessischen LEADER-Regionen im EFRE - Begleitausschuss des Landes Hessen, der beim HMWVL angesiedelt ist sowie im ELER - Begleitausschuss des HMULV.

Im Rahmen der mittelhessischen Aktivitäten waren wir im Arbeitskreis der mittelhessischen Wirtschaftsfördereinrichtungen an der Vorbereitung der verschiedenen Standortmarketingmaßnahmen beteiligt, darunter die Teilnahme an der EXPO REAL in München im Oktober 2011 zum mittlerweile siebten Mal.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Mit dem Geschäftsführer waren am 31.12.2011 bei der Vogelsberg Consult GmbH insgesamt 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Die Vogelsberg Consult GmbH stellt Arbeitsplätze für 6 Vollzeit-, 6 Teilzeit- und 2 geringfügig Beschäftigte zur Verfügung. Umgerechnet sind es insgesamt 10,5 Vollzeitstellen. Ein Arbeitsverhältnis ist befristet, angepasst an die Laufzeiten des jeweiligen Projektes.

Insgesamt hat das Team im Jahr 2011 rund 74 Veranstaltungen geplant und durchgeführt. Durch ihr gleichbleibend großes Engagement gewährleisteten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die hohe Qualität der Dienstleistungen für die heimischen Unternehmen.

Region Vogelsberg Touristik GmbH

Vogelsbergstr. 137a, 63679 Schotten
Tel.: 06044 / 96 48 48 - Fax: 06044 / 96 48 49
E-Mail: info@vogelsberg-touristik.de
Internet: www.vogelsberg-touristik.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

- der Aufbau eines Servicecenters für Touristen,
- die Vermarktung, Präsentation und Positionierung der Region und ihrer Angebote,
- die Einrichtung einer Koordinations-, Informations- und Beratungsstelle für Gastronomie und touristische Anbieter,
- die Förderung der regionalen Kooperation,
- die Moderation regionaler Interessengruppen,
- die Entwicklung und Verbesserung von Tourismusprodukten und die Angebotskoordination,
- die Entwicklung einer Dachmarke Vogelsberg,
- das Anbieten spezifischer Dienstleistungen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Touristische Vermarktung der Region
Steigerung Brutto-Inlands-Produkt

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: Gründung 2001

Anteile in %: 23,57 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Das Unternehmen hat keine rein betriebswirtschaftliche Ausrichtung.

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Vogelsbergkreis	Landrat Rudolf Marx - Vorsitzender
Wetteraukreis	Landrat Joachim Arnold - stellv. Vorsitzender
Städte/Gemeinden Vogelsbergkreis	Bgm. Manfred Dickert
Kreis Gießen	Landrätin Anita Schneider
Städte/Gemeinden Wetteraukreis	Bgm. Freddy Kammer
Städte/Gemeinden Landkreis Gießen	Bgm. Peter Klug
IHK Gießen-Friedberg	Geschäftsführer Dr. Frank Wendzinski
HOGA Vogelsbergkreis	1. Vorsitzender Ulrich Roth
Pro Vogelsberg Touristik e.V.	1. Vorsitzender Hubert Straub
VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen	Geschäftsführer Armin Klein

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

Die Gesellschaft trägt lediglich die Kosten für die Aufsichtsratssitzungen. Hierfür sind im Berichtszeitraum 667,44 € (i.V. 387,08 €) angefallen.

Geschäftsführung: Frau Uta Nebe, Dipl.-Betriebswirtin

Die Angabe der Bezüge der Geschäftsführerin unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	GmbH
<i>Gründungsdatum:</i>	19.12.2001
<i>Gesellschaftsvertrag:</i>	19.12.2001, zuletzt geändert am 19.11.2008
<i>Handelsregister:</i>	Friedberg, HRB 5746
<i>Stammkapital:</i>	144.250 €
<i>Beteiligungen:</i>	keine

Gesellschafter:

Gesellschafter	Stamm- einlage €
Vogelsbergkreis	34.000,00
Wetteraukreis	21.250,00
Kreis Gießen	10.000,00
Gemeinde Antrifttal	250,00
Stadt Birstein	500,00
Gemeinde Feldatal	500,00
Gemeinde Freiensteinau	1.000,00
Gemeinde Gemünden (Felda)	250,00
Gemeinde Grebenhain	5.500,00
Stadt Herbstein	4.000,00
Stadt Homberg/Ohm	2.000,00
Stadt Kirtorf	250,00
Kreisstadt Lauterbach	4.000,00
Gemeinde Lautertal	250,00
Stadt Romrod	250,00
Stadt Ulrichstein	3.250,00
Stadt Schlitz	1.500,00
Stadt Schotten	3.000,00
Gemeinde Schwalmtal	250,00
Gemeinde Wartenberg	250,00

Gesellschafter	Stamm- einlage €
Stadt Laubach	4.500,00
Stadt Gedern	2.750,00
Gemeinde Hirzenhain	250,00
Gemeinde Echzell	250,00
IHK Gießen-Friedberg	2.500,00
HoGa Hotel- und Gaststättenverband Vogelsberg e.V.	2.500,00
Pro Vogelsberg Touristik e.V.	1.500,00
Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO)	3.000,00
Main-Kinzig-Kreis	5.000,00
Stadt Alsfeld	5.000,00
Gemeinde Glauburg	250,00
Stadt Nidda	12.750,00
Gemeinde Ranstadt	250,00
Bauernhof und Landurlaub in Hessen e.V..	1.500,00
Stadt Hungen	1.000,00
Stadt Grünberg	4.500,00
Stadt Ortenberg	1.000,00
Stadt Büdingen	3.250,00
Stadt Grebenau	250,00

Bilanz des Unternehmens
AKTIVA
PASSIVA

	2011 €	2010 €		2011 €	2010 €
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immat. Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	144.250,00	144.250,00
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten	5,00	5,00	II. Gewinnvortrag	6.090,82	33.877,19
			III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	22.188,00	-27.786,37
				172.528,82	150.340,82
II. Sachanlagen			B. Rückstellungen		
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.667,00	11.504,00	1. Sonstige Rückstellungen	30.790,62	17.567,16
B. Umlaufvermögen			C. Verbindlichkeiten		
I. Vorräte			1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	2.650,00
1. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistunge	0,00	1.275,00	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.907,05	6.721,82
2. Fertige Erzeugnisse und Waren	1.657,42	7.095,48	3. Sonstige Verbindlichkeiten	2.464,15	2.749,89
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				10.371,20	12.121,71
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.400,51	798,26			
2. Sonstige Vermögensgegenstände	5.494,60	2.331,36			
III. Kassenbestand, Bundesbank-, guthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	188.074,87	156.018,19			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5.391,24	1.002,40			
	213.690,64	180.029,69		213.690,64	180.029,69

Gewinn- und Verlustrechnung

	2011 €	2010 €
1. Umsatzerlöse	207.530,84	131.823,59
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-1.275,00	-50,00
3. Gesamtleistung	206.255,84	131.773,59
4. Sonstige betriebliche Erträge	285.747,21	289.078,96
5. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	17.581,08	14.957,59
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	142.169,65	86.315,63
	159.750,73	101.273,22
6. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	127.724,15	135.478,28
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	29.161,45	30.925,03
	156.885,60	166.403,31
7. Abschreibungen	3.837,00	3.174,31
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	152.029,23	180.292,11
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.040,46	2.903,13
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8,95	19,30
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	22.532,00	-27.406,57
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	-0,20
13. Sonstige Steuern	344,00	380,00
14. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	22.188,00	-27.786,37

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 4 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Lt. Dienstleistungsvertrag:</i>	Zuschuss 80.874,00 €
<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft</i>	Stammeinlage 23,57 % = 34.000 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Verbesserung der touristischen Infrastruktur.
Touristische Vermarktung der Region.

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes

Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Branche

Der Deutschlandtourismus ist eine Querschnittsbranche. Das Besondere des Dienstleistungssektors Tourismus ist, dass seine Arbeitsplätze nicht exportierbar sind.

Der Inlandstourismus und dabei insbesondere Kurzurlaube und Tagesausflüge sind die relevanten Größen für die Freizeitregion Vogelsberg. Deutschland ist das Land mit dem größten Inlandsanteil im Übernachtungstourismus in Europa. Daran hat sich auch in 2011 nichts geändert. Selbst im Urlaubs-Reisekalender der Deutschen steht Deutschland auf Platz eins. Nach stagnierenden Jahren konnte die Tourismuswirtschaft im Jahr 2011 wieder Wachstum verzeichnen. Im Übernachtungstourismus haben besonders die Städtereisen zugelegt, während die Urlaubsregionen, ob an der See oder im Gebirge, nur ein leichtes Wachstum verzeichnen konnten. Trotz unsicherer Prognosen angesichts der europäischen Schuldenkrise, wird nicht erwartet, dass die inländischen Konsumenten beim Reisen sparen werden (DTV: Zahlen - Daten - Fakten, Ausgabe April 2012).

Im Bereich der Tagesausflüge liegen kaum aktuelle bzw. belastbare Daten vor. Anzunehmen ist, dass der anhaltend hohe Spritpreis die Lust zum Ausflug bremst. Insgesamt sollte dieses „Megasegment“ nicht unterschätzt werden.

Gemessen am Gesamtvolumen hat der Urlaubstourismus in der Region Vogelsberg gegenüber dem Tagestourismus weniger Gewicht, auch wenn seine Bedeutung zunimmt. Die Übernachtungsintensität (Übernachtungen auf 1000 Einwohner auf Grundlage der amtlichen Statistik) weist mit 3340 einen relativ geringen Wert aus. Sie belegt die geringe Bedeutung des Urlaubstourismus in der Destination Vogelsberg im Vergleich zu anderen Destinationen in Hessen. Ein großer Teil der in der amtlichen Statistik ausgewiesenen Übernachtungen ist zudem dem Geschäftsreiseverkehr und Aufhalten in Rehakliniken zuzuschreiben. Unter den anderen, ausnahmslos Bundesländerübergreifenden Destinationen in Hessen, weisen lediglich das Lahntal (2573) und der Westerwald (2317) eine geringere Übernachtungsintensität aus, während für die Rhön als Nachbarregion mit ähnlichem Landschaftsprofil eine Übernachtungsintensität von 9.300 belegt ist.

Insbesondere vor dem Hintergrund der Lage der Region Vogelsberg vor den Toren des Rhein-Main-Ballungsraumes mit rund 5 Millionen Einwohnern und hoher Kaufkraft, birgt der Tagestourismus ein großes Potential. Aus diesem Grund sind die von der Organisation aufgelegten Printmedien und auch die Webseiten mit detaillierten Informationen angereichert, um dem Nutzer Hilfestellung für den Tagesausflug zu geben. Die Optimierung der Homepage durch eine interaktive Karte, in der Wege mit Sehenswürdigkeiten, Gastronomie und Unterkünften verknüpft werden, wie auch die Optimierung für mobile Endgeräte, sind Ziele in diesem Sinne, die verfolgt werden. Konsequenterweise ist insofern auch die weitgehende Konzentration der aktivierenden Werbung auf den Quellmarkt Rhein-Main. Für die Städte mit ihren mittelalterlichen Stadtkernen haben Tagesausflüge von Gruppen großes Gewicht. In 2011 wurden Angebote für dieses Segment aufbereitet und ein Direktmailing an ca. 3000 Adressen in Hessen gemeinschaftlich organisiert.

Die Rahmenbedingungen für die Tourismuswirtschaft in der Destination Vogelsberg haben sich nicht grundlegend geändert. Die Landespolitik misst der Tourismuswirtschaft eine untergeordnete Bedeutung bei. Die Tourismusförderung ist weit geringer als in anderen Bundesländern. Um auf dem Weg hin zu einer flächendeckenden Infrastruktur für den Aktivtouristen (Wander-/Radwegeinfrastruktur etc.) voranzukommen, fehlte in den vergangenen Jahren ein regionales Management. Die Kreise haben diese Verantwortung unterschiedlich wahrgenommen. Positiv ist das aktuelle Bewusstsein für diese Situation. Neuinvestitionen der Privatwirtschaft, die zudem zeitverzögert einsetzen, fehlen deshalb weitgehend. Zwar ist die Zahl der geöffneten Unternehmungen, zu denen auch Campingplätze und Wohnmobilstellplätze zählen, laut Statistik um vier Betriebe von 204 im Jahr 2008 auf 208 im Jahr 2011 gestiegen, jedoch sank die Zahl der angebotenen Schlafgelegenheiten im gleichen Zeitraum von 12.180 auf 11.900. Ein Sinken der durchschnittlichen Betriebsgröße ist kein Indikator für Wachstum und Professionalisierung im Sinne der Regionalentwicklung. Insofern stagnieren die Übernachtungen in den gewerblichen Betrieben ab neun Betten seit drei Jahren und lagen im Jahr 2011 bei 330.500 Ankünften und 867.400 Übernachtungen bei einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 2,6 Tagen.

Am Boom der Städtereisen kann die Destination strukturbedingt nicht partizipieren.

In 2011 eröffnete das neue Landesmuseum „Keltenwelt am Glauberg“, mit dem Hoffnungen auf eine positive Entwicklung verbunden sind. Das Museum verzeichnete in den ersten 12 Monaten über 80.000 Besucher und hat damit ganz sicher dem Tagestourismus Wachstum verschafft.

Der Klimaindex zeigt laut der IHK-Konjunkturumfrage zum Beginn des Jahres 2012 für die Region weniger positive Ausschläge als im restlichen IHK-Bezirk. Allerdings ist die Stimmung besser als zu Beginn des Jahres 2011.

Im Spannungsfeld sinkender Einwohnerzahlen, die viele kleine Gemeinden unter die magische Grenze von 3.000 sinken ließen, finanzieller Lasten und Daseinsvorsorge für die Bevölkerung, ist es das Ziel unserer Organisation die Tourismuswirtschaft - als eine der wenigen Branchen mit Entwicklungsmöglichkeit - ins Blickfeld zu rücken. Die Unsicherheit bei der Überplanung der Region mit Windkraftträgern wirkt sich dabei lähmend aus.

Geschäftsverlauf der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2011 wurde die erfolgreiche Arbeit des Jahres 2010 fortgesetzt mit einer hohen Präsenz auf den wichtigsten Quellmärkten. Die Werbekampagne (Road Show) mit dem mobilen Werbestand wurde mit 35 Einsatztagen im Jahr 2011 fortgesetzt. An der Aktion beteiligen sich 11 Kommunen mit einem unterschiedlichen Volumen (22 bzw. 35 Einsatztage).

In Kooperation mit den Kollegen in der Hessischen Rhön, Hersfeld-Rotenburg und im Main-Kinzig-Kreis wurden Marketingaktionen für den BahnRadweg Hessen umgesetzt. Beispiele sind eine redaktionelle Serie über vier Ausgaben in der Fachzeitschrift „aktivRadfahren“ oder die Beteiligung an den Aktivitäten der DZT im Rahmen von „Deutschland per Rad entdecken“.

Der Urlaubskatalog wurde mit einem Umsatz von gut 60.000 € neu aufgelegt und wird zusätzlich als Online-Blätternversion genutzt. Schotten und Nidda haben sich mit umfangreichen Seiten an dem Katalog beteiligt und verzichten auf eine eigene Imagebroschüre. Im Frühjahr wurde in hoher Auflage eine Faltkarte produziert, die über verschiedene Trägermedien im Ballungsraum Rhein-Main gestreut wurde. Das Projekt konnte weitgehend durch Anzeigenbeteiligungen finanziert werden. Insbesondere durch Auflage dieser beiden Produkte haben sich die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr stark erhöht.

Die Frequenz auf den Webseiten www.vogelsberg-touristik.de und www.vulkanradweg.de ist nach wie vor hoch. Der Weg, eine dezentrale Pflege der Daten zu organisieren, wurde beschritten. Zusammen mit dem Partner Secra/Agentur für Kommunikation und Software aus Neustadt wurde eine Destinationslösung für eine zeitgemäße Darstellung der Unterkünfte auf der Homepage der Region realisiert. Einmal und dezentral bei den Kommunen gepflegt, ist die selektive Darstellung der Vermieter auf den kommunalen Webseiten sowie auf Themenseiten (z.B. der des Vulkanradweges) möglich. Dem Nutzer stehen umfangreiche Suchoptionen zur Verfügung. Der Vermieter hat die Option, über einen Belegungskalender Vakanzen anzeigen zu lassen oder sich auf ein Online-Buchungssystem, über das seine

Kapazitäten buchbar sind, zu verlinken. Das System stellt Statistiken zur Verfügung, die als Controllinginstrument genutzt werden können. Die Kommunen Lauterbach, Schlitz, Herbstein, Ulrichstein, Gedern, Birstein, Schotten und Nidda pflegen bereits die Unterkunftsdaten der Betriebe im Gemeindegebiet, verbunden mit der Nutzung der Daten für die eigene kommunale Webseite. Mit den Kollegen und Kolleginnen aus den Touristorganisationen dieser Kommunen sind wir intensiv im Gespräch, mit dem Ziel, dieses auf die Infrastrukturdaten (Sehenswürdigkeiten, Gastronomie) auszuweiten. Mehrfach wurde zu Treffen eingeladen, in dem das zukünftige System vorgestellt und diskutiert wurde. Vereinbart wurde eine Umwandlung der Einzellizenzen in eine Generallizenz (Flatrate) für die Nutzung des Systems der „Optimalen Präsentation“ der Firma Secra. Die Flatrate wird gemäß dem Volumen der Einträge umgelegt. Beim aktuellen Volumen sind damit ab 2012 Einsparungen von mehr als 30% verbunden mit der Option zusätzliche Module kostenfrei zu nutzen. Alle Kollegen und Kolleginnen aus den Touristorganisationen der anderen Kommunen in der Destination wurden aufgefordert, sich zu beteiligen.

Das Anfragevolumen nach Prospekten, Wander- und Radkarten blieb auf dem hohen Niveau des Vorjahres von ca. 6000 Anfragen. Der Prozentsatz der Bestellungen mit kostenpflichtigen Rad- und Wanderführern nahm dabei zu, was als Zeichen für konkrete Reiseabsichten gewertet werden kann.

Die Arbeit mit der Anbieterkooperation am Vulkanradweg wurde intensiviert. Die kulinarische Woche „Apfel küsst Knolle“ im September wurden auf zwei Wochen verlängert. Optisch und inhaltlich wurde die Aktion durch Produkte des Sponsors Hassia unterstützt. Vorab fand eine Exkursion zu einem beispielgebenden Gastronomiebetrieb statt, der den Apfel thematisch in allen Facetten als Thema umgesetzt hat. Es wurde eine Bestandsaufnahme der Infrastruktur am Vulkanradweg durchgeführt, Mängel aufgezeigt und Optimierungsvorschläge gemacht. Die Zweckverbände und Kommunen am Vulkanradweg erneuerten die Verträge mit der Organisation über Dienstleistung und ein koordiniertes Marketing für den Vulkanradweg mit einer Laufzeit bis 2014.

Die Umsatzerlöse gliedern sich in folgende Bereiche (Angaben in TEUR):

Marketing:

Einnahmen und Sponsoringgelder für Koordination und Vermarktung des Vulkanradweges/BahnRadweg:	47,5*	(Vorjahr 52,9*)
Wandermarketing, Vogelsberger Extratouren:	7,5	(Vorjahr 7,5)
Anzeigen und Einträge in Broschüren, Webseite etc.:	96,6	(Vorjahr 15,4)
AG Lammwochen/Wildwochen:	5,5	(Vorjahr 4,7)
Anschließerbeteiligung an Infoständen:	13,5	(Vorjahr 14,5)
Road Show**:	14,8	(Vorjahr 13,5)

Service und Dienstleistung:

Erlöse Eigenveranstaltung: Führungen	1,3	(Vorjahr 1,7)
Umsätze Handelsware, Prospektversand etc.:	16,2	(Vorjahr 18,7)
Sonstiges	4,6	(Vorjahr 2,9)
Gesamt:	207,5	(Vorjahr 131,8)

* dem Betrag gegenzurechnen sind Kofinanzierungsmittel von 8,9 TEUR (2010) und 7,5 TEUR (2011), die an den Vogelsbergkreis zurückflossen.

** zusätzlich standen 22,4 TEUR Fördermittel im Jahr 2010 und 21,0 TEUR Fördermittel in 2011 und zur Verfügung

Als Profitcenter wird das Marketing des Vulkanradweges budgetiert. Die Umsätze setzen sich wie folgt zusammen: 6,0 TEUR € vertraglich gebundene Betriebe (Anbieterkooperation), 14,0 TEUR € Zweckverbände und weitere Kommunen am Vulkanradweg, 12,0 TEUR Hassia als Sponsor, 2,9 TEUR Refinanzierung des Flyers durch Anzeigen und Einträge, 12,6 TEUR erbrachte Koordinations-Dienstleistung für das Projekt BahnRadweg Hessen. Enthalten sind 7,5 TEUR Kofinanzierung für genannte Dienstleistung.

Die sonstigen Umsatzerlöse setzen sich zusammen aus Einnahmen für Seminarteilnahmen und Erlöse, die nicht regelmäßig anfallen, wie z.B. Erstattungen von Versicherungen. Im Jahr 2011 wurden hier auch die Beteiligungen des Vereins Bonifatius-Route an dem PR-Wanderevent „5-Wochen 5-Trails“ und die der IHK am Workshop zur Strategieentwicklung gebucht.

Die Region Vogelsberg Touristik GmbH steht mit ihren Aufgaben im Spannungsfeld zwischen Destinationsmanagement als Teil der Regionalentwicklung und Marketingorganisation. Kreisübergreifend werden Mittel der Gesellschafter gebündelt, um gemeinsam die Themen und Produkte der Partner am Markt zu platzieren. Seit Gründung der Organisation sind die Professionalisierung und der Organisationsgrad in den kommunalen Tourist-Informationen vorangeschritten. Die Schere im Bereich der Professionalisierung zwischen den kleinen, nicht organisierten Kommunen, und den größeren Kommunen mit Tourist-Information hat sich dadurch weiter geöffnet. Dies könnte sich ändern, wenn sich die kleinen Kommunen untereinander oder im Verbund mit größeren Kommunen zu interkommunalen Arbeitsgemeinschaften (TAGs) zusammenschließen würden. Die Aufgaben, themenorientiert Infrastruktur und Produkte gemäß den Entwicklungszielen zu entwickeln und nachhaltig zu managen, wurde und wird ungenügend wahrgenommen. Eine regionale Koordination bzw. klare Aufgabenzuordnung für touristische Infrastruktur fehlt weitgehend.

Insbesondere vor diesem Hintergrund, dem der demographischen Entwicklung und den Chancen als - Nutzen stiftende - Freizeitregion vor den Toren des Ballungsraumes Rhein-Main, setzt sich die Organisation für die Erarbeitung eines tragfähigen Konzeptes der Tourismusentwicklung als Teil der Regionalentwicklung ein, das von allen Gesellschaftern mit getragen wird. Die Optimierung der Kommunikations- und Organisationsstrukturen war bereits im Rahmen der Gesellschafterversammlung im November 2010 Thema. Im Jahr 2011 setzte der Aufsichtsrat eine Projektarbeitsgruppe ein, die sich mit der Neuausrichtung des Tourismus und der Tourismusstrukturen befasst hat. Am 22.2.2012 wurde in einem Workshop die weitere Vorgehensweise erarbeitet. An diesem Termin nahm auch der Aufsichtsrat der Organisation teil.

Der Handlungsdruck, die Abwägung und die Ergebnisse wurden den Gesellschaftern am 3. April durch die begleitende Agentur PROJECT M GmbH dargestellt: Empfohlen werden die Erweiterung der Destination um den Naturraum der Wetterau sowie ein ca. eineinhalb jähriger Prozess zur Erarbeitung eines tragfähigen, abgestimmten und kommunizierten Entwicklungskonzeptes, das Infrastruktur, Produkte, Marketing und Kommunikationsstrukturen einschließt. Der Prozess gliedert sich in folgende Arbeitsschritte:

1. Tourismuskonzept

Arbeitsschritt 1: Tourismusstrategie

- Markenprofil der Destination Vogelsberg - Wetterau
- Zielgruppen-, Themen- und Zielmarktportfolio
- Marketing-Mix: Vermarktung & Vertrieb, Angebot & Produkt
- grundlegendes Infrastrukturkonzept

Arbeitsschritt 2: Maßnahmenplanung

- qualifizierte Maßnahmen-/ Projektliste (Priorität, Kosten, Zuständigkeiten, usw.)
- Ableitung von bis zu zehn durchfinanzierten Leitprojekten zur zügigen Schaffung von sichtbaren und spürbaren Ergebnissen für Touristen und Tourismusakteure.

2. Organisationskonzept

Arbeitsschritt 3: Aufgabenstruktur und Aufgabengliederungsplan

- Inhaltliche Grundlagen: Klärung der Aufgaben durch Beseitigung inhaltlicher Differenzen
- Aufgabenverteilung: klare und verbindliche Definition der Aufgaben auf allen Ebenen (Destination, Kreise, lokale Ebene/TAGs, Anbieter, Schutzgebiete)
- Arbeitsgremien: Einsetzung von fachlich-inhaltlichen Arbeitsgremien (Fachbeirat) zur operativen Aufgabenabstimmung
- Ausstattung: Passung von Aufgaben und Ressourcen / Mitteln auf allen Ebenen
- Einbindung der lokalen Ebene in Entscheidungs- und Abstimmungsprozesse für die einzelnen am Tourismus beteiligten Ebenen.

Arbeitsschritt 4: Businessplan für die künftigen Destinationsmanagement- und Destinationsmarketing-Organisation.

- Mögliche Veränderungen der Gesellschafterstrukturen (Rechtsform, Gesellschafter, Organe, Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte)
- Organigramm, Abteilungs-/Stellenplan, Personalplan
- Budgetplanung (Personalkosten, Sachkosten, Marketingkosten, Einnahmen)
- mögliche Finanzierungsschlüssel und Finanzierungsformen
- Klärung fachjuristischer Fragestellungen
- Schnittstellen zu den Strukturen und Akteuren der anderen touristischen Ebenen

Arbeitsschritt 5: Umsetzungsplanung

Dazu soll eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden, die unter Begleitung einer externen Prozessmoderation arbeitet und fachspezifisch weiteres Know How einbindet.

Die Effizienz des Region Vogelsberg Touristik GmbH wird entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, zeitnah ein von allen Gesellschaftern unterstütztes Konzept zu erarbeiten, als dessen Ergebnis ein System entsteht mit Aufgabenverantwortung und Zuordnungen, die ineinander greifen.

II. Darstellung der Lage

Die steuerpflichtigen Umsätze betragen im Berichtsjahr Euro 207,5 TEUR (Vorjahr Euro 131,8 TEUR). Die Summe der umsatzsteuerfreien Zuschüsse der Gesellschafter betrug Euro 259,5 TEUR und blieb auf Grund der Struktur der Dienstleistungsverträge gegenüber dem Vorjahr gleich. 44% (Vorjahr 34%) des Gesamtumsatzes von Euro 466,9 TEUR (Vorjahr: Euro 391,3 TEUR) waren damit steuerpflichtig.

Kennzahlen der Vermögenslage:

Eigenkapital (TEUR):	172,5	(Vorjahr 150,3)
Anlagevermögen (TEUR):	7,7	(Vorjahr 11,5)
Umlaufvermögen inkl. RAP (TEUR):	206,0	(Vorjahr 168,5)
Bilanzsumme (TEUR):	213,7	(Vorjahr 180,0)
Umsatzerlöse aus in Rechnung gestellten Leistungen (TEUR)	207,5:	(Vorjahr 131,8)
Erträge aus Dienstleistungsverträgen mit kommunalen Gesellschaftern (TEUR)	259,5	(Vorjahr 259,5)
Eigenkapitalquote (%):	80,7	(Vorjahr 79,8)
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (TEUR):	22,2	(Vorjahr -27,8)
Finanzergebnis (TEUR):	3,0	(Vorjahr 2,9)
Personalintensität (%) Personaleinsatz/Gesamtleistung:	31,8	(Vorjahr 39,7)
Abnutzungsgrad (%):	89,2	(Vorjahr 83,8)

Wirtschaftlich gesehen schloss die Gesellschaft das Geschäftsjahr 2011 mit einem Jahresüberschuss von 22,2 TEUR ab (Vorjahr: - 27,8 TEUR). Ein Jahresüberschuss ist nicht Ziel des Unternehmens, sondern die effiziente Nutzung der vorhandenen Ressourcen. Insofern wird mit einer Übertragung des Jahresüberschuss auf neue Rechnungen gerechnet. Der Überschuss bewirkt die Erhöhung des Eigenkapitals auf der Passivseite der Bilanz. Er ist insbesondere der Tatsache zuzuschreiben, dass die Leistungen mit weniger Personal realisiert wurden, als geplant, und es auch in 2011 keine Erhöhung der Gehälter gab. Das Verhältnis des Personalaufwands zur Gesamtleistung (Personalintensität) hat sich verringert und somit positiv entwickelt. Insgesamt wurde mehr umgesetzt als geplant, was sich einerseits auf der Kostenseite und in gleichem Maße auf der Einnahmenseite ausgewirkt hat. So wurden an mehr Terminen und Orten Infostände realisiert. Zur Winterzeit wurden Aktionsflyer zu Weihnachts- und Adventsveranstaltungen sowie „Einkehrmöglichkeiten in den Wintersportgebieten“ aufgelegt. Bausteine für Gruppen wurden als lose Blattsammlung zusammengestellt und in einer Auflage von 5000 Stück für ein Direktmailing gedruckt.

Die unregelmäßige Auflage des Hauptkataloges ist ursächlich für die Schwankungen der Umsatzerlöse, der Bilanzsumme und der Personalintensität in den Geschäftsjahren.

Auf der Aktivseite wurde das Anlagevermögen durch die Abschreibung in der Wertstellung verringert. Der Bestand an Vorräten verringerte sich stichtagsbezogen um 6,7 TEUR insbesondere weil aktivierte Radmagazine laufzeitbedingt abgeschrieben wurden, genau wie

überlagerte Waren. Die Erhöhung der sonstigen Vermögensgegenstände resultiert aus einer doppelt bezahlten Rechnung, da der Betrag stichtagsbezogen noch nicht zurück erstattet wurde. Die „Flüssigen Mittel“ zum 31.12.2011 lagen bei TEUR 188,1 (Vorjahr TEUR 156,0). Es bestanden am Stichtag 5,4 TEUR an Forderungen. Nennenswerte Forderungsausfälle sind nicht zu verzeichnen.

Die Erhöhung der Rückstellungen um 13,2 TEUR gegenüber dem Vorjahr auf der Passivseite ist einerseits bedingt durch Leistungen für Jahresabschlussarbeiten für die Geschäftsjahre 2010 und 2011, für die noch Abrechnungen erwartet werden, und andererseits durch die Anmeldung von Umsätzen gegenüber der Künstlersozialkasse.

Insgesamt hat die Gesellschaft eine solide Liquidität durch wenig gebundenes Stammkapital. Der aus Vorjahren übertragene Überschuss von 6,1 TEUR wurde nicht verbraucht und steht für das Geschäftsjahr 2012 zur Verfügung, für das ein Fehlbetrag von 4.5 TEUR geplant ist. Im Focus des laufenden Geschäftsjahres steht die Optimierung der Webseite und damit einhergehend eine Neuorganisation der Daten mit dem Ziel, diese zukunftsfähig zu machen für die Darstellung auf mobilen Endgeräten. Soweit einem Übertrag auf neue Rechnungen gefolgt wird, versetzt der Jahresüberschuss 2011 die Organisation in die Lage, die Neuausrichtung des Tourismus und der Tourismusstrukturen in diesem Umfang zu unterstützen.

Durch die Laufzeitverlängerung der Dienstleistungsverträge mit den kommunalen Gesellschaftern und den beteiligten Kreisen bis 2014 kann die bestehende Strategie weiter verfolgt werden und ein Prozess der Neuausrichtung begleitet werden. Die Mittel speziell für die Marke Vulkanradweg durch die Kommunen am Radweg versetzen die Destination in die Lage, sich in ein kooperatives Marketing für den BahnRadweg Hessen einzubringen, das letztendlich auch dem Reiseziel Vulkanradweg zu Gute kommt. So können für den Radweg weitere Zielgruppen erschlossen werden.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind im Geschäftsverlauf dargelegt.

Ausblick:

III. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken

Risikobericht und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die Dienstleistungsverträge mit den kommunalen Gesellschaftern und Kreisen sichern einen jährlichen Zuschuss zu den Betriebskosten von knapp 260 TEUR bis zum Jahr 2014. Ca. 85% werden für den allgemeinen Geschäftsbetrieb im Rahmen der wirtschaftsfördernden Tätigkeit benötigt. Darin enthalten sind die Personalkosten. 15 % stehen für nicht refinanzierbare, imagefördernde und strategische Marketingmaßnahmen zur Verfügung. Alle weiteren Produkte werden mit den Partnern im Rahmen eines Beteiligungskonzeptes realisiert. Weiterhin sind Mittel für das Marketing des Vulkanradweges/BahnRadweges durch Verträge mit 27 Anbietern am Vulkanradweg, den beiden Zweckverbänden, den

Kommunen Altenstadt und Schlitz, sowie der Kur- und Tourismus GmbH Bad Salzschlirf abgesichert. Hassia erwägt das Sponsoring für die Marke Vulkanradweg einzustellen. Zwar ist der Getränkehersteller aus der Wetterau mit der Integration der Marke Hassia bei allen Marketingaktionen sehr zufrieden, jedoch blieben die Umsätze mit den Gastronomiebetrieben am Vulkanradweg unter den Erwartungen. Damit steht das jährliche Event im Frühjahr zur Bewerbung der Saison auf dem Prüfstand.

Die Förderung der „Road Show“ mit einem mobilen Werbestand läuft 2012 aus. Die Fortführung der Aktion ist nicht gesichert, wird aber in gestraffter Version mit weniger Aufwand angestrebt. Mit den Destinationen entlang des BahnRadweges Hessen wurde ein gemeinsames Marketing für die Jahre 2012/2013 vereinbart mit Basisprodukten wie Flyer, Webseite und dem Marketingpaket der DZT „Deutschland per Rad entdecken“. Öffentlichkeit soll die Zertifizierung durch den ADFC mit vier Sternen bringen.

Risiken für den Fortbestand der Organisation liegen insbesondere in der Struktur der Gesellschaft, die die Bewältigung zukünftiger Aufgaben im Sinne der Regionalentwicklung behindert. Destinationsplanung und -steuerung bedingen einen klaren Konsens der Gesellschafter und Partner. Die Zusammenarbeit benötigt eine zukunfts- und zielgerichtete Geschäftsgrundlage mit verbindlichen Zielvorgaben, ansonsten besteht die Gefahr der Verstrickung in „Kleinkram“ und „Kirchtürmen“. Über Geschäftsverlauf und die Risiken wird dem Aufsichtsrat mindestens zwei Mal im Jahr berichtet.

Die fachliche Expertise von Cornelius Obier/PROJECT M GMBH auf Grundlage des Workshops am 2. Februar 2012 schließt mit folgendem Resümee, das die Risiken und den Handlungsdruck verdeutlicht und einen Prozess zur Neuausrichtung vorschlägt:

- Der Handlungsbedarf in der Region Vogelsberg ist auf inhaltlicher und organisatorischer Ebene erheblich und dringend - eine Fortsetzung in den bisherigen Strukturen birgt eine große Gefahr des Scheiterns.
- Eine zukunftsfähige touristische Marktbearbeitung benötigt eine neue „Geschäftsgrundlage“ für alle Akteure. Dies betrifft Gebietskulisse, inhaltliche Ausrichtung, Ablauforganisation / Aufgabenteilung sowie Aufbauorganisation / Organisationsstrukturen.
- Für den Prozess zur Neuausrichtung wird eine Dauer von 12 bis 14 Monaten veranschlagt. Eine Arbeitsgruppe soll mit externer Unterstützung eine inhaltliche und organisatorische Umsetzungsplanung erarbeiten.

Entscheidend wird sein, ob die beteiligten Kreise und nachfolgend die beteiligten Kommunen inhaltliche Differenzen überwinden können und auch zukünftig in einer Destination kooperieren wollen.

Im Jahr 2011 gab es deutliche Signale, dass die beteiligten Kreise zukünftig verstärkt Verantwortung für eine regionale touristische Infrastruktur übernehmen wollen:

- Die Gründung einer kommunalen Arbeitsgemeinschaft „Archäologielandschaft Wetterau“ im Jahre 2011, die vom Wetteraukreis koordiniert wird.

- Die Beauftragung eines kreisweiten Radwegekonzeptes durch den Kreis Gießen im Jahr 2011.
- Die Bestrebungen des Vogelsbergkreises, einen Geopark als kommunale Arbeitsgemeinschaft zu gründen, in dem der Kreis mit finanziert und in Form einer Geschäftsbesorgung Verantwortung übernimmt.

Ein von der Region Vogelsberg Touristik GmbH entkoppeltes Management für eine Touristische Infrastruktur in der Fläche vermindert den Handlungsdruck für den Reorganisationsprozess der Tourismusmarketingstrukturen. Insofern sind wir zuversichtlich, dass der Prozess wieder aufgenommen wird und bis Mitte 2014, wenn die Verlängerung der Dienstleistungsverträge ansteht, abgeschlossen ist. Wenn dies gelingt, sind wir sicher, dass sich die Destination in optimierten Strukturen behaupten kann und eine weitere Entwicklung möglich ist.

Sparkasse Oberhessen

Kaiserstr. 155, 61169 Friedberg

Tel.: 06031 / 86-0 - Fax: 06031 / 86-128

E-Mail: info@sparkasse-oberhessen.de

Internet: www.sparkasse-oberhessen.de



Unternehmenszweck

"Die Sparkasse hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihrer Träger in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Sie fördert die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Die Sparkasse hat das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand nach Maßgabe ihrer Satzung. Die Sparkasse ist grundsätzlich verpflichtet, Existenzgründerinnen und Existenzgründer in ihrem Geschäftsgebiet zu beraten und sie beim Zugang zu Förderkrediten zu betreuen."

Die Sparkasse Oberhessen ist keine Beteiligung gem. der Definition in 1.2. Sie ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Vogelsbergkreis und dem Wetteraukreis als Träger.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Anstalt des öffentlichen Rechts.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1991 (Fusion KSK Alsfeld mit KSK Lauterbach zur Sparkasse Vogelsbergkreis und 2006 Fusion Sparkasse Vogelsbergkreis mit Sparkasse Wetteraukreis zur Sparkasse Oberhessen)

Anteile in %: 26 % Gewährträgerhaftung für Altverbindlichkeiten

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Anstalt des öffentlichen Rechts.

Organe des Unternehmens

Vorstand:

Sparkassendirektor Günter Sedlak - Vorsitzender
 Sparkassendirektor Reinhold Wintermeyer - stellv. Vorsitzender
 Sparkassendirektor Thomas Falk - Mitglied

Verwaltungsrat:

Joachim Arnold - stellv. Vorsitzender	Annedore Musch
Rudolf Marx - stellv. Vorsitzender	Elfriede Pfannkuche
Manfred Görig	Guido Rahn
Bettina Giller	Holger F. Bey
Gerold Helfrich	Rainer-Hans Vollmöller
Dr. Jochen Meier	Gerd Wagner
Birgit Horst	Ulrich Rabel
Heike Müll	

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	Anstalt des öffentlichen Rechts
<i>Gründungsdatum:</i>	01.01.2006 Fusion Sparkasse Wetterau und Sparkasse Vogelsbergkreis zur Sparkasse Oberhessen
<i>Gewährträger:</i>	Wetteraukreis und Vogelsbergkreis
<i>Satzung:</i>	Neufassung vom 01.07.2010
<i>Handelsregister:</i>	Friedberg HR A 1455
<i>Eigenkapital:</i>	242.416.447,96 €
<i>Beteiligungen:</i>	siehe Lagebericht

Bilanz des Unternehmens

AKTIVA

	2011	2010
	€	€
1. Barreserve		
a) Kassenbestand	24.650.261,59	25.467.887,93
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	56.162.859,19	90.330.957,34
	80.813.120,78	115.798.845,27
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind		
a) Schatzwechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen sowie ähnl. Schuldtitel öffentlicher Stellen	0,00	0,00
b) Wechsel	0,00	0,00
	0,00	0,00
3. Forderungen an Kreditinstitute		
a) täglich fällig	98.197.751,85	97.236.997,32
b) andere Forderungen	688.332.750,72	506.644.399,71
	786.530.502,57	603.881.397,03
4. Forderungen an Kunden	3.077.072.156,73	2.882.472.028,15
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	1.565.426.720,43	1.539.586.872,89
Kommunalkredite	398.800.929,07	352.758.495,88
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
a) Geldmarktpapiere		
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00	0,00
ab) von anderen Emittenten	0,00	0,00
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
ba) von öffentlichen Emittenten	0,00	55.247.137,39
darunter: beleihbar b. d. Dtsch. Bundesbank	0,00	55.247.137,39
bb) von anderen Emittenten	440.082.297,58	429.770.800,11
darunter: beleihbar b. d. Dtsch. Bundesbank	419.568.839,67	420.068.615,20
c) eigene Schuldverschreibungen	903.175,11	1.284.217,30
Nennbetrag	890.000,00	1.259.500,00
	440.985.472,69	486.302.154,80
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	115.938.307,02	241.933.933,25
6a. Handelsbestand	0,00	0,00
7. Beteiligungen	50.334.148,46	50.913.285,28
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000,00	25.000,00
9. Treuhandvermögen	121.679,52	156.184,41
darunter: Treuhandkredite	121.679,52	156.184,41
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch	0,00	0,00
11. Immaterielle Anlagewerte		
a) Selbst geschaffene gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	0,00	0,00
b) entgeltl. Erworb. Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnl. Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	182.967,00	243.317,00
c) Geschäfts- oder Firmenwert	0,00	0,00
d) geleistete Anzahlungen	0,00	0,00
	182.967,00	243.317,00
12. Sachanlagen	62.844.560,65	65.163.008,29
13. Sonstige Vermögensgegenstände	20.694.583,19	17.501.743,90
14. Rechnungsabgrenzungsposten	489.511,59	694.418,18
Summe der Aktiva	4.636.032.010,20	4.465.085.315,56

PASSIVA	2011	2010
	€	€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
a) täglich fällig	162.924.944,98	200.009.222,22
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	911.459.067,35	887.707.609,36
	1.074.384.012,33	1.087.716.831,58
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
a) Spareinlagen		
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist v. 3 Monaten	1.031.421.240,49	1.047.932.841,77
ab) mit vereinb. Kündigungsfrist v. mehr als 3 Mon.	118.278.654,21	101.948.251,52
	1.149.699.894,70	1.149.881.093,29
b) andere Verbindlichkeiten		
ba) täglich fällig	1.677.548.979,75	1.646.207.681,88
bb) mit vereinbarter Laufzeit od. Kündigungsfrist	228.439.513,62	209.582.992,93
	1.905.988.493,37	1.855.790.674,81
3. Verbriefte Verbindlichkeiten		
a) begebene Schuldverschreibungen	39.713.468,87	37.779.021,30
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	0,00	0,00
	39.713.468,87	37.779.021,30
3a. Handelsbestand	0,00	0,00
4. Treuhandverbindlichkeiten	121.679,52	156.184,41
darunter: Treuhandkredite	121.679,52	156.184,41
5. Sonstige Verbindlichkeiten	6.868.556,44	6.261.590,29
6. Rechnungsabgrenzungsposten	949.365,93	1.182.985,29
7. Rückstellungen		
a) Rückstellungen f. Pensionen u. ähnl. Verpflichtungen	15.374.936,00	14.539.860,00
b) Steuerrückstellungen	1.046.593,93	3.836.348,08
c) andere Rückstellungen	25.900.473,05	24.778.450,18
	42.322.002,98	43.154.658,26
8. Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00
9. Nachrangige Verbindlichkeiten	27.272.476,52	24.006.440,36
10. Genussschaftskapital	95.611,58	95.611,58
darunter: vor Ablauf von 2 Jahren fällig	95.611,58	0,00
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken	146.200.000,00	26.000.000,00
12. Eigenkapital		
a) gezeichnetes Kapital	0,00	900.000,00
b) Kapitalrücklage	0,00	0,00
c) Gewinnrücklagen		
ca) Sicherheitsrücklage	232.160.224,24	221.684.483,02
cb) andere Rücklagen	0,00	0,00
d) Bilanzgewinn	10.256.223,72	10.475.741,22
	242.416.447,96	233.060.224,24
Summe der Passiva	4.636.032.010,20	4.465.085.315,56

Fortsetzung Passiva

	2011	2010
	€	€
1. Eventualverbindlichkeiten		
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	0,00	0,00
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	49.650.383,18	41.026.061,73
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	0,00	0,00
	49.650.383,18	41.026.061,73
2. Andere Verpflichtungen		
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	0,00	0,00
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	0,00	0,00
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	150.497.557,78	123.687.651,62
	150.497.557,78	123.687.651,62

Gewinn- und Verlustrechnung

	2011 €	2010 €
1. Zinserträge aus		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	148.325.597,86	148.296.381,44
b) festverzinsl. Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	20.151.999,40	18.927.570,46
	168.477.597,26	167.223.951,90
2. Zinsaufwendungen	72.594.726,42	81.683.052,00
	95.882.870,84	85.540.899,90
3. Laufende Erträge aus		
a) Aktien und anderen nicht festverzinsl. Wertpapieren	4.305.005,83	4.715.669,73
b) Beteiligungen	1.880.713,38	1.077.576,84
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
	6.185.719,21	5.793.246,57
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	0,00	0,00
5. Provisionserträge	30.078.583,25	30.853.849,35
6. Provisionsaufwendungen	1.301.821,83	1.647.686,75
	28.776.761,42	29.206.162,60
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands	0,00	0,00
8. Sonstige betriebliche Erträge	3.333.806,65	2.803.619,34
9. Erträge a. d. Auflösung v. Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00
	134.179.158,12	123.343.928,41
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
a) Personalaufwand		
aa) Löhne und Gehälter	38.203.094,13	38.170.484,85
ab) Soz. Abgaben u. Aufwend. f. Altersversorgung u.f. Unterstützung	11.338.938,46	10.362.923,80
	49.542.032,59	48.533.408,65
b) andere Verwaltungsaufwendungen	21.689.490,85	20.928.280,02
	71.231.523,44	69.461.688,67
	4.652.881,74	5.875.219,13
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.778.465,19	1.481.603,24
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,00	19.457.885,53
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	93.623.943,41	0,00
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	8.550.949,36	782.900,53
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	0,00	0,00
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme	464.378,71	368.983,56
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	120.200.000,00	0,00
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	17.924.903,09	25.915.647,75
20. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
21. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	1.486.822,48
22. Außerordentliches Ergebnis	0,00	1.486.822,48
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7.520.635,64	13.812.979,76
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	148.043,73	140.104,29
	7.668.679,37	13.953.084,05
25. Jahresüberschuss	10.256.223,72	10.475.741,22
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	0,00	0,00
	10.256.223,72	10.475.741,22
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen		
a) aus der Sicherheitsrücklage	0,00	0,00
b) aus anderen Rücklagen	0,00	0,00
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen		
a) in die Sicherheitsrücklage	0,00	0,00
b) in andere Rücklagen	0,00	0,00
29. Bilanzgewinn	10.256.223,72	10.475.741,22

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter:

	2010	2011
Beschäftigte insgesamt / Jahresdurchschnitt	841	820

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Bilanzgewinn 10.256.223,72 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	Gewährträgerhaftung 26 % für Altverbindlichkeiten
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:</i>	keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Kredit- und geldwirtschaftliche Versorgung im Satzungsgebiet (Vogelsbergkreis und Wetteraukreis), öffentlicher Auftrag.

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Volkswirtschaft zeigte sich im Vergleich zum Vorjahr mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 3,0 % insgesamt robust. Allerdings ist der Aufschwung im Herbst 2011 ins Stocken geraten. Der Schnellschätzung des Statistischen Bundesamtes zufolge ging das reale Bruttoinlandsprodukt im letzten Jahresviertel saison- und kalenderbereinigt um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal zurück. Die konjunkturelle Delle, die sich bereits seit einigen Monaten abgezeichnet hatte, wurde durch die Verlangsamung der globalen Wirtschaftsentwicklung sowie die realwirtschaftlichen Belastungen im Euro-Raum hervorgerufen. Ursächlich hierfür ist in erster Linie die Verschärfung der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum, die die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den betroffenen Ländern stark in Mitleidenschaft gezogen hat und inzwischen auf andere EWU-Staaten ausstrahlt.

Die wachsenden Spannungen an den Finanzmärkten und die Schwierigkeiten der Banken in einigen EWU-Mitgliedstaaten, sich am Markt zu refinanzieren, veranlassten den EZB-Rat zudem zur Einführung weiterer geldpolitischer Sondermaßnahmen. Diese sollen letztlich dazu dienen, die Kreditvergabe des Bankensektors vor möglichen Auswirkungen aus den Verwerfungen an den Finanzmärkten abzuschirmen.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist ungeachtet der temporären konjunkturellen Eintrübung weiter auf Expansionskurs. Die Beschäftigung stieg im letzten Vierteljahr 2011 weiter deutlich an. Die Arbeitslosenquote sank im Jahresverlauf von 7,9 % auf 6,6 % im Dezember 2011.

Die insgesamt gute Konjunktur des vergangenen Jahres hat sich in der Verdienstentwicklung der Beschäftigten deutlich niedergeschlagen. In 2011 sind die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer mit 3,4 % so stark wie seit 1993 nicht mehr gestiegen. Dazu trugen neben den Tarifabschlüssen Sondervergütungen und Prämienzahlungen der Arbeitgeber auf freiwilliger Basis bei.

Bei der Entwicklung der Preise machte sich im Schlussquartal 2011 der kräftige Anstieg der Energiekosten bemerkbar. Aber auch ohne Einbeziehung der Energiekosten zeigt sich eine leichte Beschleunigung des Preisauftriebs. Insgesamt ergab sich nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank ein Preisanstieg von 2,4 % gegenüber dem Vorjahr.

Die für das Geschäftsgebiet zuständige Industrie- und Handelskammer Gießen-Friedberg beurteilt die konjunkturelle Situation zum Jahreswechsel 2011 gegenüber dem Vorjahreszeitraum aufgrund der verschlechterten konjunkturellen Situation verhaltener. Bei den angeschlossenen Unternehmen konnte ein allgemeiner Stimmungsrückgang festgestellt werden. Insgesamt vermeldet die IHK Gießen-Friedberg aber eine immer noch leicht zuversichtliche Stimmungslage. Deutliche Abstriche bestehen allerdings bei den Unternehmen aus dem Vogelsbergkreis. Bei den hiesigen Exporteuren geht die IHK von sinkenden Exportvolumen aus.

In den hohen Rohstoff- und Energiepreisen bestehen für mehr als die Hälfte der Betriebe Hindernisse für eine weitere positive Entwicklung.

Die Bevölkerungsentwicklung im Geschäftsgebiet hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. In den beiden Landkreisen Vogelsberg und Wetterau leben rund 407.000 Einwohner. Die Geschäftsregion ist durch eine kleinstädtische sowie ländlich geprägte Struktur gekennzeichnet. Insgesamt bestehen 44 selbstständige Gemeinden.

Die Kaufkraft im Geschäftsgebiet liegt leicht über dem Bundesdurchschnitt. Allerdings unterscheiden sich hierbei die beiden Landkreise des Geschäftsgebietes markant voneinander. Der Wetteraukreis verfügt über eine deutlich höhere Kaufkraft, während der Vogelsbergkreis leicht unter dem Bundesdurchschnitt liegt.

Wie im bundesweiten Trend hat sich auch der regionale Arbeitsmarkt positiv entwickelt. Im Vergleich zum Vorjahr ist in beiden Landkreisen die Zahl der Arbeitslosen spürbar zurückgegangen.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Sparkasse Oberhessen ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende, rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Ihr Geschäftsgebiet erstreckt sich auf den Vogelsbergkreis und auf den Wetteraukreis.

Träger der Sparkasse Oberhessen sind der Vogelsbergkreis und der Wetteraukreis. Sie unterstützen die Sparkasse Oberhessen bei ihren Aufgaben. Darüber hinaus haften die Träger für alle vor dem 19. Juli 2005 eingegangenen Verbindlichkeiten der beiden Vorgängerinstitute Sparkasse Vogelsbergkreis und Sparkasse Wetterau. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt, für bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Verbindlichkeiten aus der Begebung von Genussrechtskapital und stillen Beteiligungen sind von der Haftung der Träger ausgeschlossen. Die Sparkasse Oberhessen haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Die Träger haften nicht für deren Verbindlichkeiten, sofern diese nach dem 18. Juli 2005 vereinbart wurden.

Die Sparkasse Oberhessen ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, dem Dachverband der Sparkassen-Finanzgruppe, angeschlossen. Der Sparkassen-Finanzgruppe gehören 427 Sparkassen, 8 Landesbank-Konzerne, 10 Landesbausparkassen, 12 öffentliche regionale Erstversicherungsgruppen und zahlreiche weitere Finanzdienstleistungsunternehmen an. Darüber hinaus ist die Sparkasse Oberhessen dem Stützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen und dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Organisation angeschlossen. Diese Systeme sind als institutssichernde Einrichtungen im Sinne von § 12 Abs. 1 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes anerkannt. Kennzeichnend für solche Sicherungssysteme ist, dass sie die angeschlossenen Institute schützen und insbesondere deren Liquidität und Solvenz gewährleisten.

Geschäftstätigkeit

Wir fühlen uns unserem öffentlichen Auftrag verpflichtet. Als Wirtschaftsunternehmen kommt die Sparkasse Oberhessen vor allem der Aufgabe nach, die Bevölkerung und die Wirtschaft innerhalb ihres satzungsrechtlichen Geschäftsgebietes kredit- und geldwirtschaftlich zu versorgen. Die Geschäfte werden unter Beachtung des öffentlichen Auftrages nach kaufmännischen und aufsichtsrechtlichen Grundsätzen geführt. Gleichzeitig unterstützt die Sparkasse Oberhessen durch Spenden und im Rahmen von Sponsoringmaßnahmen das Engagement der Menschen vor Ort.

Statistischer Bericht über die Erfüllung des öffentlichen Auftrags der Sparkasse Oberhessen im Geschäftsjahr 2011 (§ 15 Abs. 2 Satz 2 HSpG i. V. m. § 2 HSpG)

I. Mitarbeiter, Geschäftsstellennetz und Förderung gemeinnütziger und kommunaler Belange

1. Mitarbeiter (per 31.12.2011)

Beschäftigte insgesamt	1.048
Auszubildende	65

2. Geschäftsstellennetz (per 31.12.2011)

Geschäftsstellen inkl. Hauptstelle	65
Fahrbare Geschäftsstellen	3
SB-Filialen	12
Geldautomaten	99
Terminals mit Überweisungsfunktion	50

3. Spenden und Sponsoring (ohne Stiftungen) im Geschäftsjahr

In Tsd. EUR	Volumen	Anteil in %
Insgesamt	1.523	100,0
Davon Verwendung für:		
Soziales	141	9,2
Kultur	257	16,9
Umwelt	6	0,4
Sport	115	7,6
Forschung/Wirtschafts-/Wissenschaftsförderung	4	0,3
Zuführung zur Stiftung der Sparkasse Oberhessen	1.000	65,6

4. Stiftung der Sparkasse Oberhessen

Stiftungskapital (in Tsd. EUR) am 31.12.2011	3.500	
Stiftungsausschüttungen im Geschäftsjahr	Volumen	Anteil in %
Insgesamt (in Tsd. EUR):	87	100,0
Davon Verwendung für:		
Soziales	56	64,4
Kultur	29	33,3
Sonstiges	2	2,3

5. Steuerleistung im Geschäftsjahr

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (in Tsd. EUR)	7.521
Sonstige Steuern (in Tsd. EUR)	148

II. Förderung der Vermögensbildung

1. Bilanzwirksame Anlagen

a) Kontenanzahl

	31.12.2011
Sparkonten	187.529
Termingeldkonten	374
Konten für täglich fällige <i>Gelder</i> darunter:	239.598
- Geschäftsgirokonten	21.568
- Privatgirokonten	147.912
Summe	427.501

b) Vermögensbildung

	31.12.2011 (in Tsd. Euro)
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.055.688
Davon:	
- Spareinlagen	1.149.700
- Andere Verbindlichkeiten	1.905.988
Verbrieftete Verbindlichkeiten	39.713
Nachrangige Verbindlichkeiten	27.272
Genussrechte	96

2. Bilanzneutrale Anlagen

a) Anzahl Kundendepots

	31.12.2011
Anzahl Kundendepots	33.677

b) Kundenwertpapiergeschäft - Bestände

	Bestand am 31.12.2011 (in Tsd. EUR)
Depotbestand	827.560

III. Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs

1. Forderungen an Kunden

	31.12.2011 (in Tsd. Euro)
Forderungen an Kunden	3.077.072

2. Darlehenszusagen und -auszahlungen im Geschäftsjahr

Darlehenszusagen (in Tsd. EUR)	479.140
Darlehensauszahlungen (in Tsd. EUR)	421.389

IV. Girokonten auf Guthabenbasis

	31.12.2011
Girokonten auf Guthabenbasis, Anzahl	2.370

V. Vermittelte Förderkredite

	2011
Volumen (in Tsd. EUR)	90.694

Geschäftsentwicklung

Jahr	2011	2010	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in %
Bilanzsumme	4.636.032	4.465.085	170.947	3,8
Geschäftsvolumen	4.685.682	4.506.111	179.571	4,0
Forderungen an Kreditinstitute	786.531	603.881	182.650	30,2
Forderungen an Kunden	3.077.072	2.882.472	194.600	6,8
Wertpapiere	556.924	728.236	-171.312	-23,5
Beteiligungen und Anteile an verb. Unternehmen	50.359	50.938	-579	-1,1
Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte	63.028	65.406	-2.378	-3,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.074.384	1.087.717	-13.333	-1,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.055.688	3.005.672	50.016	1,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	39.713	37.779	1.934	5,1
Sicherheitsrücklage	232.160	221.684	10.476	4,7

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme und das Geschäftsvolumen haben sich im Geschäftsjahr 2011 gegenüber dem Geschäftsjahr 2010 erhöht. Dies ist unter anderem auf die Umbuchung von

Vorsorgereserven nach § 340f HGB in den Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB zurückzuführen. Auf der Aktivseite waren die Wertpapierpositionen leicht rückläufig, während sich die Forderungen an Kunden und Kreditinstitute erhöhten. Die auf der Passivseite ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich im Geschäftsjahr, weshalb sich der Refinanzierungsbedarf über Kreditinstitute verminderte.

Kreditgeschäft

Forderungen an Kreditinstitute

Im Geschäftsjahr 2011 wurden die Termingeldanlagen bei Kreditinstituten deutlich aufgestockt. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2011 bestanden Wertpapierleihgeschäfte, deren Volumen über 36 % der ausgewiesenen Gesamtposition entspricht.

Kundenkreditgeschäft

Das bilanzielle Kundenkreditvolumen hat sich positiv entwickelt. Die Finanzierungen an Privat- und Geschäftskunden sowie öffentliche Haushalte konnten ausgeweitet werden. Der Hauptanteil bei der Kreditvergabe an die privaten Haushalte entfällt auf die klassischen Wohnungsbaufinanzierungen.

Die Schwerpunkte des gewerblichen Kreditgeschäfts liegen in den Bereichen Dienstleistungsgewerbe, Handel und verarbeitendes Gewerbe.

Wertpapiere

Die Situation an den Finanzmärkten im Jahr 2011 war von Unsicherheiten innerhalb der Euro-Zone geprägt. Zweifel an der langfristigen Stabilität der Gemeinschaftswährung Euro und der Kreditwürdigkeit einzelner Mitgliedsstaaten führten immer wieder zu Verunsicherungen an den Märkten und bei den Anlegern. Im besonderen Fokus standen die Staaten Griechenland, Italien, Irland, Spanien und Portugal. Die Fälligkeiten der „Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere“ im Geschäftsjahr wurden mehrheitlich wieder neu investiert. Der Schwerpunkt der Wiederanlage erfolgte in Bankschuldverschreibungen und Anleihen von öffentlichen Emittenten mit guter Bonität. Die zugeflossene und nicht neu investierte Liquidität aus Wertpapierfälligkeiten und Investmentfondsanteilen wurde zur Reduzierung von Refinanzierungen bei Kreditinstituten verwendet. Anlageschwerpunkt sind die Ausleihungen in Form von Bankschuldverschreibungen. Weiterhin befinden sich im geringen Umfang Anleihen von öffentlichen Emittenten und Finanzdienstleistungsinstituten im Bestand. In 2011 wurden die in Investmentfondsanteilen investierten Beträge zurückgeführt. Die freigewordene Liquidität wurde in Teilen in neue Wertpapiere öffentlicher Emittenten sowie Bankschuldverschreibungen mit guter Bonität reinvestiert. Der restliche Betrag wurde zur Reduzierung der Interbankenrefinanzierung genutzt.

Die Restlaufzeiten betragen zwischen einem und zehn Jahren, wobei etwas weniger als 40 % der Anleihen in den Jahren 2012 bis 2014 und knapp 41 % in den Jahren 2015 und 2016 endfällig werden.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2011 sind Schuldverschreibungen im Rahmen von Wertpapierleihgeschäften verliehen; diese werden in den Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesen.

Die von uns gehaltenen Wertpapiere gehören überwiegend zur Liquiditätsreserve. Im eingeschränkten Umfang halten wir auch Wertpapiere im Anlagebestand. Für diese Wertpapiere besteht unsererseits Dauerbesitzabsicht. Positionen im Handelsbestand bestanden im Geschäftsjahr 2011 zu keinem Zeitpunkt.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Die wesentlichsten Beteiligungen halten wir weiterhin am Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG für den Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG. Im Geschäftsjahr erfolgte eine Stammkapitalerhöhung unserer Beteiligung am Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen für den Erwerb von Geschäftsanteilen an der DekaBank. Weitere Beteiligungen bestehen im geringen Umfang auch an lokalen Unternehmen sowie Funktionsbeteiligungen innerhalb der Sparkassenorganisation. Durch Wertkorrekturen haben sich die Beteiligungen im Geschäftsjahr 2011 reduziert.

Darüber hinaus besitzen wir mit der GIW Gesellschaft für Gewerbe- und Immobilienmanagement Wetterau mbH, Gedern, eine Tochtergesellschaft, deren Aufgabe es ist, für uns Dienstleistungen im Bereich der Immobilienentwicklung, -sanierung und -verwertung zu erbringen.

Sach- und immaterielle Anlagen

Die bilanzielle Abnahme bei den Grundstücken und Gebäuden steht im Zusammenhang mit planmäßigen Abschreibungen.

In der Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden Ersatzinvestitionen und Neuinvestitionen in das Geschäftstellennetz sowie umweltfreundliche Nutzungsgeräte für unsere Kunden getätigt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Position setzt sich im Wesentlichen aus einem Immobilienportfolio in Form von geschlossenen Immobilienfonds, aus Steuererstattungsansprüchen und weiteren Ausschüttungsansprüchen zusammen.

Refinanzierung

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Tagesgeldaufnahme bei Kreditinstituten konnte aufgrund der guten Liquiditätslage abgebaut werden. Die längerfristige Refinanzierung setzt sich aus Sparkassenbriefen und Festgeldaufnahmen zusammen. Der Bestand an Weiterleitungsdarlehen bei der Landesbank Hessen-Thüringen hat sich aufgrund der weiter anhaltenden und starken Kundennachfrage erhöht.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Unser traditionelles Kundengeschäft bildet weiterhin den Hauptbestandteil unserer Refinanzierung. Insgesamt sind wir mit der Entwicklung der Spar- und Kundeneinlagen mit Kunden

zufrieden. Stichtagsbezogen kommt es zu einer Erhöhung der Gesamtposition, deren Ursache in der Erhöhung bei den Tagesgeldern liegt.

Eigenkapital

Nach der vom Verwaltungsrat noch zu beschließenden Zuführung des Bilanzgewinns wird die Sicherheitsrücklage 242,4 Mio. € betragen. Zum 31. Dezember 2011 setzten sich die weiteren Eigenkapitalbestandteile aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB und den nachrangigen Verbindlichkeiten zusammen.

Dienstleistungsgeschäft

Bedingt durch eine erhöhte Nachfrage unserer Kunden nach bilanzneutralen Finanzprodukten kam es zu einem deutlichen Anstieg der Erträge im Wertpapierkommissionsgeschäft im Geschäftsjahr 2011. Die Absatzzahlen und Bestände von Investmentfondsanteilen mit unserem Verbundpartner Deka waren im Geschäftsjahr 2011 rückläufig.

Im Geschäftsjahr 2011 war ein Anstieg der Beitragssumme für die Vermittlung von Versicherungsprodukten zu verzeichnen. Die Erträge in diesem Geschäftsfeld haben sich dem gegenüber verringert. Das Volumen bei der Vermittlung von Bausparverträgen mit unserem Verbundpartner, der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS), blieb in 2011 nahezu unverändert - bei einer rückläufigen Stückzahl der vermittelten Bausparverträge. Die Provisionserträge im Bauspargeschäft konnten hingegen gesteigert werden. Eine tendenziell rückläufige Entwicklung zeigte sich im Geschäftsjahr 2011 bei den Absatzzahlen im Bereich der Altersvorsorge-Produkte mit unseren Verbundpartnern Deka, LBS und Sparkassenversicherung. Das Vermittlungsgeschäft von Derivaten und Finanzprodukten in Zusammenarbeit mit der Landesbank Hessen-Thüringen und die damit verbundenen Erträge haben sich im Geschäftsjahr 2011 erhöht.

Entwicklung im Vergleich zum Prognosebericht für das Jahr 2011

Wir konnten in den drei strategisch hervorgehobenen Bereichen unseres kundenbezogenen Kreditgeschäfts, dem privaten Wohnungsbaukredit, den Krediten mit unseren Unternehmenskunden sowie den Kreditvergaben im kommunalnahen Bereich, unsere Planzahlen für das Jahr 2011 übertreffen. Neben unserer konsequenten vertrieblichen Ausrichtung sind als Gründe dieser Entwicklung die positiven Geschäftserwartungen unserer gewerblichen Kunden sowie eine zunehmende Investitionsbereitschaft in Sachwerte zu nennen.

Demgegenüber sind unsere Erwartungen zur Geldvermögensbildung nicht im geplanten Umfang eingetreten. Das Volumen der bilanzwirksamen Kundeneinlagen konnte im Vergleich zum Vorjahr verbessert werden, allerdings war der Absatz im kundenbezogenen Wertpapiergeschäft rückläufig. Dies ist auf die zunehmende Verunsicherung der Anleger im Rahmen der Schuldenkrise in der EU zurückzuführen. Insofern verlagerten unsere Kunden ihre Aktivitäten in kurzfristige bilanzwirksame Anlageformen. Getrieben wurde diese Entwicklung durch den sich weiter verschärfenden Preiswettbewerb um die Einlagen privater Anleger.

Der Zinsüberschuss hat sich in 2011 gegenüber der Planung leicht verbessert. Die nahezu unveränderte Zinsstruktur hat in 2011 zusätzlich zu einer Stabilisierung des Zinsüberschusses beigetragen. Im ordentlichen Ertrag haben wir unsere Planansätze leicht unterschritten.

In erster Linie ist dies mit der Entwicklung im kundenbezogenen Wertpapiergeschäft zu erklären.

Da wir nicht alle in 2011 frei gewordenen Stellen zeitnah neu besetzen konnten, hat sich der Personalaufwand in 2011 günstiger als geplant entwickelt. Im Sachaufwand gelang es uns, die Planwerte in 2011 deutlich zu unterschreiten. Neben einem konsequenten Kostenmanagement zeigen sich erste Synergieeffekte aus der Fusion des zentralen IT-Dienstleisters. In Folge dessen haben sich die Verwaltungsaufwendungen entgegen unseren Erwartungen erfreulich verringert. Das Betriebsergebnis vor Bewertung hat sich gegenüber der Vorjahresplanung verbessert.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Jahr	2011	2010	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in %
Zinsüberschuss und laufende Erträge	102.069	91.334	10.735	11,8
Provisionsüberschuss	28.777	29.206	-429	-1,5
Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen	75.885	75.337	548	0,7
Betriebsergebnis vor Bewertung	53.052	46.157	6.895	14,9
Betriebsergebnis nach Bewertung	17.925	25.916	-7.991	-30,8
Steuern	7.669	13.953	-6.284	-45,0
Jahresüberschuss	10.256	10.476	-220	-2,1
Aufwands-Ertrags-Verhältnis	60,3 %	62,5 %		
Eigenkapital-Rentabilität ¹	5,63 %	9,78 %		

¹ Ergebnis vor Steuern in % des Eigenkapitals (Sicherheitsrücklage inklusive Bilanzgewinn und Fonds für allgemeine Bankrisiken im Durchschnitt des Geschäftsjahres)

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2011 erhöhte sich der Zinsüberschuss im Vergleich zum Vorjahr um 10,3 Mio. EUR. Eine Erhöhung der Zinserträge konnte überwiegend im Aktivposten Forderungen an Kreditinstitute verzeichnet werden. Darüber hinaus konnten die Zinserträge aus verzinslichen Wertpapieren insgesamt um 1,2 Mio. EUR gesteigert werden. Durch das niedrigere Zinsniveau waren die Zinserträge im Kundengeschäft leicht rückläufig. Insgesamt stiegen die Zinserträge um 1,3 Mio. EUR. Bedingt durch ein verändertes Kundenverhalten in Passivprodukten und ein fallendes Zinsniveau sowie rückläufige Zinsaufwendungen im Swapgeschäft konnten wir die Zinsaufwendungen insgesamt um 9,0 Mio. EUR reduzieren. Die laufenden Erträge sind um 0,4 Mio. EUR gestiegen. Dies ist hauptsächlich auf die Erträge aus den Beteiligungen zurückzuführen.

Der Provisionsüberschuss ist im Geschäftsjahr 2011 leicht gesunken. Es kam zu einer Abschwächung im Vermittlungsgeschäft von Investmentfondsanteilen und im sonstigen Dienstleistungsgeschäft.

Innerhalb der Verwaltungsaufwendungen haben sich die Personalaufwendungen im Geschäftsjahr 2011 leicht erhöht. Die Lohn- und Gehaltszahlungen konnten aufgrund der moderaten Tarifierhöhung gemäß Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes nahezu konstant

gehalten werden. Maßgeblich für den Anstieg der Personalaufwendungen waren die Rückstellungen für Pensionsanwartschaften. Der Sachaufwand nahm geringfügig zu. Aufgrund höherer Investitionen in das Geschäftsstellennetz entfiel ein Großteil auf die Aufwendungen für Grundstücke. Wie im Vorjahr konnte durch ein verbessertes Kostenmanagement der EDV-Aufwand reduziert werden. Die Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen verringerten sich im Geschäftsjahr 2011.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung konnte sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessern.

Die Aufwendungen und Erträge aus dem Bewertungsergebnis wurden gemäß § 340c Abs. 2 HGB und § 33 RechKredV bzw. § 340f HGB saldiert. Vorsorgereserven nach § 340f HGB wurden aufgrund veränderter Bewertungsmaßstäbe im Zuge von Basel III zugunsten des Fonds für allgemeine Bankrisiken umgebucht. Die Aufwendungen für Bewertungskorrekturen bei Wertpapieren, Forderungen an Kunden und Beteiligungen haben sich gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Die Steuerzahlungen haben im Geschäftsjahr 2011 aufgrund des niedrigeren Gesamtergebnisses abgenommen.

Das Aufwands-Ertrags-Verhältnis konnte bei gestiegenen Erträgen und Aufwendungen verbessert werden.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse Oberhessen war im vergangenen Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht BaFin gemäß § 11 des Kreditwesengesetzes aufgestellte Liquiditätsverordnung wurde stets eingehalten. Die errechnete Liquiditätskennzahl, die mindestens 1 betragen muss, lag im Jahresdurchschnitt bei 2,18 und zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2011 bei 1,95 (Vorjahr: 2,23). Die Zahlungsfähigkeit kann im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln sowie die vorhandenen Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten der Sparkasse Oberhessen als gewährleistet angesehen werden.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden ausreichende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Das Angebot, im Rahmen des ESZB-Verfahrens Refinanzierungen in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen (Hauptrefinanzierungsgeschäfte), wurde unterjährig genutzt.

Für mögliche Inanspruchnahmen der von der Zentralbank eingeräumten Refinanzierungsangebote hat die Sparkasse Oberhessen Wertpapiere im Rahmen des Pfandpoolverfahrens verpfändet. Darüber hinaus stellt uns die Landesbank Hessen-Thüringen auf unserem laufenden Konto eine Liquiditätskreditlinie zur Verfügung.

Vermögenslage

Das Verhältnis des haftenden Eigenkapitals gemäß § 10 KWG überschreitet - bezogen auf die Summe der gewichteten Risikopositionen und der operationellen Risiken gemäß Solvabilitätsverordnung per 31. Dezember 2011 - mit 15,99 % (Vorjahr: 14,08 %) deutlich den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestwert von 8 %. Die Berechnung der Gesamtkennziffer erfolgt nach dem Kreditrisikostandardansatz. Die operationellen Risiken werden mithilfe des Basisindikatoransatzes ermittelt. Damit bietet die Eigenkapitalquote neben der Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen auch Spielraum für eine zukünftige Geschäftsausweitung.

Gesamtbeurteilung

Insgesamt beurteilen wir die wirtschaftliche Lage unserer Sparkasse als zufriedenstellend.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Personalbereich

Zum 31. Dezember 2011 hatten wir 1.048 Beschäftigte in unserem Haus. Diese Anzahl setzt sich aus 858 aktiv bankspezifisch Beschäftigten, 65 Auszubildenden, 12 Sonstigen (3 Praktikanten und 9 Hausmeister), 19 Raumpflegerinnen und aus 94 ruhenden Arbeitsverhältnissen zusammen.

Von den genannten Beschäftigten hatten zum Jahresende 2011 insgesamt 38 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Altersteilzeitvertrag mit der Sparkasse Oberhessen geschlossen. Im Rahmen des Blockmodells waren hiervon bereits 25 Beschäftigte in der Freizeitphase. Dies ist eine Stichtagsbetrachtung zum 31. Dezember 2011 und weicht zu den Mitarbeiterzahlen im Bilanzanhang, in dem ein Durchschnittsbestand ausgewiesen wird, ab.

Die Anzahl der Mitarbeiter nach Mitarbeiterkapazitäten beläuft sich im Jahresdurchschnitt 2011 auf 820 (Vorjahr: 841).

Qualifikationsstruktur (Verteilung in %)

Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Leistungsfähigkeit unserer Mitarbeiter und damit in die Ertragskraft unserer Sparkasse. Wir fördern unsere Mitarbeiter durch individuelle Weiterbildungsmaßnahmen. Dadurch unterstützen wir deren Persönlichkeitsentwicklung und eröffnen ihnen neue Chancen. Denn der Erfolg unserer Sparkasse wird maßgeblich durch unsere Mitarbeiter erbracht.

Hinsichtlich der Sparkassen-Bildungsabschlüsse weisen unsere Mitarbeiter mit einem Anteil von 56,6 % (Vorjahr: 57,4 %) im Sparkassenvergleich (SGVHT) ein überdurchschnittliches Bildungsprofil auf. Im Vergleich dazu ist der Wert zu den Hochschulabschlüssen mit 6,2 % (Vorjahr: 5,1 %) unterdurchschnittlich.

	Sparkasse Oberhessen	SGVHT
Hochschulabschluss	6,2%	7,0%
Sparkassen-/Bankkaufmann	24,7%	27,3%
Sparkassen-	56,6%	53,9%
Sonstige	12,5%	11,9%

Altersstruktur (Verteilung in %)

	Sparkasse Oberhessen	SGVHT
unter 20 Jahre	0,2%	0,3%
20 bis 29 Jahre	8,3%	13,9%
30 bis 39 Jahre	17,8%	21,8%
40 bis 49 Jahre	36,5%	34,6%
50 bis 54 Jahre	18,2%	14,1%
55 bis 59 Jahre	16,2%	13,3%
ab 60 Jahre	2,8%	2,1%

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres mit Auswirkungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die zu einer anderen Darstellung der Lage geführt hätten, sind bis zur Aufstellung des Lageberichts nicht eingetreten.

Risikosteuerung

Risikomanagementziele

Als Universalkreditinstitut stellt der bewusste Umgang mit Risiken ein bedeutendes Aufgabenfeld dar. Mit der betriebswirtschaftlich sinnvollen Anlage des eigenen Vermögens sind Risiken verknüpft. Zur Erreichung der strategischen Unternehmensziele ist eine kontrollierte Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken unabdingbar.

Gemäß § 25a KWG besitzen wir geeignete Prozesse und Systeme zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation der Geschäftsrisiken. Diese werden von uns regelmäßig überprüft und laufend weiterentwickelt.

Ziel unseres Risikomanagements ist die angemessene und regelmäßige Quantifizierung, Kontrolle und Steuerung aller Risiken, denen die Sparkasse Oberhessen ausgesetzt ist. Neben Szenarien für den Erwartungsfall und Stressfall werden auch Szenarien für außergewöhnliche Ereignisse (aE-Stresstests) berücksichtigt.

Bei der Abwägung von Chancen und Risiken räumen wir den Risikoaspekten immer höchste Priorität ein.

Die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen zum Risikomanagement werden eingehalten.

Die Sparkasse Oberhessen hat sich als Nicht-Handelsbuchinstitut im Sinne des KWG eingeordnet. Wir führen keine Transaktionen im Eigenhandel durch, um kurzfristige Handelserfolge zu erzielen.

Risikomanagementprozess

Als grundlegende Voraussetzung für ein erfolgreiches Risikomanagement haben wir einen so genannten Regelkreis zur Risikosteuerung etabliert, nach dem die Risiken

- identifiziert, definiert und klassifiziert,
- gemessen und quantifiziert,
- überwacht, reportet und begrenzt sowie
- gesteuert

werden. Die Risikoidentifikation erfolgt mindestens einmal jährlich im Rahmen der Risikoinventur und dient zur Erkennung der für uns relevanten Risiken.

Als wesentliche Risiken haben wir folgende Positionen festgelegt:

- Marktpreisrisiken,
- Adressenrisiken,
- Operationelle Risiken und
- Liquiditätsrisiken.

Durch die Ausgestaltung der Aufbau- und Ablauforganisation ist sicher gestellt, dass miteinander unvereinbare Aufgaben durch unterschiedliche Mitarbeiter wahrgenommen werden. Das Risikocontrolling ist organisatorisch von den Bereichen Markt und Handel getrennt. Die angewandten Methoden zur Messung, Steuerung und Aggregation aller Risikoarten werden kontinuierlich weiter entwickelt und regelmäßig den Anforderungen der Sparkasse Oberhessen und den aktuellen Marktgegebenheiten angepasst. Die Interne Revision führt in diesem Bereich regelmäßig Prüfungen durch und begleitet die laufenden Projekte zur Weiterentwicklung des Risikomanagement- und controllingprozesses.

Risikomanagementmethoden

Wir verstehen unter dem Begriff „Risiko“ die mögliche negative Abweichung der tatsächlichen Erfolgsentwicklung von der geplanten Erwartung bzw. die Möglichkeit von negativen künftigen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage der Sparkasse Oberhessen. Zur Abschirmung und Begrenzung der relevanten Risiken haben wir ein Risikotragfähigkeitskonzept entwickelt. Dabei werden die Empfehlungen aus dem Unternehmenssicherungskonzept des SGVHT - soweit zielführend - berücksichtigt. Die Darstellung der Gesamtrisikolage bzw. Risikotragfähigkeit erfolgt auf Grundlage handelsrechtlicher Vorschriften unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Erfordernisse. Im Rahmen dieses Konzepts wird zur Risikobegrenzung und -steuerung eine GuV-orientierte Verlustobergrenze abgeleitet, die zur weiteren Bestimmung von Risikolimiten herangezogen wird. Wir achten darauf, dass die eingegangenen Risiken zu keiner Zeit die bereitgestellte Risikodeckungsmasse übersteigen. In die handelsrechtliche Ermittlung des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials gehen neben dem erwarteten Ergebnis des laufenden Jahres Teile der Vorsorgereserven nach § 340f bzw. § 340g HGB ein. Im Rahmen des bestehenden Risikotragfähigkeitskonzepts erfolgt auch regelmäßig eine Betrachtung von unterschiedlichen außergewöhnlichen, aber plausibel möglichen Ereignissen. Durch die Stresstests soll die Verlustanfälligkeit durch ungünstige Ereignisse bei Krisensituationen frühzeitig erkannt werden.

Risikoarten

Schwerpunkte des Risikotragfähigkeitskonzeptes sind die Marktpreisrisiken sowie die Adressenausfallrisiken im Kunden- und Eigengeschäft.

Marktpreisrisiken

Das Marktpreisrisiko wird als die Gefahr negativer Abweichungen von einem Referenzwert beschrieben, welcher sich durch Änderungen der Marktrisikofaktoren, wie z. B. Zinsen und Spreads, ergibt.

Bei der Ermittlung der Zinsspannenrisiken wird auf Szenarioanalysen zurückgegriffen. Grundlage sind dabei individuell festgelegte Annahmen bezüglich der Veränderung des Zinsniveaus sowie unterschiedliche Geschäftsstrukturplanungen. Die Zinsspannenrisiken werden über ein handelsrechtliches Risikolimit begrenzt. Für die Wertpapierbestände besteht zusätzlich ein Limit für das zinsinduzierte Abschreibungsrisiko.

Weiterhin wird für die Steuerung des Zinsänderungsrisikos auf Gesamtbankebene ein wertorientierter Ansatz verfolgt. Hierzu verwenden wir das Modell der „modernen historischen Simulation“. Zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos setzen wir neben bilanziellen Instrumenten auch Payer- und Receiver-Swaps ein.

Spreadrisiken werden für die jeweiligen Wertpapierarten mithilfe von potenziellen Spreadveränderungen aus historischen Zeitreihen ermittelt. Die daraus resultierenden negativen Kursveränderungen werden mit einem handelsrechtlichen Limit für Spreadrisiken begrenzt.

Nach der Inkraftsetzung des Rundschreibens 11/2011 der BaFin wird die Sparkasse als Kreditinstitut mit erhöhten Zinsänderungsrisiken klassifiziert. Per Dezember 2011 beträgt der Koeffizient bei einer Zinserhöhung von 200 Basispunkten -23,6 %. Nach Zuführung des Bilanzgewinns 2011 und der Aufstockung des Fonds für allgemeine Bankrisiken zu den haftenden Eigenmitteln wird der Koeffizient voraussichtlich bei -22,0 % liegen.

Adressenausfallrisiken

Unter dem Begriff Adressenrisiko wird der teilweise oder vollständige Ausfall einer Zahlung oder die Verschlechterung der Bonität eines Vertragspartners subsumiert, die mit einem Wertverlust des Finanzgeschäftes verbunden ist.

Durch angemessene Rahmenbedingungen begrenzen wir die Risiken im Kreditgeschäft, insbesondere durch einzelgeschäfts- und portfoliobezogene Limite, die beispielsweise an die Bonität (z. B. Ratingnote), das Kreditvolumen oder die Besicherung gebunden sind. Zusätzlich wird zur Steuerung der Adressenrisiken auf Portfolioebene das DSGVO-Programm Credit Portfolio View (CPV) verwendet.

Sowohl im gewerblichen als auch im übrigen risikorelevanten Kreditgeschäft verwenden wir ein Frühwarnsystem, das von der S-Finanzgruppe entwickelt wurde. Auf Basis frühzeitig erkannter Risiken werden zielgerichtete Maßnahmen zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation des Kreditnehmers eingeleitet.

Anhand der nachfolgenden Strukturübersicht des gerateten, nicht wertberichtigten Kundengeschäfts ist zu erkennen, dass sich das Kundengeschäft im weit überwiegenden Teil auf ausreichende bis sehr gute Ratingklassen fokussiert.

Die Verteilung des Kreditvolumens einschließlich der Kreditzusagen in Höhe von 4,1 Mrd. EUR wird in der angeführten Grafik aufgeführt:

S&P	Moody's	Anteil
AAA bis A-	Aaa bis A3	39,2%
BBB+ bis BBB-	Baa1 bis Baa3	28,1%
BB+ bis B+	Ba1 bis B1	25,6%
B	B2	4,6%
B- bis C	B3 bis C	2,5%

In der Darstellung wurden die intern verwendeten Rating- und Scoringnoten aus den Modellen des DSGV auf die Ratingnoten der beiden o.g. Ratingagenturen transformiert. Im Rahmen der regelmäßigen laufenden Überwachung des Kundenkreditportfolios werden Engagements mit potenziellen Ausfallrisiken frühzeitig identifiziert. Neu erkannte und bestehende Risikoengagements werden umgehend in ein Prognosesystem zur Forderungsbewertung überführt, mehrmals jährlich bewertet und durch Bildung von Einzelwertberichtigungen abgeschirmt.

Adressenausfallrisiken im Eigengeschäft werden unabhängig vom Kundengeschäft betrachtet und mit einer eigenen Limitposition überwacht. Bei der Ermittlung der Risikowerte wird der CPV unter Berücksichtigung spezifischer Rückgewinnungsraten angewendet.

Anhand der nachfolgenden Strukturübersicht ist zu erkennen, dass sich das Eigengeschäft in Höhe von 1,4 Mrd. EUR (Nominalwerte) fast ausschließlich auf Anlagen im Investmentgrade konzentriert. Investments im Non-Investmentgrade wurden nicht aktiv getätigt; diese sind ausschließlich durch Downgrades der Ratingagenturen entstanden.

S&P	Moody's	Anteil
AAA bis A-	Aaa bis A3	92,4%
BBB+ bis BBB-	Baa1 bis Baa3	5,5%
BB+ bis B-	Ba1 bis B3	0,0%
C	C	1,4%

Liquiditätsrisiken

Unser Liquiditätsmanagement erfolgt aufgrund des Geschäftsmodells und der Refinanzierungsstruktur hauptsächlich über die quantitativen Anforderungen der Verordnung über die Liquidität der Institute (Liquiditätsverordnung - LiqV), die jeweils um weitere qualitative Anforderungen ergänzt werden. Anhand der täglichen Disposition erfolgt eine Überwachung der Zahlungsströme bei der Landesbank Hessen-Thüringen und der Deutschen Bundesbank. Die Einhaltung der Liquiditätsverordnung war zu jeder Zeit gewährleistet. Im Berichtszeitraum lag die Liquiditätskennzahl stets deutlich über dem geforderten Mindestwert. Auch auf Basis verschiedener Stressszenarien (z. B. erheblicher Abfluss

von Kundengeldern) sind wir jederzeit in der Lage unseren Verbindlichkeiten nachzukommen.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als die Gefahr von Schäden definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse entstehen.

Dabei setzen wir verschiedene Methoden ein, um operationelle Risiken zu identifizieren. Zur Erkennung von eingetretenen operationellen Risiken wird eine Schadensfalldatenbank verwendet.

Darüber hinaus wird zur Steuerung und Identifikation von möglichen operationellen Risiken jährlich eine Risikolandkarte erstellt. Hierbei werden verschiedene Prozesse der Sparkasse Oberhessen von sachkundigen Mitarbeitern beurteilt. Die Ergebnisse werden in einem Report dargestellt und bei der Limitierung der operationellen Risiken berücksichtigt. Die operationellen Risiken werden mithilfe des Basisindikatoransatzes nach Solvabilitätsverordnung quantifiziert.

Zusammenfassende Darstellung

Die auf Basis der internen Risikotragfähigkeitskonzeption festgelegten Risikodeckungspotenziale als Grundlage des Limitsystems waren in 2011 jederzeit ausreichend und die, nach den Risikoarten untergliederten, Limite eingehalten.

Für die aus der Strategie und der Geschäftsplanung abgeleiteten zukünftigen Aktivitäten sehen wir das Risikodeckungspotenzial als ausreichend an, um auch in Zukunft die eingegangenen Risiken vollständig abdecken zu können.

Die Sparkasse Oberhessen ist Mitglied der S-Finanzgruppe Hessen-Thüringen und in das neue Verbundkonzept eingebunden. Als ein zentraler Bestandteil wurde ein Risikofrüherwarnsystem installiert. In zwei komplementären Ansätzen werden die Institute anhand ihrer betriebswirtschaftlichen Kennziffern und ihrer Risikotragfähigkeit beobachtet. Für die Sparkasse Oberhessen sind daraus insgesamt keine Risiken erkennbar.

Ausblick:

Ausblick 2012 und Prognosebericht

Im zunehmenden Maße bestimmen exogene Faktoren die künftige Geschäftsentwicklung der Sparkasse Oberhessen. Weltpolitische Lage und Konjunkturverlauf beeinflussen die Zinsentwicklung an den Geld- und Kapitalmärkten sowie das inländische Angebots- und Nachfrageverhalten.

Für die Jahre 2012 und 2013 erwarten wir einen sich weiter verschärfenden Preiswettbewerb, steigende aufsichtsrechtliche Anforderungen und ein Fortbestehen der Verunsicherungen an den Geld- und Kapitalmärkten. Wir erwarten zudem eine kritische Überprüfung der Geschäftsmodelle verschiedener Privat- und Großbanken, aber auch der deutschen Landesbanken, was zu gravierenden Veränderungen im Angebotsverhalten führen könnte.

Insofern sehen wir auch für die kommenden Jahre ein Marktumfeld, das eine präzise und risikoadjustierte Geschäftspolitik erfordert.

Unsere Planungen orientieren sich an den Prognosen der Wirtschaftsexperten (insbesondere der Deutschen Bundesbank) und den zu erwartenden Markt- und Wettbewerbsbedingungen.

Die Deutsche Bundesbank rechnet damit, dass sich das Expansionstempo der deutschen Wirtschaft in 2012 spürbar gegenüber 2011 auf 0,6 % verringert. Diese Prognose setzt voraus, dass es zu keiner weiteren signifikanten Verschärfung der Staatsschuldenkrise kommt. Sollte dies der Fall sein, sieht die Bundesbank die Chance, dass sich die Verunsicherung der Investoren und Konsumenten allmählich verringert. Dann könnte sich für die deutsche Wirtschaft, gestützt durch eine weiterhin expansive Geldpolitik und eine wieder stärker wachsende Weltwirtschaft, bereits in 2013 ein Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,8 % ergeben.

Bezüglich der Verbraucherpreise erwartet die Deutsche Bundesbank, dass sich die Verteuerung von Importwaren und dabei insbesondere von Energieträgern in engen Grenzen halten und der binnenwirtschaftliche Preisdruck nur moderat zunehmen wird. Hieraus schließt sich eine Prognose zu den Preissteigerungsraten von 1,8 % in 2012 beziehungsweise 1,5 % in 2013 an.

Gegen Jahresende 2012 ist mit einer leichten Beschäftigungszunahme zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt 2012 könnte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 0,3 % erhöhen. Mit einem Zuwachs von 0,4 % wird im Jahr 2013 gerechnet. Die Arbeitslosigkeit dürfte sich im Prognosezeitraum weitgehend im Einklang mit den Beschäftigungstendenzen entwickeln. Im Jahresdurchschnitt 2012 werden demnach knapp 3,0 Millionen registrierte Arbeitslose erwartet. Dies entspricht einer Quote von 7,0 %. Im Jahr 2013 könnte die Arbeitslosenquote um 0,2 Prozentpunkte niedriger liegen und die Zahl der Arbeitslosen auf 2,9 Millionen sinken.

Die folgenden Analysen beruhen auf unseren Erwartungen. Die tatsächlichen Verhältnisse können von diesen abweichen. Wie bereits dargestellt, verfügen wir über Instrumente und Prozesse, um die Abweichungen von unseren Erwartungen zu erkennen, zu analysieren und gegebenenfalls steuernd zu handeln.

Im Rahmen unseres kundenbezogenen Kreditgeschäfts streben wir im gewerblichen, privaten und kommunal nahen Sektor ein angemessenes Wachstum zur Stärkung unserer Marktanteile und eine Steigerung der Ertragspotenziale an. Dabei berücksichtigen wir ein angemessenes Chance-Risiko-Verhältnis sowie unsere satzungsmäßigen Auftragsziele. Gleichzeitig richten wir unseren Fokus auf die adäquate Bepreisung der geschäftstypischen Risiken und die nachhaltige Begrenzung des Bewertungsergebnisses im Kreditgeschäft.

In der Geldvermögensbildung unserer Kunden erwarten wir insgesamt angemessenes Wachstum. Für das bilanzwirksame Passivgeschäft planen wir ein zum Kundenkreditgeschäft vergleichbares Volumenwachstum. Bei den Eigenanlagen werden wir unsere risikoreduzierende Anlagepolitik beibehalten.

Die Verwaltungsaufwendungen werden in 2012 voraussichtlich ansteigen. Eine wesentliche Ursache erwarten wir in höheren Personalaufwendungen, die aus dem in 2012 anstehenden Tarifabschluss für die Bediensteten des öffentlichen Dienstes resultieren.

Die Entwicklung im Zinsüberschuss wird in 2012 von der Zinspolitik der EZB beeinflusst werden. Soweit sich das bisherige Verhalten der EZB nicht verändern sollte, rechnen wir mit einem gegenüber dem Vorjahresergebnis leicht höheren Zinsüberschuss.

Da die Verunsicherungen aus der Schuldensituation einzelner EU-Staaten und die Volatilitäten an den Geld- und Kapitalmärkten unverändert bestehen, ist diese Schätzung mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Für das Provisionsergebnis erwarten wir für 2012 einen leichten Anstieg. Wir sehen im kundenbezogenen Wertpapiergeschäft, aber auch in der Vermittlung von Finanzprodukten unserer Vertriebspartner noch entsprechende Absatzpotenziale.

Unter Würdigung aller vorgenannten Faktoren erwarten wir im Geschäftsjahr 2012 einen leichten Rückgang des Betriebsergebnisses vor Bewertung.

Nach Analyse der Risikostrukturen unserer Bilanzpositionen ist in 2012 keine grundlegende Veränderung unseres Bewertungsergebnisses zu erkennen. Allerdings kann das Bewertungsergebnis in 2012 in starkem Maß durch exogene Faktoren, wie eine Verschärfung der Finanzmarkt- und Euro-Krise, zunehmende politische Unsicherheiten oder negative Konsequenzen der Staatsverschuldung beeinträchtigt werden.

Sofern unsere Annahmen und Prognosen eintreten, rechnen wir in 2012 mit einem verbesserten Jahresüberschuss.

Für das Geschäftsjahr 2013 gehen wir von einem kontinuierlichen Verlauf der Geschäftsentwicklung aus.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung könnte negative Impulse auf die Geschäftsentwicklung haben. Bei einer weiteren Verschärfung der Staatsschuldenkrise wären erhebliche Abwärtsrisiken vorhanden. Hinzu kommt, dass sich die Wirtschaftsdynamik in einer Reihe von Schwellenländern, die in den vergangenen Jahren überdurchschnittliche Wachstumsraten aufwiesen, stärker abflachen könnte. Hiervon wäre Deutschland aufgrund seiner Exportabhängigkeit in besonderem Maße betroffen. Hinsichtlich der Preisstabilität dominieren die Risiken, die von den Rohölnotierungen und Wechselkursen ausgehen.

Diese makroökonomischen Entwicklungen hätten direkte Auswirkungen, insbesondere auf die Unternehmensergebnisse und den Arbeitsmarkt. Bei einem negativen Konjunkturverlauf könnte eine Zunahme der Insolvenzen zu Wertberichtigungen und Ausfällen im Kreditgeschäft führen. Eine Verbesserung der Konjunktur eröffnet wiederum die wirtschaftlichen Chancen unserer Kreditnehmer, mit positiven Auswirkungen auf die Bonitätsstruktur unseres Kreditportfolios.

Ein weiteres Risiko sehen wir bei einer wieder einsetzenden Verflachung der Zinsstrukturkurve und der damit verbundenen Reduzierung der Beiträge aus der Fristentransformation. Andererseits ergeben sich aus dem Fortbestand der verhältnismäßig steilen Zinsstrukturkurve Chancen, weiterhin Transformationserträge zu generieren. Auch der Wettbewerb auf dem Bankenmarkt und der damit verbundene Druck auf Margen und Provisionserlöse kann ein Risikofaktor für die Ertragslage darstellen. Kritisch beurteilen wir das Angebotsverhalten verschiedener Banken, die zum Teil staatliche Hilfen in Anspruch genommen haben und mit aggressiven Preisangeboten im Privatkundenmarkt agieren. Eine Verschärfung der Schuldenkrise einzelner Staaten kann im Wege einer Verunsicherung der Akteure an den Geld- und Kapitalmärkten negativen Einfluss auf die Bewertung der eigenen Wertpapierbestände nehmen und ein Risiko für die Ertragsentwicklung bedeuten. Bei einer Erholung der Geld- und Kapitalmärkte besteht hingegen die Chance, Erträge im Wertpapiergeschäft zu generieren. Im Aufwandsbereich sind als Risikofaktoren die steigenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen mit entsprechendem Personalbedarf sowie steigende Kosten für Gebäude, Energie und Datenverarbeitung zu nennen. Aktuelle gesetzliche

Eingriffe im Sinne eines verbesserten Verbraucherschutzes können ebenso zu Mehrbelastungen führen.

Mit unserer strategischen Positionierung begegnen wir den sich abzeichnenden Herausforderungen. Als führendes Kreditinstitut unserer Region bieten wir unseren Kunden stets ein bedarfsorientiertes Produktangebot, kompetente Beratungsleistungen und maßgeschneiderte Lösungen in allen Finanzfragen. Ferner ist es unser Ziel, Markt- und Ertragspotenziale noch gezielter auszuschöpfen. Im Jahr 2012 werden wir weiter an der kontinuierlichen Entwicklung unseres Vertriebs Erfolges arbeiten. Ein für den künftigen Unternehmenserfolg wesentliches Thema wird die Verbesserung unserer Beratungs- und Dienstleistungsqualität sein und damit einhergehend die Steigerung der Zufriedenheit unserer Kunden.

Wir orientieren uns an den Grundsatzzielen der Sparkassen-Finanzgruppe und werden unsere strategische Ausrichtung kontinuierlich an die veränderten Anforderungen der Finanzdienstleistungsmärkte anpassen und fortschreiben. Zudem wollen wir unsere Eigenkapitalbasis in den kommenden Jahren deutlich ausbauen. Mit der Verbesserung unserer Kosten- und Prozesseffizienz wollen wir auch in 2012 und den kommenden Jahren einen wichtigen Beitrag für unsere Rentabilitätspolitik leisten. Wir sehen uns für die künftigen Herausforderungen im Finanzdienstleistungsmarkt gut gerüstet. Auch weiterhin werden wir unseren Kunden als verlässlicher und kompetenter Partner zur Seite stehen sowie aktiv zur wirtschaftlichen Entwicklung unserer Region beitragen.

Sonstige Beteiligungen
Mitgliedschaften in Verbänden und Vereinen
(Stand zum 31.12.2011)

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	federführendes Amt
AG Deutsche Sportämter	Landrat Marx	Mitglied	1995	55,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
AG Hessischer Sportämter	Frau Scherer	Mitglied	2000	0,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
Agentur für Arbeit	Landrat Marx	Mitglied Verwaltungsausschuss (stellv. Mitglied Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen)			Landrat
Arbeitskreis Jugendzahn-pflege	Frau Meudt + Herr Dr. Reygers	Mitglied Mitglied	1992	0,00	Gesundheitsamt
Arbeitskreis Leitbildprozess Verein Mitte Hessen	Landrat	Mitglied			Landrat
AZN - Ausbildungszentrum für Naturschutz - Förderverein Kirtorf e.V.	Kreisbeigeordneter Dening	Mitglied Vorstand	1996	1.023,00 <u>Zuwendung</u> 18.977,00	Schulverwaltungsamt / AWR
B 24 - Beratungsstelle für Schüler und junge Arbeitslose	Frau Lucas	fachliche Zusammenarbeit	1996	0,00 <u>Zuschuss VBK:</u> 10.240,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
Bildungszentrum für Elektrotechnik e.V.	Landrat Marx bzw. Vertreter Landrat KA	Mitglied	1970	307,00	Amt für Wirtschaftsförderung und Revision (AWR)

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	federführendes Amt
Bundesverband deutscher Pressesprecher e.V.	Herr Ruhl	Mitglied	2009	130,00	Pressestelle
Caritasverband Gießen e.V.	kein Vertreter	Vertrag mit AfJS zur Durchführung der Sozialpädagogischen Familienhilfe		0,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
CIP-Anwendergemeinschaft Hessen	Herr Braun	Mitglied (z.Z. nicht aktiv)	2001	0,00	Kreiskasse
Deutscher Verband für Facility Management e.V.	Herr Keil	Korrespondierendes Mitglied	2005	250,00	Amt für Gebäudemanagement
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.	wird i.d.R. auf HLT del.	-	1985	466,00	Amt für soziale Sicherung
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.	Amtsleiter Amt für Jugend, Familie und Sport	Mitglied (Mitgliedschaft ist Voraussetzung für Tätigkeit der Beistände)		1.459,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
Deutsches Jugendherbergswerk LV Hessen e.V.	NN	Mitglied		511,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
Deutsches Rotes Kreuz, Ortsverband Lauterbach	Dr. Reygers	als Kreisarzt	2008	0,00	Gesundheitsamt
Deutsches Seminar für Tourismus Berlin	Landrat Marx	Mitglied Kuratorium	2000	0,00	Landrat
Deutsche Vulkanologische Gesellschaft e.V.	Landrat Marx Herr Greb	Mitglied Mitglied Vorstand Fachsektion Vulkan Vogelsberg	2008	60,00	AWR
DRK Kreisverband Alsfeld	KBG Görig	stellv. Vorsitzender			Landrat
Fachverband der Kommalkassenverwalter e.V.	Herr Braun	stellv. Landesvorsitzender	1970	50,00	Kreiskasse

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	federführendes Amt
Geschichts- und Museumsverein Alsfeld e.V.	Landrat Marx - Vertretung durch Kbg Fink	Mitglied kraft Amtes	1951	25,00 + Zuschuss 125,00	Amt für Finanzen
Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V.	Landrat Marx	Mitglied	2010	2.500,00	Hauptamt
GVV - Kommunalversicherung	Landrat Marx	Regionalbeiratsmitglied		Vers.-Beiträge nach Vers.-Schutz	Landrat
Hess. AG für Gesundheits-erziehung Marburg e.V.	Frau Meudt	Mitglied	1973	512,00	Gesundheitsamt
Hess. Akademie für musisch kulturelle Bildung	Landrat Marx	Aufsichtsratsmitglied			Landrat
Hess. Akademie für Forschung und Planung im ländlichen Raum e.V.	Landrat Marx - Vertretung durch Kbg Fink	Mitglied Beirat	1990	511,29	AWR
Hess. Fürsorgeverein für Körperbehinderte e.V.	nach Bedarf	-	1982	41,00	Amt für soziale Sicherheit
Hess. Museumsverband Kassel	Landrat Marx	Mitglied	1954	76,00	Amt für Finanzen
Hess. und Deutscher Landkreistag	verschiedene Vertreter in verschiedenen Gremien	-		48.141,00 <u>Sonderzulage:</u> 3.830,00	Hauptamt
Hess. Volkshochschulverband e.V.	Herr Oer	Mitglied	2003	1.850,56	Amt vhs
Hilfe für das verlassene Kind e.V.	Landrat Marx	Beiratsmitglied			Landrat
HLT - Bezirksversammlung Süd	Landrat	Vorsitzender			Landrat

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	federführendes Amt
HLT- Rechts- und Europaausschuss	Landrat	Mitglied			Landrat
HLT - Finanzausschuss	Landrat	Mitglied			Landrat
HLT - Präsidium	Landrat	Mitglied			Landrat
HLT - Sozialausschuss	Landrat	Mitglied			Landrat
Hohhausmuseum Lauterbach e.V.	Landrat Marx - Vertretung durch Kbg Meyer	Mitglied Vorstand kraft Amtes	1951	30,00 <u>Zuschuss:</u> 120,00	Amt für Finanzen
Ingenieurkammer Hessen	Herr Keil	Mitglied	2009	104,00	Amt für Gebäudemanagement
Institut der Rechnungsprüfer	Herr Götttert	Mitglied	2010	50,00	AWR
Jugend- und Drogenberatungsstelle	Kreisbeigeordnete/r Kreistagsabgeordnete/r Kreisbeigeordnete/r	Mitglied Kuratorium Mitglied Vertreterversammlung Mitglied Vorstand	1982	Zuschüsse entsprechend Gremienbeschlüsse	Amt für soziale Sicherung
Jugendhilfe Land e.V. Groß-Felda	Landrat Marx	Mitglied	1952	0,00 <u>Zuschuss:</u> 1.000,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement	Frau Wiese	Mitglied Verbandsversammlung	1993	2.885,71	Hauptamt
Kommunaler Arbeitgeberverband Hessen	Landrat Marx	Vertreter kraft Amtes		4.161,00	Hauptamt
Kreisfeuerwehrverband	Landrat Marx	Mitglied	1973	<u>Zuwendung:</u> 8.200,00	Hauptamt
Kulturförderkreis Mittelhessen e.V.	Landrat Marx	Mitglied	1992	25,60	Amt für Finanzen

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	federführendes Amt
Laborgemeinschaft Giessener Ärzte	Frau Meudt	Mitglied	1982	einmalige Einlage 2.000,00 DM	Gesundheitsamt
Landesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung Hessen e.V.	Herr Herget	Mitglied	2002	20,00	Amt für soziale Sicherheit
Landesverband des Wasser- und Bodenverbandes in Hessen	kein Vertreter	Mitglied (ab 2003 Ruhen der Mitgliedschaft)	1951/53	0,00	AWR
Landeswohlfahrtsverband	Landrat Marx	Mitglied Verbandsversammlung, Haushaltsausschuss			Landrat
Lebenshilfe für körperlich und geistig behinderte Menschen Vogelsbergkreis e.V.	nach Bedarf	Mitglied	1982	25,00 <u>Zuschuss:</u> 78,13	Amt für soziale Sicherheit
Marketing-Projekt der hess. Volkshochschulen (über hvv)	Herr Oer	Mitglied	2003	591,01	Amt vhs
Migrationsrecht.net	Sammelmitgliedschaft bis 10 MA Ausländerbehörde	Mitglied	2006	285,60	Amt für Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
Naturlandstiftung Vogelsberg e.V.	Kreistagsabgeordneter	Mitglied Vorstand	1985	250,00	AWR
Netzwerk Migration Vogelsberg	Herr Schrimpf, Frau Geisel	Vertreter	2005	0,00	Amt für Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
Oberhessen Gas	Landrat Marx	Beiratsmitglied			Landrat
Präsidium der Regionalversammlung Mittelhessen	Herr Künz (Präsident) Herr Kopp (Mitglied)	Mitglied	1983	6.609,06	AWR

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	federführendes Amt
Schutzgemeinschaft Vogelsberg	Landrat Marx	Mitglied	1990	130,00	AWR
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	Landrat Marx	Mitglied Verbandsvorstand			Landrat
Stiftung Heilanstalt für Kranke	Frau Meudt	beratendes Mitglied		0,00	Gesundheitsamt
Unfallkasse Hessen	Landrat Marx			73.959,49	Hauptamt
Verband Deutscher Naturparke	Landrat Marx	Vorsitzender AG Hess. Naturparke			Landrat
Verein Behindertenhilfe e.V.	Kreistagsabgeordnete/r	Mitglied Vertreterversammlung			Amt für soziale Sicherung
Verein Bonifatius-Route e.V.	Herr Greb	Mitglied des Vorstandes	2003	200,00	AWR
Verein für Strukturverbesserung im Vogelsberg e.V.	Landrat Marx	Mitglied	1973	0,00	AWR
Verein Klimabündnis e.V.	kein Vertreter	Mitglied	1993	740,94	AWR
Verein Mitte Hessen e.V.	Landrat Marx	Vorstandsmitglied	2006	20.000,00	AWR
Verein Natur- und Lebensraum Vogelsberg e.V.	Landrat Marx	Vorstandsmitglied	2010	180,00	Amt für den ländlichen Raum
Verein Rotes Höhenvieh e.V.	Landrat Marx	Mitglied	1987	35,00	Amt für den ländlichen Raum
Verein zur Förderung der Jugend- und Drogenberatungsstelle e.V.	Frau Meudt	Mitglied	1987	51,13	Gesundheitsamt

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	federführendes Amt
Verein zur Förderung der Jugend- und Drogenberatungsstelle e.V.	Landrat Marx	Mitglied	1987	52,00	Amt für soziale Sicherung
Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.	Herr Bastian		1998	386,00	Amt für Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
Verkehrsgesellschaft Oberhessen	Landrat Marx	Aufsichtsratsmitglied			Landrat
Weiterbildungsdatenbank Vogelsberg (über VB Consult)	Herr Oer	Mitglied	2003	138,52	Amt vhs
Weiterbildung Hessen e.V.	Herr Oer	Mitglied	2008	575,00	Amt vhs

Die Informationen basieren auf Angaben der jeweiligen *Gesellschaften*, *Eigenbetriebe*, *Verbände* und *Vereine* und betreffen das Haushaltsjahr 2011.

Änderungen wurden von uns nur im Rahmen der redaktionellen Anpassung bzw. nach Rücksprache vorgenommen.

Keine Gewähr für den Übertrag der Daten - rechtsverbindlich ist der Jahresbericht/-Abschluss der Beteiligung und nicht die Darstellung im Beteiligungsbericht.

© Kreisausschuss des Vogelsbergkreises 2012

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung und Quellenangabe unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen und die Einspeisung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Kreisausschuss des Vogelsbergkreises

Goldhelg 20

36341 Lauterbach

Telefon: 06641 / 977-0

Telefax: 06641 / 977-336

Homepage: www.vogelsbergkreis.de